

Für Klassenkampf gegen Militarisierung Krieg im Osten



Axel Heimken/Pool

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit einem Flakpanzer Gepard, in Putlos bei Oldenburg am 25. August 2022.

USA / NATO / EU / BRD: Die Kriegstreiber sind hier

Deutscher Imperialismus raus aus Osteuropa!

**Brecht mit dem Reformismus,
ob SPD, Die Linke oder ihre Anhängsel!**

**Für eine revolutionäre multiethnische
Arbeiterpartei!**

Darüber gibt es unter den Herrschenden Konsens: Der Krieg in der Ukraine stellt eine Zäsur in der Geschichte des Nachkriegsdeutschlands dar. Oder besser gesagt, Vorkriegsdeutschland. Denn seit dem 24. Februar 2022 steht die Bundesrepublik unmissverständlich mitten im Krieg. Der imperialistische Kapitalismus, unter seiner Führungsmacht USA und dessen Militärallianz, die NATO, versucht der kapitalistischen Regionalmacht Russland eine blutige Niederlage auf den Schlachtfeldern in der Ukraine zu erteilen. Indem sie sich dem Kriegskurs der USA/NATO gegen Russland – und danach

China – angeschlossen hat, will die Berliner Regierung Deutschland als die militärische, und nicht nur wirtschaftliche Großmacht Europas behaupten.

Dies zu verwirklichen wird auch gewaltige Auswirkungen im Innern haben, mit sinkenden Einkommen und Kahlschlag von Sozialleistungen, begleitet von einem Angriff auf Grundrechte im Namen der „wehrhaften Demokratie“. Während die durch Krieg und antirussische Sanktionen angespornte Inflation weiterhin die Werktätigen zermüht, ist die Verelendung der Massen für das deutsche Kapital eine Notwendigkeit, keine politische

Option. So wird der Kampf um Nahrung und Brennstoff, für Gesundheit und Wohnraum, zu einem Zusammenstoß mit dem imperialistischen Kriegsdrang, und dem Chaos des kapitalistischen Systems. Selbst in den elementarsten Kämpfen wird immer deutlicher werden, dass die Zeit der Reformen längst vorbei ist und nur ein Kampf für die sozialistische Revolution die Katastrophe verhindern kann.

Am 27. Februar 2022 verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) eine „Zeitenwende“, was anschließend hochoffiziell als Wort des Jahres erkoren wurde. Worin besteht diese Wende? Zunächst einmal werden im sonst so zugeknöpften Staatssäckel ein, mit der nun im Grundgesetz verankerten Unabhängigkeit vom Staatsbudget geheiligtes, Sondervermögen eröffnet. In Höhe von 100 Milliarden Euro soll dies zur Beförderung von „Frieden, Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit“ in aller Welt in Form eines verstärkten deutschen Militarismus dienen. Scholz prahlte dabei mit seiner Vision von der „stärksten Armee Europas“.

Dieses „Sondervermögen“ bedeutet eine

Verdopplung der Militärausgaben gegenüber 2014 auf voraussichtlich mehr als 70 Milliarden Euro. Das wird das größte Militäretat in Europa und, nach dem der USA und Chinas, das drittgrößte in der Welt sein (mit jährlich 10 Milliarden Euro mehr für Waffen als Russland ausgibt). „Ein Befreiungsschlag“ jubelte nicht nur das Hauptorgan der deutschen Bourgeoisie, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (3. März 2022). Die „Befreiung“ besteht vor allem darin, dass mit dem Ukraine-Krieg endlich die politische Rechtfertigung und der Druck für die lange zuvor geplante Aufrüstung erlangt wurde, um das notwendige Budget für diesen neuen deutschen Militarismus durchzupeitschen.

Gleichzeitig, während die alternativ-sozialdemokratische Linkspartei wegen ihrer wiederholten Kapitulationen taumelt, und ihr jeglicher Anschein einer Oppositionspartei entschwindet, sieht die deutsche Bourgeoisie die Möglichkeit, pazifistische Strömungen in der Bevölkerung in den „Krieg für Frieden weiter auf Seite 24

**DOSSIER: Russland-Ukraine/NATO
Krieg. 5-23**

**Die Gleichschaltung der deutschen Linken
in der „Zeitenwende“ 3**

Koalitionstanz bei der Wahlfarce 2021 26

**Faschistoide Kräfte führen die reaktionären
Anti-Impf-Proteste an. 31**

**Verteidigt die Palästinenser gegen den
israelischen Krieg. 35**

Die Wahrheit über die Proteste in Kuba. . . 43

Während rassistische Gerichte erneut Berufung blockieren Portland Maler rufen zu Arbeiteraktionen zur Befreiung von Mumia Abu-Jamal auf

Am 26. Oktober lehnte ein Richter des Common Pleas Court (Gericht für allgemeine Angelegenheiten) in Philadelphia den Antrag von Mumia Abu-Jamal auf eine neue Anhörung im Rahmen des Post-Conviction Relief Act (PCRA – Berufungsgesetz) zu seinem Fall ab. Dieser Antrag stützt sich auf neue Beweise für Fehlverhalten und Voreingenommenheit seitens der Staatsanwaltschaft, die sich aus Kisten mit Materialien ergaben, die im Büro des Bezirksstaatsanwalts versteckt worden waren, bis sie 2018 entdeckt wurden. Mumia ist der prominenteste Gefangene des Klassenkampfes in den Vereinigten Staaten, der seit mehr als vier Jahrzehnten inhaftiert ist und seit fast 30 Jahren im Todesstrakt einsitzt, weil er im Dezember 1981 einen Polizisten getötet haben soll. Tatsächlich ist Mumia am Tod des Polizisten völlig unschuldig. Als ehemaliger Black Panther und Rundfunkjournalist wurde er von der Polizei und den kapitalistischen Politikern ins Visier genommen, da seine schonungslosen Enthüllungen über die Gräueltaten der Polizei von Philly die örtlichen Behörden erzürnt hatten, die die angebliche „Stadt der brüderlichen Liebe“ als rassistischen Polizeistaat führen.

Eine Woche vor diesem jüngsten Skandal vor Gericht, am 19. Oktober, verabschiedete die Ortsgruppe 10 der International Union of Painters and Allied Trades (IUPAT – Maler und verwandte Gewerbe) in Portland, Oregon, eine Entschließung (siehe unten), in der hervorgehoben wird, wie Mumia Abu-Jamal in einem manipulierten Prozess 1982 von einem rassistischen „Scharfrichter“ zum Tode verurteilt wurde und seitdem vom kapitalistischen Justizsystem daran gehindert wird, seine Unschuld zu beweisen. In der Entschließung der Ortsgruppe 10 werden

Gewerkschaftsaktionen genannt, die gegen die Verfolgung von Mumia protestierten und seine Freiheit forderten, insbesondere eine koordinierte Aktion der International Longshore and Warehouse Union (ILWU – Hafen- und Lagerarbeiter) im Jahr 1999, die alle Häfen an der US-Westküste lahmlegte, sowie eine landesweite Arbeitsniederlegung von Lehrern in Rio de Janeiro. Bei einem Marsch in San Francisco während dieser Aktion skandierten die Hafentarbeiter der ILWU: „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle – Freiheit für Mumia Abu-Jamal!“

Die Ablehnung des Antrags von MumiAs Anwälten auf eine Anhörung zu den Beweisen für den Ausschluss schwarzer Geschworener und dafür, dass Zeugen der Staatsanwaltschaft für ihre Aussagen mit Geldversprechen und dem Verzicht auf Anklagen bezahlt wurden, durch Richterin Lucretia Clemons ist ein weiterer Beweis: Es gibt keine Gerechtigkeit für die Ausgebeuteten und Unterdrückten vor den kapitalistischen Gerichten.

Angesichts der Blockade der Gerichte sollte die Entschließung der Portland Painters ein Weckruf an die Arbeiter und Verteidiger der Rechte der Schwarzen und der Arbeiter sowie der elementarer demokratischer Rechte auf der ganzen Welt sein, ihre Anstrengungen zu verdoppeln und JETZT zu handeln. Um Mumia aus dem monströsen rassistischen Unrechtssystem von Polizei, Gerichten und Gefängnissen zu befreien, das den Interessen der herrschenden Bourgeoisie dient und sie schützt, während es das Leben von Millionen von Menschen zerstört, die es ausbeutet und unterdrückt, ist Arbeiteraktion für die Befreiung von Mumia Abu-Jamal dringend erforderlich! ■

Botschaft von Mumia: Arbeiter der Welt, vereinigt euch!

Nachdem Mumia Abu-Jamal von der langjährigen Kämpferin für seine Freiheit, Johanna Fernández, über die Aktion der International Union of Painters and Allied Trades (IUPAT) Local 10 in Portland, Oregon, informiert worden war, die Arbeiteraktionen forderte, um seine Freiheit zu verlangen, antwortete Mumia Abu-Jamal mit einer Botschaft, die wir auszugsweise und für die Veröffentlichung bearbeitet wiedergeben:

Das ist so herausragend und so beeindruckend. Ich bin überglücklich und demütig, dass diese Gewerkschaft eine so edle Geste und Entschließung machen konnte. Danke, dass Sie das mit mir teilen, und danke der Gewerkschaft, dass sie ihre Arbeit tut und andere Brüder und Schwestern der Gewerkschaftsbewegung auffordert, sich uns im Kampf für Freiheit anzuschließen. Ich bin bewegt und beeindruckt....

Früher gehörten die Gewerkschaften zu den fortschrittlichsten Sektoren der Bevölkerung. Und das war so, weil sie was hatten? Im Grunde ein Klassenbewusstsein der Arbeiter. Es ist genau dieses Bewusstsein, das Menschen über Geschlechtergrenzen hinweg, über Grenzen der sogenannten Rasse, über Nationalitätsgrenzen hinweg vereint.

Ich sprach neulich mit einem Bruder und erzählte ihm, dass Marx und Engels, als sie zusammenkamen, die Internationale Arbeiterassoziation gründeten. Sie forderten die Arbeiter der Welt auf, sich zu vereinen, die Arbeiter aller Länder, sich zu vereinen, dass



Mumia Abu-Jamal

Arbeiter kein Vaterland haben und dass sie sich gegen Kapitalismus und kapitalistische Kriege zusammenschließen müssen.

Als der Erste Weltkrieg stattfand, zerbrach das natürlich, weil die Deutschen sich daran erinnerten, dass sie Deutsche waren, und die Franzosen sich daran erinnerten, dass sie Franzosen waren, und sie begannen, in diesen Kriegen ihr Leben für die Kapitalisten zu opfern. Das ist immer so, weil der Nationalismus seinen Einfluss hat. Das liegt daran, dass die Menschen darauf konditioniert sind, als Nationalisten und nicht als Internationalisten zu denken, und nicht über ihre Klasse nachzudenken. In Kriegszeiten, in Krisenzeiten vergessen die Menschen ihre Klasse und verpflichten sich, die Herrscher zu verteidigen, die während des Krieges und nach dem Krieg diese Klasse wie eine unterworfenen Klasse behandeln und sie wie Scheiße behandeln.

Wenn Leute aus der Armee entlassen werden, sind sie empört über das, was sie durchgemacht haben. Aber dafür ist die Armee da. Die Armee ist nicht da, um die Nation zu verteidigen. Sie ist da, um die Herrscher zu verteidigen. Wir sehen das deutlich in Ländern der „Dritten Welt“, wo die Armee nur gegen die Menschen vorgeht. Es gibt immer ausländische Bedrohungen, aber wenn die Menschen anfangen zu demonstrieren und zu protestieren und für ihre Freiheit zu marschieren, greifen die Armee und die Polizei sie an, um die Herrscher zu verteidigen, nicht die Menschen. Das ist eine globale Realität....

Das [der Beschluss der Portland Malergewerkschaft] ist also eine schöne Sache. Ihr Timing könnte nicht besser sein.

Johanna Fernández: Ein Hoch auf die weltweite Wiederbelebung dieser Idee des Klassenbewusstseins!

Mumia: Hurra für die Maler!

Meine Freunde, ich danke Euch allen für Eure edle Geste und Entschlossenheit. Es wärmt mein Herz und ich hoffe, es wärmt auch Eures. Es gibt eine Losung und wir müssen es wiederholen und Wirklichkeit werden lassen: Arbeiter der Welt, vereinigt euch! Ich danke Euch allen, mit Liebe, nicht mit Angst.

Hier spricht Mumia Abu-Jamal. ■

Resolution zur Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Ortsgruppe 10, International Union of Painters and Allied Trades (IUPAT), Portland Oregon

In Erwägung, dass Mumia Abu-Jamal, der prominenteste politische Gefangene in den Vereinigten Staaten, von den Gewerkschaften auf internationaler Ebene verteidigt wurde; und

In Erwägung, dass Mumia Abu-Jamal, ein ehemaliger Black Panther, Schriftsteller und Präsident der Philadelphia Association of Black Journalists, weltweit dafür bekannt ist, dass er sich in der Todeszelle mit den kämpfenden Arbeitern solidarisiert und die Verheerungen des Kapitalismus und der Ausbeutung der Arbeiter, der rassistischen Unterdrückung und des imperialistischen Krieges kritisiert hat; und

In Erwägung, dass er unschuldig ist, einen Polizeibeamten getötet zu haben, und dass er 1982 von einem rassistischen Justizsystem zum Tode verurteilt wurde, und zwar ohne stichhaltige physische Beweise aufgrund von Falschaussagen gezwungener Zeugen, die [später] aussagten, Mumia Abu-Jamal sei nicht der Schütze gewesen; und

In Erwägung, dass die Gerichte Mumia Abu-Jamal trotz des eidesstattlichen Geständnisses eines anderen Mannes, Arnold Beverly, dass

er und nicht Mumia den Polizisten erschossen hat, hinter Gittern gehalten haben; und

In Erwägung, dass Mumia Abu-Jamals Prozess von 1982 vor dem rassistischen Richter Albert Sabo stattfand, der dafür bekannt war, mehr Männer in die Todeszelle geschickt zu haben, als jeder andere Richter in den Vereinigten Staaten, und der während Abu-Jamals Prozesses erklärte, er werde „ihnen helfen, den [N-Wort] zu braten“ [auf dem elektrischen Stuhl]; und

In Erwägung, dass Mumia Abu-Jamal seit fast 30 Jahren im Todesstrakt einsitzt und 1995 und 1999 durch internationale Massenproteste, die von Gewerkschaften unterstützt wurden, vor der Hinrichtung bewahrt wurde, darunter die International Longshore and Warehouse Union, mit der Schließung von Häfen an der Westküste und der Beteiligung von Lehrern in Rio de Janeiro, Brasilien, an einer landesweiten Arbeitsniederlegung;

Daher sei beschlossen, dass IUPAT Ortsgruppe 10 die sofortige Freilassung von Mumia Abu-Jamal fordert und eine Politik des Kampfes der Arbeiterklasse durch Agitation, Öffentlichkeitsarbeit, Protest und fortgesetzte koordinierte Arbeiteraktionen auf nationaler und internationaler Ebene fordert, um Mumia Abu-Jamal zu befreien. Ortsgruppe 10 der Maler ruft Arbeiter aller Länder auf, ihre Macht einzusetzen, um unseren Bruder Mumia Abu-Jamal zu befreien. ■

For Workers Action to FREE MUMIA ABU-JAMAL!

Kämpft für die Freilassung des wichtigsten Klassenkampf-Gefangenen der USA. Um Anstecker zu bestellen, besuche www.internationalist.org und klicke auf den Link „Order Now“. Kosten: 2 € pro Anstecker, inklusive Versandkosten.

Permanente Revolution

Zeitung der Internationalistischen Gruppe, deutsche Sektion der Liga für die Vierte Internationale

Herausgegeben von der Liga für die Vierte Internationale, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, USA
Email: internationalistgroup@msn.com

Anschrift in Deutschland: Postfach 800721, 21007 Hamburg
Email: permanenterrevolution@posteo.de

Erscheint bei Mundial Publications, P.O. Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, USA.

Presserechtlich verantwortlich: J. Norden, 10008 New York, USA

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

Nr. 6 Winter 2022 / 2023

Allesamt NATO-Sozialisten, Handlanger des deutschen Imperialismus

Gleichschaltung der Linken in der „Zeitenwende“

Als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am 27. Februar im Bundestag in seiner Regierungserklärung eine „Zeitenwende“ proklamierte und Russland anklagte, einen Angriffskrieg zu führen, der „völkerrechtswidrig“ und „durch nichts und niemanden zu rechtfertigen“ sei, erhielt er, laut dem offiziellen Protokoll, den Beifall nicht nur der Parteien seiner rot-gelb-grünen „Ampelkoalition“ (SPD, FDP, Grüne) sondern auch der Christdemokraten, der Linkspartei und einiger Abgeordneten der AfD (Alternative für Deutschland). Als er dann Waffenlieferungen an die Ukraine verkündete, und die Einrichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“ von 100 Milliarden Euro zur Aufrüstung der deutschen Streitkräfte, sogar mit grundgesetzlicher Versicherung, klatschten nur seine Ampel-Kollegen und die CDU/CSU.

Danach kamen Redner der verschiedenen Parteien zu Wort, darunter der Linkspartei. Von der Linken hören wir denselben O-Ton wie vom Sozialdemokraten Scholz: „Wir teilen natürlich klar die Auffassung, dass Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt.“ So die Ko-Vorsitzende der Linksfraktion, Amira Mohammed Ali. Der russische Angriff sei „durch nichts zu relativieren, durch nichts zu rechtfertigen“, die russischen Soldaten „müssen sofort zurückgezogen werden“. Sanktionen? „Sinnvoll“ wenn sie Putin und russische Oligarchen treffen. Waffen an die Ukraine? Darüber legt die Linkspartei einen Entschließungsantrag ein, der den vorherigen, heuchlerischen Standpunkt *aller* Bundestagparteien bekräftigt, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. *Aber*, sagt sie zu Scholz, beim Verurteilen des russischen Angriffs herrscht „unter den demokratischen Fraktionen in diesem Haus große Einigkeit“. Deshalb seien im Antrag der Linksfraktion, „viele Passagen Ihres Antrags auch wörtlich übernommen“. Zur Anstiftung des Kriegs durch die NATO? Die faschistische Verseuchung des Kiewer Regimes? Kein Wort.

Also, Schulterschluss der „demokratischen Fraktionen“ im Bundestag. Das Parlament des deutschen Imperialismus zieht mit „großer Einigkeit“ in den Krieg. Die Westmächte hatten den Krieg in der Ukraine angezettelt, indem ihr Militärbündnis, die NATO, Russland umzingelte, und damit ihre Zusicherung zerriss, sie würde sich „kein Zoll“ gen Osten ausdehnen, Bedingung für die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands 1990; indem die USA und EU 2004 eine „Farbrevolution“¹ in Kiew und 2014 einen Staatsstreich inszenierten, von Faschisten und Ultrationalisten angeführt, und die gewählte „pro-russische“ Regierung stürzte; indem sie jährlich groß angelegte „Kriegsspiele“ abhalten, um eine Invasion Russlands zu üben; indem sie sich kategorisch weigerten, Moskau irgendwelche Sicherheitsgarantien zu geben. Nach all dem, was tut Die Linke? Sie stimmt dem Kriegsplädoyer der NATO gegen Russland zu. Kurz: *Die Linkspartei, Sozialdemokraten der zweiten Mobilisierung, sind auch Sozialimperialisten, so wie ihre großen Brüder der SPD, nur mit hauchdünnem pazifistischem Feigenblatt.*

Nur seitens der ultrarechte Alternative

¹ Bei den „Farbrevolutionen“ handelte es sich um eine Reihe von Staatsstreich, von den USA angezettelt, um pro-westliche Regime in ehemaligen Sowjetblockstaaten (Serbien 2000) bzw. Sowjetrepubliken (Georgien [Rosen] 2003, Ukraine [Orange], Kirgisien [Tulipan] 2005) zu installieren.



YouTube / Die Linke



Schulterschluss im Bundestag als alle Parteien erklären, Russlands militärische Aktion in der Ukraine sei „völkerrechtswidrig“. Das Parlament des deutschen Imperialismus zieht mit „großer Einigkeit“ in den Krieg. Bei der Debatte am 27. Februar sagt die Sprecherin der Linksfraktion Amira Mohamed Ali (am Rednerpult oben und unten links) zu Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Die Linke habe viele Passagen aus dem Regierungsantrag einfach kopiert und geklebt.

für Deutschland war die Ausdehnung der NATO an die Grenze Russlands überhaupt erwähnt; dass die deutsche Regierung die Ukraine mit „falschen Versprechen in die EU und in die NATO gelockt“ habe; dass Berlin die Ukraine acht Jahre lang finanzierte, und dass die Regierung sowie Scholz persönlich (als Vizekanzler der von Angela Merkel geleiteten Großen Koalition 2018-2021) „Mitverantwortung“ für den Krieg tragen. Sicher, für die faschistoide AfD dienen



solche „Anti-Kriegs“-Töne als Augenwischerei für ihre rassistische Hetz-Kampagne gegen Flüchtlinge und Multikulturalismus, und ihrem Aufruf zur „größten Aufrüstungsoffensive nach dem Zweiten Weltkrieg“, die sich weit über die 100 Milliarden Euro ausdehnen wird. Und klar, auch diese Erzreaktionäre etikettieren den russischen Krieg als „Völkerrechtsbruch“.

In Wirklichkeit ist das „Völkerrecht“ reine Fiktion. „Angriffskriege“ seien verbo-



Die Linke Wedding

Die Linke Wedding (Berlin) bei der Großdemonstration vom 27. Februar 2022 gegen den Einmarsch Russlands in die Ukraine und für „Solidarität“ mit der Ukraine, und so mit seiner von Faschisten durchseuchten Regierung und Streitkräften.

ten? Und die Kriege des US-Imperialismus in Vietnam, Afghanistan (mit deutscher Beteiligung) und Irak? Staatsgrenzen darf man nie mit militärischer Gewalt ändern? Was ist also mit der Zerstörung des multinationalen Jugoslawiens, angefangen mit Berlins Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens, und der massiven Lieferung von Waffen aus Deutschland an die faschistoide kroatische Regierung von Franjo Tudman? Abtrünnige Gebiete (wie Donezk und Lugansk) dürfen nicht „einseitig“ aus einem international anerkannten Staat aussteigen, besonders nicht mit „fremder“ militärischer Unterstützung? Und die Geburt eines ethnisch-albanischen Staates Kosovo, mit Beihilfe der Militär-Hebammen der USA/NATO? Allerdings spricht die USA nie vom „Völkerrecht“, nur von einer „regelbasierten Weltordnung“ ... nach den Regeln Washingtons. Die USA weigert sich, Urteile des Internationalen Gerichtshofs unbedingt anzunehmen, seit dieser 1986 den US-Contra-Krieg in Nicaragua für völkerrechtswidrig erklärte.

Während sämtliche Bundestagsparteien – bürgerliche sowie sozialdemokratische – die Kriegstrümmeln gegen einen vermeintlich „völkerrechtswidrigen“ russischen „Angriffskrieg“ gegen die Ukraine rührten, haben wir Trotzlisten der Liga für die Vierte Internationale die Verantwortung der NATO für die Anzettelung des nationalistischen (auf beiden Seiten) russisch-ukrainischen Krieges unterstrichen. Wir riefen dazu auf, den Kriegskurs der USA und der NATO gegen Russland und China, mitsamt ihren anti-russischen Sanktionen, zu zerschlagen. Und wie wir seit 2014 getan haben, bekräftigten wir die Verteidigung der „Volksrepubliken“ von Donezk und Lugansk und betonten, die ukrainischen Nationalisten/Faschisten, Antreiber der ethnischen Säuberung der russisch-sprachigen Bevölkerung des Donbass, müssen permanent gestoppt werden. Jetzt, wo sich der Konflikt in einen Krieg der NATO, vermittelt über das Kiewer Stellvertreter-Regime, gegen Russland umgewandelt hat, unterstreichen wir, dass es die Pflicht aller Gegner des Imperialismus sei, Russland und China gegen den imperialistischen Krieg zu verteidigen.

Dabei hat die LVI keine politische Unterstützung an irgendeinen der Kontrahenten gegeben und immer zum revolutionären Arbeiterkampf gegen die kapitalistischen Machthaber in Kiew und Moskau aufgerufen. Wir stützen uns auf die leninistischen Lehren des I. Weltkriegs und beharren darauf, dass der Hauptfeind der Imperialismus ist, der durch den Kampf für die internationale sozialistische Revolution besiegt werden muss. Damit hat die LVI beim Ausbruch eines umfassenden Russland-Ukraine-Kriegs, und später dessen Umwandlung in einen Stellvertreter-Krieg der NATO gegen Russland, mit Festigkeit gehandelt, nach Kriterien die wir schon vorher festgelegt hatten. Anders ist es mit dem Großteil der Linken gewesen, wo der Russland-Ukraine-Krieg die größte Verwirrung, programmatisches Wanken und politisches Durcheinander seit Jahrzehnten hervorgebracht hat. Die Pseudo-Trotzlisten kuscheln mit pro-ukrainischen imperialistischen „Friedens“-Demos und versuchen ihren Verrat mit leeren, NATO-kritischen Formeln zu decken. Die Rest-Stalinisten, nationalistische Widersacher des revolutionär-internationalistischen Programms Lenins, fragen sich, ob Russland imperialistisch sei oder nicht.

Man stelle sich vor: *die Imperialisten*

führen einen Krieg in Europa, und während die Sozial-Imperialisten in der Regierung (SPD), zusammen mit den Grünen-Kriegshetzern, ihn vorantreiben, begleiten sie diejenigen in Wartestellung (Die Linke) „kritisch“ (oder unkritisch), während andere Linken paralysiert sind! Ihre reformistische Politik verschiedenster Couleurs, und ihr eingefleischter Opportunismus, verbietet ihnen, das Wesentliche zu sagen: „*der Hauptfeind steht in diesem Land*“. Und, gerade weil es ihnen unmöglich ist, einen revolutionären Klassenkampf gegen den imperialistischen Feind zu führen, verursacht diese Kapitulation die schändliche Lage, *dass es Rechtsaußen sind, die Anti-Kriegs-Proteste anleiten!* Um den augenfälligen Zusammenbruch der Linken zu bekämpfen, ist ein hartnäckiges programmatisches Ringen erforderlich, um den Kern einer authentisch leninistisch-trotzkistischen Avantgardepartei der Arbeiterklasse zu schmieden, die fähig ist, die Befreiung aller Unterdrückten zu erkämpfen – durch internationale sozialistische Revolution.

Die Linke auf Kriegskurs

Während der Hauptagent der pro-imperialistischen deutschen Sozialdemokratie, die SPD, direkt in der Regierung das mörderische Schlachten vorantreibt, ist Die Linke als Hilfskraft und Junior-Sozialdemokratie formell noch in der Opposition – zumindest auf Bundesebene. Doch statt einen echten Widerstand zu leisten, ist sie dessen Antithese. Verschiedene Linke in und um die Linkspartei möchten, dass diese die Rolle des Widerparts glaubhafter spiele. Aber ihr Tanz um diesen Schatten einer Opposition ist nur ein abgekartetes Schauspiel auf der großen Bühne des Klassenverrats. Die Linkspartei – samt ihren Anhängern – erfüllt ihren Zweck, für den sie existiert, ihre Rolle als Verhüter und Abtreiber der Wiedergeburt einer proletarischen revolutionären Bewegung. Sie hält den Deckel auf dem brodelnden Topf der kapitalistischen Krisen und schwört die Arbeiterklasse auf den imperialistischen Kriegskurs ein. Es ist nicht auszuschließen, dass Die Linke Bestandteil einer künftigen Bundesregierung sein könnte, wenn ihre Dienste zum Niederhalten von Arbeiterunruhen benötigt würden oder die Kriegsmüdigkeit stärker wird.

Aus dem Ende Juni 2022 abgehaltenen Erfurter Parteitag von Die Linke gingen die pro-NATO Kräfte gestärkt hervor, der imperialistische Kurs im Ukraine-Russland-Krieg blieb von ihr unangetastet, mehrheitlich unterstützt mit „Alternativen“ zu Waffenlieferungen. Zentral war die Debatte um den Leitartikel 3 des Parteivorstands, „Kriege und Aufrüstung stoppen“. Dieser machte allein Russland für den Krieg in der Ukraine verantwortlich, forderte den russischen Truppenabzug und machte Vorschläge an



Ko-Vorsitzende der Linkspartei, Mitglied des Bundestags Janine Wissler und Mitglied des Europäischen Parlaments Martin Schirdewan am Erfurter Parteitag, 26. Juni 2022. Wissler sagt, die Partei befinde sich in einer „existenzbedrohenden“ Krise. Sollte Die Linke wegen Stimmenverlusts bei den Wahlen ihre Fraktionsstatus im Bundestag oder Ländertagen verlieren, könnte es das finanzielle Aus bedeuten, da die Partei, dem bürgerlichen Parlamentarismus gewidmet, einer Schätzung nach, vom Staat über 150 Millionen Euro jährlich bekommt.

die Imperialisten, wie sie ihre Sanktionspolitik verbessern und ändern sollten, faktisch um einen Regime-Change in Russland zu fördern. Er stellte die NATO als ein Militärbündnis dar, das zwar manchmal über die Strenge schlage, was man kritisiert habe – bei welcher Kritik man aber vergessen habe, dass auch andere, namentlich Russland, „imperiale Kriege“ führten. Auch der deformierte Arbeiterstaat China wurde ins Visier genommen. Und das wärs: die NATO-Osterweiterung und die Rolle dieses imperialistischen militärischen Bündnisses bei der Anstiftung dieses Krieges blieben unerwähnt.

Zwar hat die Parteileitung einen Antrag, der die Waffenlieferung an die Ukraine zu legitimieren versuchte, nicht angenommen. Das wird später kommen, als Voraussetzung von der Bourgeoisie verlangt, ehe sie Die Linke an ihre Regierungsgeschäfte Hand anlegen lässt. Darüber hinaus, wie oben gesagt, wird mit dieser Ablehnung nur die herkömmliche Politik des deutschen Imperialismus aus der Vor-24.2.-Epoche bekräftigt. Auf jeden Fall wachsen die offen kriegstreiberischen Kräfte innerhalb der Linkspartei über Gregor Gysi hinaus: jetzt gehört die Berliner

Vorsitzende und neu gewählte stellvertretende Parteivorsitzende dazu. Mit der Bezeichnung Russlands, eine „imperialistische Politik“ zu betreiben, will Die Linke einen Kampf gegen die wirklichen Imperialisten und deren Militärbündnis NATO, und insbesondere gegen den deutschen Imperialismus, unterdrücken. In Anspielung des Satzes von Clausewitz, der Krieg sei die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln, meint Die Linke, dass „Krieg kein Mittel der Politik sein darf.“ In Wirklichkeit, muss man sagen, ist die Politik der Linkspartei die Fortführung des NATO-Kriegs in der Ukraine mit anderen, „anti-militaristischen“ Mitteln.

Ergänzend forderte die Ko-Vorsitzende der Linkspartei, Janine Wissler, ex-Pseudo-Trotzkistin aus der Tradition des Renegaten Tony Cliff, neben den Sanktionen gegen russische Eliten noch die Deckelung des Gaspreises, um das Verbot von russischem Erdgas erträglicher zu machen. Seinerseits wollte der Ko-Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Dietmar Bartsch, schnelle, ernsthafte Beitrittsverhandlungen für die Ukraine zur Europäischen Union. Mit den Austeritäts-Forderungen der EU wird dieser Beitritt die ukrainischen Werktätigen hart treffen, und dürfte die Abkopplung der Ukraine von Russland vollenden, die im ultrarechten Maidan-Putsch von 2014 vorangetrieben wurde. Im Grunde zielt die Politik der Linkspartei darauf ab, die Kriegsführung des deutschen Imperialismus zu verbessern. Mit ihrem „Kampf“ um eine Regierungsbeteiligung will sie die Austeritätspolitik, die Abschiebepolitik und die Kriegspolitik mitgestalten und mitverwalten. Sie will ihre Hand auf die Hebel des Unterdrückungsorgans der herrschenden Klasse zur Niederhaltung der unterdrückten

Klassen haben. Die Politik von Die Linke ist schlicht Klassenverrat.

Dieser recht unverhüllte pro-imperialistische, pro-NATO-Kurs blieb zwar nicht ohne Widerstand, aber die Parteiführung konnte sich in allen kritischen Abstimmungen klar gegen die NATO-Kritiker in den eigenen Reihen durchsetzen. Dabei handelt es sich bei den NATO-Kritikern keineswegs um echte anti-Imperialisten, Sozialisten oder gar Revolutionäre. Der Ersetzungsantrag, von Linke-Europarlamentarierin Özlem Demirel eingebracht, hat 42% der Stimmen beim Parteitag erhalten. Aber die Differenzen mit der Parteiführung sind nur mit der Lupe festzustellen. Am Anfang erklärt er, „Nein zu Russlands Krieg – für den sofortigen Truppenrückzug“. Der „russische Angriffskrieg“ ist als „völkerrechtswidrig“ eingestuft, er verkündet die „Solidarität“ mit „den Ukrainer*innen, die sich gegen den russischen Angriff verteidigen“ – also mit dem ukrainischen Heer, einschließlich faschistischer Einheiten wie Asow. Obwohl er von „Mitverantwortung“ der NATO spricht, habe das mit dem Konflikt mit Russland, der dem Krieg „vorausging“, zu tun, während Putin allein am Krieg schuld sei.

Die Linke-Dissidenten sind offensichtlich bemüht, sich vor dem allerneuesten K.o.-Schimpfwort „Putinversther“ ihren guten Ruf – und für manche ihre bezahlten Ämter – zu behaupten. Außerdem verkündet ihr Antrag Unterstützung für den „Ap-pell: Nein zum Krieg!“ und Mobilisierungen der Friedensbewegung“. Dieser Appell, von Die Linke und SPDlern initiiert, drückt ihre Verbindung aus „mit den Hunderttausenden Menschen, die nach Beginn des Krieges ... auf die Straße gingen und dort ihrer Empörung über Putins Krieg“, und „Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung“ Ausdruck verliehen: „Mit ihnen gemeinsam haben wir gegen Putins Krieg und für Frieden demonstriert“. Obwohl der Appell erklärt, „massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht“ und er die „Anschaffung von konventionellen Waffen“ kritisiert, haben diese Riesendemos, voller blau-gelber ukrainischer Fahnen, gerade für solche Aufrüstung plädiert. Mitsamt ihrem pseudo-pazifistischen Gerede dienen diese anti-russischen „Friedens“-Demonstrationen nur als Stimmungsmache für die imperialistische Kriegsmaschine.

Eine revolutionäre Antwort auf die Leiden und die berechtigten pazifistischen Stimmungen der breiten Masse der Werktätigen, in der Ukraine und anderswo, würde die Wut über die Folgen des imperialistischen Kriegs auf einer Klassenbasis organisieren. In Deutschland würde sie für die Abschaffung der imperialistischen Sanktionen, für die Einfuhr von russischem Gas (Nord Stream II in Betrieb setzen) und für Arbeiteraktionen gegen Waffenlieferungen und Militarisation aufrufen. Sie würde vor allem die Niederlage der imperialistischen Kriegstreiber fordern, deren Ostausweitung weiter auf die Seite 28



„Friedenspanzer“ der Linkspartei bei einer Kundgebung in Neubrandenburg am 14. April 2022, bei der der Ko-Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Dietmar Bartsch, sprach. Bartsch kritisiert Erhöhung von Rüstungsausgaben, will aber die Ukraine in die Europäische Union mit Eilverfahren hineinbringen. Gerade die Lockung einer ukrainischen Mitgliedschaft in der EU war der Auslöser des nationalistischen/faschistischen Kiewer Putsch von 2014.



Eine Delegierte von ukrainischer Herkunft beim Erfurter Parteitag der Linkspartei, in Nationaltracht samt Blumenkranz, tadelt Linke in der Partei, die sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aussprachen.

Nicht bürgerlicher Nationalismus, sondern internationale proletarische Revolution

18. Oktober 2022

Zerschlagt den imperialistischen Kriegskurs
und das US/NATO-Stellvertreter-Regime
in der UkraineVerteidigt Russland, China
gegen kriegsverrückte
US-Herrscher

HIMARS-Raketen (High Mobility Artillery Rocket System), die vom Pentagon an die Ukraine geliefert wurden und die russischen Streitkräfte an der Südfront unter Beschuss nehmen. US-Offiziere prüfen jeden Raketenangriff im Voraus und können gegen jedes Ziel ein Veto einlegen.

Am 15. Oktober stimmte das Exekutivkomitee der Liga für die Vierte Internationale dafür, dass „da sich Quantität in Qualität verwandelt hat, es jetzt notwendig ist, eine Stellung des revolutionären Defätismus gegenüber Russland und des Defätismus gegenüber dem US/NATO-Stellvertreter-Regime in der Ukraine zu beziehen“.

22. OKTOBER 2022 – Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine wird seit acht Monaten mit weißglühender Intensität geführt und beherrscht die Weltpolitik und -wirtschaft, ohne dass ein Ende in Sicht ist. In der Tat wird es in naher Zukunft wohl kein Ende geben. Es gibt keine „Friedensverhandlungen“, denn es gibt kein Ergebnis, mit dem beide Seiten leben könnten. Washington und seine Verbündeten in der Nordatlantikpakt-Organisation schwören, „Russlands Krieg gegen die Ukraine zu einem strategischen Scheitern zu machen“¹ und bestehen darauf, dass Russland besiegt und gezwungen werden muss, sich aus dem gesamten Gebiet zurückzuziehen, das früher einmal die Ostukraine war, einschließlich der Krim und der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk, die sich 2014 von dem faschistisch verseuchten Putschregime in Kiew losgesagt haben. Viele imperialistische Strategen wollen noch weiter gehen und Russland zerschlagen, um das Land, das sie als geopolitischen Rivalen betrachten, zu zerstören und sich seiner Ressourcen zu bemächtigen.

Für Moskau stellt dies eine existenzielle Bedrohung dar, zumal die abtrünnigen Republiken im Osten und die südlichen Regionen Saporoschje und Cherson vom 23. bis 27. September mit großer Mehrheit für den Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt haben. Entgegen westlicher Propaganda, wonach die Bevölkerung „mit vorgehaltener Waffe“ zur Abstimmung gezwungen wurde, war die Unterstützung massiv und oft feierlich, wobei viele Wähler sagten: „Darauf haben wir acht Jahre lang gewartet.“ Der einzige Grund, warum sie sich 2014 nicht Russland angeschlossen haben, war, dass Präsident Wladimir Putin in den Abkommen von Minsk I und II eine unmögliche regionale „Autonomie“ innerhalb der Ukraine anstrebte. Mit

den Referenden wurde das Recht auf Selbstbestimmung ausgeübt, das die Imperialisten verweigern und nun zunichte machen wollen, und ihr Beitritt zur Russischen Föderation muss von klassenbewussten Arbeitern und Verteidigern demokratischer Rechte überall verteidigt werden.

Von Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine an erklärte die Liga für die Vierte Internationale, dass der Krieg von den Imperialisten provoziert wurde, und rief zu revolutionärem Defätismus auf beiden Seiten in dem reaktionären nationalistischen Konflikt auf, als Teil des allgemeinen Kampfes zur Niederschlagung des Kriegskurses der USA/NATO gegen Russland und China. Wir verteidigten weiterhin die Selbstverwaltung in den abtrünnigen Republiken und forderten das Recht auf Selbstbestimmung in der russischsprachigen Ost- und Südukraine sowie die ukrainischen Faschisten permanent zu stoppen und ihr Programm der ethnischen Säuberung zu zerschlagen. Gleichzeitig wies unsere Erklärung der LVI vom 23. Februar vor Kriegsbeginn darauf hin, dass „wenn es sich jedoch zu einem Krieg der imperialistischen Hintermänner der Ukraine gegen Russland entwickeln würde, wäre das eine ganz andere Sache“.² Wenn die ukrainische Armee in Wirklichkeit zu einem verlängerten Arm der NATO würde, wäre es nicht mehr nur ein Krieg zwischen Russland und der Ukraine, sondern ein Krieg mit der NATO mittels ihres Klientenregimes in Kiew.

Das ist nun eingetreten. Dieser Prozess ist zwar schon seit Monaten im Gange, aber er hat inzwischen den Punkt erreicht, an dem Quantität in Qualität umschlägt. Der Übergang wurde durch die ukrainische blitzartige *Offensive in der nordöstlichen Region Charkow* Anfang September markiert, die von der Planung über die Bewaffnung bis hin zum Kommando *von oben bis unten eine US/NATO-Operation* war. Der Konflikt wurde zu einem imperialistischen „Stellvertreterkrieg“, in dem die ukrainische Regierung und Armee im Wesentlichen im Auftrag und unter der Kontrolle der NATO-Imperialisten handeln. Der US-Imperialismus fördert² „Zerschlagt den Kriegskurs der USA/NATO und die Sanktionen gegen Russland!“ auf Seite 11 von dieser Ausgabe.

seit langem solche Kriege, besonders in Afghanistan in den 1980er Jahren, wo er die islamistischen *Mudschaheddin* (heilige Krieger) gegen die sowjetischen Streitkräfte sponserte, bewaffnete und dirigierte, die von den USA zu einer Intervention zur Unterstützung der mit der UdSSR verbündeten, umkämpften afghanischen Reformregierung provoziert wurden.³

Als Reaktion auf den Blitzangriff in

³ Zu der Zeit riefen die authentischen Trotzlisten der damals revolutionären internationalen Spartacist-Tendenz „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“, während ein Großteil der Linken das imperialistische Geschrei über den „Sowjetimperialismus“ wiederholte und direkt oder indirekt die islamistischen Mörderbanden unterstützte, die kommunistische Lehrer ermordeten, weil sie Mädchen unterrichteten. Andere Beispiele für vom Imperialismus gesponserte „Stellvertreterkriege“ sind der Krieg der von den USA geschaffenen „Contra“-Terroristen gegen das sandinistische Nicaragua und der Krieg des von den USA finanzierten und ausgebildeten salvadorianischen Militärs gegen die linke Guerilla, wobei in beiden Fällen die Schwächung der Sowjetunion und Kubas ein zentrales Ziel war.



Blutbad in Donezk, 14. März: 23 Zivilisten wurden im Zentrum der Hauptstadt der pro-russischen Volksrepublik Donezk durch eine ukrainische Tochka-U-Rakete getötet. In den westlichen Medien wurde nahezu gar nicht darüber berichtet, und die wenigen Erwähnungen wiederholten die absurde Behauptung der Kiewer Regierung, es habe sich um eine russische Rakete gehandelt. In den acht Jahren des von Faschisten angeführten Krieges der Ukraine gegen die Donbass-Republiken wurden über 14.000 Menschen getötet.

Charkow ordnete der russische Präsident Putin eine Teilmobilisierung der militärischen Reserven an und stellte (zutreffend) fest, dass Russland nun „nicht nur gegen Neonazi-Einheiten, sondern tatsächlich gegen die gesamte Militärmaschinerie des kollektiven Westens“ kämpfe. In Anerkennung der kumulativen und nun qualitativen Veränderung des Charakters des Krieges stellt die Liga für die Vierte Internationale fest, dass in der gegenwärtigen Situation der Aufruf der proletarischen Revolutionäre, den *Kriegskurs der Imperialisten gegen Russland und China* (ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat) zu zerschlagen, bedeutet, für die Niederlage des US/NATO-Stellvertreter-Regimes in der Ukraine und für die *militärische Verteidigung Russlands* (einer regionalen kapitalistischen Macht) einzutreten, aber gleichzeitig der reaktionären bürgerlich-nationalistischen Putin-Regierung keine politische Unterstützung zu leisten und zum Klassenkampf gegen sie aufzurufen.

Der veränderte Charakter des Konflikts zeigt sich in vielen Bereichen. Die riesigen Mengen von mehr oder weniger hochentwickelter Waffen und Munition, die von den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern (und deren osteuropäischen Klientelstaaten) in die Ukraine geliefert werden, haben ein vorher niemals erreichtes Ausmaß angenommen: allein von den USA wurden nur für das Jahr 2022 mindestens 65 Milliarden Dollar genehmigt. (Zum Vergleich: Die gesamte US-Militärhilfe für Taiwan in den letzten 45 Jahren beläuft sich auf 90 Mrd. \$.) Damit einher geht die Kommandogewalt. Nicht nur, dass die USA und ihre Verbündeten tief in die Ausbildung, Planung und Durchführung ukrainischer Militärschläge verwickelt sind, nicht nur, dass es in der Ukraine von CIA-Agenten und Kommandos von Spezialkräften, „pensionierten“ und im Dienst, wimmelt, plus mehreren tausend ausländischen „Freiwilligen“ (Söldnern) in faschistisch geführten ukrainischen Einheiten, sondern auch, dass US-Offiziere jeden Schlag mit HIMARS-Raketen im Voraus überprüfen.

Auf die Frage des Londoner *Telegraph* (1. August), wie diese Systeme „russische Treibstoff- und Munitionsdepots sowie Hauptquartiere auf dem Schlachtfeld in der Ostukraine so präzise ins Visier nehmen konnten“, antwortete der amtierende Leiter des ukrainischen Militärgeheimdienstes, Generalmajor Vadym Skibitsky, „wir verwenden Echtzeitinformationen“. Er fügte hinzu: „Ich kann Ihnen nicht sagen, ob [wir] britische und amerikanische Satelliten [direkt beauftragen], aber wir haben sehr gute Satellitenbilder.“ Der Zeitungsbericht fuhr

¹ Weißes Haus, *National Security Strategy* (Oktober 2022).



Abstimmung in Lugansk über das Referendum zur Eingliederung in die Russische Föderation, 24. September. Ein "Scheinreferendum"? Keineswegs. Mehr als 4,75 Millionen Menschen stimmten in den beiden abtrünnigen Republiken im Osten und in den beiden südlichen Regionen für den Anschluss an Russland. Die Wahlbeteiligung lag bei über 90 % und damit weit höher als bei allen Wahlen im Westen. Dies war eine legitime Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung, die von allen Verteidigern demokratischer Rechte hochgehalten werden muss.

fort: „Er deutete an, dass es vor dem Abschluss von Raketen eine Konsultation zwischen Geheimdienstmitarbeitern beider Länder gibt, die es Washington ermöglichen würde, mögliche Angriffe zu stoppen, wenn sie mit dem beabsichtigten Ziel unzufrieden sind.“ Das bedeutet, dass die USA den Einsatz der Raketen gegen die Zivilbevölkerung in Donezk und gegen das Kernkraftwerk Saporoschje praktisch abgesegnet haben.

Dieses Maß an Steuerung wurde bei den NATO-Treffen vom 12. bis 13. Oktober in Brüssel institutionalisiert. Das ukrainische Luftverteidigungssystem wird in eine von Deutschland geführte „Gemeinsame Luftverteidigungsinitiative“ integriert, die die Luftverteidigungssysteme von 14 NATO-Ländern koordiniert. Am 1. Oktober beantragte die Ukraine eine beschleunigte NATO-Mitgliedschaft „auf der Überholspur“, und am 12. Oktober twitterte der ukrainische Verteidigungsminister Oleksii Reznikov aus Brüssel und dankte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit den Worten, „wir“ (die Ukraine) seien „de facto dem Bündnis beigetreten“. In der Zwischenzeit hat Präsident Joe Biden erklärt (19. September), dass die USA die Ukraine weiterhin mit Militärgütern versorgen werden, „solange wie nötig“. Stoltenberg stimmte ein (13. Oktober), „so lange wie nötig“, und fügte hinzu, dass „ein Sieg Russlands im Krieg gegen die Ukraine eine Niederlage der NATO sein wird“. Wie wir in Berlin sagen, *alles klar*.

Heute werden die Waffen der Ukraine von den USA und der NATO geliefert, einschließlich der Munition für ihre Waffen nach sowjetischem und russischem Standard. Große ukrainische Offensiven werden vom Pentagon mit der ukrainischen Obrigkeit geplant, besprochen und durchgespielt. US-Offizielle prüfen im Voraus jeden Einsatz der hochentwickelten Raketensysteme, die das Blatt in den Kämpfen gewendet haben. Ukrainische Offiziere erhalten „Echtzeit“-Geolokalisationsdaten über russische Streitkräfte von US-Satelliten, und zwar über das Starlink-System von Elon Musk, auf dessen Tablets, vom Pentagon geliefert, von dem 20.000 Geräte an die Ukraine geliefert worden sind. Das ukrainische Militär ist zunehmend in die NATO-Maschinerie integriert, mehr als viele andere NATO-Mitgliedsländer, mit einem Grad an operativer Steuerung durch die USA/NATO, der denjenigen in den meisten anderen Ländern dieses imperialistischen Militärbündnisses übersteigt. Kurz gesagt, das Kiewer Regime und seine Armee sind zu Handlangern eines „Krieges der imperialistischen Hintermänner der Ukraine gegen Russland“ geworden.

In der Zwischenzeit hat die Entschlos-

senheit der Imperialisten, „Putin zu bestrafen“, weil er sich weigert, sich an die „regelbasierte“, von den USA dominierte „Neue Weltordnung“ (die nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion ausgerufen wurde) zu halten. Dies veranlasst sie, brutale Sanktionen zu verhängen, die auf einen totalen Wirtschaftskrieg gegen Russland hinauslaufen. Das aber ging nach hinten los, weil die Unterbrechung der russischen Öl- und Erdgasexporte die Weltmarktpreise in die Höhe schnellen ließ und Moskau mehr Geld einbrachte als je zuvor. Die europäischen kapitalistischen Regierungen haben drastische Kürzungen des Energieverbrauchs angeordnet, was bedeutet, dass die Menschen in diesem Winter frieren werden, während weltweit die steigenden Lebensmittelpreise dazu führen, dass Millionen Menschen bereits jetzt hungern. Und die europäischen imperialistischen Herrscher haben diesem Programm zugestimmt, das zur Zerstörung von Schlüsselbereichen ihrer Wirtschaft führen würde, angefangen bei der Stahlindustrie.

Wenn man alles zusammenzählt, steuert der rapide eskalierende Krieg gegen Russland und China auf einen thermonuklearen Dritten Weltkrieg zu – wenn die Imperialisten nicht durch Arbeiterrevolution gestoppt werden.

Die Evolution des Krieges in der Ukraine

Der Ukrainekrieg begann eigentlich 2014, als ein Staatsstreich ukrainischer Faschisten und Ultranationalisten – angezettelt, finanziert und beraten von europäischen und insbesondere US-amerikanischen Imperialisten – die gewählte Regierung in Kiew stürzte und ein extrem russophobes Regime einsetzte.⁴ In den folgenden Jahren führten faschistisch geführte Kräfte, die in das ukrainische Militär und die Polizei integriert waren, einen unerbittlichen Krieg gegen den russischsprachigen Osten, dem mehr als 14.000 Menschen zum Opfer fielen.⁵ In der Zwischenzeit dehnte sich die NATO bis an die Grenzen Russlands aus und schloss 13

⁴ Siehe „Down with the Imperialist-Backed Fascist/Nationalist Coup in Ukraine!“ und „Fascist Pogrom in Odessa, and the Aftermath“ [Nieder mit dem vom Imperialismus unterstützten faschistisch-nationalistischen Putsch in der Ukraine! und Faschistisches Pogrom in Odessa, und die Folgen], in *The Internationalist* Nr. 37, April-Mai 2014.

⁵ Siehe den Bericht des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, „Conflict-related casualties in Ukraine“ (22. Januar), in dem die Anzahl Toter mit 14.200-14.400 herum beziffert ist und die Verletzten um 37.000-39.000, mehr als 80 % davon in den Gebieten der Republiken Donezk und Lugansk. Andere Schätzungen gehen von 18.000 Toten und über 50.000 Verwundeten/Verletzten aus.

Länder des ehemaligen Sowjetblocks ein, obwohl die USA 1990 versprochen hatten, die NATO nicht „einen Zoll“ nach Osten auszudehnen. Die NATO hat jährlich immer größere Kriegsspiele mit Dutzenden von Ländern, Hunderten von Flugzeugen und Schiffen und Tausenden von Streitkräften abgehalten, um den Krieg mit Russland zu üben. Mit der Wahl des demokratischen US-Präsidenten Joe Biden begann die Ukraine Anfang 2021 eine neue antirussische Offensive, sowohl an der Grenze zum Donbass als auch im Inneren.⁶

Angesichts dieser eskalierenden Bedrohung ordnete Putin groß angelegte Manöver des russischen Militärs an und forderte Sicherheitsgarantien von den USA und der NATO. Als sich die westlichen Staats- und Regierungschefs wiederholt strikt weigerten, eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO auszuschießen, leitete der russische Präsident seine „Militärische Sonderoperation“ (MSO) ein, die er nun als „Präventivschlag“ bezeichnet. In den Wochen vor Moskaus Schritt multiplizierten sich die ukrainischen Angriffe auf den Donbass um ein Vielfaches, und in den ersten Tagen des Krieges entdeckten und veröffentlichten die russischen Militärs Dokumente des Kommandos der ukrainischen Nationalgarde, in denen Pläne für einen Großangriff auf die abtrünnigen Republiken ab dem 8. März beschrieben sind. Biden & Co. sprechen ständig von einem „unprovokierten Krieg Russlands“, aber **er wurde eindeutig von den US/NATO-Imperialisten und ihrem ukrainischen Klienten angezettelt und provoziert**.

In einer Rede vom 21. Februar erkannte Putin die Unabhängigkeit der beiden abtrünnigen Republiken an und konzentrierte sich dabei auf deren Verteidigung. Doch am 24. Februar startete er die „MSO“, die sich entgegen unseren Erwartungen und denen vieler anderer schnell zu einem uneingeschränkten Krieg mit der Ukraine entwickelte. In einem Artikel vom 28. Februar⁷ riefen wir „zum revolutionären Defätismus auf beiden Seiten in diesem reaktionären nationalistischen Krieg

⁶ Von Ende Januar bis März 2021 hat die Regierung Selenskyj nicht nur den Beschuss der Republiken Donezk und Lugansk verstärkt und eine neue „Militärische Sicherheitsstrategie der Ukraine“ verabschiedet, die darauf abzielt, diese Regionen „mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu günstigen Bedingungen für die Ukraine“ zurückzuerobern, sondern auch zwei prorussische Abgeordnete des Hochverrats angeklagt, alle drei russischsprachigen Fernsehsender geschlossen und ein Gesetz erlassen, das die ausschließliche Verwendung der ukrainischen Sprache (d. h. das Verbot der russischen Sprache) in Schulen, Regierungsbüros und Handelsunternehmen anordnet.

⁷ „Hinter dem Krieg: USA/NATO Kriegskurs gegen Russland, China“, auf Seite 14 von dieser Ausgabe.

auf, zum internationalistischen proletarischen Kampf gegen beide kapitalistischen Regime und vor allem gegen die US-amerikanischen und europäischen Machthaber, die diesen Flächenbrand ausgelöst haben“. Im Gegensatz zu den Pseudolinken, die sich auf die Seite des vom Imperialismus unterstützten ukrainischen Putschregimes stellten und die russische Invasion verurteilten, riefen wir dazu auf, sich dem „vom Imperialismus provozierten Russland-Ukraine-Krieg“ entgegenzustellen, und titelten: „Hinter dem Krieg: USA/NATO Kriegskurs gegen Russland, China“.

Im April schilderten wir, wie Faschisten wie die Asow-Brigade den ukrainischen Repressionsapparat, seine Kommando- und Schocktruppen durchdrungen haben und die engen Verbindungen dieser Neonazis zum US-Imperialismus.⁸ Im Mai stellten wir fest: „Zusammen mit seinen Verbündeten in der imperialistischen North Atlantic Treaty Organization (NATO) schickt Washington zunehmend schwere Offensivwaffen an das faschistisch verseuchte ukrainische Militär. Aber die USA haben den Untergang Russlands als dramatisches Fallbeispiel für die militärischen Fähigkeiten der USA und der NATO und als implizite Drohung an China ins Auge gefasst. Die USA schwören, Russland zu besiegen und sein Militär zu schwächen, damit es auf Jahre hinaus ‚geschwächt‘ sein wird.“⁹ Die Drohung gegen China ist in der letzten Zeit immer expliziter gemacht worden.

Seitdem hat die „Hilfe“ des Pentagons und der NATO für die Ukraine exponentiell zugenommen, insbesondere durch die Bereitstellung hochpräziser satellitengesteuerter Raketen und anderer moderner Ausrüstungen. Wie wir dokumentiert haben, war schon lange vor Ausbruch des Krieges bekannt, dass die US- und NATO-Imperialisten seit 2014 mit den ukrainischen Streitkräften und insbesondere mit deren faschistischen und ultra-nationalistischen Komponenten zusammen gearbeitet haben. Trotz des Geredes über den Abzug westlicher Militärausbilder aus dem Land bei Ausbruch des Krieges wurde die Präsenz von Militär- und Geheimdienstpersonal der USA und der NATO in den ukrainischen Streitkräften so offenkundig, dass die Medien sich gezwungen sahen, dies zu erwähnen, wenn auch nur kurz und begraben unter ihren Bergen obszöner pro-ukrainischer, antirussischer Kriegspropaganda und offener Lügen.

⁸ „Die Wahrheit über die faschistische Verseuchung der Ukraine“, auf Seite 18 von dieser Ausgabe.

⁹ „We Meet Dr. Strangelove Again in Washington“ [Wir treffen Dr. Strangelove wieder in Washington], *The Internationalist*, Mai 2022.



Ein ehemaliger US-Marine trainiert ukrainische Soldaten nahe der Frontlinie in Soledar im Donbass. Da sich das Schlachtfeld in einen "Stellvertreterkrieg" der USA/NATO gegen Russland verwandelt hat, wird die Ukraine von imperialistischen Militärausbildern, Beratern, CIA-Agenten, NATO-Kommandos, Söldnern, ausländischen "Freiwilligen" für faschistisch geführte Kräfte und anderen überschwemmt.

Permanente Revolution

Die *New York Times* (26. Juni) veröffentlichte einen Artikel mit dem Titel „Allied Commandos in Ukraine Secretly Funnel Aid to Troops“ (Alliierte Kommandos in der Ukraine liefern heimlich Hilfe an die Truppen), in dem bestätigt wurde, dass „CIA-Personal weiterhin heimlich im Lande operiert“ und insbesondere „einen Großteil der riesigen Mengen an Geheimdienstinformationen, die die Vereinigten Staaten mit den ukrainischen Streitkräften austauschen, lenkt“. Der Bericht wies darauf hin, dass „Kommandos aus anderen NATO-Ländern, darunter Großbritannien, Frankreich, Kanada und Litauen, ebenfalls in der Ukraine tätig sind“ und dass die 10th Special Forces Group der US-Armee eine Zelle eingerichtet hat, die „nach dem Vorbild einer in Afghanistan gegen die sowjetischen Streitkräfte eingesetzten Struktur“ arbeitet und Teil einer „umfassenderen Reihe operativer und nachrichtendienstlicher Koordinierungszellen ist, die vom Europäischen Kommando des Pentagon geleitet werden“, während „ein Team der US-Luftwaffe und der Air National Guard namens Grey Wolf“ den Auftrag hat „Unterstützung“ für die ukrainische Luftwaffe zu liefern.

Einen Monat später erschienen Artikel über die umfangreiche militärische Versorgungskette, über die riesigen Mengen an Waffen und Munition über eine „wenig bekannte Gruppe“, das International Donor Coordination Center, das im Hauptquartier des US-Europakommandos in Ramstein, Deutschland, angesiedelt ist, in die Ukraine geleitet werden („Special Military Cell Flows Weapons and Equipment into Ukraine“ [Militärische Sonderzelle schleust Waffen und Ausrüstung in die Ukraine], *New York Times*, 28. Juli). Diese Gruppe arbeitet eng mit der Ukraine Defense Contact Group (Kontaktgruppe zur Verteidigung der Ukraine) zusammen, „einer vom Pentagon geführten Koalition aus etwa 50 Nationen“, die dem Kiewer Militär Hilfe leistet. Darüber hinaus wurde das Kiewer Regime von den USA, der NATO, der Weltbank, der Europäischen Union und anderen Quellen mit Dutzenden von Milliarden Dollar an Wirtschaftshilfe gestützt. Das geht über die reine Militärhilfe hinaus: Inzwischen kommen fast alle ukrainischen Waffen und Munition aus dem Westen. Ohne diese Hilfe wäre die Ukraine schon vor Monaten besiegt worden.

US/NATO-Imperialisten übernehmen das Kommando

Der in den letzten Wochen eskalierte Konflikt ist inzwischen zu einem Krieg der westlichen imperialistischen Mächte selbst geworden, die durch ihr Stellvertreterregime in Kiew gegen Russland agieren. Die USA haben zunehmend die Leitung der militärischen

Operationen in der Ukraine übernommen, insbesondere bei der am 6. September begonnenen Offensive, die Russland zum Rückzug aus der gesamten Region Charkow zwang.

In einem Bericht der *New York Times* (14. September) heißt es: „Die Strategie, die hinter den raschen militärischen Erfolgen der Ukraine in den letzten Tagen steht, nahm schon vor Monaten während einer Reihe intensiver Gespräche zwischen ukrainischen und US-amerikanischen Offiziellen über das weitere Vorgehen im Krieg gegen Russland Gestalt an.“ In dem Bericht, der „auf Interviews mit mehreren hochrangigen amerikanischen Offiziellen“ und anderen Eingeweihten beruht, heißt es, dass die ukrainische Militärführung unter dem Befehl des Marionettenpräsidenten Selenskyj eine breite Offensive im Süden geplant hatte. Ein US-Planspiel deutete jedoch darauf hin, dass dies scheitern würde, während Geheimdienstinformationen darauf hindeuteten, dass Moskau im Norden überdehnt war. Während der US-Militärattaché „tägliche Sitzungen mit ukrainischen Spitzenoffizieren abhielt“, „führten Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Ukraine eine Bewertung des neuen Plans“ für eine Offensive in der Nähe von Charkow durch und „versuchten, ihn noch einmal durchzuspielen.“ Der Plan, so ein hochrangiger Offizier in Kiew, „hing vollständig von der Höhe und dem Tempo der zusätzlichen Militärhilfe aus den Vereinigten Staaten ab.“ Also schickten die USA HIMARS, satellitengesteuerte Raketen und den Rest. Von der Planung über die Bewaffnung bis hin zum Kommando war die Charkow-Offensive eine US/NATO-Operation.

Am 26. September rissen große Explosionen Löcher in die Pipelines Nord Stream 1 und 2 in der Ostsee, wobei es zahlreiche Hinweise auf eine Beteiligung der USA und der NATO gab. Wer auch immer es getan hat, wollte, dass die Pipelines, die Erdgas von Russland nach Deutschland transportieren, für immer versiegen. Imperialistische Medien und Politiker haben versucht, die absurde Behauptung in die Welt zu setzen, dass Russland die Pipelines in die Luft gesprengt haben könnte, was keinen Sinn ergibt, da (a) die Pipelines Eigentum des staatlichen russischen Energiekonzerns Gazprom sind, (b) der Erdgasfluss in der Nord-Stream-1-Pipeline bereits für Reparaturen gestoppt worden war, (c) die deutsche Regierung (auf Druck der USA) die Nord-Stream-2-Pipeline auf unbestimmte Zeit auf Eis gelegt hatte und (d) die Pipelines entscheidend für eine spätere Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern der Europäischen Union (EU) wären.

Wenn man jedoch die Frage *cui bono* stellt, wer davon einen Nutzen hat, sind die unmittelbaren



Am 8. Oktober explodierte auf der Brücke über die Straße von Kertsch, die die Krim mit dem russischen Festland verbindet, eine LKW-Bombe, die eine Spur der Fahrbahn zum Einsturz brachte und einige Öltankwagen in Brand setzte. Während der Terroranschlag eindeutig von den Ukrainern verübt wurde, hatten britische Geheimdienstmitarbeiter monatelang an einem detaillierten Plan zur Sprengung der Brücke gearbeitet, die eine wichtige Verbindung für die Versorgung der russischen Streitkräfte im Süden darstellt. Russische Ingenieure und Notfall-Reparaturteams konnten den PKW- und Bahnverkehr bis zum Nachmittag wieder aufnehmen.

Antworten: (1) die polnische Regierung, die von Anfang an gegen beide Pipelines war und gerade dabei war, eine Pipeline zu eröffnen, die norwegisches Erdgas nach Polen bringen sollte; und (2) Washington, das ebenfalls gegen die Nord-Stream-Pipelines war und davon profitiert, dass russisches Gas abgeschnitten wird und die Europäer gezwungen sind, teureres amerikanisches Flüssigerdgas zu kaufen. Im Februar schwor US-Präsident Biden, dass es im Falle einer russischen Invasion „Nord Stream 2 nicht mehr geben wird“ und fügte hinzu: „Wir werden dem ein Ende setzen.“ Nach dem Bekanntwerden der Lecks erklärte US-Außenminister Antony Blinken, dass „dies auch eine ungeheure Chance sei“. Und (3) das ukrainische Regime würde natürlich davon profitieren.

Was die Beweise angeht, so zeigen die Flugradar- und Satellitendaten, dass US-Hubschrauber vom 22. bis 25. September stundenlang über dem Gebiet vor der dänischen Insel Bornholm kreisten, in dem sich die Explosionen am 26. September ereigneten. Am Tag nach den Explosionen tвитerte der ehemalige polnische Verteidigungsminister „Danke, USA“ neben einem Foto des sprudelnden Wassers vom Leck. Als Jeffrey Sachs, Professor an der Columbia University, in einem Fernsehinterview mit der Wirtschafts-Internetseite Bloomberg meinte, er „würde darauf wetten, dass dies [die Explosion] eine Aktion der USA war, vielleicht der USA und Polens“, wurde er aus der Übertragung geworfen. Und damit alles klar steht: Sachs ist kein Freund Russlands, denn er hat das wirtschaftliche „Schocktherapie“-Programm entworfen, das Millionen von Russen verarmte nach der Konterrevolution, die die Sowjetunion zerstörte.

Der Bombenanschlag vom 8. Oktober auf die Brücke, die die Krim mit dem Rest Russlands verbindet, erfolgte nach monatelanger Planung durch NATO-Agenten, um diesen wichtigen Korridor zu zerstören. Einer Veröffentlichung der investigativen journalistischen Internetseite *Grayzone* (10. Oktober) zufolge wurde die Operation zwar von der ukrainischen politischen Polizei, dem SBU, überwacht, doch „bevor die Ukraine die Brücke von Kertsch in die Luft sprengte, planten britische Spione den Anschlag“. Eine Präsentation vom April 2022, die im Auftrag eines hochrangigen britischen Geheimdienstmitarbeiters (und hochrangigen NATO-Beraters) erstellt wurde, enthielt einen Plan mit detaillierten Diagrammen zur Sprengung der Brücke. Die tatsächliche Operation wich von diesem Plan ab (stattdessen wurde ein LKW mit Bombe eingesetzt), und die Russen konnten den Bahn- und Autoverkehr noch am selben Nachmittag wieder aufnehmen. Die

umfangreiche Planung dieser Operation, die die Versorgung der russischen Streitkräfte im Süden zu unterbrechen drohte, zeigt jedoch, wie stark die westlichen Imperialisten in die ukrainischen Militäroperationen verwickelt sind.

Kurz gesagt, in Bezug auf Waffen, Munition, Planung und Führung ist der Krieg in der Ukraine zu einem Krieg zwischen Russland und einem Regime geworden, das nicht nur ein Klient und Stellvertreter der Westmächte ist, sondern in vielen operativen Aspekten direkt den US- und NATO-Imperialisten unterstellt ist.

Interimperialistische Konflikte bahnen sich an

Obwohl sie derzeit mehr oder weniger im Gleichschritt marschieren, bahnen sich unter den westlichen imperialistischen Herrschern ernsthafte Spannungen an. Deutschland und Frankreich haben von Anfang an nicht gerade enthusiastisch zu einem ukrainischen „Sieg“ im Krieg aufgerufen, sondern sprechen lieber von „Frieden“ und der Einstellung der Kampfhandlungen. Dafür gibt es objektive Gründe. Während in den USA die Sanktionen gegen Russland den amerikanischen Energieriesen ungeahnte Gewinne beschert haben (durch höhere Öl- und Gaspreise) und es zu keinen ernsthaften Engpässen gekommen ist, führen die Sanktionen in Europa zu drastischen Preiserhöhungen bei Kraftstoffen und Versorgungstarifen, werden im kommenden Winter zu erheblichen Einschränkungen bei der Strom- und Wärmeversorgung führen und könnten wichtige Industriezweige in den Bankrott treiben. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands basierte bisher auf den billigen russischen Energielieferungen. Während die USA boomen, taumelt die europäische Wirtschaft nun.

Bemerkenswerterweise haben sich die europäischen imperialistischen Bourgeoisien auf dieses Programm eingelassen, das ihre Wirtschaft ruinieren könnte.¹⁰ Wie lange sie so ¹⁰ Die imperialistischen Machthaber der Europäischen Union haben viele Gründe, sich an dem Bestreben zu beteiligen, die Ukraine von Russland abzuziehen. Schließlich wurde der Putsch in Kiew 2014 dadurch ausgelöst, dass die gewählte Regierung von Viktor Janukowitsch die Unterzeichnung eines Assoziierungsvertrags mit der Europäischen Union verweigerte. Dieser Vertrag enthält eine Reihe von Klauseln zur Privatisierung der staatlichen Industrie, zum Verbot staatlicher Subventionen für Unternehmen und zur Gewährleistung des Schutzes ausländischer Investoren, so dass multinationale EU-Riesen ukrainische Industrien (und Agrarflächen) aufkaufen können, was sie seit Inkrafttreten des Vertrags im Jahr 2017 eifrig tun. Siehe „Die Ukraine und ihre falschen Freunde“ (auf Französisch), *Le Monde Diplomatique*, Oktober 2022. Die antirussischen Sanktionen sind jedoch eine ganz andere Sache.



US-Verteidigungsminister Lloyd Austin und Außenminister Antony Blinken treffen am 24. April in Kiew mit dem Chef des NATO-Vertreterregimes, Wolodymyr Selenskyj, zusammen. Der ehemalige Schauspieler, der jetzt die Rolle des ukrainischen Präsidenten innehat, steht im Rampenlicht der Medien, aber seine imperialistischen Sponsoren haben letztlich das Sagen.

Winter 2022 / 2023



Die europäischen Imperialisten sind nicht unbedingt alle auf derselben Seite wie Joe Biden. Mitte Juni im Nachtzug nach Kiew: von links, der damalige italienische Ministerpräsident Mario Draghi, der französische Präsident Emmanuel Macron und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz. Draghi ist jetzt nicht mehr im Amt, Macron und Scholz sehen sich mit aufkeimenden sozialen Unruhen konfrontiert, da die imperialistischen NATO/EU-Sanktionen gegen Russland an der Heimatfront zu greifen beginnen.

weitermachen können, ist eine offene Frage, denn die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst, und die politischen Konsequenzen werden nicht lange auf sich warten lassen. Anfang September und erneut Ende des Monats demonstrierten Zehntausende in der tschechischen Hauptstadt Prag in Protesten, von Rechtsaußen aufgerufen, gegen hohe Energiekosten, die NATO und die Europäische Union. In Deutschland veranstalteten faschistoide Ultrarechte und offene Faschisten prorussische Demonstrationen und forderten die sofortige Öffnung von Nord Stream 2, um die Kraftstoff- und Strompreise zu senken. In Frankreich hat Präsident Emmanuel Macron von seiner Exekutivgewalt Gebrauch gemacht um die für höhere Löhne streikenden Ölraffineriearbeiter wieder an die Arbeit zu schicken, was am 18. Oktober einen Generalstreik auslöste.

Während die Bevölkerung in ganz Europa aufgefordert wird, für die Ukraine zu opfern, haben die Proteste gegen die wirtschaftliche Not weitgehend den rechten Parteien genutzt. Die etablierten sozialdemokratischen und bürgerlichen „linken“ Parteien sind so sehr mit dem kapitalistischen Staat und der NATO verflochten, dass sie keinen Volksaufstand anführen können (selbst wenn sie es wollten, was sie natürlich nicht wollen). Die rechts-extremen, einwandererfeindlichen Schwendendemokraten konnten bei den Wahlen im September ihren Stimmenanteil auf 20 % steigern und wurden damit zur zweitstärksten Partei im Parlament. Zwei Wochen später belegte die faschistische Partei Fratelli d'Italia (Fd'I, Brüder Italiens) mit 26 % der Stimmen den ersten Platz und steht nun kurz davor, die italienische Regierung zu führen – 100 Jahre nach dem Marsch des faschistischen Diktators Benito Mussolini auf Rom im Oktober 1922. (Die Fd'I ist pro-ukrainisch und hat für Waffenlieferungen an die Ukraine gestimmt, während ihr Hauptideologe wiederholt das faschistische Asow-Bataillon gelobt hat.)

Proletarische Revolutionäre, die dazu aufrufen, Russland gegen den imperialistischen Krieg zu verteidigen und das US/NATO Stellvertreter-Regime in der Ukraine zu besiegen, werden unmittelbar mit kapitalistischen Regierungen, bürgerlichen Liberalen, amtierenden und nicht amtierenden Sozialdemokraten und den „NATO-Sozialisten“ der angeblichen „extremen Linken“ in Widerspruch kommen. Sie müssen „Friedens“-Bewegungen politisch scharf entgegentreten, die in Wirklichkeit Anhängsel des imperialistischen Kriegskurses sind, ob sie sich nun explizit oder implizit für die Ukraine aussprechen. Und sie können natürlich keine gemeinsame

Sache mit den pro-russischen Rechten machen, die zu den schärfsten – und tödlichsten – Antikommunisten überhaupt gehören. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird klassenkämpferische Opposition, die versucht, die Imperialisten im eigenen Land zu besiegen, hauptsächlich durch Arbeiteraktionen erfolgen, die Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten und arbeiterfeindliche Angriffe in Zusammenhang mit dem imperialistischen Krieg und den Sanktionen stellen.

Der gegenwärtige imperialistische Stellvertreterkrieg zur Niederlage, Zerstörung und Zerschlagung Russlands ist eine direkte Folge der Konterrevolution, die 1989-92 die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks stürzte. Seitdem haben die Mächtigen-Weltbeherrscher in Washington und an der Wall Street versucht, ihre globale Hegemonie zu festigen, auch wenn ihre wirtschaftliche Macht sich im Niedergang befindet, insbesondere während der Wirtschaftsdepression die ein Jahrzehnt dauerte nach dem Finanzcrash von 2007-08 und in jüngster Zeit durch die COVID-Pandemie, die in den USA mehr Menschen getötet hat als in jedem anderen Land. Heute besteht das vorrangige Ziel des Kriegskurses der USA/NATO darin, die kapitalistische Konterrevolution in der Volksrepublik China herbeizuführen, gegen die die US-Imperialisten bereits einen Wirtschaftskrieg begonnen haben. Dies wurde in der *Nationalen Verteidigungsstrategie der USA* unterstrichen, die vom Weißen Haus unter Biden im Oktober 2022 herausgegeben wurde und in der es hieß:

„Russland stellt eine unmittelbare Bedrohung für das freie und offene internationale System dar und missachtet heute rücksichtslos die grundlegenden Gesetze der internationalen Ordnung... Die VR China hingegen ist der einzige Konkurrent, der sowohl die Absicht hat, die internationale Ordnung umzugestalten, als auch in zunehmendem Maße über die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht verfügt, um dieses Ziel voranzutreiben.“¹¹

Dieselbe Auffassung wurde im „Strategischen Konzept“ vertreten, das auf dem NATO-Gipfel Ende Juni angenommen wurde, wo, wie wir schrieben, „die USA ihre europäischen Verbündeten so unter Druck setzen konnten, dass sie das chinesische Vorgehen als ‚böswillig‘ anprangerten und erklärten, dass die ‚erklärten Ambitionen und die Zwangspolitik der VR China unsere Interessen, unsere Sicherheit und unsere Werte herausfor-

¹¹ „In Long View, Biden Strategy Aims at China“ [Langfristig zielt die Biden-Strategie auf China ab], *New York Times*, 13. Oktober.

dem“.¹² Aber, so fügten wir hinzu, „jede praktische Anwendung des ‚strategischen Konzepts‘ der NATO wird für die europäischen Imperialisten schwer zu schlucken sein“, da führende EU-Unternehmen einen großen Teil ihrer Gewinne auf dem chinesischen Markt erwirtschaften. Das „Strategie“-Dokument von Biden räumt dies mehr oder weniger ein, indem es feststellt, dass „Verbündete und Partner unterschiedliche Sichtweisen auf die VR China haben können“ und dass ein Schlüssel zum „Wettbewerb“ mit China darin besteht, „unsere Bemühungen mit unserem Netzwerk von Verbündeten und Partnern abzustimmen“.

Die Liga für die Vierte Internationale hat alleine darauf bestanden, dass die Verteidigung Chinas – wie auch der anderen deformierten Arbeiterstaaten, Kuba, Nordkorea und Vietnam – Kernstück der Opposition gegen den imperialistischen Kriegskurs ist, in der Ukraine und anderswo. Der größte Teil der Linken hat die bürgerliche Lüge gekauft, China sei kapitalistisch – sogar „imperialistisch“ – und weigert sich, es gegen die von den wirklichen Imperialisten vorangetriebene Konterrevolution zu verteidigen. Doch selbst wenn die stalinistische Bürokratie die Errungenschaften der chinesischen Revolution durch gewalttätige kapitalistische Eingriffe untergräbt, konnte sie die COVID-Pandemie aufgrund der sozialisierten Planwirtschaft eindämmen, mit etwas mehr als 5.000 Todesopfern im Vergleich zu 6,5 Millionen in der kapitalistischen Welt. Dies erzürnt die US-Machthaber, die Chinas „Null-COVID“-Politik ständig anprangern, eine Klage, die von vielen Mitläufern des Imperialismus aus dem linken Lager aufgegriffen wird.

Ebenso hat der Großteil der Linken in den imperialistischen Refrain eingestimmt, der den „russischen Imperialismus“ anprangert, eine bequeme Rechtfertigung für die Unterstützung der Ukraine im gegenwärtigen Krieg. Für einige, die Erben der antitrotzkistischen Renegaten Tony Cliff und Max Shachtman, ist dies die Fortsetzung ihrer Verleumdungen gegen einen angeblichen „sowjetischen Imperialismus“ während des antisowjetischen Kalten Krieges. Selbst unter denjenigen, denen es unangenehm ist, das von Faschisten durchgesetzte Putschregime in Kiew zu verteidigen, wenden sich mehrere Strömungen, um zu erklären, dass der russische „Imperialismus“ nicht mit dem US- und NATO-Imperialismus vergleichbar sei, usw. Bereits 2014 erläuterte die LVI in einer detaillierten Analyse,¹³ dass auf der Grundlage der Kriterien in W. I. Lenins grundlegendem Werk *Imperialismus: Das höchste Stadium des Kapitalismus* (1916), trotz Putins imperialer Ambitionen das postsowjetische Russland nicht imperialistisch, sondern eine kapitalistische Zwischenmacht ist

¹² Siehe „Anti-China Kriegsprovokationen der USA über Taiwan“, auf Seite 56 von dieser Ausgabe.

¹³ Siehe „Das Schreckgespenst des ‚russischen Imperialismus‘“ (Mai 2014).

(ebenso wie die Ukraine).

Putins russischer Nationalismus untergräbt den Kampf gegen die US/NATO-Imperialisten

Zusammengefasst, eine wirklich kommunistische Opposition gegen den imperialistischen „Stellvertreterkrieg“ gegen Russland ist nur auf der Grundlage des Trotzismus möglich, insbesondere auf der Grundlage von Trotzki's Analyse des stalinistischen Verrats an der Revolution. Dieser Verrat ebnete den Weg für die von den Imperialisten geführte Konterrevolution, die die Sowjetunion zerstörte, und damit für den heutigen imperialistischen Stellvertreterkrieg gegen das kapitalistische Russland. Trotzki kämpfte für die Verteidigung des bürokratisch degenerierten sowjetischen Arbeiterstaates gegen Imperialismus und Konterrevolution. Doch unter den verschiedenen Sozialdemokraten, die heute vom „russischen Imperialismus“ plaudern, um die Kapitulation vor ihren „eigenen“ imperialistischen Herrschern zu rechtfertigen, gibt es einige, die sich fälschlicherweise auf das Erbe des Trotzismus berufen während sie sich geweigert haben, die Sowjetunion im „Stellvertreterkrieg“ der CIA in Afghanistan gegen den Imperialismus zu verteidigen, auch gegen die von der CIA finanzierte Konterrevolution unter Führung der nationalistischen Solidarność in Polen, sowie gegen die kapitalistische Wiedervereinigung in Deutschland 1989/90 oder während des Jelzin-Bush-Gegenputsches in Moskau im August 1991.

Ohne das Verständnis, dass, entgegen Stalins antimarxistischem Dogma, es nicht möglich ist, den „Sozialismus in einem Land“ aufzubauen, wie es alle Bolschewiki – Lenin, Trotzki, sogar Stalin – zur Zeit der Oktoberrevolution 1917 vertraten, schieben viele Menschen auf beiden Seiten der Klassengrenze die Schuld oder das Verdienst für die Zerstörung der Sowjetunion einfach auf die prokapitalistischen Wirtschaftsreformen der *Perestroika* von Michail Gorbatschow, wie es viele in ihren jüngsten rückblickenden Analysen der Konterrevolution getan haben. Putin lehnt die gesamte Grundlage der ehemaligen Sowjetunion ab, aber es ist nicht möglich, auf Basis des russischen Nationalismus den US/NATO-Imperialismus und sein gnadenloses Streben nach Beherrschung aller Teile des Planeten zu besiegen. Das erfordert einen internationalen Kampf für sozialistische Revolution durch die gemeinsamen Anstrengungen des Proletariats Russlands, der Ukraine und der ganzen Welt.

Wie wir am Vorabend des Krieges feststellten, will Putin das Erbe der Bolschewiki ganz und gar zerstören, denen er vorwirft, die Ukraine „erfunden“ zu haben.¹⁴ Als großrussischer Chauvinist hat er einen nationalistischen

¹⁴ Siehe „Russischer Nationalist Putin vs. Bolschewistischer Internationalist Lenin“, auf Seite 13 von dieser Ausgabe.



In Prag nahmen am 4. September 70.000 Menschen an einer von der Rechten angeführten Demonstration gegen hohe Energiekosten, die NATO und die Europäische Union teil.

Krieg angezettelt gegen die Ukraine, deren ultranationalistische Machthaber – Bewunderer des Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera – seit ihrer Machtübernahme 2014 einen rassistischen Krieg gegen die russischsprachige Bevölkerung der ehemaligen Ost- und Südukraine führen. Selbst als sich der reaktionäre nationalistische Russland-Ukraine-Krieg in einen Krieg der US/NATO-Imperialisten verwandelt hat, der Russlands Überleben bedroht, führt Putin ihn auf einer nationalistischen Grundlage, entsprechend dem Klassencharakter seines Regimes, indem er „traditionelle Werte“ zu seiner Kampfflagge macht und den zaristischen Ideologen Iwan Iljin zitiert, der die „spirituelle Stärke“ der Russen preist.

Als bürgerlicher Nationalist ist Putin zu einem wirklichen Kampf gegen den Imperialismus nicht fähig. Vielmehr suchte er seit langem vergeblich die Zusammenarbeit mit den Imperialisten. Dies kam in seinem Vorschlag an US-Präsident Bill Clinton im Jahr 2000 zum Ausdruck, dass Russland vielleicht der NATO beitreten möchte. Es war der Grund für Putins Unterstützung der von Frankreich und Deutschland vermittelten Minsker Vereinbarungen über eine illusorische regionale Autonomie der Donbass-Region innerhalb der Ukraine. Sie drückte sich in der Illusion aus, dass die Imperialisten tatsächlich Sicherheitsgarantien gegen einen NATO-Beitritt der Ukraine, den der russische Präsident im Dezember 2021 forderte, zustimmen und einhalten könnten. Und entgegen den Behauptungen des Westens, er wolle Kiew einnehmen, war es von Beginn des Krieges an sein klares Ziel, die Ukraine unter Druck zu setzen, solchen Garantien zuzustimmen. Nichts davon kam zustande, weil die unverbesserlichen Kalten Krieger in Washington und Brüssel ihr Veto einlegten.

Putin hat offensichtlich von Stalin die Illusion geerbt, eine „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus zu erreichen.¹⁵ Dies war die Ursache für die großen Fehlkalkulationen bei der „Militärischen Sonderoperation“. Der Plan, eine Militäroperation mit begrenzten Kräften durchzuführen, unterschätzte die Reaktion der ukrainischen Nationalisten – und vor allem die ihrer imperialistischen Oberherren, die Russland zerstören wollen. Der erzwungene Rückzug Russlands angesichts des ukrainischen Blitzangriffs in der Region Charkow im September ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die russischen Streitkräfte stark überdehnt waren. Während einige russische Hardliner dies bestimmten

¹⁵ Im Falle von Stalins Gerede von einer friedlichen Koexistenz mit dem Imperialismus war dies wegen der grundlegenden Unvereinbarkeit zwischen dem Kapitalismus und der alleinigen Existenz des sowjetischen Arbeiterstaates unmöglich. Im Falle von Putins Russland liegt es an der relativen Schwäche des russischen Kapitalismus und der Raserei der US/NATO-Imperialisten, die es nicht dulden können, dass ihre globale Hegemonie in Frage gestellt wird, während die wirtschaftliche Basis ihrer Weltherrschaft erodiert.



Reuters

Gepanzerte Kolonne der Miliz der Volksrepublik Donezk (DNR, nach ihren Initialen auf Russisch) in Mariupol, April 2022. Die Hauptlast der Kämpfe in Mariupol trugen die Kräfte der DNR. Die Liga für die Vierte Internationale hat seit 2014 zur Verteidigung der Selbstverwaltung in Donezk und Lugansk gegen die völkermörderischen ukrainischen Faschisten und Ultranationalisten aufgerufen und hat dies auch während des gegenwärtigen Krieges weiter getan.

Kommandeuren zuschreiben, lag es in der Natur der MSO begründet. Nur etwa 200.000 russische Soldaten (plus 35.000 aus den Donbass-Republiken) wurden eingesetzt, um eine Frontlinie von 1.500 Kilometern Länge zu decken. Diese Truppenstärke wurde erst jetzt aufgestockt.

Die imperialistische Kriegspropaganda übertrifft heute sogar die erfundenen Geschichten aus dem ersten Irak-Krieg, wonach Saddam Hussein befohlen habe, kuwaitische Babys aus den Brutkästen zu werfen, und aus dem zweiten Irak-Krieg, wonach er Massenvernichtungswaffen angehäuft habe. Neben der unablässigen Flut von Gräueltaten (von denen sich eine nach der anderen als erfunden erwiesen hat) stellen die Medien die russischen Streitkräfte so dar, als hätten sie jeden Tag in jedem Gebiet verloren, bis sie dann eine weitere wichtige Stadt einnahmen (Mariupol, Sewerodonezk, Lisitschansk). Tatsächlich ist es Russland militärisch gelungen, den größten Teil der russischsprachigen Gebiete im Osten und Süden der Ukraine von vor 2014 zu besetzen (und nun einzugliedern) und eine Landbrücke zur Krim zu errichten. Politisch und geopolitisch sieht die Bilanz jedoch ganz anders aus. Die Ziele der MSO wurden als „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine deklariert. Doch die Ukraine ist heute viel stärker militarisiert als im Februar 2022 und funktional in die NATO integriert, während die Faschisten als Nationalhelden dargestellt werden. Und dann tauschte Putin Führer des faschistischen Asow-Bataillons gegen einen prorussischen ukrainischen Oligarchen aus!

Die Befürwortung von militärischer Verteidigung Russlands gegen den imperialistischen Angriff der USA und der NATO bedeutet in keiner Weise auch nur ein Jota

politische Unterstützung für die bürgerliche Regierung des Landes. Im Vorfeld des imperialistischen Zweiten Weltkriegs verteidigten die Trotzisten Äthiopien, das von dem Sklavenhalterkaiser Haile Selassie regiert wurde, gegen den italienischen Imperialismus, der das einzige unabhängige afrikanische Land in eine Kolonie verwandeln wollte. 1939 rief Trotzki die chinesischen Kommunisten auf, China, das von Chiang Kai-shek, dem Schlächter von Shanghai, regiert wurde, gegen den japanischen Imperialismus zu verteidigen. Und natürlich verteidigte Trotzki die Vierte Internationale die Sowjetunion als ersten Arbeiterstaat der Geschichte, trotz des Verrats und der Verbrechen Stalins, einschließlich der Ermordung der Trotzisten (und schließlich Trotzki selbst). Kurz gesagt, die Vierten Internationalisten, die das Programm der bolschewistischen Revolution hochhalten, sind immer die entschlossensten Kämpfer gegen den Imperialismus gewesen.

Während des gesamten gegenwärtigen Krieges hat die LVI einzig und allein dazu aufgerufen, den imperialistischen Kriegskurs gegen Russland und China durch internationalistischen Klassenkampf in Richtung einer proletarischen Revolution zu besiegen. Auch seit sich der nationalistische Russland-Ukraine-Krieg in einen imperialistischen Stellvertreterkrieg gegen Russland verwandelt hat und unsere Linie sich dementsprechend vom revolutionären Defätismus auf beiden Seiten zum revolutionären Defensivismus Russlands verschoben hat, haben wir zum revolutionären Kampf gegen die kapitalistischen Herrscher in Moskau und Kiew aufgerufen und tun dies auch weiterhin.

Der Kampf für die internationale proletarische Revolution

Parallel zur Eskalation des Krieges in der Ukraine nutzen die imperialistischen Herrscher

und ihre Stellvertreter in Kiew diese „ungeheure Chance“, um die Angriffe auf die Werktätigen zu intensivieren, von der Ukraine bis nach Europa und darüber hinaus. Die ukrainischen Arbeiter werden als Kanonenfutter benutzt, die europäischen Massen verarmen durch die galoppierende Inflation, sind jetzt ohne Heizung und Treibstoff, während die Energie-monopole Rekordprofite einstreichen – wieder einmal heißt es: „Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen“, wie die deutsch-polnische Kommunistin Rosa Luxemburg über den Ersten Weltkrieg schrieb. Die arbeiterfeindlichen Angriffe legen aber auch die Grundlage für einen machtvollen Klassenkampf gegen die Ausbeuter, die den Ausgebeuteten die Hauptlast des Krieges aufbürden wollen. Doch um diesen Kampf zu führen, bedarf es einer Führung, die auf einem *revolutionären internationalistischen Programm* beruht, wie die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki.

Der russische Nationalist Putin, der von den USA und der NATO zu einem militärischen Vorgehen gegen die Ukraine provoziert wurde, hat seiner Natur gemäß, einen nationalistischen Krieg geführt und damit die Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes der russischen und ukrainischen Arbeiter gegen die nationalistischen und faschistischen Herrscher der Ukraine abgeschnitten. Doch es gab und gibt eine reale Basis für einen gemeinsamen Klassenkampf: 2018 bestreikten die (russischsprachigen) Stahlarbeiter in Kryvyi Rih in der Zentralukraine das riesige Werk der deutschen Tochtergesellschaft von ArcelorMittal und forderten Löhne auf EU-Niveau. Jetzt hat die marktliberale Regierung in Kiew den Krieg als Vorwand genutzt, um Gesetze durchzupeitschen, die es den Bossen erlauben, Arbeitsverträge zu zerreißen, die Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden zu erhöhen, gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer nach Belieben zu entlassen und Gesetze zur Arbeitssicherheit zu ignorieren. Russischsprachige Arbeiter im Donbass hätten sich dem Protest gegen diese Angriffe anschließen können.

Es gibt auch eine Grundlage für *internationale Arbeiteraktionen* gegen die kapitalistischen Gewerkschaftsfeinde und imperialistischen Kriegstreiber. Am 2. September kündigte ArcelorMittal die Schließung von Werken und Filialen in Spanien und Deutschland an und wird möglicherweise das Werk in Kryvyi Rih ganz schließen, da alle Werke aufgrund des hohen Erdgaspreises als „nicht wettbewerbsfähig“ gelten. Der enorme Anstieg der Brennstoffkosten ist natürlich eine direkte Folge der Sanktionen, die von den USA, der NATO und den EU-Imperialisten gegen Russland verhängt wurden. Klassenbewusste Aktivisten könnten zu *Arbeiter-Besetzungen der Werke* (und nicht nur der zur Schließung vorgesehenen) und zur *Enteignung der profitgierigen Energiemonopole* aufrufen, während Gewerkschaften und Betriebsräte die *Arbeiterkontrolle der Produktion* durchsetzen. Aber das wird nicht

Ministry of the Interior of Ukraine



Führer des Asow-Bataillons, im Werk Asowstal in Mariupol gefangen genommen, wurden von Putin im Rahmen eines Gefangenenaustauschs freigelassen. Sie sind völkermörderische Terroristen, die vor ein Gericht ihrer Opfer, der Bevölkerung von Donezk, hätten gestellt werden müssen, die acht Jahre lang einer mörderischen Belagerung durch Asow und andere faschistische Militäreinheiten ausgesetzt war. Ihre Freilassung war ein Verrat an denjenigen, die Putin vorgab zu verteidigen.



Industrial

Arbeiter des Stahlwerks ArcelorMittal in Kryvyi Rih im Streik im Mai 2018. Die Möglichkeit eines vereinten Klassenkampfes der ukrainischen Arbeiter und der des Donbass wurde durch den nationalistischen Krieg untergraben. Doch die Angriffe auf die Arbeiterrechte durch die kapitalistischen Bosse gehen weiter, und klassenkämpferische Gewerkschafter würden darauf reagieren, indem sie für internationale Arbeitersolidarität kämpfen.



Für Brot und Revolution! Am Internationalen Frauentag 1917 marschierten Arbeiterinnen und Soldatenfrauen und entfachten damit die russische Revolution. Demonstranten skandierten: „Nieder mit den hohen Preisen! Nieder mit dem Hunger! Brot für die Arbeiter!“ Kriege können die Mutter von Revolutionen sein, aber das erfordert eine wirklich revolutionäre kommunistische Führung.

erfolgreich sein, solange sich der Kampf nicht direkt gegen den imperialistischen Krieg richtet.

Derzeit breiten sich in ganz Europa Proteste und Streiks aus, die bis jetzt von den prokapitalistischen Gewerkschafts- und linken Führungen auf wirtschaftliche Forderungen beschränkt wurden. In Frankreich führte ein Streik der Raffineriearbeiter, die Lohnerhöhungen forderten, um mit den steigenden Lebenshaltungskosten Schritt zu halten, und einen Anteil an den Rekordgewinnen der Energieriesen verlangten, zur Schließung zahlreicher Tankstellen wegen Kraftstoffmangels. Am 16. Oktober demonstrierten Zehntausende in Paris, um gegen die hohen Lebenshaltungskosten zu protestieren, und am 18. Oktober kam es zu einem „Generalstreik“, bei dem Lohnerhöhungen in Höhe der Inflation und die Verteidigung des Streikrechts gefordert wurden. Dies ist „die Art von Unruhen, die die Herrscher [der NATO-Staaten] fürchten, während sie darum ringen, eine einheitliche Front gegen Russland aufrechtzuerhalten“, schreibt die *New York Times* (15. Oktober). Doch die Proteste haben es vermieden, sich gegen die Sanktionen und den Krieg gegen Russland zu wenden, die die Ursache der Wirtschaftskrise sind, und werden in eine „Volksfront“ um den bürgerlichen Populisten Jean-Luc Mélenchon umgelenkt.

In den ersten Monaten des Krieges gab es vereinzelte Arbeiteraktionen in Italien und Nordgriechenland, um den Transport von Waffen, Panzern, Munition und anderem Kriegsmaterial in die Ukraine zu blockieren. Solche Aktionen sollen verallgemeinert werden und sich ausdrücklich gegen den imperialistischen Krieg gegen Russland richten. In den USA wurde am 3. Oktober ein offener Brief von Mitgliedern und Pensionären der International Longshore and Warehouse Union (ILWU) veröffentlicht, in dem die pro-ukrainische, antirussische Haltung der Gewerkschaft kritisiert wurde, unter dem Titel „ILWU Must Stand in Opposition to the U.S./NATO Provoked War!“ Das Schreiben rief zu Hafenaaktionen auf und forderte den Internationalen Rat der Hafentarbeiter (IDC) und die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) auf, die Hafentarbeiter in aller Welt dazu zu bewegen, „den Umschlag von Militärfracht zu verweigern“.

Jedwede solcher Aktionen würde sich wahrscheinlich gegen die Lieferung von Militärtütern in die Ukraine richten, aber wenn man sich nicht ausdrücklich gegen den Transport von NATO-Kriegsgütern ausspricht, weicht man der zentralen Frage aus, auf welcher Seite man steht. Viele Gewerkschaftsverbände in Italien, Deutschland, Großbritannien, den USA und anderswo unterstützen offen und nachdrücklich den imperialistischen Kriegskurs. Um sie wirksam zu bekämpfen, muss man die allumfassende hysterische Pro-Ukraine-Kriegspropaganda angreifen. Pazifistische Appelle wie „Nein zum Krieg“ und „Stopp den Krieg“ würden in

der Praxis wahrscheinlich von denjenigen, die die blau-gelbe ukrainische Flagge schwenken, benutzt werden, um ein Ende des russischen Krieges zu fordern. Und während einige Linke versuchen, ihre Unterstützung für die Ukraine zu verschleiern, indem sie einen Aufruf zum „Stopp der NATO-Expansion nach Osten“ (dafür ist es ein wenig zu spät), zum „Bruch mit der NATO/Austritt aus der NATO“ oder sogar zur „Abstimmung über die NATO“ (!) anhängen, ist das, was eigentlich benötigt wird, ein Kampf um *der NATO eine Niederlage ertailen und zur Zerschlagung des Imperialismus durch eine sozialistische Revolution*.

Es wird viel von einem „heißen Herbst“ der Arbeiterkämpfe und einem „Winter der Unzufriedenheit“ auf dem gesamten Kontinent gesprochen. Die Inflation in Europa ist bereits auf dem höchsten Stand seit Jahrzehnten – 10,9 % jährlicher Preisanstieg im September, noch höher bei Lebensmitteln (16 %) und Energie (40 %) – mit steigender Tendenz. Die kapitalistischen Regierungen „erschauern“ angesichts der Aussicht auf „eine Periode sozialer und Arbeiterunruhen, wie es sie seit mindestens den 1970er Jahren nicht mehr gegeben hat“ (*New York Times*, 21. Oktober). Das Kleinbürgertum befürchtet, dass sich ihre Ersparnisse in Luft auflösen, während die Armen und Werkstätigen darum kämpfen, ihre Familien zu ernähren. In Frankreich erinnern sich bürgerliche Politiker daran, dass die hohen Brotpreise die Französische Revolution von 1789 ausgelöst haben ... und die Russische Revolution von 1917. Sobald die Realität der Strom- und Brennstoffknappheit eintritt und der Bevölkerung befohlen wird, für die Ukraine zu zittern und zu frieren, könnte die Hölle losbrechen.

Aber, nochmals, dafür ist eine revolutionäre Führung erforderlich, die mit dem Programm des Klassenkampfes gegen die Imperialisten und ihren Krieg kämpft. Forderungen auf wirtschaftliche Fragen zu beschränken oder zu einer allgemeinen „Antikriegs“-Bewegung aufzurufen und dabei grundlegende Differenzen über den Charakter des Krieges zu vertuschen, deckt nur die parlamentarische und „gemäßigte“ Linke, die sich mit überwältigender Mehrheit, offen oder stillschweigend, der Kriegspartei „Steht zur Ukraine“ angeschlossen hat. Das wäre eine Irreführung der Massen, denn in Wirklichkeit gibt es keine Lösung für die Entbehrungen, unter denen die Werkstätigen leiden, wenn der imperialistische Krieg und die antirussischen Sanktionen – die diese „Sozialimperialisten“ unterstützen und die die Wirtschaftskrise verursacht und verschärft haben – nicht als Teil des Kampfes für die Arbeiterrevolution besiegt werden.

Ein **Übergangsprogramm**, das die verzweifelte Lage der Werkstätigen angeht, würde Folgendes beinhalten: Gegen die eskalierende

Inflation sollten militante Gewerkschafter für eine Indexierung der Löhne (automatische Anpassung an die Lebenshaltungskosten) kämpfen – eine *gleitende Lohnskala*, einschließlich massiver Erhöhungen des Mindestlohns – und gewerkschaftlich organisierte *Kommissionen zur Kontrolle von Preisen und Versorgung* bilden. Gegen die Arbeitslosigkeit, für eine drastische *Verkürzung der Wochenarbeitszeit ohne Lohneinbußen*, um Arbeitsplätze für alle zu schaffen. Gegen immigrantenfeindliche Angriffe und die faschistische Bedrohung müssen *Arbeiterverteidigungsgruppen* gebildet und *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten* gefordert werden. Diese Fragen werden nicht in den bürgerlichen Parlamenten gelöst werden, sondern durch Arbeiteraktionen auf der Straße und in den Betrieben. Dies erfordert vor allem einen Kampf zum Sturz der kapitalistischen Ordnung selbst, für eine *Arbeiterregierung* und die *Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa, basierend auf Arbeiterräten*.

Wie Lenin während des ersten imperialistischen Weltkriegs schrieb:

„Dieser revolutionäre Massenkampf des Proletariats für den Sozialismus wird entstehen aus dem Kampf der Massen gegen die durch die Epoche des Imperialismus verursachten Missstände und Belastungen, gegen Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit, erhöhte Steuerlasten, koloniale Abenteuer und nationale Unterdrückung... Alle diese Arten von Kämpfen werden sich zu einer starken Strömung des Kampfes um die politische Macht vereinigen, einem Kampf für den Sozialismus und für die Vereinigung der sozialistischen Völker.“

–V. I. Lenin, „Sozialdemokratie und die Friedensfrage“ (Juni 1916)

Kriege können die Mutter der Revolution sein, und beim imperialistischen Krieg besteht die „Wahl“ zwischen sozialistischer Revolution und dem Abstieg in die Barbarei. Wie Lenin betonte, ist alles Gerede über „Frieden“ ohne revolutionären Massenkampf eine Täuschung der Massen, da das niedergehende kapitalistische System – der Imperialismus – endlosen Krieg erzeugt. Das hat sich in den drei Jahrzehnten seit der Zerstörung der Sowjetunion erneut gezeigt, als die so genannte „Neue Weltordnung“ einen Krieg nach dem anderen hervorgebracht hat. Sobald die USA und die NATO aus Kabul fliehen, nachdem sie in ihrem 20-jährigen Krieg in Afghanistan besiegt wurden, provozieren sie einen neuen Krieg mit Russland. Revolutionäre, klassenbewusste Arbeiter und alle Verteidiger der Unterdrückten müssen dafür kämpfen, den gegenwärtigen Stellvertreterkrieg der USA und der NATO gegen Russland zu *besiegen*, um das wahnsinnige Treiben der Imperialisten in Richtung Dritter Weltkrieg aufzuhalten, der auf die Konterrevolution in China abzielt.

In ihrem allseitigen Propagandakrieg gegen das russische Schreckgespenst behaupten die imperialistischen Herrscher und die medialen Meinungsmacher, dass „Putin von der Welt isoliert ist“, dass der Kremlchef allgemein verachtet wird, dass Russland zu einem Pariastaat geworden ist. Wirklich? Schauen wir mal nach. Insgesamt 45 Länder haben Sanktionen gegen Russland verhängt – darunter Liechtenstein, Monaco und Montenegro. Doch kein einziges Land in Lateinamerika hat sich dem Boykott angeschlossen. Kein einziges Land in Afrika hat sich für die Sanktionen ausgesprochen. In Asien haben sich nur Japan, Singapur und Südkorea der Anti-Russland-Kampagne angeschlossen. In Brasilien hofieren beide Kandidaten für die bevorstehende zweite Wahlrunde, Lula und Bolsonaro, Russland und China, ersteres als Lieferant von Düngemittelimporten, letzteres als wichtiger Abnehmer brasilianischer Exporte, während beide Länder Anti-COVID-Impfstoffe nach Brasilien geliefert haben. Wer genau ist also isoliert?

Die neueste Panikmache besteht darin, Putin zu beschuldigen, mit einem Atomkrieg zu drohen. Wieso? Indem er erklärt, dass, wenn

die territoriale Integrität Russlands bedroht ist, „wir mit Sicherheit von allen uns zur Verfügung stehenden Waffensystemen Gebrauch machen werden“.¹⁶ Biden sagte, dass dies „die Perspektive von Armageddon“, der letzten Schlacht zwischen Gut und Böse, aufwirft, während die Medien darüber diskutieren, ob er (Putin) taktische Atomwaffen einsetzen wird oder nicht. US-Spionagequellen sagen, dass Russlands nukleare Haltung unverändert ist und der Einsatz taktischer Atomwaffen im Ukraine-Krieg keinen Sinn macht.¹⁷ In der Zwischenzeit hält die NATO gerade jetzt (17. bis 30. Oktober) eine riesige Nuklearübung in Europa ab, die Operation Steadfast Noon, bei der u. a. strategische Bomber von North Dakota bis zur Nordsee fliegen und einen Atombombeneinsatz simulieren. Habt ihr in den Medien etwas darüber gelesen? Nein, habt ihr nicht. Wer bedroht also tatsächlich wen? *Kto kowo* – wer, wen – wie Lenin es ausdrückte.

In seiner Dämonologie stellt der Westen den russischen Präsidenten als einen satanischen Verrückten dar, den jüngsten in einer langen Reihe russischer Schurken – „Vlad der Böse“ als Reinkarnation von Rasputin und Iwan dem Schrecklichen. Die Medien stellen den Krieg als einen manichäischen Kampf zwischen Gut und Böse dar und füttern damit eine Öffentlichkeit, die nur über das „informiert“ werden soll, „was man [ihrer Meinung nach] wissen muss“. Da sie davon ausgehen, dass ihr gehirngewaschenes Publikum inzwischen alles schluckt, was die große Lügenmaschine der ukrainischen Faschisten ausheckt, egal wie unlogisch es ist, behaupten sie, dass die Russen vielleicht das Kernkraftwerk in Saporoschje beschossen haben, das sie bereits kontrollieren. Die USA sagen, sie wollen herausfinden, wo die „roten Linien“ des Kremlchefs liegen, und eskalieren dann weiter. Viele Kriegsfanatiker würden es sogar begrüßen, wenn Putin taktische Atomwaffen einsetzen würde, wie es das Pentagon mit seinen eigenen von U-Booten abgefeuerten W76-2-Atomsprenkköpfen mit „geringer Sprengkraft“ gegen chinesische Atolle im Südchinesischen Meer sicherlich durchgespielt hat.

Die Imperialisten haben ihre Denkfabriken, die die Aufgabe haben, „das Undenkbare zu denken“, während sie ihre Szenarien für die Konterrevolution ausarbeiten.¹⁸ Die Aufgabe echter Kommunisten ist es, eine revolutionäre Arbeiterpartei auf der Grundlage des bolschewistischen Programms von Lenin und Trotzki aufzubauen, den arbeitenden Massen, den Armen und Unterdrückten in ihrem Kampf ums Überleben eine Führung zu geben und den Weg nach vorn zu weisen, um die Ausbeuter und Unterdrücker hinwegzufegen, die den Planeten in eine radioaktive Wüste verwandeln würden. Am Vorabend der Militäroperationen legte die LVI den möglichen Verlauf des Krieges und das entsprechende Programm für Arbeiteraktionen dar. Heute ist der nationalistische Russland-Ukraine-Krieg zu einem Stellvertreterkrieg der USA und der NATO gegen Russland geworden, der Teil des Kriegskurses für die imperialistische Weltherrschaft und ein Vorspiel zu einem konterrevolutionären Krieg gegen China ist. Dieses Streben, das auf einen thermonuklearen Dritten Weltkrieg zusteuert, kann nur durch eine internationale proletarische Revolution unter Führung einer wiedergeschmiedeten, authentisch trotzkistischen Vierten Internationale besiegt werden. ■

¹⁶ „Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation“, 21. September 2022 auf kremlin.ru.

¹⁷ Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die Vereinigten Staaten in den späten 1960er Jahren den Einsatz taktischer Atomwaffen in Europa planten. Siehe „NATO Approves Rules for Defensive Use of Tactical Nuclear Weapons“ [NATO genehmigt Regeln für den defensiven Einsatz taktischer Atomwaffen], *New York Times* (4. Dezember 1969).

¹⁸ Siehe „The Russians Are Coming, The Russians Are Coming“, insbesondere den Abschnitt über „Nuclear Armageddon Made in USA“ und den Kasten „Mad Bombers on the Loose (in the White House): A Glimpse at the Record“ [Durchgeknallte Bomber auf freiem Fuß (im Weißen Haus): Ein Blick in die Akten] in *Revolution* Nr. 19, September 2022.

Ukrainische Faschisten und Nationalisten Hände weg vom Donbass!
Verteidigt die Selbstbestimmung im Südosten der Ukraine!

23. Februar 2022

Zerschlagt den Kriegskurs der USA/NATO und die Sanktionen gegen Russland!

Erklärung der Liga für die Vierte Internationale

Die folgende Erklärung wurde vom Exekutivkomitee der Liga für die Vierte Internationale am 23. Februar 2022 veröffentlicht.

Am 21. Februar, nach Wochen zunehmend hysterischer imperialistischer Kriegspropaganda und täglich eskalierenden Angriffen der ukrainischen Regierung und faschistischer/nationalistischer Kräfte auf die abtrünnigen russischsprachigen Regionen Donezk und Lugansk in der Ostukraine, erkannte der russische Präsident Wladimir Putin die Unabhängigkeit dieser umkämpften selbsternannten Volksrepubliken formell an und entsandte Truppen. Die Vereinigten Staaten, die NATO (Nordatlantikpakt-Organisation) und die Europäische Union verurteilten Russland sofort für seine Verteidigungsmaßnahmen und kündigten an, dass sie schwere Wirtschaftssanktionen verhängen würden. **Klassenbewusste Arbeiter und alle Gegner des Imperialismus sollten die imperialistische Kriegstreiberei der USA und der NATO, die das Schreckgespenst eines Weltkriegs heraufbeschwört, auf's schärfsten verurteilen.** Die Imperialisten versuchen, Russland zu isolieren, zu provozieren und zu dämonisieren, ein Land, das trotz Putins imperialer Ambitionen eine mittelgroße, regionale kapitalistische Macht ist.¹ **Doch das eigentliche Ziel der Imperialisten ist es, die Konterrevolution in China, Kuba und Nordkorea zu entfachen.**²

Am nächsten Tag nutzte US-Präsident Joe Biden die Maßnahme Russlands, um sie zum „Beginn einer russischen Invasion in der Uk-

¹ Siehe „Das Schreckgespenst des ‚russischen Imperialismus‘“ (Mai 2014).

² „Oppose G7/NATO Imperialist War Drive Against China, Russia“, *The Internationalist* Nr. 63, April-Juni 2021.

raine“ zu erklären, um, wie vorhergesehen, Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verhängen. (Siehe „Vereitelt USA/NATO Kriegsdrohungen und Provokationen gegen Russland!“ auf Seite 16 von dieser Ausgabe.) Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat jedoch immer noch Schwierigkeiten, der imperialistischen Linie zu folgen und erklärte: „Es wird keinen Krieg“ mit Russland geben. Die angekündigten US-Sanktionen, die Biden als „erste Tranche“ bezeichnete, der weitere folgen sollen, würden russische Investoren daran hindern, Kredite im Westen aufzunehmen, was Putin ohnehin seit einigen Jahren zu verhindern versucht. Die deutsche Regierung erklärte, sie werde die Zertifizierung der Nord-Stream-2-Pipeline, durch die russisches Erdgas nach Europa geleitet werden soll, für eine neue Sicherheitsüberprüfung aussetzen.

Seit Jahren beklagt sich Putin über die zunehmende Einkreisung durch die NATO und deren drohende Militäraktionen gegen Russland, ohne jeden Erfolg. Vor zwei Monaten übergab Moskau den USA einen Vorschlag für Sicherheitsgarantien und mobilisierte zur Bekräftigung seine Streitkräfte für Militärmänoöver rund um die Grenzen der Ukraine. Die imperialistischen Medien schalteten in den vollen Russland-Hetze-Modus und riefen Bilder aus dem Kalten Krieg herbei, in denen der russische Bär Europa überfällt. Die ununterbrochene Panikmache über eine angeblich bevorstehende russische Invasion in der Ukraine erinnerte an die Kriegspropaganda über nicht vorhandene „Massenvernichtungswaffen“ in Saddam Husseins Irak. Die westlichen Mächte reagierten auf Putin nur mit leeren Gesprächen über Rüstungskontrolle und weigerten sich rundweg, eine NATO-Erweiterung auszuschließen. Die Aufnahme der Ukraine in das westliche Militärbündnis wäre angesichts ihrer 2000 km langen Grenze zu Russland eine Kriegshandlung. Indem Biden und seine europäischen Verbündeten jede Begrenzung der NATO-Osterweiterung für „nicht verhandelbar“ erklären, verkünden sie,



Mindaugas Kulbis / AP

Im Rahmen der NATO-Militärübung Baltops üben US-Marines die Landung an einem Strand in Litauen, 40 km von russischem Territorium (Kaliningrader Gebiet) entfernt, 4. Juni 2018. Die Übung fand gleichzeitig mit zwei anderen Übungen im Baltikum statt, an denen 25.000 Soldaten aus mindestens 22 NATO-Ländern teilnahmen. Die NATO-Imperialisten halten jedes Jahr riesige Kriegsspiele ab, um den Krieg gegen Russland zu üben.

dass sich das imperialistische Bündnis auf einen Krieg gegen Russland vorbereitet, früher oder später.

Biden schlägt die Kriegstrommeln gegen Russland in dem verzweifelten Versuch stark zu erscheinen nach der demütigenden Niederlage des US-Imperialismus und seiner Flucht aus Afghanistan, wo zwei Jahrzehnte der US/NATO-Invasion und -Besatzung die Marionettenregierung nicht vor dem Zusammenbruch bewahren konnten. Der derzeitige Amtsinhaber im Weißen Haus versucht verzweifelt, eine unipolare „Neue Weltordnung“ wiederzubeleben, die von den USA mit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion vor drei Jahrzehnten ausgerufen wurde. Doch Washington hat nicht mehr die militärische und wirtschaftliche Stärke, um seine globale Hegemonie durchzusetzen, und muss sich stattdessen auf seine europäischen und asiatischen Verbündeten verlassen. Das Beharren der USA darauf, Russland zu isolieren und mit Maßnahmen der Wirtschaftskriegsführung anzugreifen, ist zu einem großen Teil auf die Entschlossenheit zurückzuführen, den imperialistischen Verbündeten und Rivalen Deutschland auf Linie zu halten, insbesondere durch das Beharren auf der Absage von Nord Stream 2.

In seiner Rede, in der er die Anerkennung der beiden abtrünnigen Republiken ankündigte, wies Putin darauf hin, dass die USA den sowjetischen Führern bei den Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 zugesichert hatten, dass es keine Ausweitung der NATO nach Osten geben würde. Die Existenz dieser Zusage, von der die USA heute behaupten, sie sei nie gemacht worden, ist in einem Schriftwechsel vom Februar 1990 bestätigt, in dem US-Außenminister James Baker Michail Gorbatschow schwor, dass „der derzeitige militärische Zuständigkeitsbereich der NATO nicht einen Zoll in östlicher Richtung ausgedehnt werden wird“, sowie in einem geheimen deutschen Regierungsdokument, das kürzlich vom *Spiegel* veröffentlicht wurde. Dennoch geht der „Drang nach Osten“ der

NATO unvermindert weiter. Und während Putin den „Beitrag Russlands zur Überwindung des Erbes des Kalten Krieges“ preist, haben wir Trotzlisten mit aller Kraft gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands gekämpft, sowie gegen die Konterrevolution, die den multinationalen sowjetischen Arbeiterstaat zu Fall brachte.

Die aktuelle Krise um die Ukraine hat sich seit Jahren aufgebaut. Im Jahr 2014 inszenierten ukrainische Faschisten und Ultrationalisten einen Staatsstreich, der den gewählten, prorussischen Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, stürzte. Dies war der zweite Versuch nach der sogenannten Orangen Revolution von 2004, eine der von den USA geförderten „Farbrevolutionen“ für einen „Regimewechsel“ in den postsowjetischen Staaten. 2014 finanzierte und koordinierte die Europa-Chefin des State Departments die nationalistischen Faschisten direkt und verkehrte mit ihnen auf dem Maidan-Platz der ukrainischen Hauptstadt. Die ukrainischen Nationalisten marschierten mit Porträts von Stepan Bandera, dem berüchtigten Kollaborateur der Nazi-Invasion in der UdSSR während des Zweiten Weltkriegs, der nun offiziell zum „Held der Ukraine“ erklärt worden ist. Nach dem Putsch vom Februar 2014 unternahmen die Organisatoren einen Krieg gegen die russischsprachige Ostukraine und inszenierten ein Pogrom im Süden, bei dem sie Dutzende von Menschen in der Gewerkschaftszentrale in Odessa bei lebendigem Leib verbrannten.³ Der Gebrauch der russischen Sprache in Schulen und in der Regierung wurde verboten.

Als im Osten ein Aufstand gegen diesen mörderischen ukrainischen Nationalchauvinismus ausbrach, hielt die Kiewer Junta die Armee für unzuverlässig und schickte faschistische Truppen, um den Aufstand niederzuschlagen. Doch die Bevölkerung der Oblaste (regionale Teilgebiete) Donezk und Lugansk stimmte in einem Referendum im Mai 2014 mit überwältigender Mehrheit für die Un-

³ Siehe „Fascist Pogrom in Odessa, and the Aftermath“ [Das faschistische Pogrom in Odessa, und die Folgen], *The Internationalist* Nr. 37.



Die überwiegend russischsprachigen Regionen Donezk und Lugansk erhoben sich gegen das ukrainische ultranationalistische Putschregime, das 2014 in Kiew die Macht ergriff, während die Krim für den Beitritt zur Russischen Föderation stimmte. Am 21. und 22. Februar 2022 erkannte Russland die Unabhängigkeit der abtrünnigen „Volksrepubliken“ an, die acht Jahre lang einer tödlichen Belagerung durch das von Faschisten durchgesetzte ukrainische Militär ausgesetzt waren.

Euromaidan Press



Das Asow-Bataillon marschiert in Kiew. Zu den Symbolen auf ihren Fahnen gehört die Wolfsangel (schwarz, im Vordergrund), die von der deutschen SS-Panzerdivision Das Reich verwendet wurde. Das von Faschisten geführte Asow-Bataillon wurde in die Nationalgarde der Ukraine integriert und teilweise von der USA finanziert. Zusammen mit anderen naziverseuchten Milizen war es die Hauptkraft bei der Belagerung der pro-russischen Republiken im Osten.

abhängigkeit von der Zentralregierung, und nach harten Nahkampfhandlungen scheiterten die angehenden ethnischen Säuberer. Auf der Krim (deren größte Stadt Sewastopol seit Jahrhunderten das Hauptquartier der russischen Schwarzmeerflotte ist) stimmte die ethnisch überwiegend russische Bevölkerung nach der Einnahme der Halbinsel durch russische Truppen im März 2014, bei der kein Schuss fiel, in einem Referendum für die Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts mit dem Anschluss an Russland. Die Liga für die Vierte Internationale rief dazu auf, den Aufstand im Osten zu unterstützen und die regionalen Republiken zu verteidigen, die sich hartnäckig gegen die nationalistischen/faschistischen Angriffe der Ukraine gewehrt haben, sowie die demokratische Entscheidung der Krim für den Beitritt an Russland zu verteidigen.

Russlands Schritt, die Republiken Donezk und Lugansk anzuerkennen, bedeutet das Ende des Minsker Abkommens von 2015 zwischen Russland und der Ukraine über die regionale Autonomie der östlichen Oblaste. Während die Separatisten die Unabhängigkeit anstrebten, zog Putin es vor, dass der Donbass ein autonomer Teil einer neutralen Ukraine werden sollte, der als Puffer zwischen Russland und der NATO dienen könnte. Die Regierung in Kiew hat jedoch nie die versprochenen Reformen durchgeführt, die den abtrünnigen Regi-

onen Sicherheitsgarantien und ein Mitspracherecht in der Außenpolitik einräumen würden. In jüngster Zeit wurden die Verbote für den Gebrauch der russischen Sprache verschärft, obwohl sie in den Städten im Osten und Süden die vorherrschende Sprache ist und in der Hauptstadt, in der Wirtschaft und in der Volkskultur weit verbreitet ist. Putin spricht von einem „Völkermord“ an den Russen, was eine Übertreibung ist, aber die Russischsprachigen im Osten sind definitiv von der ukrainischen nationalistischen Armee und den Faschisten bedroht, die die Region seit acht Jahren belagern. Was das inzwischen gescheiterte Minsker Abkommen über die Autonomie in der Ukraine betrifft, so war es immer schwer vorstellbar, wie die Zentralregierung die Kontrolle ohne ein Blutbad wiedererlangen könnte.

Die Eskalation der antirussischen Provokationen der ukrainischen Regierung ist eine direkte Folge der Wahl des Demokraten Biden zum US-Präsidenten. Während der Republikaner Trump versuchte, sich mit Putin und Russland zu versöhnen, heizten die Demokraten die „Russiagate“-Hysterie an und machten den Kreml für Hillary Clintons Wahlniederlage 2016 verantwortlich. Die Demokraten sind seit Jahren eng mit den antirussischen Nationalisten in der Ukraine verbandelt, haben die Putsche von 2004 und 2014 eingefädelt, sitzen im Vorstand eines ukrainischen Gasunterneh-

seiner Streitkräfte auf russischem Gebiet auf der anderen Seite der Grenze reagierte. Im Herbst mobilisierte Russland erneut für eine Reihe von Militärübungen, wobei es immer wieder betonte, es habe nicht die Absicht, in die Ukraine einzumarschieren. Zweck dieser Übungen war es, den westlichen Imperialisten klar zu machen, dass ein Beitritt der Ukraine zur NATO als Kriegserklärung betrachtet würde, und aufzuzeigen, welche Konsequenzen dies hätte. Wenn Russland wollte, könnte es leicht einen Großteil der Ukraine einnehmen. Selbst die ukrainischen Spitzenmilitärs gaben zu, dass sie gegen das modernisierte russische Militär nicht mehr als ein paar Tage durchhalten würden. Putins Standpunkt wurde also sehr deutlich gemacht. Die Antwort der USA war eine wilde Propaganda, die den russischen Führer als Verkörperung des Bösen darstellte.

Zusammen mit der fieberhaften Verurteilung der militärischen Aufrüstung Moskaus hat die NATO ihre aggressiven Militäroperationen in der Nähe Russlands intensiviert. „Trident Juncture“ im Jahr 2018 wurde als „die größte Übung seit dem Ende des Kalten Krieges“ angekündigt und konzentrierte sich auf das Baltikum, einschließlich einer Landung in Lettland im Stil des D-Day. Im Mai bis Juli 2021 folgte „Defender Europe 21“, eine gemeinsame Übung mit 28.000 Solda-

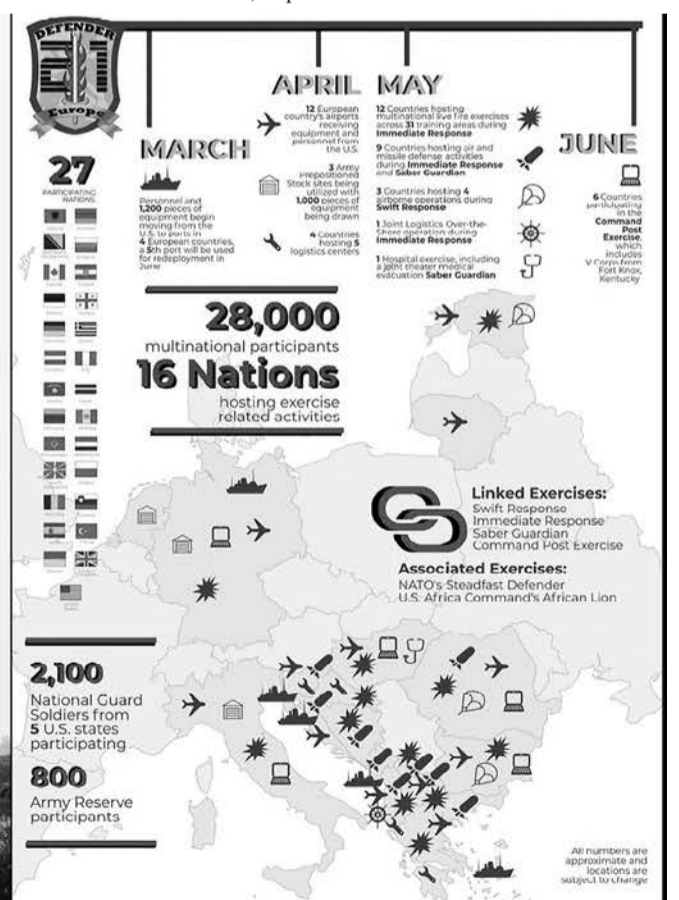
ten und einer riesigen Landung von mehr als 1.000 Militärfahrzeugen in Albanien. Damit verbunden waren die zeitgleich stattfindenden Marineübungen „Sea Breeze“ im Schwarzen Meer, an denen Schiffe aus 32 Ländern (darunter Japan) teilnahmen, sowie Bodenübungen in Bulgarien, Ungarn und Rumänien. Nichts davon wird in den imperialistischen Medien je erwähnt, und alle sind gegen Russland gerichtet. Seit 1999 hat sich die NATO um Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn und Rumänien erweitert und Russland umzingelt. Und jetzt wollen die Imperialisten die Schlinge enger ziehen, indem sie sich weigern, den Beitritt der Ukraine und Georgiens auszuschließen, denen 2008 gesagt wurde, dass sie der NATO beitreten könnten, wenn sie ihr Haus in Ordnung bringen.

Die Liga für die Vierte Internationale ruft dazu auf, die Selbstverwaltung in den abtrünnigen Regionen der Süd- und Ostukraine zu verteidigen und die Kriegstreiber gegen Russland und China zu zerschlagen. Wir widersetzen uns kämpferisch gegen imperialistische Sanktionen und verurteilen das Geschrei der USA und der NATO über russische Truppen, die die belagerten Donbass-Republiken verstärken, als das Gezeter frustrierter Kriegstreiber und ihrer sozialdemokratischen Gefolgsleute. Der Dirigent dieses orchestrierten Aufruhrs ist der US-Imperialismus, mit seiner Rekord-Bilanz an unzähligen blutigen Invasionen. Sollten die Zusammenstöße zu einem richtiggehenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine führen, wären Trotzlisten für eine Politik des revolutionären Defätismus in beiden dieser Regionalmächte und würden die Arbeiter auffordern, sich den Kriegsanstrengungen „ihrer“ Bourgeoisien aktiv entgegenzustellen und einen unnachgiebigen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Herrscher in Moskau und Kiew zu führen. Wenn es jedoch zu einem Krieg der imperialistischen Hintermänner der Ukraine gegen Russland käme, wäre das eine ganz andere Sache.

Die Internationalist Group/U.S. warnte vor den Wahlen 2020 wiederholt davor, dass die Demokraten als „die konsequentesten Kriegstreiber gegen China, Russland und – natürlich – Nordkorea“ in den Wahlkampf ziehen würden.⁴ In einem Interview während des Wahlkampfes erklärte Biden, dass die „größte

⁴ „Democrats’ Pro-Cop Ticket Vies with Trump Over ‚Law and Order‘“, [Die pro-polizeiliche Wahlliste der Demokraten konkurriert mit Trump über „Recht und Ordnung“] *The Internationalist* Nr. 61, September-Oktober 2020.

Sergey Smolentsev / Reuters



Im Rahmen der NATO-Militärübung Sea Breeze, die in Verbindung mit der NATO-Übung Defender Europe 21 durchgeführt wird (Grafik, rechts), am 30. Juni 2021. NATO-Hubschrauber und Kampffjets in der Luft von Mikolajev, Ukraine, in der Nähe der Krim, dem Hauptquartier der russischen Schwarzmeerflotte. Zielscheibe: Russland.

Russischer Nationalist Putin vs. Bolschewistischer Internationalist Lenin

In den westlichen Medien wird viel Unsinn darüber verbreitet, dass der russische Präsident Wladimir Putin angeblich die Sowjetunion zurückholen will. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Was Putin zurückbringen will, ist das Zarenreich. Auf einem aktuellen Foto, das den russischen Präsidenten bei Militärübungen mit seinem weißrussischen Verbündeten Alexander Lukaschenko zeigt, ist im Hintergrund die russische Reichsflagge mit dem doppelköpfigen Adler zu sehen. Und in seiner Rede vom 21. Februar, in der er die ostukrainischen „Volksrepubliken“ als unabhängige Staaten anerkannte, schimpfte der russische Präsident: „Die Sowjetukraine ist das Ergebnis der bolschewistischen Politik.“

In seiner Rede wies Putin darauf hin, dass ukrainische Nationalisten, die Lenin-Denkmal abreißen, erklärten, sie seien mit der „Entkommunisierung“ beschäftigt. Er fuhr fort: „Wollt ihr die Entkommunisierung? Nun, das passt uns sehr gut. Aber es ist nicht notwendig, wie man sagt, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Wir sind bereit, euch zu zeigen, was echte Entkommunisierung für die Ukraine bedeutet.“ Da er zuvor erklärt hat, dass die Ukraine keine separate Nation ist, sondern Teil der „großen russischen Nation“, sind die Implikationen klar. Tatsächlich forderten Lenin und die Bolschewiki, darunter auch Leo Trotzki, ein ukrainischer Jude, wie Putin sagte, „das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, bis hin zur Sezession“, und dies wurde in der Erklärung zur sowjetischen Staatsgründung von 1922 und in der sowjetischen Verfassung von 1924 festgeschrieben. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken war ein multinationaler Staat, ganz im Sinne des kommunistischen

internationalistischen Programms.

Für Putin läuft das darauf hinaus, wie er in einer Rede „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“ im Juli letzten Jahres beklagte, dass „Russland beraubt wurde“. Er prangert Lenins Aufruf zum Kampf gegen das an, was Putin spöttisch als „sogenannten russischen Großmachtchauvinismus“ bezeichnet. Heute lobt der nationalistische russische Präsident Stalin dafür, dass er in einem Einheitsstaat „nicht Lenins, sondern seine eigenen Vorstellungen vom Staatsaufbau“ in die Praxis umgesetzt hat. Lenin und Trotzki kämpften gemeinsam gegen Stalins großrussischen Chauvinismus. Die Bolschewiki waren in der Tat die Begründer der Sowjetukraine und setzten sich für das demokratische Selbstbestimmungsrecht als Teil des internationalistischen Kampfes für die sozialistische Revolution ein. Das macht sie keineswegs zu den Vätern einer bürgerlich-nationalistischen Ukraine.

Im Dezember 1917, als die nationalistische ukrainische Rada (Regierungsrat) mit den konterrevolutionären Weißgardisten kollaborierte, schrieben Lenin und Trotzki ein kurzes „Manifest/Ultimatum“, das die bolschewistische Politik in der nationalen Frage kurz und bündig zusammenfasste (das Drei-Punkte-Ultimatum stammt von Trotzki):

1. „Deshalb erkennen wir, der Rat der Volkskommissare, die Ukrainische Volksrepublik sowie ihr Recht an, sich ganz von Russland zu trennen oder mit der Russischen Republik einen Vertrag über föderative oder ähnliche Beziehungen zu schließen. ...“
2. „Ist die Rada bereit, die revolutionären Truppen in ihrem Kampfe gegen den konterrevolutionären Aufstand der Kadetten und der Kaledinleute zu unterstützen? ...“
3. „Sollte binnen 48 Stunden keine befriedigende Antwort auf diese Fragen eintref-



Der großrussische Chauvinist Wladimir Putin sehnt sich nach der Wiederherstellung des Zarenreichs. Oben: Der russische Präsident hält Hof vor dem russischen Sicherheitsrat, mit der russischen Reichsflagge im Hintergrund.

fen, so wird der Rat der Volkskommissare die Rada als im offenen Kriegszustand mit der Sowjetmacht in Russland und in der Ukraine befindlich betrachten.“

–W.I. Lenin und Leo Trotzki: „Manifest an das ukrainische Volk und ultimative Forderungen an die Ukrainische Rada“, Abgefasst am 16. [3.] Dezember 1917)

Zur Zeit des Auseinanderbrechens der UdSSR griffen konterrevolutionäre Kräfte die nationale Frage, zunächst Armenien gegen Aserbaidschan, als Vehikel für ihre Bestrebungen zur Wiederherstellung des Kapitalismus auf. Dieser reaktionäre Appell an den Nationalismus wurde von einer Reihe pseudotrotzkistischer Strömungen unterstützt. In ganz Osteuropa bedienten sich Antikommunisten der nationalistischen Demagogie, um die Macht zu ergreifen, was zum Zerfall anderer multinationaler Arbeiterstaaten führte, insbesondere der Tschechoslowakei und Jugoslawiens. Dies führte oft zu monströsen ethnischen Gräueltaten auf allen Seiten, nicht nur zu serbischen Angriffen auf bosnische Muslime und Kosovo-Albaner, sondern auch zu umgekehrten Angriffen von Kosovo-Albanern und der kroatischen Vertreibung von Hunderttausenden von Serben aus der Krajina in den frühen 1990er Jahren. Das Blutvergießen wurde dann zum Vorwand für die imperialistische Bombenkampagne der USA und der NATO, die Jugoslawien schließlich zu Grabe trug. Und heute schwadronieren die Imperialisten über die angebliche Unverletzlichkeit der Grenzen!

Im Westen wurde Putins jüngste Denunziation Lenins für die Schaffung einer sowjetischen Ukraine als „Fehlinterpretation der Geschichte“ deklariert, während Experten „ukrainische Identitätspolitik und Nationalismus“ entdeckten, die auf „feudale zaristische Zeiten“ zurückgingen (*New York Times*,

22. Februar), und das alles im Dienste der russlandfeindlichen Kriegspropaganda. Groteskerweise berufen sich in Deutschland verschiedene Pseudomarxisten in der Linkspartei auf Putins Angriffe auf die Bolschewiki und seine großrussische chauvinistische Version der Geschichte, um die Pro-NATO-Forderungen nach Sanktionen gegen Russland und nach Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union zu rechtfertigen (*Junge Welt*, 23. Februar)! Nachdem sie zuvor die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (!) aufgefordert hatten, im Konflikt mit Russland zu vermitteln, haben sich diese heutigen Sozialimperialisten als Soldaten im imperialistischen Kriegszug zu erkennen gegeben.

Zu diesen Sozialimperialisten gehört das selbsternannte Büro der Vierten Internationale (ehemals Vereinigtes Sekretariat), das fälschlicherweise behauptet, den Trotzkiismus zu vertreten und Russland als imperialistisch bezeichnet. Es argumentiert, dass „es Sache des ukrainischen Volkes – und nicht der Erpressung und der Verhandlungen zwischen Großmächten – ist, über den Beitritt des Landes zur NATO zu entscheiden“ (*International Viewpoint*, 1. Februar). Im Einklang mit den Sozialdemokraten, die bis in die Tage des Ersten Weltkriegs zurückreichen, arbeiten sie also daran, den kriegstreiberischen Imperialisten und ihrem Militärbündnis einen „demokratischen“ Deckmantel zu geben. Echte Trotzkiisten lehnen die NATO auf ganzer Linie ab: Die Antwort auf Nationalismus und die Barbarei des imperialistischen Weltkriegs ist das internationalistische Programm der Bolschewiki unter Lenin und Trotzki für sozialistische Weltrevolution. ■



Sowjetisches Plakat aus dem Jahr 1919 während des russischen Bürgerkriegs der Roten Armee gegen die vom Imperialismus unterstützten Konterrevolutionäre. Der Titel lautet: „Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik: Genosse der Ukraine“.

Bedrohung für Amerika im Moment ... Russland ist“, während „der größte Konkurrent China ist“ (*60 Minutes*, 25. Oktober 2020). Und als Linda Thomas-Greenfield zu Bidens Botschafterin bei den Vereinten Nationen ernannt wurde, nannte sie China „einen strategischen Gegner“ (*AP*, 27. Januar 2021). So sorgte die gemeinsame Erklärung Putins und des chinesischen Präsidenten und Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Xi Jinping vom 4. Februar, in der sie eine „grenzenlose“ Freundschaft zwischen China und Russland proklamierten und sich ausdrücklich gegen die Erweiterung der NATO aussprachen, in Washington für große Bestürzung. Angesichts

der eskalierenden Bedrohungen und Gefahren rufen wir die weltweite Arbeiterklasse auf, China und die anderen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und Konterrevolution zu verteidigen.

Heute ist die vorrangige Klassenfrage der Kampf gegen die aggressiven imperialistischen Kriegstreiber der USA und der NATO und ihre Lakaien in Kiew sowie gegen die faschistischen und ultranationalistischen Pogromisten, die die Bevölkerung im Osten der Ukraine bedrohen. Auf keinen Fall unterstützen Marxisten die ukrainische Führung oder den russischen Nationalisten und Antikommunisten Wladimir Putin, dessen

Rede vom 21. Februar mit einer Hetzrede gegen Lenin und die Bolschewiki begann, die die Ukraine überhaupt erst geschaffen hatten. Eine sowjetische Ukraine in einer multinationalen UdSSR hätte regionale und ethnische Spannungen überwinden können, obgleich Stalins brutale Zentralisierung dies zunichte machte. Doch seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 als bürgerlicher Staat ist sie ein tief gespaltenes Land, das von einer unheilbar korrupten, sich gegenseitig betrügenden Oligarchie regiert wird, die ultranationalistische und faschistische Stoßtruppen als Rammbock einsetzt, um dem russischsprachigen Osten und Süden

die „Ukrainisierung“ aufzuzwingen.

Trotzkisten verteidigen die demokratischen, nationalen und Sprachrechte aller Teile der Bevölkerung in der Bestrebung, die russischen und ukrainischen Arbeiter in einem gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern Ost- und Westeuropas zu vereinen. Während die Imperialisten weiterhin das Kriegsfeuer schüren und eskalierende Sanktionen verhängen, die letztlich auf einen Weltkrieg hinauslaufen, kämpfen diejenigen, die dem internationalistischen Programm von Lenin und Trotzki folgen, für eine sozialistische Weltrevolution gegen alle bürgerlichen herrschenden Klassen. ■

Gegen den vom Imperialismus angezettelten Russland-Ukraine-Krieg –

28. Februar 2022

Für revolutionären Kampf gegen die kapitalistischen Machthaber in Moskau und Kiew!

Hinter dem Krieg: USA/NATO Kriegskurs gegen Russland, China

Verteidigt die Selbstverwaltung im Südosten der Ukraine! Zerschlagt die Faschisten –

Für proletarischen Internationalismus gegen russischen und ukrainischen Nationalismus!

28. FEBRUAR 2022 – Am 24. Februar hat der russische Präsident Wladimir Putin eine Militäroperation in der Ukraine begonnen. Der erste Tag bestand in der Entsendung von Truppen zur Unterstützung der abtrünnigen „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk, begleitet von Luftangriffen auf militärische Ziele in vielen Teilen der Ukraine. Daraus entwickelte sich schnell eine Invasion russischer Bodentruppen, die mehrere ukrainische Städte umzingelten und angriffen. Nachdem Putin zuvor davon gesprochen hatte, die umkämpften Regionen des Donbass zu verteidigen, erklärte er bei Beginn seines militärischen Angriffs, sein Ziel sei es, „die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren.“ Dies ist nun ein Krieg zwischen dem russischen kapitalistischen Staat mit seinem nationalistischen Herrscher in Moskau und dem der Ukraine, deren nationalistisches Regime in Kiew als Handlanger der westlichen Imperialisten fungiert und faschistische Kräfte einsetzt, um die russischsprachige Bevölkerung im Südosten der Ukraine zu belagern. Wir Trotzisten rufen zum revolutionären Defätismus auf beiden Seiten in diesem reaktionären nationalistischen Krieg auf, zum internationalistischen proletarischen Kampf gegen beide kapitalistischen Regime und vor allem gegen die US-amerikanischen und europäischen Machthaber, die diesen Flächenbrand ausgelöst haben.

Nachdem sie diesen Krieg provoziert haben, verbreiten die US-Regierung des Demokraten Joe Biden und ihre europäischen Verbündeten, begleitet von einem Chor liberaler und „linker“ Anhänger, die Lüge, dass sie und ihr Lakaienpräsident in Kiew angeblich die „Demokratie“ verteidigen. In Wirklichkeit sind die Hauptfeinde der Arbeiter und Unterdrückten der Welt, die diesen eskalierenden Konflikt angestachelt haben, die USA und die westeuropäischen Imperialisten durch ihr Militärbündnis, die North Atlantic Treaty Organization (NATO). Nachdem die NATO-Imperialisten mit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion vor drei Jahrzehnten eine von den USA dominierte „Neue Weltordnung“ verkündet hatten, versuchen sie seit Jahren, das postsowjetische, jetzt kapitalistische Russland einzukreisen, wobei sie die nationalistischen kapitalistischen Regime der ehemaligen Sowjetblockländer als ihre Instrumente einsetzen.

Die Oberherren von Wall Street und Washington versuchen verzweifelt, die zerfallende Welthegemonie der USA zu sichern nach ihrer demütigenden Niederlage und Flucht aus Afghanistan im vergangenen Jahr, nach zwei Jahrzehnten imperialistischer Besatzung. Seit den 1990er Jahren haben sie ihren Drang nach Osten verstärkt, indem sie immer mehr osteuropäische Klientelstaaten in die NATO aufnahmen und provokativ darauf drängten, ihre Frontlinie in die Ukraine an Russlands Westgrenze zu verlegen. Nachdem sie Putin zum Handeln gedrängt, jegliche Sicherheitsgarantien für Russland rundweg abgelehnt und den Beschluss der Donbass-Region drastisch verstärkt haben, haben sie nun Wirtschaftssanktionen gegen Moskau angeordnet. Diese Maßnahmen und die Waffenlieferungen der NATO an die Ukraine sind Teil der Vorbereitung eines imperialistischen Dritten Weltkriegs gegen



Brendan Hoffman für The New York Times

Die USA liefern Hunderte von Javelin-Panzerabwehrraketen, Januar 2022. Die NATO-Länder haben große Mengen an Waffen in die Ukraine eingeschleust, um das Kiewer Regime zu stützen.

Russland und insbesondere China, einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat.

Wir wiederholen den Aufruf der Liga für die Vierte Internationale „Zerschlagt den Kriegskurs der USA/NATO und die Sanktionen gegen Russland!“ (*The Internationalist*, 23. Februar). In dieser Erklärung, die veröffentlicht wurde, bevor Putin den Angriff auf die Ukraine startete, riefen wir dazu auf (und tun dies auch heute noch), „die Selbstverwaltung in den abtrünnigen Regionen der Süd- und Ostukraine zu verteidigen und den Kriegskurs gegen Russland und China zu zerschlagen“. Wir erklärten auch: „Sollten die Zusammenstöße zu einem richtiggehenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine führen, wären Trotzisten für eine Politik des revolutionären Defätismus in diesen beiden Regionalmächten und riefen die Arbeiter auf, sich den Kriegsanstrengungen ‚ihrer‘ Bourgeoisien aktiv zu widersetzen und einen unnachgiebigen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Machthaber in Moskau und Kiew zu führen.“ Diese Situation ist mit der russischen Offensive für Putins erweiterte Kriegsziele, die weit über die Verteidigung der abtrünnigen Regionen im Südosten hinausgehen, sehr schnell eingetreten. Gleichzeitig stellten wir fest, dass, wenn sich der Konflikt in einen Krieg der imperialistischen Unterstützer der Ukraine gegen Russland verwandeln würde, dies eine ganz andere Sache wäre. Angesichts der Reaktionen der USA und der NATO-Kriegshetzer auf Putins Angriff ist diese Gefahr sehr real.

Entgegen unserer und vieler anderer Erwartungen haben sich in diesem Fall, nach Jahrzehnten imperialistischer Fehlinformationen die zunehmend bizarren Szenarien, die von den US-Geheimdiensten für ein abenteuerliches russisches Vorgehen ausgemalt wurden, als ziemlich genau erwiesen. Der großrussische chauvinistische Herrscher im Kreml hat sich auf einen Kurs begeben, der ungeachtet seiner auf überwältigender militärischer Überlegenheit im unmittelbaren Kriegsgebiet beruhenden Berechnungen in der ukrainischen Bevölkerung nationalistischen Hass gegen Russland schüren und die

(bereits weit fortgeschrittenen) Vorbereitungen der USA/NATO auf einen imperialistischen Krieg gegen Russland beschleunigen wird. Selbst wenn es Putin gelingt, dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelenskyj Zugeständnisse für eine Art ukrainische „Neutralität“ abzurufen, und selbst wenn die faschistischen und ultranationalistischen

ukrainischen Milizen, die die umkämpften Regionalrepubliken des Donbass belagern, militärisch neutralisiert werden können, wird der Krieg das Gewicht der faschistischen Kräfte im ukrainischen Staat erhöhen.

Wir unterstützen das nationale Selbstbestimmungsrecht der Ukraine, wie es Lenin und Trotzki Bolschewiki taten, ein Ausdruck des revolutionären Internationalismus, der in der antikommunistischen Tirade des derzeitigen Kreml-Bewohners vom 21. Februar angeprangert wurde (siehe „Russischer Nationalist Putin vs. Bolschewistischer Internationalist Lenin“, auf Seite 13 von dieser Ausgabe). Gleichzeitig sind wir für das Selbstbestimmungsrecht der mehrheitlich russischsprachigen Region des Donbass und verteidigen die demokratische Entscheidung der Krim, sich Russland anzuschließen. Wir sind dafür, sowohl das ukrainische als auch das russische kapitalistische Regime durch eine internationalistische Arbeiterrevolution zu stürzen. Wir bekämpfen Putins unverhohlenen großrussischen Chauvinismus (ebenso wie den des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny, der im Westen als „Anti-Korruptions-Aktivist“ gefeiert wird) – und wir bekämpfen den reaktionären Nationalismus der ukrainischen Bourgeoisie, die sich an die vorderste Front der NATO und der Europäischen Union (EU) stellen will. Zelenskyj hat gerade einen Antrag auf Notaufnahme in die EU gestellt, genau das Thema, das 2014



Screenshot aus dem Video der New York Times



Screenshots aus einem Video der New York Times über faschistische paramilitärische Milizen, die sich auf einen Angriff nahe der „Kontaktlinie“ mit der östlichen Donezk-Republik vorbereiten. In den acht Jahren des ukrainischen Nationalistenkriegs gegen die überwiegend russischsprachigen Regionen wurden über 14.000 Menschen getötet. Oben: die rot-schwarze Fahne des Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera, die jetzt von der „Ukrainischen Freiwilligenarmee“ übernommen wurde.



Russische Raketen trafen am 2. März das Hauptquartier des ukrainischen Geheimdienstes SBU (oben), wo die Unterdrückung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ostukraine inszeniert wurde.

den „Euromaidan“-Putsch in Kiew auslöste, während die deutsche Regierung ankündigte, ihren Militärhaushalt zu verdoppeln und mit Waffenlieferungen an die Ukraine zu beginnen – im Namen von Frieden und „Demokratie“.

Der ukrainische Nationalismus hat sich immer auf den Imperialismus gegen den Kommunismus und Russland berufen und ist historisch gesehen antipolnisch und antisemitisch. Das war der Fall bei Symon Petliura und der ukrainischen Rada (Regierungsrat) in den Jahren 1917-18, die sich mit der deutschen kaiserlichen Armee und russischen Weißgardisten gegen die Bolschewiki verbündeten. Dies galt auch für den ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera, der sich mit den deutschen Nazis und den SS-Vernichtungskommandos verbündete, um die Sowjetunion zu bekämpfen und die ukrainische Bevölkerung zu terrorisieren. Auch heute streben ukrainische Nationalisten aller Couleur – von der faschistischen Svoboda, dem Rechten Sektor, den Asow- und Dnipro-Bataillonen usw. über Geschäftsmogule, die der Wall Street verpflichtet sind, bis hin zum Komiker/Präsidenten Zelenskij, einem Protegé des israelisch-ukrainischen Oligarchen Igor Kolomoisky, der diverse Milizen finanziert – danach, Werkzeuge der imperialistischen Herrschaft zu sein.

In den deformierten Arbeiterstaaten des ehemaligen Sowjetblocks, die jetzt kapitalistische Länder Osteuropas sind, hat Putins Angriff auf die Ukraine antirussische Stimmung und eine verstärkte NATO-Präsenz ausgelöst. Polens rassistisches, frauenfeindliches und faschistisches Regime, das im vergangenen Jahr sein Militär einsetzte, um Flüchtlinge aus dem Nahen Osten fernzuhalten, und sie in den Wäldern entlang der weißrussischen Grenze sterben ließ, heißt nun weiße, christliche ukrainische Flüchtlinge sowie Tausende weiterer US-Truppen willkommen. Dies verdeutlicht einmal mehr die bösartige flüchtlings- und einwanderungsfeindliche Offensive der „Festung Europa“. In den baltischen Staaten, die den faschistischen „Waldbrüdern“ huldigen, die im Zweiten Weltkrieg Tausende von Sowjetbürgern ermordeten, wurde die postsowjetische Unabhängigkeit von antirussischen Sprachgesetzen begleitet, wie sie die Ukraine seit dem Putsch von 2014 in Kiew erlassen hat. Das „tapfere kleine Litauen“, wo lokale Nationalisten am Vorabend von Hitlers Einmarsch in die UdSSR einige der schlimmsten antijüdischen Pogrome verübten (und dessen Herrscher von mittelalterlichem Ruhm träumen, als das litauische Großfürstentum die Ukraine und Weißrussland beherrschte), beherbergt jetzt ein deutsches Armeebataillon. Die baltischen Barone, die Estland und Lettland in den Jahren zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg regierten, handelten damals als Agenten des deutschen Imperialismus. Heute bieten sie ihr Land für NATO-Militärmanöver und Übungslandungen für den imperialistischen Krieg der USA gegen Russland an.

Während westliche Medien verkünden,

dass der ukrainische Präsident Zelenskij „seinen Mumm gefunden“ hat und in seiner neuen Rolle als Kriegsführer schwelgt, versucht der demokratische US-Präsident Joe Biden nach dem Fiasko beim Abzug aus Kabul sein Ansehen wiederzuerlangen, indem er sich als Staatsmann aufspielt, der die internationale Sicherheitsordnung (d. h. die US-Hegemonie) fest aufrechterhält. In seiner Rede vom 24. Februar, in der er seine Kriegsziele ankündigte, nahm Putin „den gesamten so genannten westlichen Block ins Visier, der von den Vereinigten Staaten nach ihrem eigenen Bild und Gleichnis geformt wurde“ und der ein „Imperium der Lügen“ sei. Wie Farah Stockman, Redaktionsmitglied der *New York Times*, in einer Diskussionsrunde von Experten des Hausorgans des US-Imperialismus bemerkte: „Es geht um mehr als die Ukraine, denn er [Putin] hat in den letzten, ich weiß nicht, 20 Jahren zugesehen – er hat zugesehen, wie die Vereinigten Staaten solche Dinge tun [in Länder einmarschieren]... Er hasste, was wir in Libyen getan haben. Er war wütend. Er hasste die Invasion im Irakkrieg. Er hat gesehen, wie wir mit unserer Macht um uns werfen und es internationales Recht nennen. Und ich glaube, er sagt einfach, na ja, ich kann dieses Spiel auch spielen. Und hier geht es wirklich darum, den Vereinigten Staaten zu zeigen, dass sie nicht mehr die einzige Supermacht sind, und zu zeigen, dass wir schwach sind.“¹

Auf der Ebene der Geopolitik, so Stockman weiter, sei Putin „zuvor nach Peking gereist und habe von Präsident Xi im Grunde eine Art Vereinbarung erhalten, dass China sie irgendwie mit Wirtschaftsgeschäften unterstützen würde, so dass sie vielleicht eine Zeit lang ohne Europa leben könnten“. Die gemeinsame Erklärung von Putin und Xi vom 4. Februar über die gegenseitige Unterstützung zwischen Russland und China beunruhigte die Kriegsspieler im Pentagon und in den „Verteidigungs“-Think Tanks sehr. „U.S. Officials Repeatedly Urged China to Help Avert War in Ukraine“ [US Offizielle drängten China wiederholt, um zu helfen, Krieg in der Ukraine abzuwenden], titelte die *New York Times* (26. Februar). Die Bürokraten in Peking müssten schon Vollidioten sein, um auf diesen Köder hereinzufallen, denn Biden hat unmissverständlich klargestellt, dass die US-Kriegsanstrengungen gegen Putins Russland nur eine Zwischenstation auf dem Weg zu einem Showdown mit China sind. Der massive hysterische, überparteiliche Propagandakrieg, in dem China für die Verwüstungen durch die COVID-19-Pandemie verantwortlich gemacht wird, unterstreicht einmal mehr, dass das ultimative Ziel der USA die Konterrevolution in dem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat ist.² Dennoch suchen Chinas stalinistische

¹ *New York Times*, 25. Februar.

² Siehe „Biden Escalates Anti-China War Plans“ [Biden verschärft Anti-China-Kriegspläne], *The Internationalist* Nr. 64, Juli-September 2021; und „U.S. Big Lie Over Wuhan Is War Propaganda“ [Die Große Lüge der USA über Wuhan ist Kriegspropaganda], *The Internationalist* Nr. 65, Oktober-Dezember 2021.

Herrscher immer noch vergeblich nach dem Irrlicht der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus.

Zurück in der Ukraine, haben die superkorrupten „Oligarchen“, die die Wirtschaft beherrschen, in ihren Privatflugzeugen fluchtartig die Stadt verlassen, als die Kriegsdrohungen zunahm. Die ukrainischen Kleptokraten sind ausschließlich an ihrer eigenen Bereicherung interessiert und schnappen sich jeden ehemals staatlichen Besitz, den sie bekommen können, zu Spottpreisen. Ihre russischen Brüder hingegen haben es mit Putin zu tun, der sich auf die Lehren der russischen Geschichte beruft, denn die Zaren von Iwan dem Schrecklichen bis zu Peter dem Großen wussten, wie wichtig es ist, die Bojaren (Barone) unterzuordnen und an die Autokratie zu binden. Viele einfache Ukrainer sind Zelenskij's Aufrufen gefolgt, sich dem russischen Angriff zu widersetzen, und haben mit Sperrholz-AK-Attrappen eine rudimentäre Ausbildung absolviert. Jetzt werden echte Gewehre verteilt. Dies ist ein zynischer Trick, um die Zahl der zivilen Opfer zu erhöhen, und zwar von einem reaktionären Regime, das sich als Handlanger des Imperialismus anbietet, um einen Krieg gegen Russland zu provozieren, und das die russischsprachige Bevölkerung seit Jahren verfolgt. Die ukrainischen Faschisten, die die Ostukraine belagern, sind eine Bedrohung für alle arbeitenden Menschen. Diese mörderischen Schläger müssen permanent gestoppt und zur Rechenschaft gezogen werden, und ihr Programm der „ethnischen Säuberung“ muss zerschlagen werden.

Im imperialistischen Westen wird die Bevölkerung mit einer endlosen Flut von aufgeblasener Kriegspropaganda überschüttet. Kein Wort darüber, dass die ukrainischen Grenzsoldaten kaum Widerstand geleistet haben. Und die 82 ukrainischen Marinesoldaten, die bei der russischen Bombardierung der Insel Zmeiny (Snake Island) an der Grenze zu Moldawien ums Leben gekommen sein sollen – und die, wie Zelenskij ankündigte, für ihren „trotzigen letzten Widerstand“ posthum mit dem Titel „Held der Ukraine“ ausgezeichnet werden sollten?³ In der Tat ergaben sie sich den Russen und tauchten „wohlbehalten“ in Sewastopol auf der Krim auf.⁴ Nüchternere kriegshetzerische Militäranalysten berichten von einer russischen „Operationspause am 26. und 27. Februar“, um zusätzliche Kräfte, Treibstoff und Artillerie heranzuschaffen, während „russische Kräfte Mariupol eingekreist haben“ (eine mehrheitlich russischsprachige Stadt, die 2014 für die Selbstverwaltung stimmte, aber brutal von Faschisten zurückerobert wurde) und „drohen, die ukrainischen Kräfte an der Kontaktlinie im Donbass zu isolieren, wenn sie sich nicht zurückziehen“.⁵ In der gesamten imperialistischen Medienberichterstattung wurde die prekäre Lage der belagerten Bevölkerung in Donezk und Lugansk, Regionen mit über 4 Millionen Einwohnern (mehr als die von Estland und Lettland zusammen), in denen in acht Jahren Krieg 14.000 Menschen von ukrainischen Streitkräften getötet wurden, mit keinem Wort erwähnt.

In der Zwischenzeit hat sich der Großteil der westlichen Linken auf die Seite der NATO-Imperialisten gestellt und die Russen einseitig angeprangert. Die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) „verurteilte“ Putins „schwerwiegende Entscheidung“, eine Militäroperation in der Ukraine einzuleiten, während sie sich lediglich darüber beklagte, dass die NATO „das Feuer der Konfrontation schürt“.⁶ Die ex-stalinistische PCF forderte das imperialistische Frankreich (d. h. die

³ *Washington Post*, 25. Februar.

⁴ *News Front*, 27. Februar.

⁵ Institute for the Study of War, „Russian Offensive Campaign Assessment, February 27, 2022“.

⁶ Parti Communiste Français, „Ukraine : Non à la guerre, la France doit porter urgemment une offre de paix“ (24. Februar).

arbeiterfeindliche Regierung von Emmanuel Macron) auf, auf Friedensverhandlungen „unter der Ägide der UNO“ zu drängen, die als Deckmantel für imperialistische Aggression und Besetzung vom Kongo bis Haiti gedient hat. Die deutsche Linkspartei, in der viele ehemalige Mitglieder der ostdeutschen stalinistischen Regierungspartei vertreten sind, veröffentlichte am 22. Februar eine Erklärung, in der sie sich gegen die russische Anerkennung der Unabhängigkeit der ostukrainischen „Volksrepubliken“ aussprach, da diese „verletzt die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine“. Sie nannte den russischen Angriff auch einen „völkerrechtswidrigen Krieg, den wir unmissverständlich verurteilen.“⁷ Diese Pseudokommunisten und „linken“ Sozialdemokraten sind ein Paradebeispiel für das, was Lenin während des Ersten Weltkriegs als „Sozialimperialisten“ anprangerte, die den imperialistischen Kriegskurs aktiv unterstützen.

Von den kleineren linken Gruppen schließen sich die Pseudotrotzkisten fast alle der Anti-Russland-Front an, wobei sie manchmal versuchen, ihre Spuren mit einer Kritik an der NATO als Feigenblatt zu verwischen. Am krassen ist dies bei der Socialist Alternative (SALT) [verbunden mit der SAV in Deutschland] der Fall, die zu „voller Solidarität mit dem ukrainischen Volk“ aufrief und forderte, dass „die russischen Truppen sofort aus der Ukraine abgezogen werden sollten.“⁸ Kein Aufruf, die NATO-Waffen nach Kiew zu stoppen, jedoch. Eine frühere SALT-Erklärung⁹ wettete gegen den „russischen Imperialismus“, eine Behauptung vieler trotzkoider Gruppen, die wir zum Zeitpunkt des pro-imperialistischen Putsches in Kiew 2014 definitiv widerlegt haben.¹⁰ In dieser Erklärung wird auch der „chinesische Imperialismus“ angeprangert, ein ständiges Thema der SALT-Tendenz, die vielleicht der virulenteste linke „Cheerleader“ für die pro-imperialistischen Hongkong-Unruhen von 2019 war.¹¹

Auch Peter Taaffes Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI), [deren deutsche Sektion SOL ist], von dem sich SALT 2019 abspaltete, vertritt die Behauptung vom „russischen Imperialismus“. Eine russlandfeindliche und de facto pro-imperialistische Haltung ist ganz normal für eine Strömung, die 1991 die US-Marionette Boris Jelzin bei dem von den USA inszenierten Konterputsch unterstützte, der zur Konterrevolution in der UdSSR führte. Eine weitere Strömung der NATO-Sozialisten, die gegen den „russischen Imperialismus“ wettet, ist die International Marxist Tendency (IMT) [in Deutschland: Der Funke], von der sich das CWI 1991 abspaltete. In einem ersten Kommentar des IMT-Gurus Alan Woods mit dem Titel „Imperialistische Heuchelei und die Invasion der Ukraine“,¹² wurde erwähnt, dass „unser Kampf gegen den Imperialismus gerichtet ist“. Der entscheidende Satz war jedoch der Aufruf der russischen IMT-Anhänger „Nein zum Krieg mit der Ukraine! Gegen die russische Militärintervention!“, der sich gegen die russische Anerkennung der Unabhängigkeit der Donbass-Republiken richtete und mit keinem Wort von Gegnerschaft gegen die NATO oder die ukrainische nationalistische Regierung sprach.¹³

Diese schwammigen Erklärungen verblasen im Vergleich zur Position des „Internatio-

⁷ Die Linke, „Erklärung zur Abstimmung über den Ukraine-Antrag von SPD/CDU/CSU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP am 27.02.2022“.

⁸ International Socialist Alternative, „No War in Ukraine!“ (24. Februar).

⁹ ISA, „What Now for Ukrainian Conflict?“ (22. Februar).

¹⁰ Siehe „Das Schreckgespenst des ‚russischen Imperialismus‘“ (Mai 2014).

¹¹ Siehe „Hong Kong ‚Democracy‘ Riots: Pro-Imperialist, Anti-Communist, Fascist-Infested“ [Hongkonger „Demokratie“-Aufstände: Pro-imperialistisch, antikommunistisch, faschistisch untersucht], *The Internationalist* Nr. 40, Winter 2020.

¹² *In Defence of Marxism*, 24. Februar.

¹³ *In Defence of Marxism*, 24. Februar.

nenalen Büros der Vierten Internationale“ (ehemals Vereinigtes Sekretariat), die wir bereits zuvor zitiert haben und die groteskerweise einen „demokratischen“ Weg für den Beitritt der Ukraine zum imperialistischen Militärbündnis NATO vorschlug.¹⁴ Was für eine Abscheulichkeit, die von Gruppen kommt, die sich fälschlicherweise auf Trotzki's Vierte Internationale berufen, die für den unnachgiebigsten Kampf gegen den Imperialismus stand! Als Reaktion auf den Ausbruch des Krieges in der Ukraine veröffentlichte das Internationale Büro zwei Artikel von einem gewissen Gilbert Achcar. Der erste vergleicht Putins Angriff auf die Ukraine mit Saddam Husseins missglückter Übernahme Kuwaits im Jahr 1990. Der zweite fordert „die Lieferung von Verteidigungswaffen an die Opfer der Aggression... in diesem Fall an den ukrainischen Staat...“¹⁵ Dieser groteske Aufruf zur Lieferung von NATO-Waffen an die Ukraine erinnert an Achcars Unterstützung des NATO-Angriffs auf Libyen im Jahr 2011 und seine Mitwirkung an der Ausbildung der Defence Cultural Specialist Unit des britischen Militärs für Aufstandsbekämpfungsoptionen in Afghanistan und anderswo.

Jetzt kommen wir zur falsch benannten Trotzki'schen Fraktion (FT) [in Deutschland: RIO], deren Modus Operandi darin besteht, sich als linke Kritiker der Anführer der jeweils aktuellen Massenbewegung auszugeben, wobei sie manchmal marxistische Positionen auf dem Papier zitieren, um dann mit dem Strom dieser klassenkollaborationistischen Mobilisierungen zu schwimmen. So lautet die Überschrift eines Artikels auf der US-Seite der FT: „Protesters Across the Globe Demand ‚No War in Ukraine!‘ But Not All Demonstrations are the Same“ (*Left Voice*, 26. Februar). Darin wird festgestellt, dass in verschiedenen Ländern Proteste „gegen den Krieg“ „ein stärkeres Eingreifen der NATO zur ‚Rettung‘ des ukrainischen Volkes“ forderten und um „Hilfe von den Vereinigten Staaten“ und ihren Partnern im Militärbündnis baten. In der Vergangenheit hat die FT gegen die falsche Behauptung, Russland sei imperialistisch, polemisiert. Aber wie immer bei der FT bleibt das, was sie in analytischen Artikeln schreibt, akademisch, und was sie vor Ort tut, ist eine andere Geschichte. Während sie eine Madrider Kundgebung lobt, auf der „Weder Putin noch die NATO“ skandiert wurde, ruft sie im selben Artikel zu einer „Antikriegsbewegung“ auf, die sich auf die „Verurteilung sowohl Russlands als auch der NATO“ stützt – d. h. sie setzt Russland und das imperialistische Militärbündnis gleich und lässt sorgfältig jede Verurteilung der ukrainischen Streitkräfte aus. In Mexiko rief die FT-Mitgliedsorganisation zu einer „Antikriegs“-Kundgebung auf – vor der russischen Botschaft.

In Zeiten des Krieges wird das wahre Wesen der politischen Kräfte der Linken deutlich sichtbar. Die verschiedenen Sozialimperialisten, Sozialpazifisten und doppelzüngigen Pseudotrotzkisten stehen im Gegensatz zu den grundlegenden Prinzipien und dem Programm des revolutionären Marxismus. In dem dringenden Kampf um die revolutionäre Führung, schrieben wir in unserer LVI-Erklärung vom 22. Februar: „Trotzkisten verteidigen die demokratischen, nationalen und sprachlichen Rechte aller Teile der Bevölkerung und versuchen, die russischen und ukrainischen Arbeiter in einem gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern Ost- und Westeuropas zu vereinen. Während die Imperialisten weiterhin das Kriegsfieber schüren und eskalierende Sanktionen verhängen, die letztlich auf einen Weltkrieg hinauslaufen, kämpfen diejenigen, die dem internationalistischen Programm von Lenins und Trotzki's Bolschewiki folgen, für eine sozialistische Weltrevolution gegen alle herrschenden bürgerlichen Klassen.“ ■

¹⁴ *International Viewpoint*, 1. Februar.

¹⁵ „A memorandum on the radical anti-imperialist position regarding the war in Ukraine“, *International Viewpoint*, 28. Februar.

Vereitelt US/NATO Kriegsdrohungen und Provokationen gegen Russland!

Die Kriegspropaganda aus Washington und der NATO (North Atlantic Treaty Organization) wird immer hysterischer. Während die US-Regierung des Demokraten Joe Biden erklärt, der russische Präsident Wladimir Putin stehe kurz davor, die Ukraine nächsten Monat, nächste Woche, morgen oder gestern einzunehmen, scheint sie darauf bedacht zu sein, den Kreml zu allem zu provozieren, was als Invasion dargestellt werden könnte. Da die NATO-Armeen keine Truppen in die Ukraine entsenden werden, besteht der offensichtliche Zweck darin, einen Vorwand zu haben, um schwere Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verhängen. Insbesondere wollen das Weiße Haus und das Pentagon die deutsche Regierung unter Druck setzen und sie dazu bringen, die im Wesentlichen fertig gestellte Nord-Stream-2-Pipeline für Erdgas aus Russland zu streichen.

Angesichts des unaufhörlichen imperialistischen Trommelschlags für den Krieg gab es nur sehr wenige Proteste von Seiten der Linken, die selbst zum großen Teil von der von ihren liberalen großen Brüdern geförderten Anti-Russland-Phobie durchdrungen ist. Einige dieser pseudolinken Gruppen haben den ukrainischen nationalistischen/faschistischen Putsch in Kiew im Jahr 2014 unterstützt, der vom demokratischen US-Präsidenten Barack Obama eingefädelt wurde, der den gewählten prorussischen Präsidenten stürzte und einen Krieg gegen die Bevölkerung der russischsprachigen Regionen im Osten und Süden der Ukraine begann. Heute werden die abtrünnigen „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk in der Kohlebergbauregion Donbass von denselben faschistischen und faschistoiden ukrainischen nationalistischen Kräften beschossen, die 2014 den „Euromaidan“-Putsch anführten.

Unterstützer der Liga für die Vierte Internationale nahmen am 18. Februar an Protesten am Brandenburger Tor in Berlin und am 19. Februar am Grand Central Terminal in New York City teil. Die Genossen trugen Schilder mit Slogans wie „Vereitelt Biden/NATO-Kriegsdrohungen und Provokationen gegen Russland“; „Besiegt die US/NATO-Kriegstreiber – Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution“; „Ukrainische Nationalisten und Faschisten, Hände weg vom Donbass – Verteidigt Selbstbestimmung in der Süd- und Ostukraine“;



Permanente Revolution



Internationalistische Gruppe bei der Protestkundgebung am 18. Februar in Berlin.

„Wirtschaftssanktionen gegen Russland treiben zum Weltkrieg – Zerschlagt den US/NATO-Imperialismus!“; und „USA/NATO raus aus Osteuropa, dem Nahen Osten und anderswo – für internationale sozialistische Revolution!“.

Die nationalen Sektionen der LVI betonten die Notwendigkeit, sich der Kriegstreiber der imperialistischen Herrscher im eigenen Land entgegenzustellen. So trug die Internationalistische Gruppe in Deutschland ein Schild, das die sozialdemokratische und ökoimperialistische Regierungskoalition anprangerte: „SPD/Grüne Schlächter von Jugoslawien, deutscher Imperialismus raus aus der Ukraine und dem Baltikum – Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!“ In den USA proklamierte die Internationalist Group: „Demokraten: Schlächter von Jugoslawien (1994-98), Anstifter des Kiewer Putsches (2014) – Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!“

Die rasende Hetze und das Säbelrasseln von Biden & Co. werden von den Medien, allen voran den liberalen, eifrig hochgepuscht. Dies dient unter anderem dazu, die Feindesliste des US-Imperialismus weiter zu dämonisieren, wobei das nunmehr kapitalistische Russland und China, ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, die Liste anführen. Mit dem Ziel, die Bevölkerung auf einen Krieg der Imperialisten zu konditionieren und vorzubereiten, stellen sie die Gefahr eines dritten Weltkriegs. Wir sagen: „Washington, Wall Street – Der Feind steht im eigenen Land!“ Nur eine sozialistische Weltrevolution kann die Gefahr neuer Weltkriege für immer bannen. ■



Internationalist Group beim Protest am 19. Februar in New York City.

Imperialistischer Rassismus und der russisch-ukrainische Krieg

BERLIN, 16. März – Jedes Wochenende strömen Zehn- und Hunderttausende von Demonstranten auf die Straßen deutscher Städte zu „Friedens“-Demonstrationen, angeblich gegen den Krieg in der Ukraine. Am vergangenen Sonntag waren es nach Angaben der Organisatoren etwa 60.000 in Berlin, 35.000 in Stuttgart, 12.000 in Frankfurt, 10.000 in Hamburg (*Junge Welt*, 14. März). Doch in Wirklichkeit sind viele, wenn nicht sogar die meisten dieser Demos kriegsbe fördernd, denn sie sind überwiegend für die Unterstützung der Ukraine im reaktionären nationalistischen Krieg mit Russland. Überall sind blau-gelbe ukrainische Fahnen zu sehen. Viele Redner forderten Waffenlieferungen an die Ukraine, d.h. durch die Imperialisten der NATO (North Atlantic Treaty Organization), die diesen Bruderkrieg in ihrem eskalierenden Kriegszug gegen Russland und China provoziert haben. Politiker der Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die für eine Verdoppelung des deutschen Militärhaushalts und für Waffenlieferungen an Kiew gestimmt haben, kamen ebenso zu Wort wie Vertreter der Linkspartei, die einseitig die russische Invasion verurteilt und (zusammen mit den militaristischen Regierungsparteien) imperialistische Sanktionen gegen Russland unterstützt.

Im krassen Gegensatz zu dem chauvinistischen Backlash gegen die Flüchtlinge aus den Kriegen im Nahen Osten, der sich in den letzten Jahren aufgebaut hat, gab es eine beispiellose Welle der Unterstützung für die ukrainischen Flüchtlinge – Beiträge zu Hilfsfonds, Sammeln von Hilfsgütern, Angebote, Familien aufzunehmen, die Organisation von privaten Transporten aus den Grenzregionen. Der Kontrast ist so eklatant, dass die bürgerlichen Medien versucht haben, ihn wegzuerklären. Ein Artikel zum Thema „Warum uns der Krieg in der Ukraine so sehr berührt“ im SPD-nahen RedaktionsNetzwerk Deutschland (6. März) greift auf die Pop-Psychologie zurück. Ein „Traumaexperte“ erklärt: „Unser Gehirn ist das eines Steinzeitmenschen“:

„Das hat damit zu tun, dass wir uns umso mehr mit einer Situation identifizieren, je näher sie uns ist. Wenn wir Bilder aus dem Dschungel oder aus der Wüste sehen, schafft das eine andere Nähe, als bei Bildern aus einem Kulturraum, in den wir uns unmittelbar einfühlen können.“

„Die Wohnblocks in Kiew sehen genauso aus wie die in Berlin-Marzahn. Die Klamotten der Menschen sind dieselben, die Gesichter sind



Rassistische imperialistische Kriegspropaganda: Fotos von Flüchtlingen zeigen „europäische Menschen mit blauen Augen und blonden Haaren“, die aus der „relativ zivilisierten, relativ europäischen“ Ukraine fliehen.

dieselben. Die Szenen in Kiew am Bahnhof könnten genauso auch bei uns sein. Deshalb fühlen wir uns dieser Situation viel näher.“

Aber neben dieser Pseudowissenschaft hat der „Experte“ wenigstens die Güte, andere Faktoren zu erwähnen. Zum Beispiel: „Der deutsch-sowjetische Krieg [d. h. Hitlers Überfall auf die UdSSR, der zu 27 Millionen sowjetischen Opfern führte] ist erst zwei Generationen her, mein Onkel fiel in der Ukraine, die Hälfte aller überlebenden Großväter kämpfte an der Ostfront. Diese Ängste und Erfahrungen werden wiederbelebt.“

Die massive „Solidarität mit der Ukraine“ ist nicht einfach nur das Ergebnis von Stammesreaktionen oder der Erinnerung an die deutsche Niederlage gegen die Sowjets („die Russen“) im Zweiten Weltkrieg. Sie ist auch nicht einfach eine instinktive Reaktion auf Fotos von zivilen Opfern russischer Bomben und Raketen (Fotos von Zivilisten, die durch Raketen der ukrainischen Faschisten im Donbass getötet wurden, werden nie gezeigt). Diese verblasen im Vergleich zu den wahllosen Bombenangriffen der US/NATO-Imperialisten von Jugoslawien (1994-1999) bis Afghanistan (2001-2021) sowie dem mutwilligen Gemetzel der USA im Golfkrieg (1990-1991). Hinzu kommen die brutale Invasion und Besetzung des Irak, die Drohnenmorde und massiven Zerstörungen in Syrien sowie der Massenmord an Millionen von Menschen durch den Imperialismus im Vietnam- und Koreakrieg.

Die weit verbreitete pro-ukrainische Reaktion wird in einer flächendeckenden Kampagne virulenter antirussischer Kriegspropaganda in allen bürgerlichen Medien unisono aufgepeitscht. Was wir heute erleben, ist das jüngste Beispiel dafür, wie die imperialistischen Mächte die „öffentliche Meinung“ als Hallraum für ihre geopolitischen Machtbestrebungen und ihre militärische Aufrüstung für den globalen Krieg formen.

Die Quintessenz der offen rassistischen Medienberichterstattung war eine Sendung des leitenden Auslandskorrespondenten von CBS News, Charlie D’Agata, vom 26. Februar, in der er erklärte, dass die Ukraine „bei allem Respekt kein Ort wie der Irak oder Afghanistan ist, an dem seit Jahrzehnten Konflikte toben. Dies ist eine relativ zivilisierte, relativ europäische Stadt – auch diese Worte muss ich mit Bedacht wählen – eine Stadt, in der man so etwas nicht erwarten oder hoffen würde, dass es passiert“. Aber D’Agatas eurochauvinistische Trope war kaum einzigartig. Moustafa Bayoumi, Professor am Brooklyn College der City University of New York, zitierte eine Reihe ähnlich grotesker Lobgesänge auf die (weiße) europäische „Zivilisation“. Der ehemalige stellvertretende Generalstaatsanwalt der Ukraine bemerkte: „Es ist sehr emotional für mich, weil ich sehe, wie europäische Menschen mit blauen Augen und blondem Haar ... jeden Tag umgebracht werden.“ Und Daniel Hannan (auch bekannt als Baron Hannan of Kingsclere, England) kommentierte in der Londoner Establishment-Presse:

„Sie scheinen uns so ähnlich zu sein. Das ist es, was es so schockierend macht. Die Ukraine ist ein europäisches Land. Die Menschen dort schauen Netflix und haben Instagram-Konten, stimmen in freien Wahlen ab und lesen unzensurierte Zeitungen. Krieg ist nicht länger etwas, das verarmte und abgelegene Bevölkerungen heimsucht.“²

Brutale, blutige Kriege sind also etwas, das wirtschaftlich verarmte Regionen der „Dritten Welt“ routinemäßig betrifft und daher implizit nicht besonders besorgniserregend ist, aber sie sind schockierend und des Mitgefühls würdig, wenn sie das „zivilisierte“ Europa betreffen. Sogar ein Al Jazeera-Moderator meinte dazu: „Wenn ich sie mir ansehe, so wie sie gekleidet sind, dann sind das wohlhabende ... ich verwende den Ausdruck ungern ... Menschen aus der Mittelschicht. Das sind keine offensichtlichen Flüchtlinge, die aus Gebieten im Nahen Osten fliehen wollen, in denen noch immer

Krieg herrscht.“ Der beiläufige Rassismus war so allgegenwärtig, dass er auf dem britischen Fernsehsender ITV, dem französischen Fernsehsender BFM und noch deutlicher auf NBC wiederholt wurde („Sie sind Christen, sie sind weiß, sie sind sehr ähnlich“). Dieses Weltbild ist tief verwurzelt und steht auch für eine wahrhaft orwellische Zwangsamnesie in Bezug auf den brutalen imperialistischen Angriff auf dem Balkan im Jahr 1999, der in Wirklichkeit der erste große militärische Konflikt in Europa seit 1945 war.³

D’Agatas chauvinistische Berichterstattung löste in den sozialen Medien einen Twittersturm der Empörung aus. In den Beiträgen wurde darauf hingewiesen, wie „ein sehr zivilisiertes Deutschland ... Millionen von Menschen in Einwegzügen in den Tod schickte“, und es wurde an die Massenmorde an den Herero und Nama in Namibia durch den deutschen Kolonialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts erinnert. Einer zeigte Fotos des „zivilisierten“ Folterzentrums der USA in Abu Ghraib im Irak, ein anderer zählte 64 US-Interventionen seit 1945 auf. Ein weiterer zeigte die Zerstörung von Gaza und Beirut durch das zionistische Israel. Mehrere verwiesen darauf, dass Mesopotamien (der heutige Irak) die „Wiege der Zivilisation“ war, während Europa noch in der Steinzeit lebte. Ein anderer verwies auf den mörderischen Krieg gegen die Ostukraine, einschließlich eines Fotos der faschistischen Asow-Brigade mit dem Nazi-Symbol der Wolfsangel und einem Hitler-Porträt. Und natürlich waren da noch die imperialistischen Weltkriege I (14 Millionen Tote) und II (70-85 Millionen Tote).

D’Agata hat sich natürlich für seine „sorgfältig gewählten“ Worte „entschuldigt“, aber nur, um zu sagen, dass er es „bedauert“, sie auf Sendung gesagt zu haben, nicht für den rassistischen Inhalt. Sein Verweis auf die Ukraine als „relativ zivilisiert“ deutet darauf hin, dass auch Slawen und Magyaren auf der rassistischen Skala nicht ganz oben stehen (und Russen in den USA und Westeuropa massenhaft verteufelt werden). In Großbritannien, wo die Brexit-Kampagne gegen die EU-Mitgliedschaft die Ressentiments gegen Osteuropäer aus EU-Ländern ausnutzte und verschärfte, versuchte die gruselige Innenministerin Priti Patel, die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge auf die unmittelbaren Familienangehörigen der bereits im Vereinigten Königreich lebenden Ukrainer zu beschränken. Das skandalumwitterte Regime von Boris Johnson hat sogar damit gedroht, im Ärmelkanal einen Seekrieg gegen „illegale“ Flüchtlinge zu entfesseln, um von seinen Versäumnissen und Verbrechen abzulenken.

Rassistische Selektion an der ukrainischen Grenze

Dieser imperialistische Rassismus ist nicht nur ein Medien- oder Internetphänomen, sondern spiegelt die offizielle Politik wider, sowohl in Ost- als auch in Westeuropa. Dies kommt in zahlreichen Berichten über die völlig unterschiedliche Behandlung von weißen Flüchtlingen, die aus der Ukraine fliehen, und solchen, die als nicht-weiß gelten, an der Grenze zum Ausdruck:

„Wir sind als Letzte in den Zug eingestiegen“, sagt Kass und beschreibt, wie sie und andere afrikanische Frauen bei Schneefall

weiter auf Seite 23

³ Siehe „Defend Yugoslavia – Defeat the Imperialist Attack“ [Verteidigt Jugoslawien - Zerschlagt den imperialistischen Angriff] und „German Fourth Reich: Back in the Balkans“ [Deutsches Viertes Reich: Zurück auf dem Balkan], *The Internationalist* Nr. 7, April-Mai 1999.



Afrikanische Flüchtlinge aus der Ukraine in Medyka, Polen, 27. Februar. Flüchtlinge aus Afrika, dem Nahen Osten und Indien waren an der Grenze Misshandlungen ausgesetzt.

Imperialistische Presse hofiert ultranationalistische ukrainische Milizen
Zerschlagt die US/NATO-unterstützten nazifaschistischen Massenmörder!

Die Wahrheit über die faschistische Verseuchung der Ukraine

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar wurde vom russischen Präsidenten Wladimir Putin in einer Rede bekannt gegeben, in der er eine „militärische Sonderoperation“ zur „Entnazifizierung“ und „Entmilitarisierung“ der Ukraine verkündete. Die bürgerliche Presse in den Vereinigten Staaten und in den imperialistischen Ländern der NATO (Nordatlantikpakt-Organisation) spottete sofort über diesen Begriff. Seitdem der Krieg zwischen Russland und der Ukraine weiter voranschritt, haben die imperialistischen „Meinungsmacher“ die Vorstellung, dass die ukrainische Regierung von Faschisten und Nazis durchsetzt ist, beharrlich ins Lächerliche gezogen. So schrieb das Hausorgan des US-Imperialismus innerhalb einer Woche:

- dass Putin den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, „der in Wirklichkeit Jude ist“, und „die Leute um ihn herum im russischen Fernsehen als, wortwörtlich, drogensüchtige Nazis“ bezeichnet hat, obwohl dies einfach nur eine völlig abwegige, absichtliche Verzerrung der Wahrheit ist“ („The Daily“, *New York Times*, 14. März);
- dass er [Putin] in einer im Fernsehen übertragenen Videokonferenz mit Spitzenbeamten „die Regierung in Kiew, die von einem jüdischen Präsidenten und Premierminister geführt wird, erneut fälschlicherweise als ‚pro-nazistisch‘ und auf dem Weg zum Erwerb von Atomwaffen bezeichnete“. Und dann „vertiefte er sich weiter in die Irrealität“, indem er sagte, dass „es eine echte humanitäre Katastrophe in Städten gibt, die von Neonazis und bewaffneten Kriminellen gehalten werden“ (*New York Times*, 17. März); und
- dass die „Sprache der russischen Invasion in der Ukraine von dem Wort ‚Nazi‘ dominiert wird – eine rätselhafte Behauptung über ein Land, dessen Präsident Wolodymyr Selenskyj Jude ist“, während er „die pro-westliche Revolution in der Ukraine von 2014 schon lange als faschistischen Putsch bezeichnet hat.... Das plötzliche Auftauchen des ‚Nazi‘-Schimpfworts zeigt, wie Putin versucht, Stereotypen, eine verzerrte Realität und das fortdauernde Trauma des Zweiten Weltkriegs in seinem Land zu nutzen, um seine Invasion in der Ukraine zu rechtfertigen“ („In Conjuring ‚Nazis‘ in Ukraine, Putin Stokes Russian Memories“, *New York Times*, 18. März).



Aufmarsch des Asow-Bataillons, Swoboda, Prawy Sektor, Nationalen Korpus und anderer faschistischer Gruppen, 14. Oktober 2017, anlässlich des 75. Jahrestags der Gründung der antisowjetischen Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA), die Teil des nazideutschen Angriffs auf die Sowjetunion im II. Weltkrieg war.

Und in seiner Tirade vom 26. März in Warschau, in der er Putins Sturz forderte, erklärte US-Präsident Joe Biden, das Kriegsziel des russischen Führers, die Ukraine zu entnazifizieren, sei „zynisch“ und „eine Lüge“, weil der ukrainische Präsident jüdischer Herkunft sei.

Der Verweis auf „drogensüchtig“ ist ein bisschen abwegig, aber der ukrainische Staatsapparat, insbesondere seine Repressionskräfte, sind in der Tat durchsetzt mit faschistoiden Nationalisten, reinen Faschisten und Nazis, möchtegern ethnischen Säuberern, von denen einige offen antisemitisch sind und Hitler bewundern. Faschistische Milizen bilden einen großen Teil der Streitkräfte, die die russischsprachige Bevölkerung der selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk, die sich vor acht Jahren von der Ukraine abgespaltenen, unerbittlich belagern. Darüber hinaus wurden viele dieser faschistischen und pro-nazistischen Trupps von den USA und der NATO finanziert, bewaffnet und ausgebildet, sogar trotz der Einwände des US-Repräsentantenhauses (in einer einstimmigen gemeinsamen Resolution von liberalen Demokraten und rechten Republikanern

aus dem Jahr 2015) und des Pentagons selbst. Die vorsätzliche „Blindheit“ der USA gegenüber dem ukrainischen Faschismus ist zum Teil eine Vertuschung ihrer eigenen Rolle bei der Erschaffung dieses Monsters. Nachdem wir jahrelang zur „Verteidigung der Selbstverwaltung in den abtrünnigen Regionen der Süd- und Ostukraine“ aufgerufen hatten – und dies auch weiterhin tun –, schrieben wir beim Ausbruch des Krieges:

„Dies ist nun ein Krieg zwischen dem russischen kapitalistischen Staat mit seinem nationalistischen Herrscher in Moskau und dem der Ukraine, deren nationalistisches Regime in Kiew als Handlanger der westlichen Imperialisten fungiert und faschistische Kräfte einsetzt, um die russischsprachige Bevölkerung im Südosten der Ukraine zu belagern. Wir Trotzlisten rufen zum revolutionären Defätismus auf beiden Seiten in diesem reaktionären nationalistischen Krieg auf, zum internationalistischen proletarischen Kampf gegen beide kapitalistischen Regime und vor allem gegen die US-amerikanischen und europäischen Machthaber, die diesen Flächenbrand ausgelöst haben.“
– „Hinter dem Krieg: USA/ NATO Kriegs-

treiberei gegen Russland, China“ (28. Februar), auf S. 14 dieser Zeitung.

Wir fügten hinzu, dass „selbst wenn die faschistischen und ultranationalistischen ukrainischen Milizen, die die umkämpften Regionalrepubliken des Donbass belagern, militärisch neutralisiert werden können, wird der Krieg das Gewicht der faschistoiden Kräfte im ukrainischen Staat erhöhen.“

Nazifaschistische Schocktruppen für den nationalistischen Krieg

Der unverfrorene Versuch der Imperialisten, die Rolle von Faschisten und sogar regelrechten Nazis in der heutigen Ukraine zu leugnen, ist zutiefst zynisch. Die Tatsache, dass der ukrainische Präsident Selenskyj für diese Ultranationalisten auftritt, wird durch seine jüdische Herkunft nicht negiert. Die Medien setzen den Faschismus ausschließlich mit Hitlers Völkermord am jüdischen Volk gleich. Doch Mussolinis faschistische Bewegung, auf die der Begriff zurückgeht, war nicht von Anfang an besonders antisemitisch, und die Ersten, die in Deutschland in die Konzentrationslager der Nazis geworfen wurden, waren nicht Juden, sondern Kommunisten. Außerdem ist Zelenskyj bei weitem nicht der erste Nationalist jüdischer Herkunft, der mit regelrechten Faschisten zusammenarbeitet. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass „Zionisten, und das geht zurück bis zu Ze'ev Jabotinsky (und David Ben Gurion), in der Vergangenheit mit Nazis und anderen Antisemiten zusammengearbeitet haben, um die jüdische Einwanderung nach Palästina zu fördern“.¹ Vielmehr sind die Faschisten Schocktruppen der nationalistischen kapitalistischen Reaktion, die entfesselt werden, wenn „die ‚normalen‘ polizeilichen und militärischen Mittel der bür-

¹ Siehe „Down with the Imperialist-Backed Fascist/Nationalist Coup in Ukraine!“ [Nieder mit dem vom Imperialismus unterstützten faschistisch-nationalistischen Putsch in der Ukraine!], *The Internationalist* Nr. 37, Mai-Juni 2014. Auch „Zionism, Imperialism and Anti-Semitism“ [Zionismus, Imperialismus und Antisemitismus] und „Zionist Complicity in the Destruction of Hungarian Jewry“ [Zionistische Komplizenschaft bei der Vernichtung des ungarischen Judentums], in *The Internationalist* Nr. 9, Januar-Februar 2001.

Foto: Internationalist



New York, 5. März: Die Internationalist Group ruft dazu auf, „Zerschlagt den Kriegszug der USA/NATO gegen China und Russland“. Außerdem: „Statt nationalistischem Russland-Ukraine-Krieg, für internationalistischen Klassenkrieg gegen den US/NATO-Imperialismus“.



Das Asow-Regiment der ukrainischen Nationalgarde marschiert im Mai 2016, um die Wahlen in der abtrünnigen Region Donbass zu verurteilen. Faschistische Sturmtruppen waren die Speerspitze der Belagerung durch die ukrainische Regierung, bei der 14.000 Menschen getötet wurden.



Tausende demonstrieren am 1. Januar 2015 in Kiew beim jährlichen Aufmarsch zu Ehren des Nazi-Kollaborateurs im II. Weltkrieg, Stepan Bandera. Sie tragen das rot-schwarze Banner seiner OUN und UPA mit dem Porträt von Bandera.

gerlichen Diktatur ... nicht mehr ausreichen“, um die Lage unter Kontrolle zu halten. So analysierte der führende russische Bolschewik Leo Trotzki die Bestie:

„Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verwerfung und Elend gestürzt hat.“

– Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats [1932]

Faschisten sind nicht nur die Vorhut des Antikommunismus und dienen den Bossen als Schlägertrupps, sondern sie sind auch Ultrationalisten, die Revanchismus und Irredentismus (zur Rückgewinnung „verlorener Gebiete“, wie in Italien), Expansionismus (das Streben der Nazis nach Lebensraum oder unverzichtbarem Raum für nationale Größe) anführen oder Bevölkerungsgruppen angreifen, die als „Fremdkörper“ betrachtet werden, die die nationale Reinheit „verschmutzen“. Die ukrainischen Faschisten gehören eindeutig zur letzteren Sorte. Faschismus ist eine Bewegung zur Mobilisierung der Massen für die gewaltsame Unterdrückung der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Unterstützung des kapitalistischen Staates. **Die Gefahr faschistischer Kommandos liegt heute vor allem in ihren Verbindungen zu den offiziellen Repressionskräften, und in der Ukraine sind die Faschisten direkt in wichtige Militär- und Polizeikräfte integriert und führen diese sogar an.**

Raffiniertere Leugner des ukrainischen Faschismus argumentieren, dass die Werchowna Rada (das ukrainische Parlament) derzeit kaum

rechtsextreme oder faschistische Abgeordnete hat. Sie bestehe größtenteils aus Selenskyjs populistischer Partei „Diener des Volkes“, die 2019 in der Hoffnung auf eine Friedensregelung mit den Separatisten in Donezk und Lugansk ins Amt gewählt wurde. Das stimmt in beiderlei Hinsicht. Doch wie wir festgestellt haben, schaltete Selenskyj fast unmittelbar nach dem Amtsantritt des Demokraten Joe Biden als US-Präsident Anfang 2021 einen anderen Gang ein und begann eine antirussische Provokation nach der anderen zu veranstalten. Die Demokraten machten Moskau für die Niederlage Hillary Clintons bei den Präsidentschaftswahlen 2016 gegenüber dem russlandfreundlichen Republikaner Donald Trump verantwortlich und sind eng mit dem ukrainischen Nationalismus verbunden, nachdem sie 2004 und 2014 antirussische Staatsstiche in Kiew inszeniert hatten. Die ukrainischen Machthaber sahen in Bidens Sieg ein grünes Licht für die Eskalation ihrer nationalistischen Kriegspläne.

Obwohl die Faschisten nur über eine geringe parlamentarische Stärke verfügen, haben sie die Politik der Ukraine gegenüber Russland und den Russen fest im Griff. Faschisten sind nicht per se antiparlamentarisch, ganz im Gegensatz zu den Illusionen verschiedener reformistischer Linker, die die Existenz faschistischer Massenparteien wie des französischen Front National (jetzt umbenannt in Nationale Versammlung) und der Freiheitlichen Partei Österreichs leugnen und sie als reine Rechtspopulisten abtun wollen. In Italien in den 1920er Jahren und in Deutschland in den 1930er Jahren kamen die Faschisten tatsächlich mit parlamentarischen Mitteln an die Macht. Aber ihre Stär-

ke basierte auf der Macht faschistischer Trupps wie Mussolinis Schwarzhemden und Hitlers Braunhemden, mittels außerparlamentarischer Gewalt, unterstützt durch den Staat, einzuschüchtern und zu terrorisieren. In der Ukraine wimmelt es heute von paramilitärischen faschistischen Milizen, deren politische Vetomacht ihre Stimmenzahl, die ihre parlamentarischen Frontgruppen gewinnen können, weit übersteigt. Ihr Programm: die „Säuberung“ der ukrainischen Gebiete von den Russen.

Man braucht sich nur zu fragen, was passieren würde, wenn der ukrainische Präsident Selenskyj einer ukrainischen Neutralität, der Unabhängigkeit von Donezk und Lugansk und der Vereinigung der Krim mit Russland zustimmen würde. In einem Gespräch mit der *New York Times* (10. Februar) schwor ein rechtsextremer „Aktivist und Milizionär“ der Gruppe „Demokratische Axt“, dass „wenn irgendjemand von der ukrainischen Regierung versucht, ein solches Dokument zu unterzeichnen“, es einen Gegenschlag auf der Straße geben würde „und diese Regierung wird aufhören, Regierung zu sein“. Dies ist keine leere Drohung. Im Jahr 2015, nach der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen über einen Waffenstillstand und Verfassungsreformen für die Autonomie in Donezk/Lugansk, weigerte sich Dmytro Jarosch, Chef des faschistischen Prawy Sektor (Rechter Sektor), diese umzusetzen und erklärte, sein ukrainisches Freiwilligenkorps werde „bis zur vollständigen Befreiung der ukrainischen Gebiete von den russischen Besatzern“ kämpfen, die dort leben (Euromaidan Press, 14. Februar 2015). Die Blockade dieser Vereinbarungen war der Schlüssel zu Putins Anerkennung der Unabhängigkeit der beiden abtrünnigen Republiken am 21. Februar, als er zu dem Schluss kam, dass die Minsker Vereinbarungen toter Buchstabe geworden sind.

Die Faschisten und Nazis, die diese Vetomacht besitzen, sind buchstäblich Massenmörder. Nachdem 2014 antirussische ukrainische Nationalisten im „Euromaidan“-Putsch² die Macht an sich gerissen hatten, erhob sich im April die multiethnische, russischsprachige Bevölkerung der Kohlebergbauregion Donbass in der Ostukraine mit Waffen und gründete die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Für Mai wurde ein Referendum angekündigt, in dem über die Selbstverwaltung und die Abspaltung von der Ukraine abgestimmt werden sollte. Doch am 2. Mai 2014 stürmten mehr als 1000 Faschisten unter der Führung von Prawy Sektor durch die Straßen der russischsprachigen Stadt Odessa, brannten das Haus der Gewerkschaften nieder und äscherten fast 50 Anti-Maidan-Aktivisten ein, die darin gefangen waren, während die Polizei daneben stand.³ Am 9. Mai griff das neonazistische Asow-Bataillon die russischsprachige Stadt Mariupol an, wo zuvor Tausende an Anti-Maidan-Kundgebungen teilgenommen hatten, zu denen die Kommunistische Partei aufgerufen hatte. Die Nazis sperrten 30 Anhän-

² Die pro-europäische, anti-russische Mobilisierung auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz (Maidan Nezalezhnosti) von 2013/14 wird oft kurz als Maidan (Platz) bezeichnet.

³ Siehe „Down with the Imperialist-Backed Fascist/Nationalist Coup in Ukraine!“ [Nieder mit dem vom Imperialismus unterstützten faschistisch-nationalistischen Putsch in der Ukraine!] und „Fascist Pogrom in Odessa, And the Aftermath“ [Faschistisches Pogrom in Odessa, und die Folgen] in *The Internationalist* Nr. 37.



Die imperialistischen Medien hoben hervor, wie eine 79-jährige Frau für den Kampf gegen die Russen ausgebildet wurde, wobei selten erwähnt wurde, dass die Ausbildung durch das faschistische Asow-Bataillon erfolgte.

ger der Donezker Volksrepublik im Polizeipräsidium ein, von denen 20 getötet wurden, als das Gebäude niedergebrannt wurde.

In der Folge wurden mehr als zwei Dutzend ultranationalistische und nazifaschistische paramilitärische Banden in das ukrainische Militär integriert, wobei das Asow-Bataillon in der Nationalgarde konzentriert ist, während der Prawy Sektor einen Großteil der Territorialen Verteidigungskräfte kontrolliert. In den folgenden acht Jahren der Belagerung der abtrünnigen russischsprachigen Republiken wurden etwa 14.000 Menschen getötet, über 80 % davon durch ukrainische Regierungs- und nationalistische Kräfte. Heute ist die bürgerliche Presse voll mit Berichten über Durchschnittsukrainer – Hundespaziergänger, Friseure, Ärzte usw. – die sich bei den ukrainischen Territorialen Verteidigungskräften melden, um gegen das einmarschierende russische Militär zu kämpfen. Das Video einer 79-jährigen Frau, die im Schießen mit einem Kalaschnikow-Gewehr ausgebildet wurde, ging im Internet um. Doch die „Asow-Oma“ wurde von faschistisch-nazistischen Paramilitärs ausgebildet, wie sogar das US-amerikanische Radio Free Europe zugab:

„Die Ausbildung wurde von einer Einheit der ukrainischen Nationalgarde durchgeführt, die mit dem rechtsextremen Asow-Bataillon verbunden ist, das das FBI 2018 mit neonazistischer Ideologie und rassistischen [white supremacist] Organisationen in Verbindung brachte.“

– „Ukrainische Kinder und Rentner erhalten von einer rechtsextremen Militäreinheit eine Ausbildung an Kriegswaffen“, Radio Free Europe/Radio Liberty, 31. Januar

Jetzt wurde auf Einladung des ukrainischen Präsidenten Selenskyj eine Internationale Legion für die Territoriale Verteidigung der Ukraine gegründet, um Abenteurer, Söldner und Ultrarechte aus der ganzen Welt zusammenzubringen, unter der Kontrolle der gleichen faschistischen ethnischen Säuberer, die jetzt in der westlichen Presse zu heldenhaften Freiheitskämpfern verklärt worden sind.

Die Internationalistische Gruppe und die Liga für die Vierte Internationale haben betont, dass die Gefahr durch faschistische Bewegungen heute vor allem in ihrer Rolle als Hilfskräfte der staatlichen Repressionskräfte liegt. In den USA unterstützen faschistische und faschistoide Gruppen oft die Polizei und arbeiten eng mit ihr zusammen, um antirassistische Demonstranten zu bedrohen. In der Ukraine sind die Faschisten jedoch keine bloßen Hilfstruppen – sie sind eine eigenständige Macht und können sehr leicht gegen jede Entscheidung der ukrainischen Regierung vorgehen, die als versöhnlich gegenüber Russland angesehen wird. Alle Verweise darauf, dass Selenskyj Jude ist, als Beweis dagegen, dass die Ukraine von Faschisten verseucht ist, sind Augenschwermerei – er regiert weiter, weil er das Programm des antirussischen ukrainischen Nationalismus umgesetzt hat, und er hat den imperialistischen Kriegskurs der USA/NATO genutzt, um die Reihen der Faschisten zu stärken.



Dmytro Jarosch, Anführer der neonazistischen Sturmtruppen des „Rechten Sektors“, bei einer Rede auf dem Maidan, 21. Februar 2014. Dieser faschistische Putschistenführer wurde zum stellvertretenden Verteidigungsminister der Ukraine ernannt, gründete das Ukrainische Freiwilligenkorps und ist jetzt Berater des Befehlshabers des ukrainischen Militärs.



Der Faschist Andriy Parubiy (rechts), Gründer der pro-nazistischen SNUP, des Patriot of Ukraine und des Pravy Sektor, wurde Leiter des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats des ukrainischen Post-Maidan-Putschregimes. Hier mit Juri Bereza, Kommandeur des Dnipro-Bataillons im ukrainischen Parlament im Jahr 2015.

Genealogie der ukrainischen faschistisch/nationalistischen Milizen

Die verschiedenen ukrainischen faschistoiden ultranationalistischen Parteien und nazistischen/faschistischen Milizen gehen auf die Explosion des antikommunistischen Nationalismus im Zuge der Konterrevolution zurück, die die Sowjetunion 1991/92 zerstörte. Politisch gesehen „fördern sie ukrainischen ethnischen Nationalismus, sozialen Konservatismus, anti-kommunistische und einwanderungsfeindliche Einstellungen“. ⁴ Sie sind virulent antirussisch und viele von ihnen sind explizit antisemitisch und gehen auf die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) unter der Führung von Stepan Bandera zurück, der im Zweiten Weltkrieg mit den Nazi-Besatzern der Ukraine kollaborierte. Bandera war ein mordlüsterner Antisemit, der die Juden als die wichtigsten Unterstützer des Bolschewismus bezeichnete. Seine OUN-B ⁵ führte Massenhinrichtungen von nicht weniger als 100.000 Polen durch. Sie organisierte auch Pogrome, bei denen im Juli 1941 in Lwiv Tausende von Juden durch Ukrainer ermordet wurden. Die Pogrome begannen an dem Tag, an dem die OUN-B die ukrainische Unabhängigkeit proklamierte, ⁶ als deutsche Truppen in die Stadt einrückten. Und sie trieb Juden für die Massenhinrichtungen durch die Nazis zusammen.

Im Jahr 1990 wurde in Lwiv, dem Epizentrum des ukrainischen Nationalismus, die

⁴ Anton Shekhovtsov, „From Para-Militarism to Radical Right-Wing Populism: The Rise of the Ukrainian Far-Right Party Svoboda“ in *Right-Wing Populism in Europe: Politics and Discourse* (2013).

⁵ 1940 spaltete sich die OUN in zwei Gruppen: die OUN-B, die Bandera folgte, und die OUN-M, die Atanasovych Melnyk folgte. Letztere orientierte sich an Mussolinis Faschisten (Melnyk lebte zu dieser Zeit in Italien), während die Anhänger Banderas die Nazis bevorzugten. Der Enkel von Melnyk ist heute ukrainischer Botschafter in Deutschland. Sowohl die OUN-B als auch die OUN-M arbeiteten mit dem deutschen Geheimdienst zusammen und wurden von ihm finanziert, während zwei Bataillone von OUN-Anhängern unter deutschem Kommando und in Wehrmatsuniform sich an dem Angriff auf die Sowjet-Ukraine beteiligten.

⁶ Die Proklamation erklärte: „Der neu gebildete ukrainische Staat wird eng mit dem nationalsozialistischen Großdeutschland unter der Leitung seines Führers Adolf Hitler zusammenarbeiten, das eine neue Ordnung in Europa und in der Welt schafft und dem ukrainischen Volk hilft, sich von der moskowitzischen Besatzung zu befreien.“

Ukrainische Nationalversammlung (UNA) gegründet. Ihr erster Vorsitzender war der Sohn von Roman Schuchewytsch, einem Kommandeur eines Hilfspolizeibataillons der Nazis während der deutschen Besatzung der Ukraine im Zweiten Weltkrieg und ein Führer der UPA von Bandera. 1991 wurde in Lwiv die Sozial-Nationale Partei (SNPU) gegründet. Ihr Name war eine direkte Anspielung auf Hitlers Nationalsozialistische Partei (Nazis), und die SNPU übernahm als Symbol die *Wolfsangel*, der hakenkreuzähnliche „Wolfshaken“, die von der SS-Division Das Reich im Zweiten Weltkrieg verwendet wurde, die in der Ostukraine kämpfte. 1992 wurde der **Kongress der Ukrainischen Nationalisten** (KUN) von emigrierten Veteranen der OUN-B gegründet. (Nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützte die CIA verdeckt die Überreste von Banderas Truppe.) Wenn also Kanadas stellvertretende Premierministerin Chrystia Freeland an einer Pro-Ukraine-Kundgebung teilnimmt und dabei ein rot-schwarzes Banner (Banderas Flagge) mit dem Slogan „Ruhm der Ukraine“ (Banderas Slogan) hochhält, dann ist es dieses *Nazi-Erbe*, das sie willkommen heißt.

Die späteren *banderovtsy* (Bandera-artigen) ukrainischen Ultranationalisten bildeten alle nazifaschistische Aktionstruppen. Aus der UNA ging schon früh die **Ukrainische Volksselbstverteidigung** (UNSO) hervor, während die KUN den **Tryzub** (Dreizack) gründete, der ab 2005 von Dmytro Jarosch geführt wurde. Im Jahr 2004 benannte sich die SNPU in **Svoboda** (Freiheit) um, um eine populistischere Haltung einzunehmen, behielt aber das Symbol der Nazi-*Wolfsangel* bei. 2005 gründete Andriy Biletsky, einer der beiden Gründer der SNPU, zusammen mit Andriy Parubiy **Patriot of Ukraine** als paramilitärische Jugendgruppe von Svoboda, eine antijüdische und antimuslimische Neonazigruppe, die sich darauf spezialisierte, Kommunisten zusammenzuschlagen. Später trennte sich Svoboda von Patriot und gründete 2010 eine neue Jugendgruppe, **S14** oder **Sich**, die ebenfalls pro-nazistisch, aber allgemeiner weiß-rassistisch war. ⁷ Bei den „Euromaidan“-Protesten 2013-14 schlossen sich Patriot der Ukraine, S14, die UNA-UNSO, der Weiße Hammer und Tryzub zu Pravy Sektor (Rechter Sektor) zusammen, der als „Security“-Schläger fungierte, während der andere Gründer der faschistischen SNPU-Svoboda, Oleh Tyahnybok, der füh-

⁷ Die Sich waren militärische Zentren der ukrainischen Kosakenverbände, während sich die „14“ auf die Parole der „Vierzehn Worte“ („We must secure the existence of our people and a future for white children“ (Wir müssen die Existenz unseres Volkes und eine Zukunft für die weißen Kinder sichern) des Gründers der US-amerikanischen Nazi-Terrorgruppe The Order beziehen soll.



Andriy Biletsky (Mitte), Gründer des Asow-Bataillons, mit dem Nazi-Symbol der *Wolfsangel*, zeigt den faschistischen Gruß. Laut Biletsky sei es das Ziel der ukrainischen Nation, die weißen Völker der Welt in den letzten Kreuzzug zu führen.

rende Sprecher des Maidan wurde. ⁸

Der Wendepunkt der Ereignisse auf dem Maidan war ein Massaker am 20. Februar 2014, bei dem 48 Demonstranten und drei Polizisten ermordet wurden. Der dadurch ausgelöste Aufruhr führte zur Machtergreifung in einem Staatsstreich durch rechte ukrainische Nationalisten und zur Flucht des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch einen Tag später. Das Regime nach dem Putsch, die US-Regierung (die die Maidan-Proteste mit 5 Millionen Dollar unterstützte) und die imperialistischen Medien machten im Gleichschritt die Regierung Janukowitsch und ihre Aufstandspolizei Berkut für das Massaker verantwortlich. Dies ist eine glatte Lüge. Ausführliche Untersuchungen eines kanadischen Akademikers ukrainischer Herkunft, der sich zu dieser Zeit in Kiew aufhielt, sowie Beweise aus zahlreichen Fernsehberichten und Videoaufnahmen sowie Aussagen überlebender Opfer zeigen eindeutig, dass *der Großteil der tödlichen Schüsse von Gebäuden ausging, die von Protestierenden des Maidan kontrolliert wurden*. ⁹ Der Anführer der Schlägertrupps der Maidan-*Sotnia* (Hundertschaften) war Andriy Parubiy, Gründer der pro-nazistischen SNUP, Patriot der Ukraine und Pravy Sektor.

Ukraines faschistisch verseuchter Militär-/Repressionsapparat

Derselbe Faschist Parubiy wurde dann nach dem Putsch zum Sekretär (Leiter) des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates ernannt, dem die „Machtministerien“ und die Befehlshaber aller Militär- und Polizeikräfte der Ukraine angehörten. In dieser Gestalt überwachte er die Entsendung der ultranationalistischen Paramilitärs vom Maidan im Rahmen einer sogenannten „Anti-Terror-Operation“ (ATO) zur Bekämpfung des Aufstands in den russischsprachigen *Oblasten* (Bezirken) in der Ostukraine im April-Juni 2014. Dies geschah ausdrücklich, weil die Armee als unzuverlässig für die Unterdrückung der Bevölkerung angesehen wurde. Von Anfang an versuchten diese Sturmtruppen, in den von ihnen besetzten Gebieten, Linke und allgemein die russischsprachige Bevölkerung zu terrorisieren. Zu den verschiedenen Milizen gehörten das Donbass-Bataillon, das Dnipro-Regiment, das Asow-Bataillon, die Aidar- und Sich-Bataillone sowie zwei Dutzend kleinere Einheiten.

⁸ Für eine Analyse der Rolle faschistischer und faschistoider Ultranationalisten bei der Führung der Maidan-Proteste siehe den Abschnitt über „Fascists and Ukrainian Nationalists Lead Kiev Mobilization“, in „Down with the Imperialist-Backed Fascist/Nationalist Coup in Ukraine!“ *The Internationalist* Nr. 37.

⁹ Siehe „Question Answered: Who Was Behind the 2014 Maidan Massacre?“ [Frage beantwortet: Wer steckte hinter dem Massaker auf dem Maidan 2014?] in *The Internationalist* Nr. 66, Januar-April 2022.

ten. Diese „Freiwilligenkräfte“ wurden bald mit schweren Waffen ausgerüstet und erhielten das Dreifache der Gehälter von regulären (Vertrags-)Soldaten. Diese nazifaschistischen Söldnertruppen umfassten anfangs etwa 7.000 Mann.

Kurz darauf wurden sie in den Repressionsapparat der Ukraine integriert. Die größte paramilitärische Einheit war das Asow-Bataillon. Sein erster Kommandeur war ein Bündnispartner von Andriy Parubiy von der SNUP, Patriot der Ukraine und Pravy Sektor, Andriy Biletsky. Im September 2014 wurde das Bataillon in ein Regiment umgewandelt und ebenso wie das Donbass-Bataillon in die Nationalgarde eingegliedert. Das Dnipro-Bataillon, das Sich-Bataillon und andere kleinere Einheiten wurden zu Sondereinsatzeinheiten der Polizei. Der Leiter der ukrainischen Präsidialverwaltung im Post-Putsch-Regime war Serhiy Pashynskyi, der im Februar 2014 zusammen mit Volodymyr Parasyuk, einem der paramilitärischen Kommandeure des Maidan, Berichten zufolge Säcke mit Scharfschützengewehren vom Platz ins Hotel Ukraine brachte, wo er ehemalige georgische Armeeeoffiziere anwies, auf Demonstranten und Polizisten gleichermaßen zu schießen (und sich selbst an der Schießerei beteiligte). ¹⁰ Parasyuk, der als Mitglied der KUN begann, wurde später Teil des Dnipro-Bataillons unter dem Kommando von Juri Bereza, der ebenfalls der KUN angehörte, während Pashynskyi Leiter des Präsidialbüros des Post-Putsch-Regimes wurde.

Obwohl totgeschwiegen – und offen ge-leugnet – *die faschistische Verseuchung des ukrainischen Staatsapparats ist eine Tatsache...* und es wird seit Jahren ausführlich darüber berichtet. Ein detaillierter und gut fundierter Leitfaden findet sich in dem Artikel von Lev Golinkin, „Neo-Nazis und die extreme Rechte sind in der Ukraine auf dem Vormarsch“, in *The Nation* (22. Februar 2019). Golinkin merkt an:

„Was der ukrainischen extremen Rechten an Umfragewerten fehlt, macht sie mit Dingen wett, von denen Marine Le Pen [Führerin der faschistischen Nationalen Sammlung in Frankreich] nur träumen kann – paramilitärische Einheiten und ungehindertes Walten auf den Straßen.“

„Die Post-Maidan-Ukraine ist die einzige Nation der Welt, die eine Neonazi-Formation in ihren Streitkräften hat.“

Golinkin zitiert Asow-Gründer (und nachfolgend Mitglied des ukrainischen Parlaments) Andriy Biletsky, der schreibt, dass die Mission der Ukraine darin besteht, „die weißen Rassen der Welt in einem letzten Kreuzzug... gegen die von Semiten geführten *Untermenschen* zu führen“. Das vollständige Zitat aus dem Programm, das er für Patrioten der Ukraine geschrieben hat, ist sogar noch abscheulicher:

„Die Heilung unseres nationalen Körpers sollte mit der rassischen Säuberung der Nation beginnen... Und dann kann ein rassisch gesunder Körper in einen gesunden Nationalgeist umschlagen, ebenso wie die Kultur, die Sprache und alles andere, das damit einhergeht. Abgesehen von der Frage der Reinheit müssen wir auch auf den vollen Wert einer Rasse achten. Die Ukrainer sind ein Teil (und zwar einer der größten und qualitativ besten) der europäischen weißen Rasse. [Von] der Rassen-Schöpfer einer großen Zivilisation [mit] den höchsten menschlichen Errungenschaften. Die historische Mission unserer Nation in diesem entscheidenden Jahrhundert besteht darin, die Weißen Völker der Welt in den letzten Kreuzzug um ihre Existenz zu führen. Ein Kreuzzug gegen das von den Semiten angeführte Untermenschentum.“

– zitiert in Andreas Umland, „Irregular Militias and Radical Nationalism in Post-Euromaidan Ukraine: The Prehistory and Emergence of the ‚Azov‘ Battalion in 2014“, in *Terrorism and Political Violence*, Vol. 31:1 (2019)

¹⁰ „Schießt auf alle auf dem Maidan“ (in Russisch), RIA-Novosti, 14. Februar 2018.

Biletsky bezieht dieses rassistische Programm direkt auf russischsprachige Menschen in der Ostukraine. In einem Artikel mit dem Titel „Language and Race: the Prime Question“ (Sprache und Rasse: die primäre Frage), schrieb der künftige Anführer der Asow-Brigaden, dass „der ukrainische Sozialnationalismus die ukrainische Nation als eine Blut-Rasse Gemeinschaft betrachtet“:

„Wenn wir über den russischsprachigen Osten der Ukraine sprechen ... müssen wir zuerst ihr Rassebewusstsein wecken, danach werden sie automatisch zu Sprachnationalisten. Die Frage der totalen Ukrainisierung im zukünftigen sozial-nationalistischen Staat wird innerhalb von 3-6 Monaten mit Hilfe einer harten und ausgewogenen staatlichen Politik gelöst werden.“

– zitiert von Vyacheslav Likhachev, Leiter der Gruppe zur Überwachung der Nationalen Minderheitenrechte in der Ukraine, in „Was WIR an DENEN nicht mögen-I: Andrey Biletsky“ (auf Russisch), *Этнографическое Обзорzenie* (Ethnographische Rundschau), 5. November 2014

Kurz vor Biletskys Wahl ins ukrainische Parlament wurde er gefragt, ob sich seine Ansichten geändert hätten. Er antwortete: „Alles, was Asow in seiner Seele hat, stammt aus seiner rechten Ideologie, aus dem Erbe der Patrioten der Ukraine.“

Das ist der rassistische Dreck, den die Faschisten ausspucken, die unter dem Symbol des Nazi-„Wolfshakens“ seit acht Jahren gegen die russischsprachige Bevölkerung im Donbass kämpfen und die Stadt Mariupol als Geisel halten. Asow mag die ideologischste der ultranationalistischen Milizen sein, aber sie alle sind kriminelle Unternehmungen. Ein Briefing von Amnesty International aus dem Jahr 2014 berichtet: „Mitglieder des Bataillons Aidar zur territorialen Verteidigung, das in der nördlichen Region Lugansk operiert, waren in weit verbreitete Misshandlungen verwickelt, darunter Entführungen, unrechtmäßige Festnahmen, Misshandlungen, Diebstahl, Erpressung und möglicherweise Hinrichtungen.“ Im selben Jahr berichtete Amnesty International, dass Aidar und das Dnipro-1-Bataillon die Nahrungsmittelhilfe für die Zivilbevölkerung in Donezk und Lugansk blockierten. In einem Bericht von Human Rights Watch aus dem Jahr 2016 wird detailliert beschrieben, wie Asow und andere Paramilitärs Zivilisten im Donbass festnahmen und folterten und sie zusammen mit der SBU (ukrainische Geheimpolizei) in Isolationshaft hielten, um sie für einen Gefangenenaustausch zu verwenden.

Die ukrainische Bourgeoisie fördert die Faschisten

Während sich das Asow-Regiment dafür entschied, sich in die Struktur der Ukrainischen Bewaffneten Streitkräfte (AFU) einzugliedern und im Gegenzug eine gewisse

Autonomie des Kommandos zu erhalten, gerieten einige kleinere Milizen in Konflikt mit dem Verteidigungs- und Innenministerium. Anfang 2015 wurde eine „OUN“-Brigade in der Oblast Lugansk von der AFU entwapnet, während 2016 das Donbass-Bataillon (das sich an der Blockade von Lebensmittellieferungen nach Donezk beteiligt hatte) demobilisiert wurde. Ebenfalls 2015 wurde das Ukrainische Freiwilligenkorps (DUK) des Prawyj Sektor unter der Leitung von Dmytro Jarosch aufgefordert, sich der militärischen Befehlskette zu unterwerfen oder das Gebiet Mariupol zu verlassen, was es ablehnte; später im selben Jahr war das DUK in eine Schießerei mit der örtlichen Polizei in der Westukraine verwickelt. Nach diesen Zusammenstößen trennte sich Jarosch vom Prawyj Sektor und gründete eine Ukrainische Freiwilligenarmee (UDA) und seine eigene politische Partei. Ende letzten Jahres gab Jarosch bekannt, dass er zum Berater des Oberbefehlshabers der AFU ernannt wurde, um die UDA auf einen Krieg mit Russland vorzubereiten. Doch Prawyj Sektor ist immer noch in Mariupol aktiv, wo sowohl er als auch die Asow-Kräfte im vergangenen Monat auf Einwohner schossen, die die belagerte Stadt verlassen wollten.

Die „Asow-Bewegung“ ist inzwischen viel breiter aufgestellt als das Regiment, ihr militärischer Arm. Sie hat einen politischen Flügel, die Partei Nationaler Korpus, eine paramilitärische Straßenpatrouille, die Nationale Miliz, und sie führt einen Veteranenverband. Insgesamt wird die Zahl der Asow-Anhänger auf rund 20.000 geschätzt, und sie verbreiten aktiv faschistischen Terror. Im Jahr 2018 stürmten Mitglieder der Nationalen Miliz mit Sturmhauben die Haushaltssitzung im Rathaus von Tscherkassy und hielten sie als Geisel fest, bis der Haushalt verabschiedet war. Vier Monate später brannte Asows Nationale Miliz mit stillschweigender Unterstützung der Polizei ein Roma¹¹-Lager in Kiew nieder. Im selben Jahr griff eine andere faschistische Gruppe, die Jugendgruppe S14 von Svoboda, ebenfalls ein Roma-Lager in Kiew und eine Demonstration zum Gedenken an die Ermordung eines antifaschistischen Aktivisten und eines Menschenrechtsanwalts an. Das Ergebnis? S14 erhielt vom Ministerium für Jugend und Sport Mittel für die Organisation von Projekten zur „national-patriotischen Erziehung“ (NPE) in einem Kinderlager und durfte eine Bürgerwehr gründen, um auf Kiews Straßen zu patrouillieren.

¹¹ Die Romani oder Roma sind ein traditionell nomadisch lebendes Volk, das im Englischen häufig mit dem abwertenden Begriff Gypsy bezeichnet wird und über 6 Millionen Menschen in Ost- und Westeuropa zählt. Die Roma waren Opfer des Völkermords in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern während des Zweiten Weltkriegs und werden heute fast überall auf dem Kontinent zum Sündenbock gemacht und sind Opfer brutaler staatlicher Repressionen und Angriffe rassistischer/faschistischer Gruppen.

Asow führt auch staatlich finanzierte NPE-Programme in paramilitärischen Jugendlagern durch, in denen sie T-Shirts mit dem Nazi-Wolfsangel-Symbol tragen, faschistische Grüße praktizieren und eine Waffenausbildung erhalten, um sich für den Kampf gegen die Russen vorzubereiten. Asow hat von Anfang an eng mit dem kapitalistischen Staat und bürgerlichen Förderern zusammengearbeitet. Insbesondere der Asow-Führer Biletsky wurde von Arsen Awakow gefördert, und zwar schon in der Zeit vor dem Maidan, als dieser Bürgermeister von Charkow war und die Trupps der Patrioten der Ukraine als mafiähnliche Vollstrecker für lokale Unternehmen fungierten; und später, als Awakow von 2014 bis 2021 Innenminister der Ukraine war. Michael Colborne schildert in seinem Buch, *From the Fires of War: Ukraine's Azov Movement and the Global Far Right* (ibidem, 2022), detailliert über „Anschuldigungen über zwielichtiges und geradezu kriminelles Verhalten – einschließlich angeblicher Morde –, die wie eine dicke Rauchwolke Asow von seinen Anfängen an umhüllt haben.“¹² Biletsky und der künftige Kommandeur des Asow-Regiments, Ihor Mykhailenko, wurden 2011 wegen versuchten Mordes verhaftet, und hochrangige Asow-Mitglieder wurden mit einer Reihe von Morden in Verbindung gebracht, einschließlich Morden an ehemaligen Verbündeten.

Colborne stellt fest, dass Asow-Sprecher auf Instagram Fotos von sich selbst gepostet haben, auf denen sie auf einem Neonazi-Konzert den Hitlergruß zeigen und erklären, dass „die Beteiligung von Juden an unserer nationalistischen politischen Sphäre unserem Ruf geschadet hat“, sowie ähnliche antisemitische Äußerungen. Er weist darauf hin, dass Asow nicht nur die *Wolfsangel*, sondern auch die „schwarze Sonne“ verwendet, ein Symbol, das speziell für den Nazi-SS-Führer Heinrich Himmler entworfen wurde. Asow dient auch als Dachorganisation, die offen nazifaschistischen Gruppierungen wie der Wotan-Jugend und Nordstrom eine Heimat bietet, deren Mitglieder im Nationalen Korpus und in Centuria, wie sich die umbenannte Nationale Miliz jetzt nennt, aktiv sind. Asow und Centuria sind auch in der internationalen faschistischen Szene aktiv.

¹² Colborne ist kein Linker und arbeitet für die Website Bellingcat zur Untersuchung von Waffen, die eng mit dem britischen und dem NATO-Militär verbunden ist und sich darauf spezialisiert hat, falsche Anschuldigungen gegen russische und mit Russland verbundene Streitkräfte von Syrien bis zur Ukraine in betrügerischer Weise zu „bestätigen“.



Asows faschistische Nationale Miliz griff ein Roma-Lager in Kiew mit Vorschlaghämmern und Äxten an, 7. Juni 2018.

tiv gewesen und arbeiteten eng mit den Nazis des III. Weg in Deutschland zusammen, während Mitglieder der neonazistischen Terrorgruppe Atomwaffen Division mit Asow in der Ukraine trainiert haben. Unter dem Dach von Asow operiert auch eine halbkländestine nazistische „Misanthropische Abteilung“.

Colborne bestätigt ausführlich, dass Asow in der Tat faschistisch, terroristisch und kriminell ist, und entlarvt diejenigen, die sie als harmlos hinstellen wollen, aber sein bemerkenswertester Punkt ist, dass es von Anfang an von mächtigen bürgerlichen Kräften gefördert worden ist. Das trifft auf alle ultranationalistischen Milizen zu. Die Asow-, Dnipro- und Donbass-Bataillone wurden ursprünglich von dem israelisch-ukrainischen Oligarchen Ihor Kolomoyskyi (Gründer der Privat-Bankengruppe) finanziert, der 2014-15 Gouverneur der Oblast Dnipropetrowsk war und angeblich rund 10 Millionen Dollar für die Finanzierung der faschistischen Trupps ausgegeben hat. Und während die ukrainischen Ultranationalisten als kleine Sekten begannen, war ihre Ausbreitung darauf zurückzuführen, dass die pro-europäischen ukrainischen Regierungen von Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko nach der sogenannten „Orangen Revolution“ von 2004 das Erbe des Nazi-Kollaborateurs Bandera annahmen. (2010 erklärte Juschtschenko Bandera offiziell zum „Held der Ukraine“.) Was die „Euromaidan“-Proteste von 2014 betrifft, so bemerkte Colborne kürzlich in einem Interview: „Die traurige Realität ist, dass die Gesellschaft des Mainstreams und die extreme Rechte sich einander auf dem Maidan brauchten.“¹³

US/NATO-Imperialisten fördern ukrainische Faschisten

Nicht nur die ukrainische Bourgeoisie braucht und finanziert die Asow-Bewegung und den Rest der ultranationalistischen Nazi-Trupps und -Milizen, auch die US- und NATO-Imperialisten sind tief mit diesen faschistischen Killern verbunden, als Teil

¹³ „Azov owes its very existence to war“, *Bell Tower*, 23. Februar.2022.



Das Asow-Regiment erhält Regierungsaufträge für Lager, in denen ukrainische Jugendliche mit antirussischer, weiß-rassistischer und faschistischer Politik indoktriniert werden, zusammen mit militärischer Ausbildung.



Der republikanische US-Senator John McCain (Mitte) und der demokratische Senator Chris Murphy auf der Bühne des Kiewer Maidan zusammen mit Oleh Tyahnibok, dem Führer der faschistischen Svoboda-Partei, 15. Dezember 2013. Der Antisemit Tyahnibok wettete gegen die „moskowitzisch-jüdische Mafia“.

Sergei Supinsky / AFP

Dmitry Lovelsky / AP

Centuria / Telegram



Kadetten der Nationalen Militärakademie der Ukraine, die Centuria unterstützen, posieren anlässlich des fünften Jahrestages des Asow-Bataillons mit ihrem Banner, auf dem die nationalsozialistische Wolfsangel und das von den nordischen Faschisten verwendete Sonnenkreuz abgebildet sind.

eines unerbittlichen Treibens zum Krieg gegen Russland und China. Es waren die Vereinigten Staaten (unter dem Republikaner George Bush II), die 2004 darauf drängten, den prorussischen Premier Janukowitsch zu stürzen, und es waren die USA (unter dem Demokraten Barack Obama), die ein Jahrzehnt später darauf drängten, Janukowitsch erneut zu stürzen, wobei sie in beiden Fällen die Dienste der *banderovtsy* faschistischen Nationalisten in Anspruch nahmen, um antirussischen Eifer aufzupeitschen. Im Jahr 2014 verteilte die Spitzenbeamtin des Außenministeriums, Victoria Nuland, Kuchen und traf sich mit den Nazis von Pravy Sektor auf dem Maidan, während der republikanische Senator John McCain und der demokratische Senator Chris Murphy gemeinsam mit dem Antisemiten Oleh Tyahnybok, dem Vorsitzenden der faschistischen Svoboda-Partei, von der Bühne aus sprachen.

Die US- und NATO-Imperialisten stecken seit Jahren halbtief in der Finanzierung und Ausbildung der faschistischen Kader der Ukraine. Die Nationale Militärakademie (NAA) in Lviv, die das Offizierskorps der AFU ausbildet, ist seit 2018 das Hauptquartier einer nicht so geheimen Offiziersgesellschaft namens Centuria. Laut einem Bericht des Instituts für Europäische, Russische und Eurasische Studien (IERES) an der George-Washington-Universität beschreibt Centuria sich selbst als an vorderster Front stehend bei der „Umgestaltung des Militärs des Landes entlang rechtsideologischer Gesichtspunkte und der Verteidigung der ‚kulturellen und ethnischen Identität‘ der europäischen Völker gegen ‚Brüssels Politiker und Bürokraten‘.“ Centuria sind nicht einfach nur rechtsextreme westliche Chauvinisten, sondern eifernde Rassisten und Faschisten,

und sie haben als ihr Banner das „Sonnenrad“ gewählt, das die Nazis für ein nordisches Sonnensymbol hielten. Es ist das Emblem der norwegischen und dänischen Nazis sowie der Asowschen Nationalen Miliz, die jetzt ebenfalls Centuria heißt. In dem Bericht heißt es:

„Die Gruppe, die von Personen mit Verbindungen zur international aktiven rechts-extremen Asow-Bewegung der Ukraine angeführt wird, hat zahlreiche Mitglieder angezogen, darunter aktuelle und ehemalige Offiziersanwärter der NAA, die jetzt in den Streitkräften der Ukraine dienen. Offensichtliche Mitglieder sind auf Fotos zu sehen, auf denen sie den Nazigruß zeigen und scheinbar extremistische Äußerungen im Internet machen.“¹⁴

Der Bericht dokumentiert die engen Verbindungen von Centuria zur Asow-Bewegung: Centuria hält Vorlesungen für Asow-Soldaten in der Nationalgarde, wirbt für Asow-Veranstaltungen und zählt Asow-Mitglieder in seinen Führungsriegen. Viele Centuria-Mitglieder haben nach ihrem Abschluss an der NAA AFU-Einheiten geleitet. Außerdem beherbergte die NAA ab 2021 „ständige Berater aus Deutschland, Kanada und Dänemark sowie Experten des NATO-Programms zur Förderung der Verteidigungsausbildung“. Im IERES-Bericht heißt es, dass sich Centuria damit brüstet, dass „Mitglieder an gemeinsamen Militärübungen mit Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Kanada, den USA, Deutschland und Polen teilgenommen haben“. Und er stellt fest, dass ein Oberstleutnant der deutschen Bundeswehr „derzeit als militärischer Berater für die NAA tätig ist“. So wie Wehr-¹⁴ IERES-GWU, *Far-Right Group Made Its Home in Ukraine's Major Western Military Training Hub* (September 2021).

Twitter



Die NATO bewaffnet und bildet ukrainische Faschisten aus. Hier erhält das Asow-Regiment britische NLAW-Panzerabwehrwaffen und Ausbildung. In der Vergangenheit hat der US-Kongress Waffenlieferungen an Asow verboten, heute nicht mehr.

machts- und SS-Offiziere während der Nazi-Besetzung der Ukraine Kollaborateure der OUN für den Kampf gegen die Sowjetunion ausbildeten, bilden die „demokratischen“ deutschen Imperialisten heute faschistische Asow-Offiziere für den Krieg gegen Russland aus.

Die Akademie ist mit dem Internationalen Zentrum für Friedenssicherung und Sicherheit in der Nähe von Lviv verbunden, wo NATO-Offiziere in den letzten Jahren ukrainische Streitkräfte ausgebildet haben und wo in den letzten Monaten ukrainische Offiziere internationale Freiwillige ausgebildet haben, die in die Ukraine strömten. Dies ist die Militärbasis, die am 13. März von russischen Raketen getroffen wurde, wobei fast 200 dieser Rekruten, die sich der „Odin-Einheit“ der faschistisch geführten Territorialen Verteidigungskräfte anschließen wollten, erfolgreich ausgeschaltet wurden. (Der nordische Gott Odin ist ein beliebter symbolischer Bezugspunkt für nordische Faschisten, darunter zum Beispiel die „Soldaten von Odin“, eine einwanderungsfeindliche Neonazi-Gruppe, gegründet in Finnland während der Einwanderungswelle aus dem Nahen Osten 2015/16. Sie ist mit der Nordischen Widerstandsbewegung verbunden, zu der Asow Beziehungen unterhalten hat.)

Heute berichten die Mainstream-Nachrichtenmedien wohlwollend über solche Organisationen wie das Asow-Regiment und die Odin-Einheit, ohne auf deren faschistischen Charakter und Verbindungen hinzuweisen, und stellen sie als mutige ukrainische Patrioten dar. Die *New York Times* tut dies seit Jahren in einem solchen Ausmaß, dass es sich um eine bewusste Vertuschung handeln muss, die die Zeitung zu einem tatsächlichen Apologeten des Faschismus approbiert. Doch während 2018 liberale Demokraten und konservative Republikaner im Kongress aus Sorge um die Außenwirkung von Waffenlieferungen an eine offen faschistische Organisation die Verwendung von US-Haushaltsmitteln „für die Bereitstellung von Waffen, Ausbildung oder sonstiger Unterstützung für das Asow-Bataillon“ formell verboten, wurde dies nie wirklich durchgesetzt. Jetzt, im Jahr 2022, enthält das Gesetz, das 500 Millionen Dollar für Waffenkäufe an die Ukraine bereitstellen soll, kein solches Verbot. So wie die CIA die OUN während des antisowjetischen Kalten Krieges angeworben hat, um den Krieg mit Russland zu befördern, ist jetzt die Rehabilitierung des Nazismus im Gange.

„Ukrainisierung“ mit vorgehaltener Waffe

Viele Analysten haben geschrieben, dass es anderswo in Osteuropa faschistische Gruppen gibt, die der Asow-Bewegung und dem Pravy Sektor ähneln. Die konterrevolutionäre Zerstörung der UdSSR und der Arbeiterstaaten des ehemaligen Sowjetblocks ging überall mit dem Aufstieg faschistischer Gruppen ein-

her. Es gibt jedoch einen Unterschied, denn in der Ukraine sind diese Nazikräfte direkt in den Staatsapparat integriert und werden von höchster Ebene unterstützt. Ein Hauptgrund für diesen Unterschied ist, dass die Nationen anderswo weitgehend konsolidiert sind. In multinationalen Ländern, die zur Wiederherstellung des Kapitalismus entlang nationaler Grenzen auseinandergerissen wurden, wie z. B. im ehemaligen Jugoslawien, waren die Konflikte besonders blutig und das Wachstum faschistischer paramilitärischer Gruppen besonders ausgeprägt. Die Ukraine ist jedoch weit davon entfernt, als Nation konsolidiert zu sein, und umfasst große Gebiete im Osten und Süden, die ethnisch und sprachlich unterschieden sind, sowie die Krim, die historisch zu Russland gehörte. **Die besondere Rolle der faschistischen Ultranationalisten in der Ukraine besteht daher darin, als Stoßtruppen die Ukrainisierung mit Waffengewalt in Regionen durchzusetzen, in denen sich ein Großteil der Bevölkerung nicht als ukrainisch versteht.**

Worauf dies letztlich hindeutet, ist Völkermord an der russischen Bevölkerung im Donbass. Dies wurde offen befürwortet, als der Aufstand im Osten im März 2014 ausbrach. Ein Journalist von *Ukrainskyi Tyzhden* (Ukrainische Woche), Bogdan Boutkevitch, erklärte in einem Internet-TV-Interview (29. April 2014):

„Der Donbass ist im Allgemeinen nicht nur eine Region, die sich in einem sehr schlechten Zustand befindet. Er hat eine ganze Reihe von Problemen, von denen das größte darin besteht, dass er stark überbevölkert ist mit Menschen, für die niemand eine Verwendung hat.... Nehmen wir zum Beispiel nur die Oblast Donezk mit seinen rund 4 Millionen Einwohnern, von denen mindestens 1,5 Millionen überflüssig sind. Wir müssen nicht den Donbass ‚verstehen‘, wir müssen die nationalen Interessen der Ukraine verstehen. Der Donbass muss als Ressource ausgebeutet werden, was er auch ist.... Das Wichtigste, was getan werden muss, ist, so grausam es auch klingen mag, dass es eine bestimmte Kategorie von Menschen gibt, die ausgerottet werden muss.“

Das digitale Medienunternehmen Hromadske.tv, das diesen widerwärtigen Aufruf zum Massenmord ausstrahlte, ist eine Nichtregierungsorganisation (NGO), die 2013 mit Mitteln der niederländischen Botschaft, der US-Botschaft, der International Renaissance Foundation von George Soros und später (2014) von der kanadischen Regierung errichtet wurde. Der Historiker Alexander Dyukov, Koordinator der Informationsgruppe für Verbrechen gegen die Person, prangernde diese Abscheulichkeit an, sagte aber auch, dass solche Ansichten weithin akzeptiert würden:

„Ich erinnere mich, wie während des Maidan Vertreter der ukrainischen Intelligenz einen Brief verteilten, in dem es hieß, die Bewohner der Südostukraine seien eine



Killer-Elite: Asow-Regiment der Nationalgarde der Ukraine in Mariupol, Juni 2017. Diese Sturmtruppen nahmen die russischsprachige Stadt im Juni 2014 ein, verübten ein Massaker einen Tag bevor die Bevölkerung für Selbstverwaltung und Trennung von der Ukraine stimmte. Die faschistischen Kräfte, die den Donbass belagern, müssen ausgerottet und permanent gestoppt, ihr nationalistischen Programm der ethnischen Säuberung durch internationalistische Arbeiteraktionen zerschlagen werden.

Eygeny Sosnovsky / Shutterstock

unterentwickelte, niedere Sorte von Menschen, und für sie müsse eine Art Ghetto gebaut werden, in dem sie nach ihren Gewohnheiten leben würden.“

– „There Is No Intolerance for Nazism in Ukraine“ (Es gibt keine Intoleranz für Nazismus in der Ukraine), IGCP Ukraine, 4. August 2014

Die Frage der russischsprachigen Bevölkerung spitzte sich über die Sprachenpolitik zu, da die Ultrationalisten darauf bestanden, die Verwendung des Ukrainischen durchzusetzen, obwohl Russisch die Sprache des Bildungswesens, des Handels und fast aller anderen Bereiche des öffentlichen Lebens war. In der Sowjetunion gab es gemäß der nationalen Politik der Bolschewiki unter Lenin keine Amtssprache, obwohl Russisch angesichts des Gewichts der russischsprachigen Bevölkerung zwangsläufig die *Verkehrssprache* der multinationalen UdSSR war. In den ersten Jahren der Sowjetherrschaft wurde bewusst die Verwendung des Ukrainischen als Teil der Politik der *korenizatsiya*, der „Verwurzelung“, gefördert, um die Integration der nicht-russischen Nationalitäten zu erleichtern. Diese Politik wurde später von Stalin rückgängig gemacht, als eine großrussische nationalistische Bürokratie die internationalistische Politik Lenins und Trotzki umstürzte. Doch im Kapitalismus, der sich um den Nationalstaat organisiert, ist die Durchsetzung einer einzigen Sprache oft der Schlüssel zur Entwicklung der Nationen. In Frankreich setzte die Revolution die französische Sprache durch, die 1789 nur von einer Minderheit gesprochen wurde, während Okzitanisch (*langue d'oc*), Bretonisch, Baskisch und andere Sprachen, die in verschiedenen Regionen vorherrschten, im Laufe der Zeit unterdrückt wurden.

Bei dem Versuch, eine Nation in einem ethnisch und sprachlich tief gespaltenen Staat mit einem mächtigen Nachbarn im Eiltempo zu konsolidieren, kann die Durchsetzung der „nationalen“ Sprache eine blutige Angelegenheit sein. Einem Aphorismus zufolge ist eine Sprache ein Dialekt mit einer Armee und einer Marine. Ein Teil der ukrainischen kapitalistischen Herrscher ist der Meinung, dass sie seit der Unabhängigkeit 1991 über die Armee und Marine verfügen. Doch um die ukrainische Sprache durchzusetzen, die bis in die 1990er Jahre nur in den bäuerlichen Gebieten und in der westlichen Hälfte des Landes vorherrschend war, benötigten sie die Hilfe von Kräften, die sich nicht von demokratischen Erwägungen leiten ließen. Deshalb spielten die Asow-Bewegung, Pravy Sektor und andere nazifaschistische ukrainische Ultrationalisten eine wichtige Rolle bei der Führung des achtjährigen Krieges gegen die abtrünnigen Regionen des russischsprachigen Ostteils des Landes. Das Gegenstück dazu ist, dass die Alternative zur brutalen faschistischen Unterdrückung der Bevölkerung in der Abtrennung der überwiegend nicht-ukrainischen Gebiete besteht, wobei die Abgrenzung auf dem Schlachtfeld entschieden wird.

Als proletarische Internationalisten ist unser Ziel nicht, die ukrainische (oder russische) Nation aufzubauen, sondern die Einheit und den revolutionären Kampf der Werktätigen aller Länder gegen ihre kapitalistischen Herrscher zu fördern. Wie wir zu Beginn des gegenwärtigen reaktionären nationalistischen Krieges zwischen Russland und der Ukraine geschrieben haben:

„Eine sowjetische Ukraine in einer multinationalen UdSSR hätte regionale und ethnische Spannungen überwinden können, obgleich Stalins brutale Zentralisierung dies zunichte machte. Doch seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 als bürgerlicher Staat ist sie ein tief gespaltenes Land, das von einer unheilbar korrupten, sich gegenseitig betrügenden Oligarchie regiert wird, die ultrationalistische und faschistische Stoßtruppen als Rammbock einsetzt, um dem russischsprachigen Osten und

Süden die ‚Ukrainisierung‘ aufzuzwingen.“

– Liga für die Vierte Internationale, „Zerschlagt den Kriegskurs der USA/NATO und die Sanktionen gegen Russland!“ (23. Februar 2022) auf S. 11 dieser Zeitung.

Die ultrationalistischen Faschisten und Nazis, die im ukrainischen Staat und seinen Repressionsorganen eingebettet sind – und die bei der Ermordung von mehr als 10.000 Menschen in der Donbass-Region eine zentrale Rolle spielten – müssen mit der Wurzel ausgehoben und, wie wir geschrieben haben, „permanent gestoppt und zur Rechenschaft gezogen werden, und ihr Programm der ‚ethnischen Säuberung‘ muss zerschlagen werden.“¹⁵ Während Putin sein Kriegsziel als „Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine“ proklamierte, muss dies, um eine dauerhafte Wirkung zu erzielen, von den Werktätigen selbst, auf einer internationalistischen Grundlage, durchgeführt werden. Indem sie einen nationalistischen Krieg gegen die Ukraine als Ganzes führen und nicht nur gegen die faschistischen/nationalistischen Kräfte, die die umkämpften östlichen Republiken bedrohen, werden die russischen Streitkräfte vielleicht einige Hundert oder ein paar Tausend faschistische Asow-Kämpfer ausschalten, von denen viele tatsächlich Kriegsverbrecher sind, aber es werden Tausende weitere Nazis und andere Ultrationalisten geschaffen und als Helden des nationalen Widerstands portraitiert werden. Und jetzt, da ausländische Kämpfer in die Ukraine strömen, ist es so gut wie garantiert, dass diejenigen, die in ihre Länder zurückkehren, ihr Wissen und ihre Ausbildung weitergeben werden, um sie gegen Linke, Minderheiten und alle Unterdrückten „zu Hause“ einzusetzen. Ihre Verherrlichung durch die Macher der „öffentlichen Meinung“ hat bereits begonnen.

Wieder einmal fördern und finanzieren der US-Imperialismus und seine NATO-Verbündeten einen Aufstand, der sie heimsuchen wird, so wie es die erzreaktionären *Mudschaheddin*, die die Sowjetunion in Afghanistan bekämpften, schließlich taten. Wie wir in der Erklärung der Liga für die Vierte Internationale am Vorabend des Krieges schrieben: „Während die Imperialisten weiterhin das Kriegsfieber schüren und eskalierende Sanktionen verhängen, die letztlich auf einen Weltkrieg hinauslaufen, kämpfen diejenigen, die dem internationalistischen Programm von Lenins und Trotzki Bolschewiki folgen, für eine sozialistische Weltrevolution gegen alle bürgerlichen herrschenden Klassen.“ ■

¹⁵ Siehe „Hinter dem Krieg: USA/NATO Kriegskurs gegen Russland, China“ auf S. 14 dieser Zeitung.

Rassismus...

fortgesetzt von Seite 17

draußen warten mussten, während weiße Frauen und Kinder vor ihnen einsteigen durften. Sie glaubt, dass ihr Geschlecht der einzige Grund ist, warum sie nicht geschlagen wurde.“ (Grace Kass aus der Demokratischen Republik Kongo gegenüber dem *Time Magazine*, 1. März)

„Die ukrainischen Grenzbeamten haben uns nicht durchgelassen. Sie haben die Leute mit Stöcken zusammengeschlagen Sie schlugen sie, prügeln sie und schoben sie ans Ende der Warteschlange. Es war furchtbar.“ (Der nigerianische Arzt Chineye Mbagwu gegenüber der *New York Times*, 1. März)

„Sie behandelten uns, als wären wir Kriminelle. Sie hielten uns ihre Gewehre vor die Nase. Nachdem wir fast drei Tage lang ununterbrochen gelaufen waren, erreichten wir die Grenze und sie behandelten uns wie Tiere.“ (Ahmed, ein jemenitischer Sprachstudent in Odessa, gegenüber der *Financial Times*, 4. März)

Unter den Hunderttausenden von ukrainischen Frauen, Kindern und älteren Menschen, die in Richtung Westen flohen (ukrainische Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren unterliegen der Wehrpflicht), befanden sich auch Tausende von Studenten und Fachkräften aus Asien und Afri-



Asow-Bataillon, mit dem Nazi-Symbol „Wolfsangel“ und dem Porträt ihres Helden Hitler. Liberale Medien versuchen zu leugnen, dass diese mörderischen Schläger Faschisten sind.

ka. Es wurde bald klar, dass die als nicht-weiß eingestufteten Nicht-Ukriener für Misshandlungen ausgesucht wurden. Trotz der anfänglichen Versuche ukrainischer Politiker, das Ganze als prorussische „Fake News“ abzutun, waren die Vorfälle eindeutig weit verbreitet und wurden von verschiedenen Regierungen und der Afrikanischen Union gerügt.

Die Bereitwilligkeit fast aller osteuropäischen Regime, ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen, steht in scharfem Kontrast zu ihrer ebenso universellen Ablehnung von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika – eine Ablehnung, die letztes Jahr einen Krisenpunkt erreichte, als Polen seine Grenze gegen Flüchtlinge, die über Belarus kamen, militarisierte. Im Jahr 2020 beherbergte die Ukraine mehr als 76.000 ausländische Studenten, ein Viertel von ihnen aus Afrika – vor allem aus Nigeria, Marokko und Ägypten, aber das größte Einzelkontingent stellten 20.000 Inder. Sie wurden von einem hohen Bildungsstandard, insbesondere im Bereich der Medizin, in Verbindung mit niedrigen Gebühren und Lebenshaltungskosten angezogen. Dies ist ein nicht unbedeutender Faktor für die ukrainische Wirtschaft. *Time* zitiert einen Medizinstudenten: „Die Ukrainer haben uns gut behandelt, denn sie sahen uns als Geld an“, sagte Ashraf Muslim, ein 23-Jähriger aus Marokko, der mit seiner Frau, der Zahnmedizinstudentin Lina Kureta“, im polnischen Grenzdorf Medyka am Straßenrand saß. „In dem Moment, in dem wir für sie nutzlos wurden, haben sie uns zu Landstreichern abgestempelt“, sagte er.

Nachdem sich Augenzeugenberichte und Filmaufnahmen von den rassistischen Übergriffen rasch in der ganzen Welt verbreitet hatten, griffen die westlichen Medien die für ihren Kreuzzug, die Ukraine als Vorkämpferin der „Demokratie“ darzustellen, so peinliche Angelegenheit auf, um das Ganze als eine Reihe unzusammenhängender Einzeldramen darzustellen. Warum die Grenzschützer/Polizei/Bürgerwehr dies taten, wurde nicht untersucht. Um auf die faschistische Verseuchung der Ukraine zu „antworten“, machen die Medien viel Aufhebens von der Tatsache, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskyj Jude ist. Sie versuchen jedoch eifrig, die Tatsache zu verbergen oder zu leugnen, dass er an der Spitze eines Staatsapparats sitzt, der von tatsächlichen Faschisten und Nazis durchsetzt ist, die Kollaborateure mit Hitlers Drittem Reich verherrlichen. Diese Kräfte wurden in den Kern der ukrainischen Streitkräfte und paramilitärischen Einheiten integriert und sind unter denjenigen, die Flüchtlinge belästigen und angreifen, sicherlich gut vertreten. Sie haben auch Juden und jüdische Einrichtungen angegriffen und sind, wie im April 2018 in Kiew, brutal gegen Roma vorgegangen und haben sie aus mehreren Städten vertrieben.

Inzwischen gibt es Berichte von der deutsch-polnischen Grenze, dass die deutsche Polizei in Züge aus Warschau einsteigt und dunkelhäutige Menschen kontrolliert und einige von ihnen festnimmt - es könnte einige „Trittbrettfahrer“ geben, die nur „vorgeben“, vor dem Krieg in der Ukraine zu fliehen! Aber in dem bösartigen flüchtlings- und immigrantenfeindlichen repressiven System der „Festung Europa“ sind es die Balkanländer und vor allem Griechenland, die an vorderster Front stehen, um Flüchtlinge fernzuhalten, damit die imperialistischen Kernstaaten so tun können, als hätten sie saubere Hände. Dies sind die Strukturen, die hinter den heuchlerischen Äußerungen der imperialistischen Medien und dem brutalen Vorgehen der Schläger – ob in Uniform oder nicht – stehen, die die Drecksarbeit machen.

Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, nachdem sich die kubanischen und amerikanischen Behörden geweigert hatten, ein Schiff (die S.S. *St. Louis*) anlegen zu lassen, das 937 Flüchtlinge aus Nazideutschland an Bord hatte, fast alle von ihnen Juden, bemerkte der revolutionäre Marxist Leo Trotzki sarkastisch: „Die Welt des niedergehenden Kapitalismus ist überbevölkert. Die Frage, hundert zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen, wird ein Hauptproblem für eine derartige Weltmacht wie die Vereinigten Staaten.... Inmitten der weiten Ausdehnung des Landes und der Wundertaten der Technologie, die für den Menschen sowohl den Himmel als auch die Erde eroberte, hat es die Bourgeoisie fertiggebracht, unseren Planeten zu einem ekelregenden Gefängnis zu machen.“ (*Manifest der Vierten Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution*, Mai 1939).

Heute, da fast 3 Millionen Ukrainer (bisher) vor dem Krieg geflohen sind, nehmen die europäischen Regierungen sie auf, während sie massive Zäune errichten, um Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika fernzuhalten, und seit 2014 über 15.000 im Mittelmeer ertrinken lassen - und das sind nur die offiziellen Statistiken. Deutschland mit seiner niedrigen Geburtenrate mag anfangs eine beträchtliche Zahl aufnehmen. Aber wenn sich die Wirtschaftskrise ausweitete, könnten auch die weißen, europäischen, christlichen Flüchtlinge aus der Ukraine in großer Zahl vertrieben werden. Gegen die allseits pro-imperialistische „Solidarität mit der Ukraine“-Kriegspropaganda ruft die Liga für die Vierte Internationale zum *revolutionären Defätismus auf beiden Seiten* des reaktionären nationalistischen Russland-Ukraine-Krieges auf, zum *revolutionären Kampf gegen die kapitalistischen Machthaber in Moskau und Kiew* und zur *Zerschlagung des auf den Dritten Weltkrieg gegen Russland und China gerichteten Kriegskurses der USA/NATO*. ■

Krieg im Osten...

fortgesetzt von Seite 1

den“ einzureihen. Wenn nur die faschistoide, deutschnationale Alternative für Deutschland (AfD) und Konsorten den Krieg und ihre Konsequenzen zu bekämpfen scheinen, wird jede Opposition gegen den Krieg von der Regierung und ihren Unterstützern als „autoritär“ abgestempelt. Die der „Wehrkräftigkeit“ verpflichtete AfD hat natürlich kein Problem mit dem Rüstungsprogramm und kann nur vorschlagen, noch mehr Mittel freizusetzen, indem die Entwicklungshilfe aus dem Haushalt gestrichen wird.

Ampel-Regierung: grünes Licht für Militarisierung und mehr kapitalistische Ausbeutung

Wie wir vor mehr als einem Jahr feststellten, wurde die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und Freien Demokraten durch die virtuelle Einstimmigkeit der bürgerlichen Politik ermöglicht:

„Während die deutschen Grenzen für Flüchtlinge dicht gemacht werden, gibt es einen parteiübergreifenden Konsens über die Unterstützung von Polizei und Bundeswehr, Subventionen für Kapitalisten und Austerität für alle anderen. Diese Konstellation erlaubt eine fast kaleidoskopische Vielfalt möglicher Regierungskoalitionen, einschließlich der Marktliberalisten von der FDP.“

– „Koalitionstanz bei der Wahlfarce 2021“ (siehe S. 26 von dieser Ausgabe)

Für ukrainische Flüchtlinge wurde dann eine vorübergehende Ausnahme gemacht.

Während Scholz' Erklärung im Geheimen vorbereitet wurde, und der Ausbruch des Ukraine-Konflikts zum Vorwand diente, hatten sich die Koalition und ihre Mitgliedsparteien alle schon lange zuvor dem massiven Rüstungsprogramm verschrieben, mit den Grünen als die fanatischsten Verfechter des Feindbildes Russland. Die Propagandakampagne über die „neue Verantwortung“ des deutschen Imperialismus und der Angriff auf den ihm im Weg stehenden „Pazifismus“ begannen sogar noch vor dem Kiewer Putsch 2014 und der darauffolgenden Vereinigung der Krim mit Russland. Die NATO-Partner hatten schon vereinbart, sich auf das Zwei-Prozent-Ziel des Bruttoinlandsprodukts zuzubewegen.

Seit 2014 wurde der Militärhaushalt von 32,5 auf 50,3 Milliarden Euro erhöht, entsprechend dem bisherigen Koalitionsvertrag der SPD mit den Christdemokraten von 2013. Schluß also mit dem Mythos der „kaputtgesparten Bundeswehr“. Tatsächlich haben die langfristigen Projekte des Sondervermögens nichts mit Soldatenunterwäsche oder gar „Beistand“ für die Ukrainer zu tun. Sie betreffen hauptsächlich die Luftwaffe und die Marine. Ein besonders finsterner Aspekt ist der Erwerb der F-35-Tarnkappenbomber aus den USA, die der „nuklearen Teilhabe“, also dem Transport von US-Atombomben dienen sollen. So sieht das Ziel von Bundesfinanzminister Christian Lindner vom Aufbau der „stärksten und schlagkräftigsten Armee in Europa“ aus.

Die Koalition kündigte verschmitzt den Kabinettsbeschluss an, den Mindestlohn auf 12 € zu erhöhen, gleichzeitig mit dem Rüstungsprogramm, und versprach damit Butter und Kanonen. SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert behauptete, dass das Sondervermögen-Manöver bedeute, „Die Ampelregierung muss von keinem ihrer sozialen Ziele Abstand nehmen“ (Spiegel, 30. Mai 2022). Unsinn. Das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, die in Hartz IV verankerte Überwachung und Belästigung von Arbeitslosen zu mildern (die Erhöhung des Regelsatzes gleich die Inflation kaum aus), erwies sich als wertlos. Ein finsternes Bündnis aus Arbeitgebern, CDU und AfD widersetzte sich erbittert, und die Änderungen wurden im Bundesrat niedergestimmt. Am Ende änderte sich nur der Name – diese Krümel heißen jetzt „Bürgergeld“.



Das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park, am 9. Mai 2022, der Tag des Sieges der Roten Armee über Nazi-Deutschland. In weiten Teilen von Berlin hat der rot-rot-grüne Senat das Tragen von sowjetischen Fahnen verboten.

In der Tat waren, wie mit CDU-Chef und BlackRock-Mann Friedrich Merz, dem *de facto* vierten Partner der Koalition, vereinbart, einige Projekte, etwa Cybersicherheit, nicht in den 100 Milliarden Euro des Sondervermögens enthalten. Sie müssen in wenigen Jahren sehr wohl durch soziale Sparmaßnahmen kompensiert werden, wozu sicherlich auch eine Anhebung des Renteneintrittsalters gehört. Dies bedeutet auch Kürzungen im Bildungsbereich und sowohl im Gesundheitswesen als auch in der medizinischen Versorgung, trotz der anhaltenden Bedrohung durch COVID. Schon vor dem Krieg meinte Arbeitgeberverbands-Chef Rainer Dulger, „Eine ausgabenwillige Sozialpolitik ist nicht zukunftsfähig. Deshalb werben wir für eine flexiblere Altersgrenze in der Rente und die Konzentration der Arbeitslosenversicherung auf die Kernbereiche“ (WirtschaftsWoche, 29. Dezember 2021).

Die wirtschaftliche Misere, unter der Millionen Menschen leiden, hat tiefe Wurzeln. Im Osten, wo am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, über 100.000 Menschen gegen den Krieg und seine Folgen demonstrierten, liegen Durchschnittslöhne jährlich um 12.000 Euro niedriger als im Westen, und die Hälfte aller Rentnerinnen und Rentner erhält weniger als 1.200 Euro im Monat an Rente. Dies ist eine Folge der absichtlichen Zerstörung der wirtschaftlichen Basis nach der konterrevolutionären Annexion der DDR. Und obwohl die aktuellen Preissteigerungen eine Auswirkung der Sanktionen gegen Russland sind, ist der halbherzige Versuch von Teilen der Linkspartei, Proteste für rein wirtschaftliche Forderungen aufzurufen, ohne den Krieg zu erwähnen, gescheitert. Kein Wunder, dass die Rechte davon profitiert.

Repression auf ganzer Linie

„Die Gedanken sind frei“ besagt das Volkslied (was mehrmals für antikommunistische Zwecke gebraucht wurde). Heute nicht so sehr. Die hysterische antirussische Hetzkampagne wird nun gesetzlich gefördert. Es gibt nicht nur das unaufhörliche Sperrfeuer gegen „Putinverstehler“ und „russische Desinformation“, das sich bis zur offenen Zensur russischer Medien (RT) erstreckt, sowie die Absage von Aufführungen von Musik, die ein Jahrhundert vor dem gegenwärtigen Krieg von Russen komponiert wurde. Jetzt werden Buchhändler vor Gericht gestellt wegen vermeintlicher Billigung des russischen Kriegs in der Ukraine in einer Ansprache am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park am letzten 22. Juni, Jahrestag des Überfalls der Naziwehrmacht auf die Sowjetunion in 1941 (Junge Welt, 12. Dezember 2022).

Am 28. März gab das Bundesministerium des Innern bekannt, „Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Straftat. Wer diesen Angriffskrieg öffentlich billigt, kann sich strafbar machen. Das gilt auch für das Zeigen des ‚Z‘-Symbols.“ Der Buchstabe Z, der angeblich für *Za Pobedu* (Zum Sieg) steht, soll daher angeblich ein

Symbol der öffentlichen Unterstützung für die russische Armee sein. Die Erklärung kam, nachdem Ministerien in einigen Bundesländern – darunter Niedersachsen, Hannover, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Bayern – ähnliche Pläne angekündigt hatten, diejenigen zu verfolgen, die Russland öffentlich unterstützen. Niedersachsen und Bayern drohen Tätern mit bis zu drei Jahren Haft.

Im Oktober hat der Deutsche Bundestag den sogenannten „Volksverhetzungsparagrafen“ § 130 verschärft. Künftig kann mit Freiheitsentzug bis zu drei Jahren bestraft werden, wer Völkermorde, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen öffentlich „billigt, leugnet oder gröblich verharmlost“ – eine bewusst vage Formulierung. Dass sich dies in erster Linie gegen das heutige Russland richtet, wurde dann durch den vom Bundestag am 30. November verabschiedeten Beschluss „Holodomor in der Ukraine“ dramatisch unterstrichen. Es definiert die Hungersnot, die die gesamte Sowjetunion in den Jahren 1932-33 heimgesucht hat – das Ergebnis einer Dürre und Stalins katastrophaler Politik der Zwangskollektivierung – als „Völkermord“, der sich angeblich speziell gegen die ukrainische Nation richtete.

Diese Umschreibung der tatsächlichen Geschichte wurde vor Jahrzehnten von den Überresten der faschistischen Bandera-Gruppe ukrainischer Nationalisten im Exil ausgearbeitet und propagiert. Aber jetzt riskieren Journalisten, Historiker, Lehrer und andere die dieser gefälschten „Völkermord“-Behauptung widersprechen, bis zu drei Jahre Gefängnis. Zensur im Dienste der faschistischen Speerspitze der imperialistischen Hilfstruppen in der Ukraine – das läuft in der Tat auf eine schrittweise Rehabilitie-

rung des Dritten Reichs hinaus. So war es am 8./9. Mai 2022 während des Gedenkens an die Befreiung Deutschlands vom Faschismus 1945, in weiten Teilen Berlins verboten die Sowjetfahne zu hissen.

Und zum Jahresende, während Skandale um faschistische Nester in Polizei und Armee weiterhin an der Tagesordnung sind, versuchte die Regierung im Dezember, ihre „demokratischen“ Referenzen wieder aufzupolieren, indem sie einige Dutzend faschistoide „Reichsbürger“ theatralisch zusammetrieb, die in einen komischen Opern-Putsch verwickelt waren. (Der BND hat die Dokumentation dazu noch nicht veröffentlicht.)

Entfesselt die Macht der Arbeiterklasse

Die deutsche Bourgeoisie beabsichtigt, den Kostenschub der Inflation auf die Arbeiterklasse in Deutschland abzuwälzen und die Werktätigen und Armen auf die Härten einer Kriegs- und Mangelwirtschaft einzuschwören. „Frieren für die Ukraine.“ Seit Anfang 2022 hat die Verarmung rasant zugenommen, erkennbar z. B. an den völlig überlaufenen und überlasteten freien Essensausgaben der ehrenamtlichen (nicht staatlichen) „Tafeln“, die jetzt 2 Millionen von ihren Ausgaben Abhängige registrieren, etwa 750.000 mehr als im Vorjahr, darunter viele Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, Erwerbslose, Rentner und Geringverdiener.

In einer „Konzertierten Aktion“, eine institutionalisierte Form der Klassenkollaboration, wurden die Gewerkschaftsführer mit ins Boot geholt, um mit einem gezielten Verwirrspiel von Forderungen und Konzessionen die Arbeiterklasse ruhig zu halten. Die Botschaft wurde am Ende aber deutlich gemacht: wenn es hart auf hart geht, wird die Gewerkschaftsbürokratie das deutsche Kapital auf Kosten der Arbeiterklasse zu retten versuchen. Und besonders sieht sie sich als vollwertiger Partner in der Regierungskoalition: „So viel Gewerkschaft steckt in der Ampel-Koalition“, schwärmte die IG Metall im Dezember 2021. Die Bürokratie hat teilweise sogar auf den Anschein einer eigenständigen Rolle verzichtet: „Exorbitante Inflationsraten sind nicht durch Tarifpolitik auszugleichen“ erklärte Roman Zitzelsberger, der Leiter der IG Metall im Schlüsselbezirk Baden-Württemberg (Stuttgarter Zeitung, 23.05.2022).

Scholz hatte allen Grund, die „bisher sehr umsichtige Lohnpolitik“ der DGB-Bürokraten zu loben. Im November 2021 akzeptierte er eine Lohnerhöhung von 2,8 % für öffentlich Bedienstete, insbesondere im Gesundheitsbereich. Da es keinen Streik gab, durften die Mitglieder nicht über diese Ergebnisse abstimmen. Im September 2022 einigte sich die IG Bergbau, Chemie, Energie auf zwei Lohnerhöhungen von 3,25 % über zwei Jahre, also 6,5 %, plus zwei Einmal-



LKWs blockieren Straßen im serbischen Stadtteil von Mitrovica, Kosovo, am 27. Dezember 2022. Die Proteste der belagerten Bevölkerung in dem von Serben bewohnten Gebiet des Kosovo wurden durch eine Provokation ausgelöst, die vom (deutschen) EU-Hochkommissar für den Kosovo genehmigt wurde. Bundeskanzler Scholz hat angekündigt, dass Deutschland die Westbalkanstaaten unter seine Patenschaft nehmen will.

Permanente Revolution



Hafenarbeiter in Hamburg streiken im Juli 2022 unter dem Motto „Inflationsmonster stoppen“. Die Bosse versuchten die Streiks mittels Einstweiliger Verfügungen des örtlichen Arbeitsgerichts abzuwenden, ohne Erfolg. Als die Polizei versuchte, Demonstranten festzunehmen, haben die streikenden Arbeiter sich stark verteidigt. Es war der längste Arbeitskampf in den Häfen seit mehr als 40 Jahren.

zahlungen von 1.500 €, für Arbeiter in der Chemiebranche. Im Oktober akzeptierte die IG Metall in Baden-Württemberg eine Lohnerhöhung von 5,2 % im Juni 2023 und 3,3 % im Mai 2024, plus zwei Einmalzahlungen. In all diesen Fällen handelte es sich angesichts einer jährlichen Inflationsrate von damals über 10% (und der Anstieg der wesentlichen Energie- und Lebensmittelkosten ist viel höher) um Reallohnkürzungen.

Wir sollten uns jedoch daran erinnern, was im ersten Fall von „Konzertierter Aktion“, die 1967 ins Leben gerufen wurde, um Lohnforderungen zu bremsen und die Inflation zu dämpfen, passiert ist. Die Gewerkschaftsbürokratie arbeitete natürlich mit und traf sich regelmäßig mit Vertretern der Regierung, der Arbeitgeberverbände und der Bundesbank. Die Reallöhne fingen an zu sinken. Dies aber führte zu einer Reihe wilder Streiks, hauptsächlich im Bergbau und der Stahlindustrie, aber auch im öffentlichen Dienst – die berühmten Septemberstreiks von 1969 von bis zu 140.000 Arbeitern, was zu gesteigerten Lohnerhöhungen für über 8 Millionen Beschäftigte führte.

Inmitten der Kette von Betrug gab es bereits einen solchen Vorgeschmack auf die potenzielle Macht der Arbeiterklasse. So kam es am 15. Juli 2022 in deutschen Häfen zu einem 48-Stunden-Streik und Forderungen nach inflationsausgleichenden Lohnerhöhungen gegen den Reallohnverlust. Die Bosse und ihr kapitalistischer Staat antworteten, nachdem ein gerichtliches Streikverbot gescheitert war, mit brutalem Polizeieinsatz und einem Verbot weiterer Streiks bis zu weiteren Tarifverhandlungen Ende August. Die Macht der mehrere tausend Arbeiter in Deutschlands größter Hafenstadt Hamburg zeigte sich, als sie die in Kampfmontur aufgelaufene Polizei, von der sie vorher angegriffen worden waren, einschüchterten und unter physischen Auseinandersetzungen und Sprechchören, „Wir sind der Hafen“, zurück-

drängten. Am Ende haben die Hafenarbeiter bis zu etwas über 9 % gewonnen, und neue Verhandlungen in 2023.

Der vielversprochene „Heiße Herbst“ von sozialer Unruhen ist ausgeblieben, dank der Feuerwehr der pro-kapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Linkspartei, die es geschafft haben, die potentiellen Brandherde einzudämmen und „unkontrollierte“ Ausbrüche von Klassenkampf abzulenken. Letztendlich brauchen wir eine proletarische Gegenoffensive gegen den imperialistischen Krieg, die Übergangsforderungen aufstellt – von der Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust und einer gleitenden Lohnskala bis zur Arbeiterkontrolle über die Betriebe. Derartige Forderungen sind grundlegend unvereinbar mit dem Kapitalismus und müssen den Weg zur sozialistischen Revolution zeigen. Das bedeutet einen Kampf für eine revolutionäre Arbeiterpartei der proletarischen Vorhut, die den Würgegriff der Reformisten durchbricht und die schlummernde Macht der Arbeiterklasse in Deutschland entfesselt.

Um drohende Deindustrialisierung zu vermeiden – für ein rotes Europa der Arbeiterräte!

Indem sie Washingtons Forderung von Sanktionen gegen Russland befolgt haben, haben es die deutschen und EU-Herrscher geschafft, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Seit dem 19. Jahrhundert, in zwei Weltkriegen, wurde der deutsche Imperialismus von einem „Drang nach Osten“ angetrieben, um seinen Bedarf an Rohstoffen, fossilen Brennstoffen und Nahrungsmitteln zu stillen. Während Jahrzehnten war die deutsche Industrie aufgrund ihres Zugangs zu billigem russischem Erdgas rentabel. Jetzt nicht mehr. Langfristig ist es für das deutsche Kapital keine Lösung, teures LNG-Gas aus den USA und Katar zu beziehen, während die halbe Welt – und vor allem China – günstige russische Energieträger bezieht.

Die deutsche Wirtschaft wird damit die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verlieren. Kurzfristig kann das nur durch eine starke Reduzierung des Lebensstandards der Werktätigen in Deutschland und der EU kompensiert werden.

Die versuchte Isolierung Russlands vom Weltmarkt durch das Sanktionsregime ist bereits in den Anfängen gescheitert. So ist die deutsche Bourgeoisie, nach ihrem anfänglichen Wahn von der „Deindustrialisierung Russlands“ (von der Leyen), selbst mit Deindustrialisierung bedroht. Aus wirtschaftlicher Notwendigkeit hat sie die Unterwerfung Russlands durch dessen Niederlage auf dem Schlachtfeld in der Ukraine und durch Regime-Change in Moskau auf ihre Fahnen geschrieben. Damit ist die Gefahr eines atomaren Weltkriegs enorm gestiegen. Aber Russland kann zurückschlagen, mit Effekt. Für die Werktätigen, Unterdrückten und Armen weltweit steht die Frage kaum jemals schärfer seit dem zweiten Weltkrieg: Sozialismus oder Barbarei.

Die Pandemie von COVID mit über einer Million von Todesopfern in der EU, samt Grenzschließungen, Lockdowns und Streitereien um Schutzausrüstung und Impfpflicht, hat die Zerbrechlichkeit der Europäischen Union als imperialistisches Bündnis offengelegt. Ebenso die allseitige Zerrüttung des Weltmarkts, die den Widerspruch zwischen einerseits dem erstickenden Rahmen des Privateigentums und der nationalen Grenzen und andererseits der internationalen Entwicklung der Produktion verdeutlicht. Und all das wird noch verschärft durch den Versuch, Russland durch Sanktionen zur Kapitulation zu zwingen. Italien und Spanien zum Beispiel, die nie in dem Maße auf russisches Gas angewiesen waren wie Deutschland, wollen wissen, warum sie ihren Energieverbrauch reduzieren sollten, um die geringeren Gaslieferungen Deutschlands auszugleichen.

Deutschland bemüht sich, russisches Gas zu ersetzen (das viel angekündigte Abkommen mit Katar wird etwas weniger als 3 % seines Gasverbrauchs decken), und US-Exporte werden die Lücke kaum füllen. Die Auswirkungen sind bereits in Produktionskürzungen (z. B. Düngemittel) der chemischen Industrie zu spüren; BASF droht mit dem Abbau seiner europäischen Werke (einschließlich Ludwigshafen) und der Verlagerung in die USA, und China. Arcelor-Mittal hat bereits Stahlfabriken stillgelegt angesichts der hohen Energiepreise: „Die Produktion in Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig“ (*Die Welt*, 12. September 2022). Aber die EU beharrt auf die selbstzerstörerischen antirussischen Sanktionen, und legt sanfte Beschwerden in Washington ein über die Subventionen, die die US-Regierung ihren Elektrofahrzeugen und erneuerbaren Energiezweigen gewährt.

Angesichts der enormen Schwierigkeiten bei seiner wirtschaftlichen und militärischen Neuorientierung möchte der deutsche Imperialismus das von ihm dominierte europäische Bündnis straffen, und zentralisieren. Scholz sagte bereits im Juli 2022, die Europäische Union könne sich nationale Vetos nicht mehr leisten, weil sie der EU die sicherheits- und außenpolitischen Entscheidungsbefugnisse nehmen würden. Aber er kommt nicht drum herum, dass das Bündnis kein europäischer „Superstaat“ ist, dass die verschiedenen Bourgeoisien ihre eigenen Nationa-

linteressen haben. Der Kontinent bleibt sehr anfällig für die Teile-und-Herrsche-Pläne des US-Imperialismus. Hundert Jahre später gibt es Echos aus der Zeit, als die USA, wie Leo Trotzki es ausdrückte, beabsichtigten, „Europa auf Ration“ zu setzen. Bei dieser Gelegenheit (1924) notierte er, „Die europäische Sozialdemokratie verwandelt sich vor unseren Augen in einen politischen Agenten des amerikanischen Kapitals.“ Heute auch, mit Beihilfe der Grünen.

Gleichzeitig wollen die deutschen Imperialisten die EU ausweiten. Während sie auf einen Widerstand der polnischen nationalistischen Regierung in Warschau stoßen, wollen sie, unter dem Schirm der NATO, ihr Engagement im Südosten Europas wiederbeleben. Nachdem Berlin in den 90er Jahren die Zerstörung des multinationalen deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien vorantrieb (Anerkennung und Bewaffnung der faschistoiden Regierung Kroatiens, Unterstützung der UCK in Kosovo), will die von der SPD geführte Regierung jetzt ihren Einflussbereich im Balkan erweitern. So schrieb Scholz neulich über „Die globale Zeitenwende“ im einflussreichen amerikanischen Magazin *Foreign Affairs* (5. Dezember 2022), dass:

„der EU-Beitritt für alle sechs Staaten des Westbalkan endlich Wirklichkeit werden muss – ein Ziel, für das ich mich auch persönlich einsetze. Aus diesem Grunde habe ich den sogenannten Berliner Prozess für die Westbalkanstaaten wiederbelebt, der zum Ziel hat, die regionale Zusammenarbeit zu vertiefen, die Staaten des westlichen Balkans und seine Bürgerinnen und Bürger stärker zusammenzubringen und auf den EU-Beitritt vorzubereiten.“

Die Internationalistische Gruppe, Sektion der Liga für die Vierte Internationale, hingegen, sagt: **Deutscher Imperialismus, raus aus Osteuropa!**

Mit der Streikwelle in Großbritannien und dem drohenden Rentenstreit in Frankreich (wo die Gewerkschaften und drei Viertel der Bevölkerung laut Umfragen eine Erhöhung des Rentenalters rundweg ablehnen) zeigt Europa erste Anzeichen einer Wiederbelebung des Klassenkampfes. Er entwickelt sich zum großen Teil so quälend langsam wegen des Mangels an revolutionärer politischer Führung mit der politischen Courage, den imperialistischen Krieg frontal zu bekämpfen. Nicht nur die Regierungs-Sozialdemokraten, sondern auch die überwältigende Mehrheit der sogenannten „extremen Linken“ sind zu bloßen PR-Agenten für den imperialistischen Kriegskurs geworden. Weshalb gab es keinen „heißen Herbst“? Genau deshalb.

Für internationalistischen, revolutionären Klassenkampf! **Der Hauptfeind steht im eigenen Land!** Ersetzt die kapitalistischen Regierungen durch sozialistische Revolutionen von Berlin bis Washington, von Kiew bis Moskau. Dies ist nur möglich durch die Wiederschmiedung einer Vierten Internationale, die das Programm des authentischen Trotzkismus verkörpert. ■



Protest-Kundgebung des Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin am 26. Juli 2022 gegen die Verhaftung acht italienischer Gewerkschafter. Auf Plakaten der Internationalistischen Gruppe steht: „Hände weg von der USB und SI COBAS!“ und „Italienische Arbeiter zeigen den Weg -- Stoppt Waffenlieferungen an die Ukraine durch Arbeiteraktionen!“

Winter 2022 / 2023

Besuche die Website der Liga für die Vierte Internationale / Internationalistische Gruppe

<https://www.internationalist.org>

Jetzt auf unserer Website verfügbar:

- Declaration of the League for the Fourth International
- Artikel aus *The Internationalist*
- Artikel aus *Vanguardia Operária*
- Artikel aus *El Internacionalista* and *Revolución Permanente*
- Artikel aus *Permanente Revolution*
- Articles from *L'Internazionalista*
- Artikel auf Französisch und Pilipino
- Marxistische Lektüre



Visita la página del Grupo Internacionalista en Internet

Visite a página da Liga Quarta-Internacionalista do Brasil

- Matérias de *Vanguardia Operária*
- A luta para libertar Mumia Abu-Jamal
- Documentos marxistas sobre a luta pela libertação do negro e da mulher

Koalitionstanz bei der Wahlfarce 2021

Nix drin für die Werktätigen und Unterdrückten

Berlins „Rot-Rot-Grüner“ Senat: Feind von Arbeitern und Immigranten Keine Stimme für die Linkspartei – Für eine revolutionäre internationalistische Arbeiterpartei!

Der folgende Artikel wurde kurz vor der Bundestagswahl und Berliner Wahlen vom 26. September 2021 veröffentlicht.

Die letzten anderthalb Jahre waren die Hölle für die Werktätigen, die Armen und die Unterdrückten in der gesamten kapitalistischen Welt. Eine tödliche Seuche, COVID-19, die allein in Deutschland über 4 Millionen Menschen infiziert und fast 100.000 Tote zur Folge hatte (von 230 Millionen Fällen und fast 5 Millionen Toten weltweit). Stop-and-Go-Schließungen, Millionen von Arbeitern in Kurzarbeit, Hunderttausende von Entlassungen in der schlimmsten Rezession seit 1949. Eine Hitzewelle im Juni, gefolgt von Sturzfluten im Juli. Ein großer Zapfenstreich vor dem Reichstag angekündigt für den 31. August [dann verschoben] zum Gedenken an die gescheiterte „Mission“ des deutschen Imperialismus als Juniorpartner bei der blutigen US-Besetzung Afghanistans. Doch der Wahlkampf für die Bundestagswahl am 26. September, bei der Bundeskanzlerin Angela Merkel nach fast 16 Jahren im Amt abgelöst werden soll, ist der gleiche alte Koalitionstanz wie immer. Bei dieser Wahl haben die Arbeiter keine Wahl.

Zu lahm, um als Zirkus bezeichnet zu werden, was bei diesen Wahlen auffällt, ist die finstere Mittelmäßigkeit der Kandidaten der großen Parteien. Armin Laschet von den Christdemokraten, der kichernde katholische Reaktionär, ist nur eine Marionette von Blackrocks Friedrich Merz. Der Sozialdemokrat Olaf Scholz ordnete als Hamburger Innensenator die brutale Zwangsverabreichung von Brechmitteln an Afrikanern an, die des Drogenhandels beschuldigt wurden, und orchestrierte dann als Bürgermeister den polizeistaatlichen Angriff auf Demonstranten auf dem G20-Gipfel 2017. Später, als Finanzminister, behauptete er, nichts von dem massiven Wirecard-Finanzskandal gewusst zu haben. Was die Grünen betrifft, eine 100% bürgerliche Partei, sie ist so wirtschaftsfreundlich, dass sie von der Financial Times, dem Sprachrohr der Londoner Banker, mit einem „Gütesiegel“ ausgezeichnet wurde. Ihre Kandidatin Annalena Baerbock hat sich bisher vor allem durch kriegstreiberisches Gerede von „erhöhtem Druck auf Russland“ und „Härte“ gegenüber China hervorgetan.

Während die deutschen Grenzen für Flüchtlinge dicht gemacht werden, gibt es einen parteiübergreifenden Konsens über die Unterstützung von Polizei und Bundeswehr, Subventionen für Kapitalisten und Austerität für alle anderen. Diese Konstellation erlaubt eine fast kaleidoskopische Vielfalt möglicher Regierungskoalitionen, einschließlich den Marktliberalisten von der FDP. Scholz kann sich mit Fug und Recht als Fortsetzer der Ära Merkel aufspielen. Der Widerspruch zwischen dem bürgerlichen Programm der SPD und ihrer Arbeiterbasis hat sich durch jahrzehntelange Koalitionen, vor allem der Gro-



Spitzenkandidaten für das Amt des Bundeskanzlers bei der Bundestagswahl (von links): Annalena Baerbock (Grüne), Olaf Scholz (Sozialdemokraten), Armin Laschet (Christdemokraten).

ßen Koalition mit der CDU, aber auch mit den anderen bürgerlichen Parteien, noch verschärft. Nachdem die SPD-Grünen-Regierung von 1998-2005 den imperialistischen Krieg auf dem Balkan und den Hartz-IV-Angriff auf Arbeiter und Arbeitslose gestartet hat, sind die offiziellen Sozialdemokraten als „kleineres Übel“ ohnehin nicht sehr glaubwürdig. Inzwischen posiert die faschistoide Alternative für Deutschland (AfD) als die einzige echte „Opposition“.

Die alternativ-sozialdemokratische Linkspartei ihrerseits bettelt nun um eine „rot-rot-grüne“ Koalition auf Bundesebene, während sie fürchtet, unter die 5%-Hürde oder die drei Sitze-Grenze zu fallen, die für eine Vertretung im Bundestag notwendig sind. Nachdem sie sich bei der parlamentarischen Abstimmung über die rückwirkende Genehmigung zusätzlicher Truppen zur Unterstützung des Abzugs der deutschen imperialistischen Streitkräfte aus Afghanistan enthalten hatte, haben die Parteispitzen nun in aller Eile ein „Sofortprogramm“ vorgelegt, das ihre frühere verbale Opposition gegen die NATO beerdigt und die Tür für die Unterstützung künftiger militärischer Interventionen offen lässt, insbesondere wenn die Truppen UN-Blauhelme tragen. Die Linke schlägt einen Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde vor (Scholz bietet 12 Euro an), aber die Co-Vorsitzende Janine Wissler unterstreicht, dass selbst dies verhandelbar sei, usw. usw.

Was das bedeuten würde, hat sich in Berlin gezeigt, wo ein früherer „rot-roter“ Senat die Sozialwohnungen verscherbelt hat, die nun durch ein Berliner Volksentscheid im Zusammenhang mit den Wahlen am 26. September wieder in kommunales Eigentum überführt werden sollen. Die derzeitige rot-grüne Landesregierung privatisiert nun – unter einem grünen Verkehrssenator – die S-Bahn. „Rot-Rot-Grün“ hat die Werktätigen und Unterdrückten im Dienste der kapitalistischen Austerität wieder und wieder angegriffen. Die Beschäftigten der Krankenhäuser Vivantes und Charité streiken jetzt für eine Anhebung ihrer Löhne auf das Niveau der anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Der Grund dafür ist, dass die Reinigungs-, Transport- und Essensdienste von

einer früheren „linken“ Regierung im Jahr 2002 in gewinnorientierte Tochtergesellschaften ausgegliedert wurden. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung sollte mobilisiert werden, um die streikenden Krankenhausbeschäftigten zu verteidigen.

Mit der Aufstellung von Franziska Giffey (die sich gegen Enteignungen ausgesprochen hat) als Spitzenkandidatin bekennt sich die Berliner SPD zur Ablehnung des Volksentscheids über Wohneigentum und unterstreicht ihre Unterstützung für den rassistischen Kreuzzug gegen „kriminelle Clans“, der sowohl polizeilichem als auch faschistischem Terror das Alibi liefert. Die Linkspartei muss auch Verantwortung für die Polizeirazzien in den Shisha-Bars und die ständigen Repressionen gegen Linke und Immigranten im Rahmen der Regierungskoalition übernehmen. Als in Leipzig am 18. September Tausende von antifaschistischen Demonstranten für die Freilassung von Lina E. demonstrierten – die von der Polizei und ihrer Soko Linx fälschlich beschuldigt wird und sich keiner Straftat schuldig gemacht hat – distanzierte sich die örtliche Linkspartei von ihrer Stadträtin Juliane Nagel, die von der bürgerlichen Presse für ihre Anmeldung der Demo heftig angegriffen wurde.

Da die Linkspartei jede Glaubwürdigkeit als Oppositionspartei verloren hat, fällt es den falschen „Revolutionären“, die in ihr vergraben sind oder um sie herumschwirren, schwer, überzeugende Argumente zu finden, um sie zu wählen. In einer Erklärung mit dem Titel „Wahlprogramm entsorgt“ (7. Sep-

tember) beklagt Sascha Stanicic, Sprecher der Sozialistischen Organisation Solidarität (SOL) und der Antikapitalistischen Linken in der Linkspartei, dass Wissler & Co. die Kongresse, das Programm und die Mitgliedschaft der Partei mit Füßen getreten haben. Das ist natürlich nur das übliche Vorgehen von sozialdemokratischen Parteien überall. Aber SOL¹ hat einen „cleveren“ Plan, um ein paar Wähler zu halten, die sonst zur SPD oder zu den Grünen abwandern würden: Die Linke soll eine SPD-Grünen-Regierung parlamentarisch unterstützen, ohne sich formell an ihr zu beteiligen.

Von außerhalb der Partei warnt ein Flugblatt von ArbeiterInnenmacht vom 8. September vor Angriffen von CDU, SPD und Grünen. Über die Linkspartei heißt es, sie werde im Berliner Senat „in Geiselhaft“ genommen. Mit diesem Alibi lobt ArbeiterInnenmacht² die „fortschrittlichen“ Forderungen der Linken und zählt auf, was die Partei im Parlament alles Schönes machen könnte. Ein Artikel über das „Sofortprogramm“ am nächsten Tag räumt dann zwar ein, dass die Partei zum Anhängsel der SPD/Grünen geworden ist, schließt aber mit der Aufforderung an die Mitglieder, für die Rückkehr zum ursprünglichen zartrosanen Programm der Partei zu kämpfen. Aber das ist nur Augenwischerei für ihre Politik der „kritischen Unterstützung“ der Linken bei den Wahlen (ArbeiterInnenmacht, 20. September).

Die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO)³ wiederum positioniert sich etwas weiter links und ruft dazu auf, bei der Wahl eine ungültige Stimme abzugeben. Der chamäleonartige Charakter von RIO drückt sich einerseits in der Aufforderung an die Oppositionsgruppen in der Linkspartei aus, innerhalb der Partei gegen eine Regierungsbeteiligung zu kämpfen, und andererseits in der Forderung nach einer neuen breiten Wahlpartei einige Schritte links von ihr. Eine solche Partei gibt es bereits in Frankreich – die Nouveau Parti Anticapitaliste (Neue Antikapitalistische Partei) –, die sich an den „linken“ Populisten Mélenchon anlehnt und nun RIOs französische Genossen aus ihr hinausgetrieben hat.

In seiner Wahlberichterstattung schreibt RIO, „Wir brauchen revolutionäre Abge-

¹ SOL ist verbunden mit dem von Peter Taaffe angeführten Committee for a Workers International (Komitee für eine Arbeiterinternationale).

² Gruppe ArbeiterInnenmacht ist verbunden mit der League for the Fifth International (Liga für die Fünfte Internationale) der britischen Gruppe Workers Power.

³ RIO ist der deutsche Ableger der Fracción Trotskista, angeführt von der argentinischen Partido de Trabajadores Socialistas (Sozialistische Arbeiterpartei).



Vorsitzende der Linkspartei Janine Wissler



Streikende Klinikbeschäftigte des Vivantes-Klinikums, August 2021. Alle Berliner Gewerkschaften müssen an der Seite der Krankenhausbeschäftigten stehen.

Permanente Revolution

Berliner Volksentscheid

Entschädigungslose Enteignung der Immobiliengesellschaften – Nur sozialistische Revolution kann Wohnraum für alle schaffen

Eine große Mehrheit der Wähler hat am 26. September 2021 im Volksentscheid für die Enteignung der großen Wohnungsunternehmen gestimmt. Jedoch ist ein Ende der Wohnungsnot in Berlin nicht in Sicht. Berlins regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey, auf dem letzten Parteitag selbst von der SPD-Basis desavouiert, ruft zum „Bauen, Bauen, Bauen“ im Bündnis mit den großen Immobilienfirmen auf. Dies bedeutet natürlich nur Unterstützung für kräftige Mieterhöhungen (die Inflation hat den öffentlichen Wohnungsbau in einem ähnlichen Schwindel in Hamburg bereits vollständig gestoppt). Jegliche Rede von Mietpreisbremsen, ob national oder kommunal, hat sich in Luft aufgelöst. Das erklärte Ziel des Senats, die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden, ist auch ein schlechter Scherz. Er ist nicht einmal in der Lage, sie zu zählen!

Knapp drei Jahre lang hat die Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen für einen Volksentscheid zur Enteignung großer Wohnungsunternehmen mit ihren Eingaben bei den Berliner Senatsbehörden, Parteien und mit großem Einsatz unter der Berliner Bevölkerung ihre Kampagne betrieben und beworben, bis am 26.09.2021 ein Abstimmungsergebnis von über 59 % für die Enteignungsinitiative stand. Das ist nun neun Monate her. Die Parteien des Berliner Senats, allesamt unwillig, dem Entscheid „ihres Volkes“ nachzukommen, sind als Vertreter der besitzenden Kapitalistenklasse Gegner von Enteignungen schlechthin

ordnete im Parlament – wie in Argentinien“ (22. September) und „Warum wir eine Linke brauchen, die finanziell unabhängig vom Staat ist“ (12. September). Doch ihre argentinische Mutterpartei macht seit Jahren Wahlkampf als Teil der Arbeiter- und Linksfrente (FIT, jetzt FIT-Unidad), einem Wahlbündnis mit einem durch und durch reformistischen Programm, und ist finanziell sehr abhängig von den finanziellen Zuschüssen und Abgeordnetengehältern, die sie vom argentinischen kapitalistischen Staat erhält, ja lebt sogar davon. Für Details siehe unseren Artikel „Die Linksfrente in Argentinien: Ein reformistisches Wahlkartell“ (*The Internationalist* Nr. 53, September-Oktober 2018).

Alle diese „sozialistischen“ Gruppen sind auf verschiedene Weise mit der Linkspartei verflochten, und ihre unterschiedlichen taktischen Rezepte sind alle auf diese reformistische Partei ausgerichtet, entweder in dem vergeblichen Versuch, sie nach links zu drängen oder ein Stück von ihr wegzureißen. Wenn sie überhaupt von „Sozialismus“ sprechen, dann meinen sie eine sozialdemokratische Regierung des kapitalistischen Staates. Die Internationalistische Gruppe hingegen besteht darauf, dass eine sozialistische Revolution, die die proletarische Macht errichtet, nicht durch endlose Wahlkampagnen für das bürgerliche Parlament zustande kommt, sondern durch den Kampf für ein revolutionäres Programm durch unsere eigenen Arbeiterorganisationen – Gewerkschaften, Fabrikkomitees, Verteidigungsgarden und schließlich Arbeiterräte. Der Ausgangspunkt ist der Zusammenschluss des Kerns einer bolschewistisch-internationalistischen Partei als Teil des Kampfes zur Wiederschmiedung einer authentisch trotzkistischen Vierten Internationale. ■



Zehntausende haben für den Volksentscheid zur Enteignung der Deutschen Wohnen und anderer Immobiliengesellschaften demonstriert.

(außer es handelt sich um russischen Besitz und Vermögen, womit sie heute ihre imperialistische Kriegskasse gegen Russland aufbessern). Die Landesregierungsparteien haben den schon aus dem Neukölln-Komplex berüchtigten Kommissionsbildungs-Verschleppungs-künstler*, SPD-Mann Andreas Geisel zum Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berufen. Der setzte in bewährter Manier wieder eine „Expertenkommission“ ein, diesmal von Juristen zusammengesetzt, um dem Fortgang in Richtung möglicher Enteignung einen Fallstrick zwischen die Füße zu werfen.

Der offizielle Zweck dieser Expertenfarce: Zu untersuchen, ob ein Enteignungsgesetz verfassungskonform und wirtschaftlich sinnvoll wäre. Bis zu einem Ergebnis dürften so leicht weitere sechs bis zwölf Monate ins Land ziehen. Sollte das Ergebnis positiv ausfallen, was bei einer Mehrheit der Vertreter der Senatsparteien, kaum anzunehmen ist, gäbe es natürlich noch immer kein Gesetz. Also im Anschluss viel Zeit und Gelegenheit für weitere Expertenkommissionen. Geht es nach den Senatsherren und -damen, stellt sich wohl nur eine Frage: Kommt der baldige Fangschuss für die Enteignungsbewegung oder eine längere, tödliche Treibjagd durch Aushungerung und Ermattung?

Und die linken Protagonisten der Kampagne? Die Linke trat im Dezember in die neue Koalitionsregierung ein mit einem Koalitionsvertrag in dem das Wort Enteignung und alle seine Wortverwandten nicht vorkommen. Die Initiative selbst hat sich mit großer Mehrheitsentscheidung auf die Expertenkommission eingelassen und drei eigene Vertreter, zwei Juristen, eine Sozialwissenschaftlerin, der Initiative und Bewegung fremd, in die Kommission entsandt. Die pseudotrotzkistischen Unterstützer in und um die Initiative, allen voran ArbeiterInnenmacht, eiern um die Klassenfrage herum und schüren weiterhin fortwährend die Illusion, der kapitalistische Staat könne von den Unterdrückten für ihre eigenen Interessen benutzt werden. So verschweigen sie die Notwendigkeit des Kampfes für den Sturz der kapitalistischen herrschenden Klasse durch eine sozialistische Revolution.

Wenig überraschend, wir haben solches vorhergesagt in unserem Artikel vom Sep-

tember 2021, damals als Flugblatt verteilt, den wir hier unten wiedergeben.

BERLIN 2021 – Die Mieten schießen durch die Decke, Studenten finden keine Wohnung, Menschen werden aus der Stadt vertrieben, weil sie es sich nicht leisten können, hier zu leben. Etwa 8.000-10.000 Obdachlose leben auf der Straße, während über 100.000 Wohnungen leer stehen. Die Hauptstadt und viele andere Städte in Deutschland befinden sich in einer echten Wohnungskrise. Dahinter stehen die Immobilienkonzerne, die mit Spekulationen einen Riesengewinn machen. Die Mieterbewegung hat immer wieder Zehntausende auf die Straße gebracht, um die Mietpreiskontrolle zu verteidigen, und nun für die Initiative zur „Enteignung von Deutsche Wohnen & Co.“, der 114.000 Wohnungen in Berlin gehören, neben Vonovia (43.000), Akelius und anderen Immobilienhaien, die zusammen 240.000 der 1,5 Millionen Wohnungen in der Stadt in ihrer Hand haben.

Wer beim Berliner Volksentscheid am 26. September mit „Ja“ für die Enteignung von Unternehmen stimmt, die mehr als 3.000 Wohnungen besitzen, setzt ein Zeichen des Protests gegen diese Schmarotzer. Es wird auch dazu dienen, Artikel 15 der Verfassung zu testen, der die „Vergesellschaftung“ oder Überführung von „Grund und Boden, natürlichen Ressourcen und Produktionsmitteln“ in öffentliches Eigentum erlaubt. Bemerkenswert ist, dass dies der erste derartige Versuch in der Geschichte der Bundesrepublik ist. Aber bei dem Volksbegehren geht es nicht um ein konkretes Gesetz, so dass es, selbst wenn es angenommen wird, von den bürgerlichen Grünen und/oder der reformistischen SPD und Linkspartei abhängt, ob es umgesetzt wird (oder, was wahrscheinlicher ist, ob es verwässert wird). Und natürlich gibt es absolut keine Garantie dafür, dass die kapitalistischen Gerichte nicht willkürlich die föderalistischen „Prinzipien“ umgestalten, um die Ergebnisse des Referendums für ungültig zu erklären.

Schon die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im April, den Berliner Mietendeckel aufzuheben, war ein Angriff auf alle Werktätigen und Mieter in Berlin. In der Folge wurden die Mieter mit monat-

lichen Mieterhöhungen von Hunderten von Euro konfrontiert und schulden nun teilweise Mietrückstände in Höhe von Tausenden von Euro. Nach Ansicht des Gerichts wurde die Berliner Mietendeckel 2020 durch das Bundesmietrechtsgesetz von 2015 außer Kraft gesetzt. Dieses Gesetz ermöglicht es Einzelpersonen in ausgewählten städtischen Gebieten, gegen Mieterhöhungen von 10 % über den durchschnittlichen Mietsteigerungen in diesen Gebieten vorzugehen. Dieses schwache Gesetz sieht sehr nach einem Präventivschlag aus, um wirksamere Maßnahmen zur Mietpreiskontrolle zu verhindern – was zweifellos der Grund ist, warum die Regierungsparteien CDU und SPD es unterstützt haben.

Dies ist nicht der erste derartige Angriff des Verfassungsgerichts auf die Berliner. Im Oktober 2006 entschied es, dass die Stadt keine Bundeszuschüsse erhalten kann, solange sie nicht die Ausgaben für Bildung und Kultur weiter kürzt und den öffentlichen Wohnungsbestand verkauft. Die Landesregierung aus SPD und PDS (Vorläuferin der Linkspartei) beeilte sich, dem Urteil nachzukommen. Schon bald nach seiner Einsetzung im Jahr 1951 verbot das Gericht die KPD und bestätigte repressive Gesetze gegen Homosexuelle. Später kippte es das Abtreibungsgesetz von 1992, indem es das Abtreibungsverbot des § 218 des Strafgesetzbuchs aufrechterhielt (wobei es dem Parlament überließ, Schwangerschaftsabbrüche im ersten Trimester nicht zu bestrafen). Und es hat grünes Licht für die militärischen Abenteuer des deutschen Imperialismus im Ausland gegeben.

Kurz gesagt, das Bundesverfassungsgericht ist kein neutraler Schiedsrichter für „Gerechtigkeit“, sondern Verteidiger des Kapitals und Vollstrecker der kapitalistischen Herrschaft. Wer wie die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO) in einem Aufruf zur öffentlichen Versammlung am 21. April die Parole „Kein Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht“ ausgibt, behauptet dagegen, dieses zentrale Organ des deutschen bürgerlichen Staates sei lediglich unzuverlässig und kein direkter Vertreter des Klassenfeindes.

Die Mietpreiskontrolle hat in verschiedenen Formen, zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten in Deutschland und anderswo als ein Aspekt des kapitalistischen Sozialstaates existiert. Sie ist eine minimale Reform, die der Arbeiterklasse zugute kommen kann, ähnlich wie der Mindestlohn. Nicht mehr und nicht weniger. Es ist völlig legitim, für die Mietpreiskontrolle zu kämpfen, sie zu verteidigen und auszuweiten, ohne so zu tun, als sei sie irgendeine Lösung für die Wohnungskrise – was sie nicht ist. Die SPD/Grüne/Linke-Regierung hatte keinen Plan B für die Zeit nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und hat das Urteil nicht angefochten.

Dies entlarvt die Rolle der Linkspartei bei der Schönfärberei der rot-rot-grünen Koalition, denn der Mietendeckel war ihre Rechtfertigung für die Beteiligung an dieser rassistischen, repressiven kapitalistischen Regierung. Eine bundesweite Kampagne für einen neuen Mietendeckel zu fordern und nur die CDU als Partei der Immobilienkonzerne anzuprangern, wie es die Linkspar-

tei jetzt tut, ist die Vertuschung der schmutzigen Rolle der SPD und der Linkspartei selbst bei der früheren Privatisierung des kommunalen Wohnungssektors und bei der Durchführung von Zwangsräumungen von Mietern und Hausbesetzern jetzt im Rahmen der Regierung.

Was ist nun angesichts der Mieterhöhungen und Nachzahlungen zu tun? Die Regierung hat denjenigen, die die erhöhten Mieten nicht zahlen können, finanzielle Unterstützung zugesagt. Es gibt jedoch keine Informationen darüber, wie diese Hilfe geleistet werden soll. Die Sozialistische Alternative (SAV) beschwört die Phantasiewelt einer „linken Regierung“ herauf, die Mieter dazu ermuntern würde, „die Nachzahlung der zu wenig bezahlten Mieten zu verweigern“ und „die Finanzierung von Nachzahlungen und Prozesskosten aus öffentlichen Geldern zu sichern“ würde (www.sozialismus.info, 21. April). Ähnliches von der Sozialistischen Organisation Solidarität (SOL), die sich eine wirklich „linke Regierung“ vorstellt, die garantieren würde, „das Risiko für Straf- bzw. Nachzahlungen zu übernehmen“ (*Solidarität*, 18. April). Darauf sollte man nicht wetten. Natürlich rufen die SAV und SOL beide dazu auf, wie immer die Linkspartei zu wählen.

Von den angeblich „extrem linken“ Gruppen ruft nur ArbeiterInnenmacht tatsächlich zu einem Mietstreik auf. Aber während sie sich eine Massenbewegung der Mieter „gestützt auf die Massenorganisationen der ArbeiterInnenbewegung“ vorstellt, unterstreicht sie, dass dies dazu dienen würde, „Druck auf die zukünftige Landesregierung auszuüben“. So ruft sie dazu auf, die Linkspartei aufzufordern, „dass Vergesellschaftung für die Linkspartei Koalitionsbedingung sein muss“, sowie Druck auf den „linken“ Flügel der SPD und die bürgerlichen Grünen auszuüben (*Neue Internationale*, September 2021). Statt sich also prinzipiell gegen diese Koalition der Klassenkollaboration zu stellen, will ArbeiterInnenmacht eine mieterfreundliche Volksfront. Und während sie schreibt „Enteignung? Klar! Entschädigung? Nein Danke“ fordert sie im Kleingedruckten, „die Entschädigung so gering wie möglich zu halten“.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das den Berliner Mietendeckel gekippt hat, rief seinerseits RIO zu Arbeitsniederlegungen gegen Mieterhöhungen auf, forderte aber im nächsten Atemzug die Regierung auf, Mietern, die Miete nachzahlen mussten, Geld zu geben und Unternehmen, die Rückzahlungen verlangen, „massiv zu besteuern“ (*Klasse gegen Klasse*, 16. April). Da es aber keine Mietpreisbegrenzung gibt, würde dies in Form von neuen Mieterhöhungen weitergegeben werden. Beim Volksentscheid konzentriert sich RIO auf die Forderung nach entschädigungsloser Enteignung der Immobiliengesellschaften. Revolutionäre sind natürlich dagegen, auch nur einen Euro an diese Schmarotzer zu zahlen. Doch die Verfassungsklausel, auf die sich dieses Referendum stützt, verpflichtet zu einer Entschädigung.

In ihrer Propaganda ruft RIO den DGB dazu auf, „ein Recht auf Wohnen [zu] erstreiken“ (*Klasse gegen Klasse*, 2. September). Als ob das so einfach wäre. In einem anderen Beitrag fordert sie „keine Profite mit der Miete“ und einen „massiven Programm des sozialen Wohnungsbaus, finanziert aus Vermögenssteuern und den Profiten der großen Immobilienkonzerne“ (*Klasse gegen Klasse*, 8. September). Dies ist die übliche „Reichensteuer“-Rhetorik, die alle Reformisten und bürgerlichen „Fortschrittler“ gemeinsam ist. Und da das Volksbegehren für eine kommunale Übernahme von etwa einem Siebtel des Berliner Wohnungsbestandes von der Landesregierung umgesetzt werden müsste, läuft der Aufruf von RIO, obwohl mit etwas kämpferischer Sprache, wie der von SAV, SOL und ArbeiterInnenmacht, auf eine Drucktaktik gegenüber der Volksfront hinaus.

Die Kommunalisierung wäre eine unterstützenswerte Mindestreform, aber kein erster Schritt zum „Sozialismus“. Sie würde lediglich verschiedene Betriebe, die nach 2006 veräußert wurden, wieder unter staatliche Kontrolle stellen. Sie könnte vielleicht den rasanten Anstieg der Mieten für einige Mieter bremsen. Doch der Bedarf an neuen Wohnungen wäre damit nicht gedeckt. Statt Sozialwohnungen zu bauen, kauft der „rot-rot-grüne“ Senat nun zu überhöhten Preisen heruntergekommene Wohnungen zurück, die er zuvor an Deutsche Wohnen und Vonovia verkauft hatte. Einige in der Bewegung für den Volksentscheid stellen sich ein System vor, in dem Vertreter der Mieter und Arbeiter an der Verwaltung der kommunalisierten Wohnungen beteiligt werden. Aber wenn diese Pläne von einer kapitalistischen Regierung umgesetzt werden, wären sie bestenfalls symbolisch und würden, wie Gewerkschaftsbürokraten, die in den Aufsichtsräten von Unternehmen sitzen, dazu beitragen, die Arbeiterklasse an die Bosse zu ketten.

Angesichts der Tatsache, dass Millionen von Menschen, die vom Coronavirus und den daraus resultierenden Schließungen betroffen sind (Kleinunternehmer, Freiberufler, Kurzarbeiter), nicht in der Lage sind, ihre Miete zu zahlen, verteidigen echte Revolutionäre Mietstreiks und Widerstand gegen Zwangsräumungen. Leerstehende Wohnungen, die in Berlin so zahlreich sind, dass sie alle Obdachlosen beherbergen könnten, sollten mit Unterstützung der Arbeiterbewegung besetzt werden, damit niemand während dieser Pandemie auf die Straße gesetzt wird. Aber stattdessen hat die rot-rot-grüne Regierungskoalition die Gelegenheit genutzt, verschiedene besetzte Gebäude/Zentren zu liquidieren (Liebig 34 im letzten Herbst, Meuterei in diesem Jahr) sowie Obdachlosenlager zu räumen, die den Immobilienhaien in die Quere kommen. Die Mobilisierung der Arbeiterbewegung gegen solche Angriffe ist essentiell.

Neben dem Berliner Mieterverein unterstützen eine Reihe wichtiger Gewerkschaften das Volksbegehren „Enteignet Deutsche Wohnen & Co.“, darunter die GEW (Bildung), Ver.di (Dienstleistungen), IG Metall und IG Bau. Ihre Kraft muss genutzt werden, um auch nur minimale Reformen zu verwirklichen, zumal SPD und Grüne das Volksbegehren zwar nicht rundweg ablehnen, aber keinen Appetit auf Enteignungen jeglicher Art haben. Aber die verschiedenen angeblich revolutionären Gruppen in und um die Linkspartei betreiben hauptsächlich die Politik des Druck-Ausübens auf die kapitalistische Regierung, während sie mit ihren verschiedenen Plänen zur Lösung der Wohnungskrise im Kapitalismus „rosa Seifenblasen“ pusten. Das ist nur kommunaler Reformismus, während revolutionärer Klassenkampf gefordert ist.

Das vor fast anderthalb Jahrhunderten verfasste Broschüre von Friedrich Engels *Zur Wohnungsfrage* (1873) war eine Polemik gegen die kleinbürgerlichen Sozialisten seiner Zeit, insbesondere gegen Pierre-Joseph Proudhon mit seinem Vorstoß für Wohneigentum für die Arbeiter. Dem Proudhonisten zufolge, so Engels, „soll das in Häuser investierte Kapital keine Zinsen abwerfen“, so wie heute RIO „kein Profit mit der Miete“ fordert. Engels fährt fort:

„Soviel aber ist sicher, daß schon jetzt in den großen Städten hinreichend Wohngebäude vorhanden sind, um bei rationeller Benutzung derselben jeder wirklichen »Wohnungsnot« sofort abzuwehren. Dies kann natürlich nur durch Expropriation der heutigen Besitzer, resp. durch Bequartierung ihrer Häuser mit obdachlosen oder in ihren bisherigen Wohnungen übermäßig zusammengedrängten Arbeitern geschehen, und sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird eine solche, durch das öffentliche Wohl gebotene Maßregel ebenso leicht ausführbar sein, wie andere Expropriationen und Einquartierungen durch den heutigen Staat.“

Engels' Schlussfolgerung lautet: „Und solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, solange ist es Torheit, die Wohnungsfrage oder irgendeine andere das Geschick der Arbeiter betreffende gesellschaftliche Frage einzeln lösen zu wollen. Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst.“

In der Propaganda der opportunistischen Linken zur Wohnungsfrage in Berlin sucht man vergeblich nach Aufrufen zur *sozialistischen Revolution*. Um „bezahlbaren Wohnraum“ zu erreichen, fordern sie allenfalls „Vergesellschaftung“, „Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle“, „sozialistische Maßnahmen“, „entschädigungslose Enteignung“ oder sogar gelegentlich den „Sozialismus“, alles aber ohne den kapitalistischen Staat zu Fall zu bringen. Stattdessen versuchen sie alle, Druck auf diesen Staat auszuüben, um die Krise zu lösen. Letztendlich kann die Lösung der Wohnungsfrage nur im Rahmen einer kollektivierten Planwirtschaft erfolgen. Und wie der Zustrom von schwedischem und US-amerikanischem Kapital in den Berliner Wohnungsmarkt unterstreicht, bedeutet die Beseitigung der Parasiten eine *internationale sozialistische Revolution*. ■

Gleichschaltung...

fortgesetzt von der Seite 4

der NATO den gegenwärtigen Krieg vorbereitete, und deren Weigerung, Russland irgendwelche Sicherheitsgarantien zu geben, der Auslöser des Kriegs war. Eine Partei, die solche Forderungen stellt, und in Taten umsetzt, wäre in kapitalistischen Parlamenten nicht willkommen, aber sie könnte einen revolutionären Kampf gegen diesen imperialistischen Krieg anführen.

Linken in Die Linke zur Anti-Russland-Front einberufen

Dann gibt es das Sammelsurium von kleineren Strömungen in und um Die Linke, worunter verschiedene sich fälschlicherweise als Trotzlisten ausgeben, obwohl ihre pro-imperialistische Politik das Gegenteil des kompromisslosen Kampfes von Leo Trotzki gegen den Imperialismus ist. Betrachten wir kurz die Stellungnahmen dieser Gruppen zum Russland-Ukraine Krieg.

Antikapitalistische Linke (AKL)²: „Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist ein Angriffskrieg gegen ein souveränes Land. Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig!... Die AKL ... fordert den sofortigen Rückzug aller Truppen und die Einstellung aller Kriegshandlungen. Dieser Krieg ist ein imperialistischer Krieg durch eine kapitalistische Regionalmacht gegen einen kleineren Staat.“ (Resolution der AKL, 10. April 2022)

Gruppe ArbeiterInnenmacht (GAM)³: „Sofortiger Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine! Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit und Staatlichkeit durch

² Vom Komitee für eine Arbeiter*inneninternationale (CWI) von Peter Taaffe angeleitet.

³ Sektion der Liga für die Fünfte Internationale (L5I), von der britischen Workers Power angeführt.

Moskau! Keine Unterstützung für westliche Wirtschaftssanktionen gegen Russland! Für Arbeiter:innenaktionen, um die Lieferungen von Waffen und Munition an alle Kriegstreiber:innen zu stoppen, solange die Aggression andauert!“ (Erklärung der Liga für die Fünfte Internationale, 24. Februar 2022)

Internationale Sozialistische Organisation (ISO)⁴: „Um diesen Krieg zu beenden, muss Putins Regime sanktioniert und die Ukraine beim Widerstand gegen die Aggression unterstützt werden. Sofortiger Rückzug der russischen Streitkräfte aus der gesamten Ukraine, einschließlich der seit 2014 besetzten Gebiete. Solidarität und Unterstützung für den bewaffneten und unbewaffneten Widerstand des ukrainischen Volkes. Waffenlieferungen auf Ersuchen des ukrainischen Volkes im Kampf gegen die russische Invasion seines Territoriums.“ (Erklärung des Internationalen Büros der Vierte Internationale, 1. März 2022)

Marx21⁵: „Der russische Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar war ein Akt der imperialistischen Aggression und eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts des ukrainischen Volkes. Für die Ukrainer ist es ein Krieg der nationalen Selbstverteidigung. Gleichzeitig ist es vonseiten der westlichen imperialistischen Mächte, angeführt von den USA und organisiert durch die NATO, ein Stellvertreterkrieg gegen Russland.... Wir sind gegen beide imperialistischen Mächte.“ (Stellungnahme der IST zum Krieg in der Ukraine, 15. März 2022)

Sozialistische Alternative (SAV)⁶: „Nein zum Krieg in der Ukraine! Für das Recht der Menschen in der Ukraine, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, einschließlich des Selbstbestimmungsrechts für Minderheiten! Für die Rückkehr der russischen Truppen in die Kasernen in Russland und den Abzug aller NATO-Truppen aus Osteuropa. Kein Vertrauen in die beteiligten ‚friedenserhaltenden‘ imperialistischen Kräfte!“ (Erklärung der International Socialist Alternative, 24. Februar 2022)

Sozialistische Organisation Solidarität (SOL)⁷: „Stoppt den Krieg in der Ukraine. Abzug der russischen Truppen und Ende der Bombardierung. Abzug der NATO-Truppen aus Osteuropa. Aufbau der internationalen Bewegung der Arbeiter*innen und der Jugend gegen den Krieg.“ (Erklärung des Komitees für eine Arbeiter*inneninternationale, 24. Februar 2022)

Sozialistische Zeitung (SoZ)⁸: „Der russische Angriff auf die Ukraine ist als imperialistischer Akt rundum abzulehnen.... Es gibt nichts, was die Aggression rechtfertigen würde – auch nicht die aktive Einkreisungspolitik seitens der NATO, die tatsächlich den Hintergrund für das russische Vorgehen bildet.“ (*Sozialistische Zeitung*, 15. März 2022)

Wie man sieht, sind diese Standpunkte

⁴ Deutsche Filiale des „Internationalen Komitees der Vierten Internationale“ (IKVI, Vorher Vereinigtes Sekretariat), Anhänger von Ernest Mandel.

⁵ Von der Internationalen Sozialistischen Tendenz (IST), Anhänger des antitrotzkistischen Renegaten Tony Cliff.

⁶ Deutsche Filiale der International Socialist Alternative (ISA), Abspaltung (2019) von der CWI.

⁷ Deutsche Sektion der CWI.

⁸ Andere Unterstützer der IKVI..



Sozialimperialisten von Die Linke in „Einheitsfront“ mit imperialistischen Kriegstreibern (SPD, Jusos, und sogar Grüne und CDU), um „Solidarität“ mit der Ukraine zu verkünden in Weil und Menden, Februar-März 2022.



An die 5.000 Personen demonstrierten in Leipzig am Montag, 5. September 2022, bei einer Demonstration, aufgerufen von Die Linke, gegen hohe Energie- und Lebensmittelpreise. Um zu versichern, dass die Kundgebung sich *nicht* in einen Antikriegsprotest umwandelte, hat die Parteileitung Gregor Gysi (rechts), der zuvor NATO-kritische Parteimitglieder heftig angegriffen hat, als Schlußredner eingesetzt. Dies war die einzige Demo der Linkspartei-Kampagne für einen „Heißen Herbst“, die einen größeren Widerhall fand, während Rechte bis zu 100.000 in Ostdeutschland auf die Straße gebracht haben gegen den Krieg und Teuerung.

augenfällig ähnlich. Einige fordern Waffenlieferungen an die Ukraine (was nur von der NATO kommen kann), andere den Abzug der NATO-Truppen aus Osteuropa (etwas verspätet, ein gutes Dutzend osteuropäische Länder sind schon Mitglieder der NATO). Aber einstimmig schreiben sie Putin und Russland die alleinige Verantwortung des Krieges zu und fordern den Abzug von russischen Truppen aus der Ukraine, während die meisten den ukrainischen „Widerstand“ unterstützen, d. h., die Streitkräfte Kiews. Damit stimmen diese Pseudotrotzkisten den NATO-Sozialisten der Linkspartei zu und reihen sich in die von den westlichen Medien hochgepeitschte russlandfeindliche Empörung ein.

Das haben Teile der bürgerliche Presse bemerkt, wie z. B. die Grünen-nahe *Tageszeitung*. Die *taz* beschwert sich über:

„Widerstände gegen ein Umdenken zurzeit in vielen Texten und Wortmeldungen, die alle einem ähnlichen Aufbau folgen. Zu Beginn verdammten sie Wladimir Putin als Aggressor, meist mit dem Satz: ‚Dieser Angriffskrieg ist durch nichts zu entschuldigen.‘ Dann folgt ein großes Aber – und dieselben Textbausteine, die man schon all die Jahre verwendet hat...“

–„Linke und der Ukrainekrieg: Die Nato-war-schuld-Linken“, *Tageszeitung*, 8. März 2022

Die Kriegstreiber haben die proimperialistische Blauverschiebung der heute gar nicht-so-weit-links-stehenden Linken wahrgenommen. Aber sie verlangen mehr. Sie fordern die komplette Gleichschaltung der Linken: „Keine Bauchschmerzen beim Krötenschlucken, Genossen!“

RIO: Rattenfänger der Reformisten in Die Linke

Es gibt zwar Reibereien unter den verschiedenen Marken der Linken in und um Die Linke. Einige wollen ihre Kapitulation immer noch hinter einem Feigenblatt verstecken, andere sind total schamlos, wie die Anhänger des *anti-trotzkistischen* „Internationales Büro der Vierten Internationale“, die behaupten, der Beitritt zur NATO sei exklusiv „Sache des ukrainischen Volkes“ (anstatt gegen die Mitgliedschaft im imperialistischen Militärbündnis zu kämpfen). Für revolutionäre Kommunisten, die sich auf das Programm von Lenin und Trotzki basieren, hat es keinen Sinn in diesem Sumpf herumzuwühlen, deren Inhaber sich längst die Logik des Reformismus angeeignet haben. Anders denkt die rechts-zentristische Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO), deutscher Ableger der falsch benannten Trotzkistischen Fraktion (FT, nach ihrer Bezeichnung im Spanischen), die ständig einen Block, eine Front oder sogar eine gemeinsame Organisation mit diesen Betrügnern vorschlägt. Jetzt, wo Die Linke offensichtlich vor einer Spaltung steht, verstärkt die RIO ihr Manövrieren in diesem Milieu.

Bereits im Herbst 2021, vor den Bundestagswahlen, startete sie ihre Kampagne gegen eine Regierungsbeteiligung von Die Linke und boten den verschiedenen linken Strömungen in dieser Partei eine Allianz gegen den rechten Regierungskurs der Parteiführung an. Dies war ein verzweifelter Versuch, das reformistische Projekt der Linkspartei als angebliche Opposition am Leben zu erhalten. Die Quittung für Die Linke für ihren pro-kapitalistischen Kurs waren jämmerliche 4,9 % der Wählerstimmen bei der Bundestagswahl. Der Einzug in den Bundestag wurde nur durch drei errungene Direktmandate gerettet. Das hat für einige Wellen unter den Mitgliedern gesorgt. Aber die Führung bekräftigte ihren Kurs, fast alles, was die Partei von der SPD unterscheidet, über Bord zu werfen, um Juniorpartnerposten in einer Koalition zu bekommen – oder zumindest ihre Ämter im rot-rot-grünen Berliner Senat zu behalten. (Jetzt, wegen Problemen bei der 2021er Wahl, wird es im Februar 2023 eine Wahlwiederholung in Berlin geben, wobei die wackeligen Regierungsgänge von Die Linke nochmals gefährdet sind.)

Nach der Wahl erschien auf RIOs Website „Klasse gegen Klasse“ der Aufruf „Berlin: Warum alle Linken den R2G-Koalitionsvertrag ablehnen sollten“, der mit dem Vorschlag endete: „Stattdessen wird es nötig sein, auf der Straße und in den Betrieben, Unis und Schulen weiterhin Druck auf den neuen Berliner Senat auszuüben.“ Die bloße Weigerung, sich an bürgerlichen Regierungen zu beteiligen, ist kaum gleichbedeutend mit einem Bruch mit dem Reformismus. Noch vor wenigen Jahren stellte sich Kevin Kühnert an die Spitze einer Revolte in den Reihen der SPD gegen die Fortsetzung der großen Koalition mit der CDU. Kühnert sprach vage von einer „Erneuerung“ der Partei. Am Ende wurde die GroKo weitergeführt, bis eine neue Koalition mit bürgerlichen Parteien zementiert werden konnte (die jetzige Ampelregierung) und sich in der SPD nichts weiter änderte, außer dass Kühnert die Nummer zwei wurde. Ein bisschen linkes Getue in der Jugendzeit kann bei Sozialdemokraten ihren Lebenslauf aufpeppen.

Wie wir vor den Wahlen feststellten, warb die RIO und „Klasse gegen Klasse“ gleichzeitig für eine Ablehnung der R2G-Koalition innerhalb von Die Linke und für die Gründung einer neuen Partei etwas links von ihr. Wir sehen hier die verschiedenen Methoden des reformistischen Programms in Aktion bei RIO, um Druck auf den kapitalistischen Staat auszuüben: a) von der Straße, b) von innerhalb einer reformistischen Partei, c) von außerhalb auf die reformistische Partei und d) durch eine neue reformistische Partei. Diese kontinuierlichen Machenschaften sind ein Merkmal der FT, die sie von ihrem (später verstoßenen) Vorvater, Nahuel Moreno, gelernt haben. Die Pseudotrotzkisten treten hier in die Fußstap-

fen des Erzstalinisten Maurice Thorez, der als Führer der Französischen Kommunistischen Partei 1935 die Volksfront zwischen den Sozialisten und den bürgerlichen Radikalen vermittelt hatte, aber außerhalb der Regierung blieb. Wie Leo Trotzki im Juni 1936 bemerkte, als Frankreich von Massenstreiks erfasst wurde (die die Stalinisten im Dienste der Volksfront verriet), wollte die KP Frankreichs „nach außen hin ihre Unabhängigkeit wahren, um desto besser die Arbeitermassen der Volksfront, d. h. der Disziplin des Kapitals zu unterwerfen“ („Die entscheidende Etappe“ in *Wohin geht Frankreich?*)

Seit der neuesten Wahlschlappe der Linkspartei (2,9 % bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen) befindet sie sich in einer „existenzbedrohenden“ Krise (Partei-Ko-Vorsitzende Wissler). Sollte sie ihren Fraktionsstatus im Bundestag und in Landesparlamenten verlieren, könnte dies den finanziellen Konkurs bedeuten. „Für Wahlkämpfe, parlamentarische Tätigkeit, politische Bildungsarbeit und parteinahe Stiftungen erhalten sie eine Menge Geld (die Linkspartei im Jahr 2021 geschätzt etwa 150 Millionen Euro)“, so lautet eine Darstellung.⁹ Als eine Spaltung der Partei in der Luft schwebte, sah RIO ihre Zeit gekommen. Angesichts der Einbindung von Die Linke in den imperialistischen NATO-Kriegskurs startete sie noch einen Versuch zum Aufbau einer neuen „revolutionären“ Partei zusammen mit allerlei Reformisten:

„Deshalb schlagen wir der AKL, der SAV, der Sol, marx21, ebenso wie den fortschrittlichen Teilen der Linksjugend solid und all jenen Strömungen und Einzelpersonen, die sich den Aufbau einer tatsächlichen sozialistischen Opposition vornehmen wollen, vor, nach dem Parteitag der LINKEN eine sozialistische Konferenz zur Bilanz des Parteitags zu organisieren, und dort über die Frage zu debattieren, wie angesichts der sozialchauvinistischen und imperialistischen Aufrüstungspolitik der Ampelregierung eine klassenkämpferische, sozialistische und revolutionäre Alternative im Bruch mit dem Reformismus aufgebaut werden kann.“

–*Klasse gegen Klasse*, 19. Juni 2022

Aber die erfahrenen Hochstapler von SOL, SAV, AKL usw. benötigen keine Hilfestellung von RIO, um als „linke“ Opposition zu manövrieren und zu posieren, so dass auch diese Variante ihrer Druckausübungs-Projekte ohne Erfolg blieb.

Im Herbst, als rechtsextreme Kräfte Tausende nationalistische Demonstranten gegen den Krieg, die Energiekrise, Inflation usw. auf die Straße brachten, und die Linke-Kampagne „Genug ist genug“ wenig Widerhall fand – zum Teil, weil sie *nicht* gegen den Krieg gerichtet waren – hat RIO einen Aufruf „für einen revolutionären Bruch mit der Linkspartei“ veröffentlicht (*Klasse gegen*
⁹ „Gegen die Wand: Thesen zur Situation der Linkspartei Ende Oktober 2022“, *Junge Welt*, 18. Oktober 2022.

Klasse, 15. Oktober 2022). Mit Unterschriften von einigen aktuellen oder ehemaligen Mitgliedern von der Linksjugend solid, lud sie zu einer Konferenz um den Schlusstrich unter 15 Jahre von Die Linke zu ziehen. Diese ist jetzt für Mitte Januar 2023 aufgerufen. In Vorbereitung fragt RIO rhetorisch, „Ist eine revolutionär-sozialistische Partei links der LINKEN möglich?“ (*Klasse gegen Klasse*, 28. Dezember 2022). Abgesehen davon, wieviel Anhang diese Initiative erweckt, muss man zuallererst fragen, wofür die heraufbeschworene Partei stehen soll. In diesem Artikel ist von einem „Übergangsprogramm“ die Rede. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, was RIO damit meint, werfen wir einen Blick auf ihr „Notfallprogramm“ für den (ausgebliebenen) „Heißen Herbst“ (*Klasse gegen Klasse*, 3. Oktober 2022).

In diesem Sieben-Punkte-Programm lesen wir von „Preisstopp jetzt“ für „Gas, Strom, Tanken, Nahrung, Miete“; automatische Anpassung von Löhnen und Sozialleistungen an die Inflation; „entschädigungslose Enteignung der Energiekonzerne unter Kontrolle der Beschäftigten“; „sozialen und ökologischen Umbau des Energiesystems und der gesamten Wirtschaft“; „Schluss mit dem Krieg. Weder Putin noch NATO. Sanktionen und Waffenlieferungen beenden. Keine 100 Milliarden für Aufrüstung!“ Auch „Aufnahme aller Geflüchteten! Ende des Lagersystems! Gegen rechte Hetze!“ usw. Da muss man fragen, wie sollen all diese schöne Sachen zustande kommen? Es wird von „Streiks gegen Krieg und Krise“ gesprochen, wobei man „an der Basis der Gewerkschaften selbst organisieren“ muss, denn „die Gewerkschaftsspitzen paktieren lieber mit den Unternehmen und der Regierung“ – scheinbar ohne Kampf gegen die Bürokraten. Verschiedene Forderungen sind also als Bittstellen an die Regierung gerichtet, während die restlichen nur fromme Wünsche bleiben.

Ein Übergangsprogramm wie im Gründungsdokument der Vierten Internationale, von Trotzki verfasst, ist das ganz und gar nicht. Es fehlen Forderungen, die als Brücke zwischen den aktuellen Forderungen der Massen und dem Ziel der sozialistischen Revolution dienen würden. Wie soll ein Preisstopp verwirklicht werden? Es steht da nichts von gewerkschaftlich-basierten Komitees um die Preise zu kontrollieren. Wie soll die rechte Hetze gegen Immigranten und Linken erwidert werden? Keine Erwähnung von Arbeiterschuttkomitees. Wer soll die „Kontrolle der Beschäftigten“ von verstaatlichten Energiekonzernen einführen? Der bürgerliche Staat? Die *Arbeiterkontrolle*, wie Trotzki und die Kommunistische Internationale sie als Übergangsforderung konzipierten, kann nur durch die Besetzung der Unternehmen durch die Arbeiter verwirklicht werden. Und zur Schlüsselfrage, da gibt’s nichts über den Kampf für eine Arbeiterregierung, die sozialistischen

Revolution, oder eine Arbeiteravantgardepartei um diese anzuführen. Insgesamt ist das ein reformistisches Programm, das eine etwas linke Linkspartei aufstellen könnte.

Soll das dann ein „Sofortprogramm“ sein, anders als das Übergangsprogramm? Das wäre der Zwiespalt zwischen Minimal- und Maximalprogramm der Sozialdemokratie. Besonders um den Krieg ragt die Klassenfrage hervor. „Der Krieg wird nicht durch die Waffen der NATO gestoppt“ (!), schreibt RIO, indem sie sich an „Kriegsgegner“ (also, Ukraine-Verteidiger) richten, die ihr Heil im imperialistischen Militärbündnis suchen. Stattdessen rufen diese Dritter-Weg-Gauner zu Arbeiteraktionen auf, die „gleichzeitig die Kriegslogistik der NATO und Russlands blockieren.“ Damit setzen sie NATO-Imperialisten und ihre Zielscheiben gleich. Revolutionäre Kommunisten, hingegen, rufen zu Arbeiteraktionen gegen Waffenlieferungen an die Ukraine auf, um dem imperialistischen Krieg der USA/NATO gegen Russland eine Niederlage zu erteilen. Auf jeden Fall ist die vorgebliche pazifistische Neutralität der RIO durchaus fiktiv. Mit ihrer ständigen Politik, jedweder „Bewegung“ nachzujagen, die momentan in kleinbürgerlichen Milieus populär ist, landen diese beruflichen Hinterherläufer öfters auf der Seite der bürgerlichen Reaktion.

So auch beim Krieg in der Ukraine. Die RIO/FT sind sich durchaus bewusst, dass die enormen pro-ukrainischen „Friedensdemos“ in Wirklichkeit zur Unterstützung des imperialistischen Krieges gegen Russland mobilisieren. Ein Artikel zur Großdemonstration Ende Februar in Berlin berichtete, dass „sich auf der Kundgebung so gut wie niemand gegen die Militarisierung Deutschlands stellte... Neben einem blau-gelben Fahnenmeer waren überall Flaggen der Europäischen Union zu sehen“ (*Klasse gegen Klasse*, 28. Februar). Aber da waren „mehrere hunderttausend Menschen in der Hauptstadt auf die Straße“ gegangen. „Was tun?“ fragte sich die RIO. Ihre Antwort: Mitmachen. So kam es, dass am 13. März, als die Gewerkschaftsleitungen erneut Zehntausende auf die Straße in Berlin brachten, die RIO und andere linksopportunistische Gruppen einen angeblich „klassenkämpferischen und internationalistischen Block“ organisierten. Aber auch hier, mussten sie zugeben, gab es „viele Stimmen für Sanktionen und zum Teil auch für Waffenlieferungen an die Ukraine“ (*Klasse gegen Klasse*, 13. März).

Es waren nicht nur „Stimmen“, die Führung des DGB, die zur Demo aufgerufen hatte, sprach sich für „scharfe wirtschaftliche Sanktionen“ gegen Russland aus, und äußerte sich nur „kritisch“ (d. h., nicht ablehnend) über die Militarisierung. Ob der linke Propaganda-Block für oder gegen Waffenlieferungen und Sanktionen Stellung nimmt, ist Nebensache. Sie nehmen Teil an Demos, für „Solidarität mit den Ukrainer*innen“, also mit dem Kiewer Regime, das als Speerspitze der NATO gegen Russland dient. Das sind Mobilisierungen für den Krieg gegen Russland, und die RIO, mit ihrem „Weder Putin noch NATO“-Transparent, ist mit von

der Partie. Die bunten Linksopportunisten schwimmen mit dem kriegerischen Strom. Diese *Hilfstruppen der NATO* haben sich wehrpflichtig gemeldet und leisten ihren Beitrag mit pseudo-pazifistischen Parolen zur Stimmungsmache für den imperialistischen Ansturm gegen Russland. Auch wenn es um kleinere Demos der Linken geht, z. B. am 29. Mai, vom Bündnis „Soziales statt Aufrüstung“ aufgerufen, ist das nur Streit über das Staatsbudget, nicht Widerstand gegen den Imperialismus.

IKL versucht vergeblich, die Pazifisten zu mobilisieren

Das letzte Glied dieser Kette von gleichgeschalteten Linken, die sich in den imperialistischen Krieg gegen Russland (und letztendlich gegen den deformierten Arbeiterstaat China) eingereiht haben, ist die zentristische Internationale Kommunistische Liga (IKL) und ihre hiesige Sektion, die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD). Wenn die Parteispitze von Die Linke dem SPD-Kriegstreiber nachläuft, und die Parteilinken sich vor der Leitung beugen, so jagen die verschiedenen reformistischen Pseudo-Trotzkisten hinter den Linken in der Linkspartei, während die zentristischen Varianten auf der Spur der Reformisten los sind. Wie schon erwähnt, hat die RIO/FT seit einigen Jahren vergeblich versucht, die Linken der Linkspartei in das eine oder andere Projekt für eine etwas linke Partei zu locken. So wie die RIO im Herbst 2021 eine Opposition innerhalb von Die Linke gegen die Regierungsbeteiligung anzetteln wollte, so kommt die SpAD im Frühling 2022 als Nachhut, mit derselben Methodologie, mit einer Initiative, „Schmeißt die NATO-Unterstützer aus der Linken“.

Zur Erinnerung: die IKL (und vor ihr, die internationale Spartakistische Tendenz) war durch vier Jahrzehnte die Verkörperung des revolutionären Trotzkismus, bis Mitte der 90er Jahre, als sie, nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der mit ihr verbundenen osteuropäischen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten wie der Deutschen Demokratischen Republik, der Welle des Defätismus innerhalb der Linken weltweit erlag. Die Gründer der Liga für die Vierte Internationale und der Internationalistischen Gruppe sind Kader, die aus der IKL 1996-1997 ausgeschlossen worden waren. Die neuzeitliche IKL gab Stück für Stück das leninistisch-trotzkistische Programm auf, bis sie in 2010 skandalös die militärische Invasion und Besetzung Haitis vom US-Imperia-



Stimmungsmacher am Werk am Brandenburger Tor, 13. März 2022. DGB Vorsitzender Rainer Hoffman sprach sich von der Tribüne für „starke Sanktionen“ gegen Russland aus, während viele Teilnehmer mit ihren blau-goldenen ukrainischen Fahnen mehr Waffenlieferung von der NATO an die Ukraine forderten.

lismus verteidigte. Während anderthalb Jahre der Pandemie hatte die IKL/SpAD sich völlig vom Klassenkampf verabschiedet, konnte sogar nicht auf die Straße gehen, um gegen die mörderische rassistische Polizeirepression zu protestieren. Dann, gerade als die Bourgeoisie sich entschieden hat, die Lockdowns aufzugeben, haben diese Ex-Trotzkisten plötzlich entdeckt, dass diese Maßnahmen zu unterstützen (was eigentlich nur sie systematisch getan haben) Klassenverrat ist.

Aus ihrem Dornröschen-Schlaf erweckt, schaut die SpAD/IKL herum und versucht sich politisch zu orientieren. Dabei entdeckt sie einen vermeintlichen Konflikt zwischen der pro-NATO-Führung der Linkspartei und pazifistischen Tendenzen in der Mitgliedschaft und versucht diesen Widerspruch auszunutzen. Sie schlagen vor, die offenen NATO-Befürworter wie Gregor Gysi und Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow aus Die Linke auszuschließen, drucken sogar einen Antrag in diesem Sinne und kommen zum Erfurter Parteitag mit einem Transparent, das in einigen bürgerlichen Medien erwähnt wurde. Damit haben sie sich lächerlich gemacht, weil, wie wir dargestellt haben, die ganze Linkspartei auf den pro-NATO, antirussischen Kriegskurs eingestiegen ist. Aber nicht nur das. Mit ihrer überschlauen Taktik hat sie pazifistischen Strömungen und sogar den deutschen Imperialismus verschönert. Sie schreibt:

„Über Jahrzehnte hinweg war ihre Position ‚gegen Aufrüstung‘ und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr‘ kompatibel mit den Zielen des deutschen Imperialismus... Die ‚friedliche‘ Politik des deutschen Imperialismus in den letzten 30 Jahren konzentrierte sich auf die Ausbeutung und Unterjochung der abhängigen Länder Europas von Lissabon über Athen bis Riga im Rahmen der EU und mithilfe des Euro, um damit seine wirtschaftliche und politische Dominanz in Europa unter dem Schirm des US-Imperialismus weiter auszubauen.“

–Spartakist, Frühjahr 2022

In ihrem Corona-Schlaf war die SpAD offensichtlich von pazifistischem Fieberwahn heimgesucht und von einer wundersamen Amnesie befallen worden. Sie haben Deutschlands imperialistischen Kriegseinsatz in Afghanistan und das Massaker in Kundus vergessen, auch den 1. Golfkrieg 1990, die NATO-Bombardierung von Jugoslawien 1999, die KFOR-Truppen im Kosovo, den Marine-Einsatz am Horn von Afrika und im Mittelmeer, die Bundeswehr in Mali, Libyen, Sudan, Westsahara, die Ausbildung der Peschmerga in Kurdistan/Syrien. Anscheinend allesamt vergessen oder nicht mitbekommen genauso deutsche Fregatten im Südchinesischen Meer, „Deutschlands Verteidigung am Hindukusch“ und die Verteidigung der deutschen Sicherheit und Freiheit im „Indo-Pazifik“. Die Tatsache ist, dass pazifistische Rhetorik sich öfters in militärische Aktion mündet, genau wie die Sozialdemokratie 1914 ihre starken Antikriegsresolutionen mit dem Ausbruch des imperialistischen I. Weltkriegs plötzlich vergaß, und wie man grade bei der pazifisti-

schen deutschen Linken beobachten kann.

Der Pazifismus ist eine bürgerliche Ideologie, und „Friedensbewegungen“ sind naturgemäß Volksfronten, die sich auf der Verteidigung des kapitalistischen Fundaments aufbauen. Wie Trotzki in einem Artikel inmitten des Revolutions-Jahres 1917 schrieb: „Theoretisch und politisch steht der Pazifismus auf demselben Boden, wie die Lehre von der Harmonie der sozialen Klasseninteressen... [E]r schafft einen Ausgang für die Angst des Kleinbürgertums vor den Welterschütterungen, in denen es nur den Rest seiner Selbständigkeit verlieren kann; er lullt seine Wachsamkeit ein durch die fruchtlosen Ideen der Abrüstung, des Völkerrechts und der Schiedsgerichte, um sie dann im entscheidenden Moment samt Haut und Haar dem imperialistischen Kapital auszuliefern, das alle Mittel für seine Zwecke mobil gemacht hat: die Technik, die Kunst, die Kirche, den bürgerlichen Pazifismus, wie den patriotischen ‚Sozialismus‘.“

„Wir waren immer gegen den Krieg, unsere Abgeordneten, unsere Minister waren gegen den Krieg, – ruft der französische Kleinbürger, – folglich hat man uns den Krieg aufgedrungen, – und im Namen der Verwirklichung unserer pazifistischen Ideale – müssen wir den Krieg bis zum siegreichen Ende führen.“

–Leo Trotzki, „Der Pazifismus im Dienste des Imperialismus“ (Juni 1917)

Deswegen ist die rasante Gleichschaltung der reformistischen, und auch zentristischen Linken, die sich vor unseren Augen abspielt, keine unerwartete Neuigkeit. Im Gegenteil, sie ist die logische Folge der Politik der Klassenkollaboration, die sowohl dem sozialdemokratischen wie dem stalinistischen Reformismus zugrunde liegt. Aus dem gleichen Grund sind die zentristischen Manöver der RIO/FT und der SpAD/IKL gescheitert. Parteien und politische Strömungen, die sich auf die Reformierung des Kapitalismus aufbauen (mit Losungen wie „soziales statt Aufrüstung“, „Bücher statt Bomben“, „Butter statt Kanonen“, usw.) sind notwendigerweise zur Regierungsbeteiligung geneigt, und in Zeiten großen sozialen und wirtschaftlichen Umschwungs dem Druck zur nationalen Einheit zwangsläufig unterlegen.

Die „Zeitenwende“, die wir heute erleben, folgt auf den Fersen einer Pandemie, die die ganze kapitalistische Welt erschüttert hat, inmitten des aufkommenden Untergangs des Kapitalismus, und jetzt, wegen des wahnsinnigen Kriegskurses der USA und NATO/EU-Imperialisten gegen Russland und China, noch mit der eskalierenden Gefahr eines thermonuklearen Weltkriegs. Der Reformismus ist tot, Friedensbewegungen sind zum Scheitern und Umwandlung in Kriegsbewegung verurteilt. So ist der einzige Ausweg für die Ausgebeuteten und Unterdrückten der Welt der Klassenkampf, der direkt auf die internationale sozialistische Revolution abzielt. Dies war das Programm von Lenin und Trotzki, wofür heute die Internationalistische Gruppe und die Liga für die Vierte Internationale kämpfen. ■



Linksopportunistische Hilfstruppen der NATO. „Klassenkämpferischer Block“ marschiert in der von der DGB und anderen Gewerkschaftsleitungen aufgerufenen Großdemo für „Frieden und Solidarität“ mit der Ukraine, Berlin, 13. März 2022.

Für Impfpflicht und kostenlose Tests –

„Impfpässe“ = Polizeikontrolle, nicht öffentliche Gesundheit

Faschistoide Kräfte führen die reaktionären Anti-Impf-Proteste an

APRIL 2022 – Am 9. Oktober 2021 strömte eine Menge von etwa 10.000 Gegnern der obligatorischen Impfung gegen COVID-19 und den „Impfpass“ der Europäischen Union (EU), der in Italien als „Green Pass“ bekannt ist, auf die Piazza del Popolo in Rom mit dem Schrei „Libertà, Libertà!“ (Freiheit). Auf der Bühne angeführt wurde die reaktionäre „No-Vax“-Mobilisierung von den Führungsmitgliedern der Forza Nuova (FN), einer faschistischen Terrorgruppe. Darunter waren Roberto Fiore, FNs politischer Anführer, und Giuliano Castellini, der römische Capo (Chef) der bewaffneten Banden, die für Angriffe auf Einwanderer, Demonstrationen für die Rechte von Homosexuellen und jüdische Synagogen berüchtigt sind. Ebenfalls anwesend war Luigi Aronica, Mitglied der faschistischen Nuclei Armati Rivoluzionari (NAR), die in den 1970ern, der Zeit der *bleiernen Jahre*, für eine Reihe von Attentaten und 1980 für den Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna verantwortlich war, bei dem 85 Menschen getötet wurden.¹

Nach einer einstündigen Schimpftirade gegen Impfstoffe, Masken und Lockdowns, gegen „medizinische Diktatur“ und für „persönliche Freiheiten“ wollte ein Teil der Menge zum Parlament marschieren. Die faschistischen Anführer zogen (mit polizeilicher Erlaubnis) mit einer Gruppe von 600 Personen in eine andere Richtung, um den nationalen Sitz der CGIL (Italienischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund) zu stürmen. Mit den FN-Capos an der Spitze, die die Gewerkschaft als „Verräter“ anprangerten, verwüstete der Mob den Eingang, brach in die Büros ein, wo sie Computer zerstörten und die Räumlichkeiten durchwühlten, die sie in einem halb zerstörten Zustand zurückließen. Einigen Medienberichten zufolge rannte ein Beamter der Questura (örtliche Polizei) zwischen der Polizei und dem Mob hin und her, und die Polizisten unternahmen jedenfalls keinen Versuch, den Angriff zu verhindern. Es handelte sich um einen klassischen Angriff faschistischer *Squadristi* (Banden) auf die größte Gewerkschaft Italiens und damit auf die Arbeiterbewegung, mit der Begünstigung durch den Staat.

Zwei Tage später, am 11. Oktober, riefen SI Cobas und andere syndikalistische „Basisgewerkschaften“ zu einem landesweiten Generalstreik auf, um gegen Entlassungen zu protestieren, gegen das „Jobs Act“ (Beschäftigungsgesetz, das befristete Arbeitsverhältnisse zulässt), für eine kürzere Wochenarbeitszeit ohne Lohnneinbußen und für die Forderung, dass die Bosse die Corona-Tests bezahlen, die von allen Arbeitern verlangt werden, die keinen Green Pass haben. Dies waren unterstützbare Forderungen, aber in Mailand marschierten am selben Tag einige syndikalistische Gewerkschaften (SOL Cobas) sowie einige Linke – und Rechte – an den örtlichen CGIL-Büros vorbei und riefen „Ausverkäufer“ und trugen Schilder mit der Aufschrift „No Green Pass“ (die großen Gewerkschaftsverbände haben den Impfpass unterstützt). Die Mobi-

¹ Nach den Studenten-/Jugendrevolten von 1968 und dem „heißen Herbst“ militanter Arbeiterkämpfe von 1969 reagierte der italienische kapitalistische Staat mit einer „Strategie der Spannung“ und entfesselte faschistische Terrorgruppen, die er im Rahmen der US-/NATO-„Operation Gladio“ bewaffnet und finanziert hatte, um im Falle einer kommunistischen Machtübernahme in Italien eine „Stay-Behind“ oder Rücklaß-Geheimarmee zu haben. Zu den faschistischen Massakern in den darauffolgenden „bleiernen Jahren“ gehörten 1969 der Bombenanschlag auf die Piazza Fontana in Mailand (17 Tote) und 1974 der Bombenanschlag auf den Italicus-Expresszug (12 Tote).



Oben: Ein von Faschisten angeführter Mob griff am 9. Oktober 2021 mit Duldung der Polizei den Sitz des größten italienischen Gewerkschaftsverbands CGIL an. Unten: Roberto Fiore (links) und Giuliano Castellino, die Führer der faschistischen Forza Nuova, stachelten die „No Vax“-Demonstranten zum Angriff auf die Büros des Gewerkschaftsbundes an.

lisierungen gegen den Pass, die von rechten Impfgegnern angeführt wurden, richteten sich gegen medizinische Vorschriften zum Schutz des Lebens von Arbeitern. Gegen diese Provokation war der Platz von klassenbewussten Arbeitern an der Seite der CGIL-Verteidigungsgruppe in Mailand.

Doch anstatt die Arbeiterklasse gegen die faschistische Bedrohung zu mobilisieren, haben die CGIL-Spitzen die kapitalistischen Herrscher umarmt – im wahrsten Sinne des Wortes. Am Tag nach dem Anschlag vom 9.

Oktober in Rom besuchte der italienische Ministerpräsident Mario Draghi, Chef der Regierung der „nationalen Einheit“, die Gewerkschaftszentrale, wo er den Gewerkschaftsführer Maurizio Landini umarmte. Am Samstag, dem 16. Oktober, versammelten sich dann 200.000 Gewerkschafter aus ganz Italien auf der Piazza San Giovanni, auf der am selben Tag im Jahr 1943 die Gestapo mehr als tausend Juden aus dem Ghetto von Rom zusammengetrieben und in die Vernichtungslager deportiert hatte. Auf Schildern wurde verkündet: „Nie wieder



CGIL-Führer Maurizio Landini (links) umarmt den italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi am Tag nach dem faschistischen Angriff. Statt darauf zu hoffen, dass der kapitalistische Staat seine repressiven Kräfte einsetzt, die viel eher Linke und Arbeiter angreifen würden, rufen revolutionäre Marxisten zu Aktionen der Arbeiter gegen die faschistische Bedrohung auf.

Faschismus“. Diesmal umarmte Landini den Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Enrico Letta, die Menge sang immer wieder die Hymne des kommunistischen Widerstands aus dem 2. Weltkrieg, „Bella ciao“, und von der Tribüne aus kamen Rufe für Gesetze zur „Auflösung neofaschistischer Bewegungen“. Es war eine klassische Zelebrierung der Art von „antifaschistischer“ Klassenzusammenarbeit, die die italienischen Arbeiter zu historischen Niederlagen geführt hatten.

Als Maßnahme der öffentlichen Gesundheit zum Schutz der Bevölkerung vor einer Infektion mit dem tödlichen Coronavirus befrurten wir von der Liga für die Vierte Internationale eine Impfpflicht, d. h. eine obligatorische Impfung – soweit dies praktikabel ist. In einigen Berufen (Gesundheitswesen, Schulen, Fluggesellschaften), in denen Menschen zwangsläufig über längere Zeiträume hinweg in engem Kontakt sind, sollte die Impfpflicht für alle gelten – ohne Ausnahmen, weder aus religiösen noch anderen Gründen. In anderen Bereichen könnte eine Bestimmung über häufige Tests – die von den Bossen oder ihrem Staat bezahlt werden – möglich sein. Insbesondere bei der hochansteckenden Omikron-Variante, gegen die die vorhandenen Impfstoffe weniger wirksam sind, sind massive Tests unerlässlich, um die Ausbreitung einzudämmen. Doch die No-Vax-Proteste sind, unabhängig vom jeweiligen Ziel, reaktionärer Ausdruck des kapitalistischen Credo, das individuelle „Rechte“ über das Wohl der Bevölkerung stellt. Kein Wunder also, dass offen faschistische Elemente häufig die Führung übernommen haben.

Natürlich ist nicht jeder, der an Anti-Impf-Demos teilnimmt, ein Faschist. Es gibt auch einen Unterschied zwischen zögerlicher Impfung und Impfverweigerung – auch wenn es in der Praxis oft schwer ist, dies zu unterscheiden. Angesichts einer tödlichen Bedrohung – mehr als sechs Millionen Menschen sind weltweit an COVID gestorben, und täglich sterben Tausende weitere – oder auch nur einer schweren Erkrankung gibt es kein individuelles „Recht“, wirksame Maßnahmen der öffentlichen Gesundheit abzulehnen, die das Wohlergehen aller schützen können. Gleichzeitig ist es zwar legitim, aus gesundheitlichen Gründen einen Impfnachweis zu verlangen, aber wir warnen davor, dass „Impfpässe“ – insbesondere digitale – zu repressiven Zwecken verwendet werden können. Als revolutionäre Marxisten schauen wir nicht, geschweige denn fordern wir den kapitalistischen Staat auf, repressive Maßnahmen selbst gegen reaktionäre und faschistische Kräfte zu ergreifen; solche Maßnahmen können als Präzedenzfall für eine verstärkte Repression gegen die Arbeiter und Unterdrückten benutzt werden und wurden dies auch häufig. Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, unabhängig von den bürgerlichen Kräften ihre Klassenmacht einzusetzen, um solchen Provokationen Einhalt zu gebieten, wo es möglich ist und eine unmittelbare Bedrohung besteht.

Ultrarechte schlagen Kapital aus reaktionären Protesten der Impfgegner

Nach dem Angriff auf die CGIL-Büros in Rom am 9. Oktober haben faschistische und andere ultrarechte Kräfte das Ruder bei den Anti-Impf-Protesten rund um den Globus übernommen. Am 15. Oktober, der Tag, an dem der Green Pass in Italien in Kraft trat, wurde viel über eine Blockade des Hafens von Triest an der Adria durch „No Green Pass“-Hafenarbeiter gesprochen. Der Aufruf

Fotos: breakinglatestnews; wantedinrome.com

Twitter

kam von einer „autonomen“ Gewerkschaft, dem CLPT (Komitee der Hafendarbeiter von Triest), die etwa ein Fünftel der 1.500 Hafendarbeiter vertritt. Diese Gewerkschaft hat sich vor einigen Jahren von einer der Basisgewerkschaften nach rechts abgespalten und sich einem kleinen Dachverband angeschlossen, von einem Impfgegner angeführt, der auf der Liste von faschistischen Gruppen bei den Wahlen kandidiert hat. Die drei großen Gewerkschaftsverbände, die doppelt so viele Hafendarbeiter in Triest vertreten wie die von den Rechten geführte CLPT, schlossen sich der Arbeitsniederlegung nicht an, nachdem sie sich mit ihrer Forderung durchgesetzt hatten, dass die Hafenbehörde kostenlose Tests für Ungeimpfte anbietet.

Der „No Green Pass“-Showdown in Triest war keineswegs eine Aktion der Arbeiterklasse. Ihr Sprecher, Stefano Puzzer von der CLPT, früher Mitglied der antikommunistischen katholischen Gewerkschaft, die während des Kalten Krieges von der US Central Intelligence Agency finanziert wurde, führte 2015 einen Streik für die bevorzugte Einstellung einheimischer Arbeiter an. Ein weiterer Hafendarbeiter, der die Arbeitsniederlegung unterstützte, war Fabio Tuiach, ein ehemaliger Boxer und faschistisches (Forza Nuova) Stadtratsmitglied. Am 15. Oktober streikten nur 150 Hafendarbeiter und schlossen eines von fünf Toren, vor allem wegen der Anwesenheit von 5.000 Anti-Vax-Demonstranten aus ganz Italien. Das Be- und Entladen wurde fortgesetzt, in geringerem Tempo. Am nächsten Tag gab die CLPT bekannt, dass sie den Sitzstreik nicht fortsetzen würde, und Puzzer trat als Sprecher der Gewerkschaft zurück. Der „No Vax“-Protest wurde noch einige Tage fortgesetzt, bis er von der Polizei unter Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas aufgelöst wurde, woraufhin die Demonstranten auf den Hauptplatz der Stadt zogen.

Als die COVID-Infektionen im Herbst zunahmen und neue Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung angeordnet wurden, riefen Ultra-Rechte in ganz Europa zu Anti-Impf- und Anti-Lockdown-Demonstrationen auf, die zahlreiche Menschen anzogen. In Österreich kamen am 20. November, dem Tag, bevor die Impfpflicht eingeführt und ein 20-tägiger Lockdown beginnen sollte, etwa 40.000 Menschen zu einer von der faschistischen ÖVP (Österreichische Volkspartei) organisierten Demonstration in Wien. Der ÖVP-Vorsitzende Herbert Kickl (der wegen eines positiven COVID-Tests nicht teilnehmen konnte) sprach per Video zu den Teilnehmern, darunter Neonazis und Gestalten aus der faschistoiden Identitären Bewegung. Auf einem Transparent stand: „Kontrolliert die Grenzen, nicht Euer Volk“. Im belgischen Brüssel nahmen am nächsten Tag schätzungsweise 35.000 Menschen an einem „Protest für Freiheit“ teil, darunter auch Parlamentarier von der faschistoiden



Oben: An der Sitzblockade „No Green Pass“ am 15. Oktober 2021 an einem der fünf Tore des Hafens von Triest nahmen eine kleine Minderheit der Hafendarbeiter und mehrere Tausend Impfgegner aus ganz Italien teil. Unten: Die Anführer der Aktion, der rechte Gewerkschafter Stefano Puzzer (links) und der ehemalige Boxer und faschistische Stadtrat Fabio Tuiach.

flämischen Vlaams Belang.

In Deutschland gab es ab dem Frühjahr 2020 Proteste gegen die COVID-Lockdowns, meist angeführt von so genannten *Querdenkern*, einer Mischung aus Pandemie-Skeptikern und Verschwörungstheorie-Junkies, darunter auch Rechte und einige aus einem eher linken Milieu, besonders im früheren Westdeutschland. Seit Anfang 2021 wurden diese Proteste zunehmend von Rechtsextremen angeführt, wie dem faschistischen Bündnis „Freie Sachsen“ in Ostdeutschland²

² Freie Sachsen ist ein faschistischer Dachverband im Bundesland Sachsen, der im Februar 2021 gegründet wurde und Neonazis wie die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) und lokale Gruppen wie Pro Chemnitz vereint, die eine Massendemonstration zur Verteidigung des einwanderungsfeindlichen Pogroms vom August 2018 im ehemaligen Karl-Marx-Stadt organisierten. Siehe „Bürgerliche Kampagne gegen Flüchtlinge nach rassistischer Randalie in Chemnitz“, *Permanente Revolution* Nr. 3, Frühjahr 2019).

und den „Reichsbürgern“.³ Viele der Teilnehmer waren dieselben „völkischen“ oder ethno-nationalistischen Rechten, die 2015-2016 die immigrantenfeindlichen „Pegida“-Massenproteste bevölkerten und die faschistoide Alternative für Deutschland (AfD) wählen.⁴ Die Proteste blieben bis zum Sommer 2021 relativ klein, und vor allem im Herbst haben sie sich zu Massenmobilisierungen von Tausenden und Zehntausenden ausgedehnt, die gegen

³ Die Reichsbürgerbewegung waren anfänglich Monarchisten, die für die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches in den Grenzen von vor 1914 aufriefen. Seitdem haben sie eine Vielzahl von Ultrarechten eingeschlossen (z. B. vom Typ der „Mündigen Bürger“). Sie weigern sich, den jetzigen deutschen Staat anzuerkennen.

⁴ Pegida: „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Die AfD ist eine faschistoide parlamentarische Partei mit engen Verbindungen zu faschistischen Aktionskommandos. Siehe „Defend Muslims in Europe Against Racist ‚War on Terror‘ Backlash!“ *The Internationalist* Nr. 39, April-Mai 2015.

Impfmandate demonstrierten, manchmal angeführt von Neonazis.

Diese unheilvolle Entwicklung setzte sich auch 2022 fort, als die Zahl der mit der Omikron-Variante von COVID-19 infizierten Personen stark anstieg. Während sie sich häufig als friedliche „Spaziergänge“ ausgaben und sich mit den „Montagsdemos“ von 1989 im bürokratisch deformierten Arbeiterstaat DDR identifizierten, die bald zu rechtsgerichteten Mobilisierungen für die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands wurden, waren viele der faschistisch angeführten Anti-Impf-Proteste regelrechte Provokationen. Dazu gehörte zum Beispiel die Versammlung am 7. Februar vor dem Vivantes-Klinikum in Ost-Berlin, in dem Tausende von COVID-Patienten behandelt worden sind. Eine klassenbewusste Arbeiterbewegung würde einen solchen reaktionären Mob auseinander treiben, aber stattdessen wenden sich die regierenden Sozialdemokraten (SPD und Linkspartei) und Gewerkschaftsbürokraten an die (notorisch von Neonazis und der faschistoiden AfD verseuchten) Bullen und riefen zu einer Wochenenddemo der klassenkollaborationistischen Regierungskoalition mit den bürgerlichen Grünen auf.

Dann kam im Januar/Februar 2022 der Anti-Impf-„Freedom Convoy“ kanadischer Trucker vor dem Parlament in Ottawa, der auf Toronto, Windsor und andere Städte übergriff. Diese Aktionen wurden sowohl von den Protagonisten als auch von den bürgerlichen Medien als Beispiele für den Widerstand der Arbeiterklasse gegen Impfverordnungen dargestellt. In Wirklichkeit handelte es sich jedoch fast ausschließlich um LKW-Besitzer, die Angestellten der Spediteure würden niemals damit durchkommen, dass sie die Lastzüge ihrer Unternehmer tage- und wochenlang stilllegen. Dieser kleinbürgerliche Sektor wurde schon oft von ultrarechten Kräften mobilisiert, so auch 1973 bei der *paro* (Arbeitsniederlegung) der LKW-Besitzer in Chile, der von den Faschisten von Patria y Libertad organisiert und von der CIA finanziert wurde, um die Regierung der Unidad Popular von Salvador Allende zu stürzen. Und die Blockade der Trucker in Ottawa wurde in der Tat von weißen Rassistens, Unterstützern der antimuslimischen Northern Guard, den nordischen Nazis „Soldiers of Odin“, immigrantenfeindlichen Gruppen und anderen Rechten angeführt.⁵

Vertreter der Teamster-Gewerkschaften in den USA und Kanada bezeichneten den „Konvoi“ als einen Angriff auf die Lebensgrundlagen der Werktätigen, während die Service Employees den „gezielten Rassismus“ der Trucker anprangerten. Der Gewerkschaftsverband Public Service Alliance rief für den 12. Februar zu einer Gegenkundgebung auf. Am nächsten Tag hinderten Hunderte ein neues Kontingent daran, sich dem Konvoi anzuschließen. Doch anstatt die Anti-Vaxxer politisch zu bekämpfen, wandten sich die Gewerkschaftsspitzen und die sozialdemokratische Neue Demokratische Partei an Premierminister Justin Trudeau, um

⁵ *Toronto Star*, 28. Januar 2022; *Global News*, 2. Februar 2022



Hunderte von Impfgegnern, angeführt von faschistoiden und anderen rechtsextremen Kräften, demonstrieren vor dem Vivantes-Klinikum in Berlin, Februar 2022.



Der „Freedom Convoy“ der kanadischen Trucker gegen die Impfpflicht wurde von Truckbesitzern, nicht von Arbeitern, angeführt, und zwar von Ultrarechten und Faschisten.

Twitter

Grace Hovius Photography

die Polizei einzuschalten. Er tat dies schließlich auf der Grundlage des Notstandsgesetzes, einer polizeistaatlichen Maßnahme, bei der es sich um das aktualisierte Kriegsmaßnahmengesetz handelt, das sein Vater, der damalige Premierminister Pierre Elliott Trudeau, im Oktober 1970 gegen die Unabhängigkeitskämpfer in Quebec einsetzte. Die Liga für die Vierte Internationale ruft klassenbewusste Arbeiter dazu auf, die Unabhängigkeit von Quebec zu unterstützen und sich gegen die Polizeiaktionen gegen die Trucker zu stellen, wohl wissend, dass eine solche Repression viel schneller und brutaler gegen Arbeiter und Unterdrückte eingesetzt wurde und wird.

COVID-19 Impfung ist eine Maßnahme für die öffentliche Gesundheit

Bei den Anti-Impf-Protesten in Deutschland stand auf Plakaten häufig „Ich entscheide“. In den USA hieß es häufig „My body, my choice“, in Italien einfach „Libertà“. Bei vielen Krankheiten ist es in der Tat eine persönliche Entscheidung des Einzelnen, ob er ein Medikament einnimmt oder nicht. Aber bei hoch ansteckenden Krankheiten, die oft tödlich sind oder schwere Krankheiten verursachen – insbesondere bei Epidemien – und erst recht bei einer weltweiten Pandemie – haben die Interessen zur Rettung von Leben und der Erhaltung der allgemeinen Gesundheit der gesamten Bevölkerung Vorrang. Der egoistische Individualismus unter solchen Bedingungen spiegelt bürgerliche, kapitalistische „Werte“ wider, wie die Demonstranten selbst häufig betonen und ihre Aktionen mit Protesten gegen den Kommunismus gleichsetzen. Im Gegensatz dazu kämpfen revolutionäre Kommunisten für wirksame Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, auch seitens des kapitalistischen Staates, und wenden sich gleichzeitig gegen polizeistaatliche Repressionen und „Impfpässe“.

Seit Beginn der Massenimpfung gegen COVID im Januar 2021 war klar, dass alle verwendeten Impfstoffe die Wahrscheinlichkeit einer Infektion mit der ursprünglichen Variante des Coronavirus SARS-CoV-2 und vor allem die Häufigkeit schwerer Krankheitsverläufe und Todesfälle stark verringerten. Darüber hinaus verringerte die Impfung die Übertragung auf andere Personen um etwa 60 %, wie aus Statistiken der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hervorgeht. Seitdem hat die Erfahrung jedoch gezeigt, dass die Wirksamkeit des Impfstoffs mit der Zeit abnimmt, und mit dem Auftreten der infektiöseren Delta-Variante im Juni 2021 verringerte die Impfung die Übertragungsraten um etwa 40 % – ein geringerer Wert, aber immer noch signifikant.⁶ Doch bei der noch ansteckeren Omikron-Variante, so die Direktorin der US-amerikanischen Zentren für Krankheitskontrolle und -prävention (CDC) Rachel Walensky, verringern die Impfstoffe zwar immer noch stark die Schwere der Folgen, aber, „Was sie [die Impfstoffe] nicht mehr können, ist die Übertragung zu verhindern.“⁷

Wenn dies der Fall ist (und es könnte sein, dass es nicht so ist),⁸ heißt das dann, dass die öffentliche Gesundheit als Rechtfertigung für die Impfpflicht hinfällig sei? Keineswegs, denn *dadurch, dass die Zahl der COVID-19-Fälle, die einen Krankenhausaufenthalt erfordern, stark zurückgeht, werden durch die Impfung Ressourcen für die medizinische Versorgung für andere Patienten verfügbar.* Als Italiens „Green Pass“ im Herbst 2021 in Kraft trat, handelte es sich bei den COVID-Patienten in italienischen Krankenhäusern „fast ausschließlich um ungeimpfte Personen aller Altersgruppen“, so die GIMBE-Stiftung, die das italienische Gesundheitssystem überwacht. Als die Omikron-Variante⁶, „Vaccines reduce COVID transmission by 40%: WHO.“ *Medical Express*, 24. November 2021.
⁷ Im Interview mit Wolf Blitzer, CNN, 10. Januar.
⁸ Eine landesweite Studie in Dänemark über die Übertragung der Omikron Untervariante BA.2, die jetzt dominant in Europa und den USA ist, innerhalb von Haushalten, zeigte, dass sie ansteckender als die originale Variante ist, aber dass die Retransmission von geimpften Personen stark herabgesetzt ist. medRxiv, 30. Januar 2022.

ante im Winter über Italien hinweggefegte, war die Rate der Krankhauseinweisungen aufgrund COVID für ungeimpfte Personen *sechsmal* so hoch wie für geimpfte und geboostete Personen.⁹ Da das Gesundheitssystem in Teilen Italiens während der ersten Welle von Pandemie-Infektionen im März 2020 fast zusammenbrach und die Zahl der COVID-Fälle im Januar 2022 *33 Mal* höher war,¹⁰ war die Gefahr eines Zusammenbruchs sehr real.

In den Vereinigten Staaten ist dies ebenso der Fall. Laut Daten der CDC waren von Januar bis zum 31. August 2021 landesweit 99 % aller Patienten, die wegen COVID ins Krankenhaus eingeliefert wurden, nicht vollständig geimpft.¹¹ Selbst inmitten der Omikron-Infektionswelle zeigte eine Studie an Krankenhäusern in Los Angeles, dass in der ersten Januarwoche 2022 die COVID-Krankhauseinweisungsrate bei ungeimpften Personen *23-Mal höher* war als bei denen, die mit einer Auffrischungsimpfung vollständig geimpft waren.¹² Die Tatsache, dass die Impfung an sich eine Infektion mit den neuesten Stämmen von COVID-19 nicht verhindert, aber den Schweregrad der Krankheit stark reduziert, ist kein Argument gegen eine Impfpflicht. Vielmehr unterstreicht dies, dass *zusätzlich zur Impfung häufige, massive Tests* (sowohl Antigen- als auch PCR-Tests) durchgeführt werden müssen, einschließlich *obligatorischer Tests*, wenn hohe Übertragungsraten dies rechtfertigen.

In der kapitalistischen Welt war die Reaktion der Herrschenden auf die tödliche Pandemie eine völlige Katastrophe, insbesondere für die Armen, die Werktätigen und die Unterdrückten. Die bürgerliche herrschende Klasse als Ganzes griff zur Impfung, als wäre sie eine magische Kugel, die ein sofortiges Heilmittel für COVID-19 bietet, und strauchelte dann, als sich herausstellte, dass dies nicht der Fall war. Sie machte die Arbeiter zum Sündenbock, obwohl der größte Einzelfaktor für die Ausbreitung der Krankheit darin bestand, dass die Gesundheits- und Krankenhausbehörden symptomatische Patienten nach Hause schickten, anstatt Isolierzentren einzurichten, wie es China mit seiner kollektivierten Wirtschaft tat, obwohl schon früh bekannt war, dass COVID überwiegend in Haushalten übertragen wird. Die kapitalistischen Behörden versuchten eher, die „Kurve abzufachen“ statt die „Ausbreitung des Virus zu stoppen“, denn ihre Priorität war es, den Zusammenbruch des öffentlichen Gesundheitssystems zu verhindern, das sie durch Kürzungen, Schließungen und Privatisierungen im Namen angeblicher „Effizienz“ sabotiert hatten.

Opportunistische Linke läuft den Impf-Gegner hinterher

Die COVID-Pandemie mit weltweit über 500 Millionen gemeldeten Fällen hat die kapitalistischen Regierungen in Unordnung gebracht und auch die Linke verwirrt. Opportunisten, die jeder „Bewegung“ hinterherlaufen, die zur Zeit Konjunktur hat, waren zunächst ratlos, doch einige schlossen sich später den

⁹ Laut Italiens Istituto Superiore di Sanità, war die Rate der Hospitalisierung ungeimpfter Personen (3. Dezember 2021 – 2. Januar 2022): 248,5 pro 100.000. Für geimpfte Personen, 37,2 pro 100.000. Reuters, 28. Januar 2022.

¹⁰ Anzahl der registrierten COVID-19 Fälle in Italien: 26. März 2020, 5.651; 14. Januar 2022, 181.822. New York Times Datenbasis.

¹¹ *New York Post*, 8. September 2021.

¹² *Morbidity and Mortality Weekly Report*, 4. Februar 2022.



Faschistische und andere rechtsextreme Schläger schlagen Linke bei der Demonstration vom 31. Juli 2021 gegen den „Gesundheitspass“ von Präsident Macron.

Nantes Révolte

rechtspopulistischen Anti-Lockdown- und Anti-Impf-Protesten an. Andere hingen sich an Aufrufe an, Schulen unbegrenzt zu schließen, einschließlich in Situationen, in denen es medizinisch nicht erforderlich war, und trotz des Schadens dadurch für die Arbeiterklasse, armen Familien und Kinder. Im Gegensatz dazu stellen echte Kommunisten – dem Programm der bolschewistischen revolutionären Anführer W.I. Lenin und Leo Trotzki folgend – eine Reihe von *Übergangsforderungen* im Kampf für sozialistische Revolution auf. Zu diesen Forderungen müssen energische Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit gehören, die auf die Notwendigkeit eines vollständig sozialisierten öffentlichen Gesundheitssystems hinzielen, das eine kostenlose, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle bietet. In diesem Rahmen *ist die Impfung kein Allheilmittel, aber* sie ist als Teil eines umfassenderen Programms zur Bekämpfung der tödlichen Pandemie *unerlässlich*, zentral basierend auf *Arbeiteraktionen zur Durchsetzung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen.*

Frankreich/Deutschland

Der erste Vorstoß von angeblichen Linken auf das Terrain rechter Anti-Impf-Mobilisierungen erfolgte in Frankreich. Als die Regierung des selbsternannten „Jupiter-Präsidenten“ Emmanuel Macron im vergangenen Juli eine Pflichtimpfung gegen COVID ankündigte, die durch einen „Gesundheitspass“ bescheinigt werden sollte, kam es im ganzen Land zu Protesten. Bis Mitte Juli brachten wöchentliche „No-Vax“-Demos, die größtenteils über soziale Medien organisiert wurden, über 100.000 Menschen auf die Straßen französischer Städte. In Paris gehörten Florian Philippot, der ehemalige Vizepräsident von Marine Le Pens faschistischer Front National (jetzt Nationale Versammlung genannt), und der ehemalige Gaullist Nicolas Dupont-Aignan zu den führenden Figuren. In den Provinzen stammten viele Teilnehmer aus der populistischen „Gelbwesten“-Bewegung von 2018/19, die sich gegen Macrons Kraftstoffsteuererhöhungen richtete. Alle Berichte deuten darauf hin, dass die Demonstranten überwiegend Impfgegner waren und dass rassistische, einwanderungsfeindliche Xenophobe prominent vertreten waren.

Praktisch die gesamte Linke und die Gewerkschaftsbewegung prangerten routinemäßig das „autoritäre“ Dekret des französischen Präsidenten an, unternahmen aber nichts dagegen. Der französische Ableger der Trotzkistischen Fraktion (FT), die bis zu ihrem Ausschluss im vergangenen Jahr eine Strömung innerhalb der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) war, witterte jedoch eine neue Bewegung im Anmarsch. Sie stellte fest, dass die meisten Teilnehmer ein „individualistisches Prisma, das der ‚Freiheit‘, hatten, das sich leicht auf reaktionärem Terrain verfestigen konnte“;

dass „man die Tatsache nicht verbergen kann“, dass die Mehrheit durch eine „Ablehnung von Impfstoffen“ motiviert war, und dass „in Paris die Rechtsextremen erfolgreich waren“, um die Proteste zu „hegemonisieren“. Dennoch, so die FT Gruppe, „drückt die Bewegung eine fortschrittliche Perspektive aus, indem sie sich dem Gesundheits-Autoritarismus widersetzt“, und „dieser Prozess der Mobilisierung könnte der Beginn einer nicht-reaktionären Bewegung gegen die Regierung sein“ (*Révolution Permanente*, 18. Juli 2021). *Uff!*

In Frankreich wie anderswo lässt sich das strategische „Prinzip“ der FT so zusammenfassen: *Bewegt sich was, so lauf ihm nach.* Das hat dazu geführt, dass sie reaktionären „Bewegungen“ zur Waffenkontrolle hinterherläuft und Illusionen mit Aufrufen zur „Abschaffung der Polizei“ in den Vereinigten Staaten befördert.¹³ In Deutschland schwärmte der Ableger von FT, RIO (Revolutionäre Internationalistische Organisation), Anfang 2021 von dem Aufruf #ZeroCOVID, der forderte, „Fabriken, Büros, Unternehmen, Baustellen, Schulen“ mit einem „Generalstreik, der alle nicht lebensnotwendigen Produktionen stoppen würde“, stillzulegen (*Klasse gegen Klasse*, 30. Januar 2021). Diese Fantasie riecht nach kleinbürgerlichem Privileg, denn die Fachkräfte der Mittelklasse würden von zu Hause aus an ihren Laptops arbeiten, natürlich bei vollem Lohn, während die schlecht bezahlten „unverzichtbaren Arbeiter“ ihre Gesundheit riskieren, um Krankenhäuser am Laufen zu halten, Lebensmittel zu liefern, Pakete zuzustellen usw.

RIO argumentierte, dass „im Gegensatz zu den vielen ‚Corona-skeptischen‘ Mobilisierungen“ dies zumindest eine „linke“ Antwort auf die COVID-Politik sei. Doch einige Monate später rief die französische Filiale der FT dazu auf, sich den Protesten anzuschließen, die von Impfgegnern mit Verbindungen zur extremen Rechten dominiert werden! Dazu gehörten die „coronaskeptischen“ RéinfoCovid sowie rechtsextreme Schlägertrupps wie Action Française (royalistisch), Civitas (katholisch-integrationistisch und pétainistisch)¹⁴ und andere.

Was geschah also mit dieser potenziellen „nicht-reaktionären“ Bewegung mit einer angeblich „progressiven Perspektive“? Am 23. Juli 2021 rief FTs Gruppe *Révolution Permanente* dazu auf, am nächsten Tag „Alle gegen Macrons Gesundheitspass und Autoritarismus auf die Straße“ zu gehen, und eine Woche später dasselbe. Doch am 31. Juli griff in Nantes eine Bande von Neonazi-Schlägern von Civitas, darunter ein prominenter lokaler Kandidat von Le Pens Nationaler Versammlung, Antifaschisten an und schlug sie brutal zusammen, inmitten eines Polizeiangriffs. In Montpellier wurde ein Apotheker bei der Durchführung von COVID-Antigentests von Demonstranten angegriffen (*Révolution Permanente*, 6. August). Das beendete das linke Geplänkel mit den rechten Protesten gegen den Gesundheitspass. Inzwischen hat Macrons Innenminister gedroht, das alternative Medium *Nantes Révolte*, aufzulösen, das ein dramatisches Foto der Faschisten bei der Arbeit veröffentlicht hat. Dessen „Verbrechen“? Es hatte zu einem Protest „gegen den Staat und Bullen“ aufgerufen.

Italien

In Italien war die „No Green Pass“-Bewegung vor allem in der Arbeiterbewegung ein Thema. Wie bereits erwähnt, unterstützen die wichtigsten Gewerkschaftsverbände (CGIL, UIL, CISL) den Impfpass der Draghi-Regierung als Teil ihres Gesamtprogramms der *Klassenkollaboration*, das im Laufe der Jahre

¹³ Siehe „Socialists‘ Chase After Anti-Gun Movement“, *The Internationalist*, April 2018; „Abolish the Police‘ Under Capitalism?“ *The Internationalist* Nr. 60, Mai-Juli 2020.

¹⁴ Katholische Integrationisten bestehen darauf, dass die Kirchenpolitik Grundlage für die öffentliche Gesetzgebung sein muss. Marshall Philippe Pétain war der bonapartistische Diktator des Nazi-Marionettenregimes in Vichy, das während des Zweiten Weltkriegs Mittel- und Südfrankreich in Zusammenarbeit mit der deutschen Militärverwaltung im Norden regierte (und mit der vergleichbaren katholisch-nationalistischen Diktatur seines ehemaligen Schülers Generalissimo Francisco Franco in Spanien).

Hunderttausende von Arbeitsplätzen gekostet hat, sowie die Zustimmung zu massiven Kürzungen bei den sozialen Diensten, insbesondere bei den Krankenhäusern und der öffentlichen Gesundheit. Die kämpferischen „Basis“-Gewerkschaften (Cobas) waren in dieser Frage gespalten, wobei einige (SLAI Cobas) den Green Pass nachdrücklich befürworteten, während andere (SOL Cobas) den Pass und obligatorische Impfungen entschieden ablehnten. SI Cobas, die größte dieser Gewerkschaften, klagte den Versuch der Regierung an, ihre katastrophale Handhabung der COVID-Krise zu entschuldigen:

„Sie haben uns während der akuten Phase der Pandemie zu Tausenden sterben lassen, um die Fabriken und Lagerhäuser offen zu halten und weiterhin Gewinne zu machen! „Jetzt zwingen sie uns den Green Pass auf, um sich jeglicher Verpflichtung in Bezug auf die Sicherheit am Arbeitsplatz zu entledigen und machen aus COVID ein individuelles Problem des einzelnen Arbeiters, obwohl es das System der kapitalistischen Ausbeutung ist, das verantwortlich ist.“

Gleichzeitig erklärte SI Cobas ihre Unterstützung für die Impfung:

„Wir sind die Ersten, die glauben, dass Impfungen nützlich sind, und wir bekämpfen entschlossen jede impfgegnerische Haltung“. Und mit der Erklärung, dass „wir nicht akzeptieren können, dass ... den Arbeitern ihr Lohn vorenthalten wird“, forderte sie kostenlose Tests:

„Wir fordern, dass die Tests für diejenigen, die diese Möglichkeit in Anspruch nehmen wollen, kostenlos sind. Die Unternehmen müssen die Kosten für ihre Durchführung tragen, statt dass sie die Löhne der Arbeiter belasten.“

Aber unter dem Druck der hochpublizierten Ankündigung einer „Blockade“ des Hafens von Triest durch die mit rechter Politik geführte CLPT, rief SI Cobas am 14. Oktober zu einem Streik gegen den Green Pass auf und erklärte: „Die SI Cobas unterstützt die Mobilisierung der Hafentarbeiter von Triest ... und aller Arbeiter, die sich dieser Maßnahme widersetzen wollen“, wobei sie hinzufügte, dass ihre Unterstützung „nichts mit dem leugnenden und verschwörerischen Geschwätz der sogenannten ‚No-Vaxxer‘ zu tun hat“. Dieser Aufruf war ein Fehler und eine Kapitulation vor den Kräften, die die öffentliche Gesundheit angreifen. Wie bereits erwähnt, nahmen an dem Sitzstreik in einer der Hafenanlagen in Triest überwiegend „No-Vax“-Demonstranten aus ganz Italien teil, während die meisten Hafentarbeiter sich dieser reaktionären Aktion nicht anschlossen. Dies war insbesondere deshalb der Fall, weil die Hafenbehörden unter dem Druck aller Gewerkschaften zustimmten, allen Arbeitern, die dies wünschten, kostenlose Tests als Alternative zu einer Impfbescheinigung anzubieten.

In der Folge verurteilte SI Cobas, wie auch andere Gewerkschaften, zu Recht die polizeilichen Repressionen, mit denen der Sitzstreik im Hafen von Triest beendet wurde. Später, im Dezember, kritisierte eine Dissidentengruppe (Banchi Nuovi) in Neapel, die lose mit SI Cobas verbunden war, die Führung, weil sie anstatt „schlicht und einfach die Rücknahme des Green Pass“ zu fordern, stattdessen die Forderung nach kostenlosen COVID-Tests hinzufügte und damit stillschweigend die Impfpflicht akzeptierte. Die Gruppe Banchi Nuovi (jetzt Teil von SOL Cobas) lehnte den COVID-Impfstoff selbst ab. Als Reaktion darauf veröffentlichte SI Cobas ein umfangreiches (43-seitiges) Dokument, „Zwei Jahre Kampf gegen die kapitalistische Ausnutzung der Pandemie“ (April 2022), in dem sie das „Gift der Verneinung“ der „No-Vaxxer“ verurteilte, die behaupten, gegen „Gesundheitsdiktatur“ und für individuelle „Entscheidungsfreiheit“ zu kämpfen, zusammen mit den „Neofaschisten der Forza Nuova“, die den Hauptsitz der CGIL angriffen, worüber das Banchi Nuovi-Dokument schweigt.

Das SI-Cobas-Dokument zeigt, dass international die Rate der COVID-Infektionen, Krankenseinweisungen und Todesfälle im umgekehrten Verhältnis zur Impfquote steht. Es enthält wertvolle Informationen über die Sabotage der öffentlichen Gesundheit durch

die Regierung: 37 Milliarden Euro wurden in den letzten zehn Jahren gekürzt, während die Zahl der verfügbaren Krankenhausbetten von 922 pro 100.000 Einwohner im Jahr 1980 auf 275 im Jahr 2013 gesenkt wurde. Es prangert wissenschaftsfeindliche Kräfte an. Aber es lehnt nicht nur den Green Pass ab – einen digitalen Ausweis, der an sich nichts zur Förderung der öffentlichen Gesundheit beiträgt –, sondern kritisiert auch Gruppen wie die Partito Comunista dei Lavoratori (PCL), die zu Recht eine Impfpflicht fordert. Dem SI-Cobas-Dokument zufolge wird damit „der Schutz der Gesundheit und Sicherheit des Proletariats an den Staat (und damit an die Bosse) delegiert“. Dies ist ein absurdes Argument. Würde sich SI Cobas auf dieser Grundlage weigern, die vom Staat festgelegten Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen am Arbeitsplatz einzuhalten? Oder Impfungen gegen Tetanus, Masern, Polio oder andere Krankheiten verweigern?

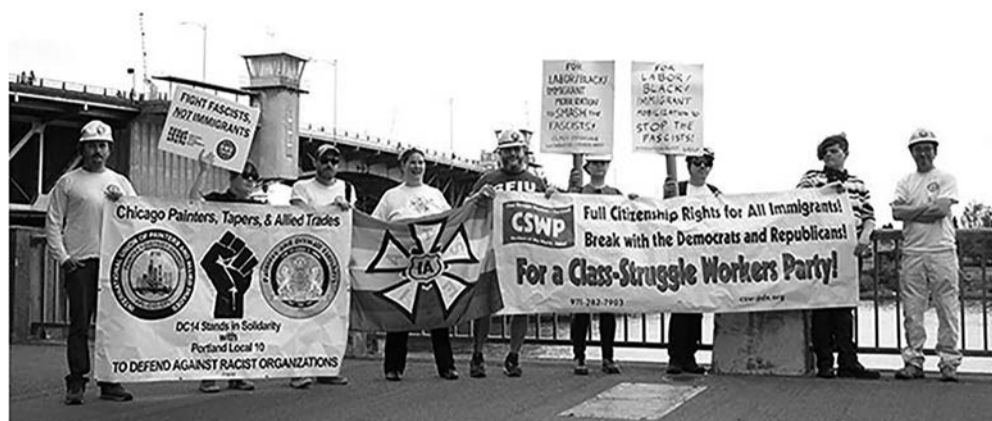
Das Dokument spiegelt auch die Position von SI Cobas wider – die sich mit fast der gesamten italienischen Linken sowie der Bourgeoisie deckt –, dass China angeblich kapitalistisch sei. Dennoch wird eingeräumt, dass China in der Lage war, die Ausbreitung des Coronavirus wirksam zu kontrollieren – und damit Millionen von Menschenleben zu retten –, was selbst den reichsten westlichen kapitalistischen Nationen nicht gelungen ist. Der Grund, warum Beijing in der Lage war, „alle Gegenmaßnahmen organisch zu kombinieren“, ist eben genau die kollektivierte Wirtschaft eines Arbeiterstaates, auch wenn dieser bürokratisch deformiert ist. SI Cobas' Rede von einem chinesischen „staatlichen Turbokapitalismus“, der auf einem Modell der „Ausbeutung der Arbeitskräfte und einem System der Unterdrückung der Proletarier, das noch brutaler ist als das westliche“, beruhe, steht im krassen Widerspruch zu Chinas beispiellosem Erfolg mit der enormen Erhöhung des Lebensstandards und der Lebenserwartung bei gleichzeitiger Beseitigung der extremen Armut und ist eine Reflektion von antikommunistischer Propaganda. Mit der Propagierung solcher Behauptungen, die aus dem ideologischen Arsenal „ihrer eigenen“ kapitalistischen Herrscher entnommen sind, unterstützen Syndikalisten und opportunistische Linke den imperialistischen Kriegskurs gegen Russland und China, der den gegenwärtigen Russland-Ukraine-Krieg provoziert hat und zu einem dritten Weltkrieg hinführt.

Kampf für Arbeiterkontrolle über Gesundheit und Sicherheit auf dem Weg zur sozialistischen Revolution

Die Impfung gegen COVID-19 ist eine entscheidende Maßnahme für die öffentliche Gesundheit, die, um wirksam zu sein, nahezu universell durchgeführt werden muss. Sie muss jedoch mit Massentests, der Rückverfolgung von Kontaktpersonen und der Bereitstellung von qualitativ hochwertigen, medizinisch überwachten Unterkünften zur Isolierung infizierter oder symptomatischer Personen kombiniert werden – nichts davon haben kapitalistische Regierungen durchgeführt. Für die Bescheinigung der Impfung ist kein digitales Ausweisdokument erforderlich, das um andere persönliche (einschließlich biometrischer) Informationen erweitert werden kann. Die Forderung von SI Cobas nach kostenlosen Tests als Alternative für diejenigen, die bei Impfungen zögern, kann ein Schritt hin zu einem umfassenden Schutz an Arbeitsplätzen sein, die keinen engen Kontakt erfordern. Sie kann auch ein Schritt in Richtung Arbeiterkontrolle über Gesundheit und Sicherheit sein, wenn sie Teil eines Gesamtprogramms für sozialistische Revolution ist, um dem kapitalistischen Schlachten ein Ende zu setzen.

Gleich zu Beginn der Pandemie, im März 2020, stellten die Internationalist Group/U.S. und Class Struggle Workers – Portland, eine mit der IG brüderlich verbündete Gewerkschaftstendenz, ein Aktionsprogramm für Werktätige und Arbeiterorganisationen auf, das unter anderem die Forderung enthielt, „Gesundheits- und

CSWP Calls for Workers Action in Coronavirus Crisis



Schon am Anfang der Pandemie legten die Internationalist Group und klassenkämpferische Gewerkschafter ein Programm für die Arbeiterkontrolle über Gesundheit und Sicherheit vor.

Sicherheitskomitees zu bilden, die in jedem Betrieb, ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht, zu wählen sind, um sicherzustellen, dass alle Sicherheitsmaßnahmen für alle Arbeiter durchgesetzt werden und dass jede notwendige Ausrüstung zur Verfügung steht.“ Weitere Forderungen lauteten: „unbegrenzte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf höchstem Niveau“, „volle Bezahlung aller Arbeiter, die durch das Virus Ausfallzeiten hatten“ und kostenlose Gesundheitsversorgung für alle. Für die Millionen „unentbehrlicher Arbeiter“, die an ihrem Arbeitsplatz blieben, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken, riefen wir die Gewerkschaften auf, kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen, einen Stopp aller Razzien gegen Einwanderer und aller Abschiebungen, die Schließung der Internierungslager für Einwanderer und die Freilassung der Inhaftierten zu fordern.¹⁵

In ähnlicher Weise haben Class Struggle Education Workers, die ebenfalls mit der IG verbunden sind, in Schulen in New York City gefordert:

„Jetzt, wo sichere Impfstoffe für alle Erwachsenen, Jugendlichen und Kinder ab 5 Jahren zur Verfügung stehen, ist die CSEW für eine **obligatorische Impfung gegen COVID-19 für alle in den Schulen** (Lehrkräfte, Personal, Lernende, Lieferanten, Verwaltungsangestellte) als eine notwendige Maßnahme für die öffentliche Gesundheit. Es darf **keine Ausnahmen aus religiösen Gründen** geben.... Schulen sind Umgebungen, in denen eine große Anzahl von Menschen interagiert und eine strikte soziale Distanz nicht möglich ist, obwohl alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um sichere Abstände zu gewährleisten, wo immer dies möglich ist, insbesondere in Klassenzimmern. Alle Schüler müssen bereits gegen Masern, Mumps, Röteln, Windpocken,

¹⁵ Siehe „CSWP Calls for Workers Action in Coronavirus Crisis“, in *The Internationalist* Nr. 59, März-April 2020.

Kinderlähmung, Diphtherie-Tetanus-Pertussis, Hepatitis B und in höheren Klassenstufen gegen Meningokokken geimpft sein. Als Erzieher unterstützen wir diese Anforderungen an die öffentliche Gesundheitsfürsorge, die für die Sicherheit aller von entscheidender Bedeutung sind, und helfen bei ihrer Durchsetzung. Dies gilt umso mehr im Falle der potenziell tödlichen Krankheit COVID-19.

„Angesichts der hohen Ansteckungsgefahr der Omikron-Variante sind außerdem **häufige, flächendeckende Tests in den Schulen unerlässlich**. Wöchentliche PCR-Screening-Tests sollten stark ausgeweitet werden, so dass an jeder Schule umfangreiche Stichproben von **allen** gezogen werden können, ohne dass die vorherige Zustimmung der Eltern erforderlich ist. Potenziellen Ausbrüchen kann vorgebeugt werden, indem wöchentlich oder zweimal wöchentlich (**Antigen-)Schnelltests für alle** eingeführt werden.... **An jeder Schule** sollte es **gewerkschaftlich geführte Sicherheitsausschüsse** geben, die für die Tests und die Ermittlung von Kontaktpersonen zuständig sind und gegebenenfalls **über die Schließung von Klassenzimmern oder Schulen entscheiden**, und zwar nach Kriterien und Protokollen, die von den Gewerkschaften vereinbart wurden.“

– „Use Union Power to Keep Schools Open Safely“, *Marxism & Education* Nr. 6, Januar 2022

Zu der Zeit, als viele Lehrgewerkschafter wegen der hohen COVID-Raten die Schließung der Schulen und die Rückkehr zu „virtuellem Unterricht“ forderten, erklärte die CSEW, dass „Fernunterricht“ ein Oxymoron sei, ein Widerspruch in sich, der unkalkulierbaren Schaden für die Schüler verursache, insbesondere für die Schwächsten: Arme, Obdachlose und Einwanderer. Die CSEW und die IG setzen sich stattdessen seit August 2020 für gewerk-

weiter auf Seite 42



New York, Januar 2022: Class Struggle Education Workers und die Internationalist Group fordern Pflichtimpfungen und häufige Tests zusammen mit kleineren Klassengrößen und gewerkschaftlichen Sicherheitskomitees, um den Schulbetrieb offen und sicher zu halten.

Permanente Revolution

Biden, Sanders, Demokraten bewaffnen die zionistischen Schlächter

Verteidigt die Palästinenser gegen den israelischen Krieg Für Arabisch-Hebräische Arbeiterrevolution!

18. MAI 2021 – Die Erstürmung der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem durch Hunderte von israelischen Polizisten am Montag, dem 10. Mai, war der Startschuss für einen neuen zionistischen Krieg gegen das palästinensische arabische Volk. Während die imperialistischen Medien von einem militärischen Konflikt zwischen Israel und der Hamas, der islamistischen Regierungspartei in der belagerten Enklave Gaza, sprechen, ist die Realität ein einseitiges Abschlagen von Palästinensern durch die israelische Kriegsmaschine. Die Zahl der Toten spricht für sich: über 220 getötete Araber bisher, mehr als 60 davon Kinder, im Vergleich zu 6 toten israelischen jüdischen Zivilisten.

Darüber hinaus sind durch israelische Bombardierungen elektrische Stromleitungen gekappt worden, während der Treibstoff für das einzige Kraftwerk ausgeht und die Stromausfälle in Gaza bis zu 16 Stunden pro Tag betragen. Mindestens 800.000 Menschen haben keinen Zugang zu frischem Wasser und die Abwässer fließen in die Straßen. Mehr als 700 Wohneinheiten wurden zerstört, darunter 76 Apartment-Hochhäuser. Schulen und Krankenhäuser wurden von Israels Präzisionsbomben getroffen und ein Medizinhochhaus wurde mit Absicht zerstört. Die Vereinten Nationen berichten, dass mindestens 58.000 Bewohner des engen Gazastreifens aus ihren Häusern vertrieben wurden, 47.000 von ihnen sind in UN-Schulen eingepfercht.

Hinzu kommt der Terror, der von zionistisch-faschistischen Rächern gegen Palästinenser in israelischen Städten mit gemischter arabischer und jüdischer Bevölkerung entfesselt wurde. Im besetzten Westjordanland haben israelische Militärs auf Protestdemonstrationen geschossen, während ultra-rechte Siedler Palästinenser angegriffen haben. Der rechte israelische Premierminister Benjamin Netanjahu, der den Krieg auslöste, um sich weiter im Amt zu halten, und das Militär, das Wohngebiete im Gazastreifen mit Artillerie und Bomben beschießt, schwören, so lange weiterzumachen, bis sie mit ihrer langen Liste von Angriffszielen fertig sind. Dennoch ist es den Zionisten nicht gelungen, den Widerstandswillen der Palästinenser zu brechen.

Die schrecklichen Bilder – von Wohnhäusern, die von Bomben platt gemacht wurden, von einem Vater, der seine toten Kinder in einer Leichenhalle anstarrt, von einem Araber, der von jüdischen Pogromisten gelyncht wird – haben weltweit Proteste von Zehntausenden ausgelöst. In Europa haben die imperialistischen Herrscher versucht, die Demonstranten als Antisemiten zu diffamieren und Demonstrationen gegen das zionistische Blutbad aufzulösen und zu verbieten. In den Vereinigten Staaten hat der demokratische Präsident Joe Biden die israelische Militäraktion gegen „terroristische Gruppen in Gaza“ nachdrücklich unterstützt, während die wirklichen Terroristen das israelische Militär und zionistische Lynchmobs sind, die in den Straßen wüten.

Eine Kurzfassung des Weißen Hauses über ein Telefonat mit Netanjahu am 17. Mai besagt, dass Biden „seine Unterstützung für einen Waffenstillstand zum Ausdruck brachte“, fügte aber hinzu, dass die beiden über „Fortschritte bei Israels Militäroperationen“ in Gaza sprachen. Unterdessen informierte die Administration den US-Kongress, dass sie den Verkauf von präzisionsgelenkten Waffen



Zerstörte Gebäude in Beit Hanoun, Gaza, nach einem israelischen Luftangriff am 14. Mai 2021. Israel greift gezielt Wohngebiete an, macht Zehntausende Palästinenser obdachlos.

im Wert von 735 Millionen Dollar an Israel genehmigt hat. An all diejenigen gerichtet, die dazu aufgerufen haben, das Biden-Regime ins Amt zu bringen, vergesst nicht, wie, wieder einmal, die Demokratische Partei des US-Imperialismus die Waffen geliefert hat, die Israel benutzt, um Tod auf das palästinensische Volk regnen zu lassen, wie jene in den USA gebauten F-16-Jets, die den Gazastreifen mit Terror-Bombardierungen belegen.

Im israelisch besetzten Westjordanland erhebt sich die Jugend, und während die Zerstörung des Gazastreifens unerbittlich weiter geht, wird von einer dritten Intifada (Aufstand) gesprochen, in Anlehnung an die Aufstände von 1987-1993 und von 2000-2004 (letzterer ausgelöst durch das Eindringen des Schlächters Ariel Sharon in das Areal von al-Aqsa mit 1.000 Polizisten). Heute wurde von arabischen Arbeiter- und lokalen Gruppen in Israel ein „Generalstreik und Aktionstag“ für das gesamte historische Palästina ausgerufen, um gegen die Angriffe auf Gaza und auf Palästinenser in Ost-Jerusalem und Israel zu protestieren. Hunderttausende legten die Arbeit nieder und schlossen Arbeitsstätten, Läden und andere Betriebe, sowohl in Israel als auch im Westjordanland, wo es zu Zusammenstößen



Palästinenser tragen die Leichen von Kindern, die beim Angriff auf Gaza am 16. Mai 2021 getötet wurden. Am folgenden Tag wurden 42 Menschen bei Luftangriffen auf Gaza getötet, darunter 10 Kinder.

Angreifer zu wehren und zurückzuschlagen, obwohl wir den islamistischen¹ Kräften – Todfeinde des Kommunismus, vom Iran und Syrien bis nach Palästina (wo die Hamas Anfangs von Israel gesponsert wurde) – keinerlei politische Unterstützung geben. Tatsache ist jedoch, dass die Palästinenser dem mörderischen israelischen Militär weitaus unterlegen sind. Die zionistische Zitadelle wird nicht durch selbstgebastelte Raketen zum Einsturz gebracht werden – dazu bedarf es eines revolutionären Klassenkampfes, innerhalb Israels und international.

Vor dem Hintergrund der fast einmütigen Unterstützung Israels durch die Imperialisten und der opportunistischen Linken, die dem palästinensischen Nationalismus und Islamismus hinterherlaufen, steht die LVI eindeutig für den proletarischen Internationalismus. Wir rufen dringend zu **Arbeiteraktionen gegen den zionistischen/imperialistischen Krieg gegen die Palästinenser** auf, einschließlich des Boykotts israelischer Luft- und Seefracht. Italienische Dockarbeiter im Hafen von Livorno erklärten, dass sie keine israelische Militärfracht abfertigen werden. Jetzt hat der Internationale Rat der Hafentarbeiter die Docker in aller Welt gebeten, sich zu weigern, für Israel bestimmtes Kriegsmaterial zu befördern. Dies sollte sofort von den Hafengewerkschaften in den USA (ILA und ILWU) und weltweit in die Tat umgesetzt werden.

Mit dem Aufruf, die seit 1948 fortschreitende **zionistische „ethnische Säuberung“ zu stoppen** und das **Recht der Palästinenser auf Rückkehr zu verteidigen**, betonen wir, dass dies einen gemeinsamen Kampf der arabischen und jüdischen Werktätigen erfordert, der zu einer **arabisch-hebräischen Arbeiterrevolution** hinführt. Palästina ist ein Fall von **geographisch vermischten lebenden Völkern**. Mit zwei Nationen – den palästinensischen Arabern und dem hebräischsprachigen Volk –, die denselben schmalen Landstreifen bewohnen, besteht die einzige Möglichkeit, einen gerechten Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen (wie z. B. Wasser) zu erreichen, in einem **arabisch-hebräischen Arbeiterstaat Palästina**, als Teil einer die gesamte Region umfassenden **sozialistischen Föderation des Nahen Ostens**, mit den mächtigen ägyptischen und türkischen Arbeiterklassen als Anker.

Wahlmanöver führt zu zionistischem Massenmord

Der gegenwärtige einseitige Krieg, der gegen die palästinensischen Araber geführt wird, fing mit einer zynischen Provokation an. Die liberalen Medien heucheln Besorgnis über eine „aus dem Ruder gelaufene“ Situation, die angeblich von „Extremisten“ auf beiden Seiten, Hamas auf der einen, Netanjahu auf der anderen Seite, angetrieben wird. Das ist Unsinn. Der Krieg wurde absichtlich vom israelischen Premierminister ausgelöst, der wegen Korruption vor Gericht steht und nach der letzten Wahl nicht in der Lage war, eine neue Koalitionsregierung zu bilden,

¹ Islamismus oder politischer Islam ist eine Doktrin, die besagt, dass das islamische Recht (Sharia) die Gesellschaft regeln soll. Für Islamisten gibt es keine Trennung von Moschee und Staat. Es gibt zwar verschiedene islamistische Strömungen und scharfe Unterschiede zwischen Islamisten des sunnitischen und des schiitischen Zweigs des Islams, aber alle fordern ein theokratisches, inhärent undemokratisches Regime, in dem religiöse Doktrin und Autorität an erster Stelle stehen.

aber immer noch als Chef einer „Übergangsregierung“ die Geschäfte führt. Netanjahu entschied sich für einen alten Trick: Zettelt einen Krieg an, dann müssen sich die Leute um die Führung scharen. Konkret brachte er seinen Minister für „öffentliche Sicherheit“, Amir Ohana, einen Netanyahu-Lakaien, dazu, eine Reihe von unprovokierten Angriffen auf Palästinenser zu unternehmen. Es begann in der ersten Nacht des Ramadan, am 13. April, als die Polizei in die Al-Aqsa-Moschee eindrang und die Lautsprecher, die das Abendgebet übertragen, abschaltete.

Kurz darauf verbot die Polizei Versammlungen am Damaskustor, wo sich arabische Jugendliche während des Ramadan abends versammeln. Dies führte zu nächtlichen Zusammenstößen zwischen jungen palästinensischen Männern und der Polizei. Am 21. April marschierten mehrere hundert Mitglieder einer zionistisch-faschistischen Gruppe, Lehava, durch das Zentrum Jerusalems, skandierten „Tod den Arabern“ und griffen palästinensische Passanten an. Währenddessen demonstrierten Palästinenser täglich im Sheikh-Jarrah-Viertel in Ost-Jerusalem, wo Siedler versuchen, arabische Familien zu vertreiben, wobei am 10. Mai eine Gerichtsentscheidung vorgesehen war. Die Polizei schlug regelmäßig auf die Demonstranten ein, einschließlich eines jüdischen Mitglieds der Knesset, das der mehrheitlich arabischen Gemeinsamen Liste angehört. Jerusalems stellvertretender Bürgermeister Aryeh King, ein Anführer der ultra-zionistischen Siedler, erklärte, dass die Zwangsräumungen „natürlich“ Teil einer Strategie seien, „Schichten von Juden“ in Ost-Jerusalem anzusiedeln. Mit anderen Worten, „ethnische Säuberung“ durch Vertreibung der Araber.

Dann, am Freitag, dem 7. Mai, griff die Polizei eine Gruppe von Gläubigen an der Al-Aqsa-Moschee an und schoss Betäubungsgranaten, Tränengas und Gummigeschosse in der Gebetshalle der drittheiligsten Stätte des Islams, wobei über 200 Menschen verletzt wurden, während Jugendliche sich zur Wehr setzten. Und am 10. Mai, an dem rechte und faschistische Zionisten am „Jerusalem-Tag“, der die Einnahme des arabischen Ost-Jerusalem im Krieg von 1967 feiert, provokativ durch das moslemische Viertel der Altstadt zum Tempelberg (wo sich auch die Al-Aqsa-Moschee befindet) marschieren, leitete die Polizei den Marsch erst im letzten Moment um. Zur gleichen Zeit stürmten Hunderte von Polizisten die Moschee zum zweiten Mal innerhalb von drei Tagen, unter dem Vorwand, dass Muslime Steine horteten (um al Aqsa vor Angriffen durch die Polizei und die Rechten zu schützen). Dies führte zu über 330 Verwundeten, von denen 250 ins Krankenhaus mussten. Es war glasklar, dass dies massive Proteste der Araber und den Abschuss von Raketen durch die Hamas auslösen würde.

Netanjahu wollte diesen Krieg, er wollte das Chaos, das er auslöste, es hatte den Effekt, den er suchte, und er ist jetzt auf einer Mordmission in Gaza. Dieses Gemetzel wird von den israelischen Streitkräften ausgeführt, unter Leitung vom Verteidigungsminister, General a.D. Benny Gantz, dem angeblich „gemäßigten“ zionistischen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bei den Wahlen 2020 und März 2021. Gantz ist ein Kriegsverbrecher, der als Oberstabschef die Terror-Bombardierung des Gaza-Streifens im Krieg 2014 anordnete, bei der über 2.200 Palästinenser getötet wurden. Alle Flügel der Zionisten haben also ihre Hände in arabischem Blut getränkt. Netanjahu wollte auch die Pogrome, die von zionistischen religiösen Fanatikern und Siedlern in israelischen Städten mit gemischter arabischer und jüdischer Bevölkerung durchgeführt werden, insbesondere in Haifa, Akko, Jaffa, Ramla und Lod. Oder richtiger Lydda, wie noch es vor dem Massaker von 1948 hieß, als Zionisten Hunderte töteten und Tausende von Arabern im Todesmarsch von Lydda vertrieben. Jetzt sind ultra-rechte Zionisten darauf aus, „den Job zu beenden“.



Protest in der gemischt jüdisch-arabischen Stadt Jaffa, außerhalb von Tel Aviv, gegen die israelische Bombardierung und den Beschuss des Gazastreifens und die Besetzung des Westjordanlandes. Der 15. Mai 2021 markiert den 73. Jahrestag der Nakba (Katastrophe), der Massenvertreibung der palästinensischen Araber im Zuge der Gründung des Staates Israel.

„Ethnische Säuberung“ von Arabern wäre katastrophisch

Viele Jahrzehnte lang hatten diese Städte zwischen einem Sechstel und einem Drittel arabische Bevölkerung, wobei Juden und Araber oft in den gleichen Vierteln und sogar in den gleichen Gebäuden lebten. Viele Juden in diesen Städten waren stolz darauf, mit Arabern zusammen zu leben. In den letzten Jahren haben rechte Zionisten jedoch versucht, die arabischen Bewohner zu ghettoisieren und sie durch eine Flut von neuen jüdischen Bewohnern dieser Städte, besonders in Lydda, zu verdrängen. Seit dem 11. Mai marschieren Hunderte von zionistisch-faschistischen Schlägern, viele von ihnen mit Schusswaffen ausgerüstet, durch die gemischten Städte und bedrohen und verprügeln gnadenlos die arabischen Bewohner, was zum Teil auf Videos festgehalten wurde. Es handelt sich um Pogrome, wie sie von den zaristischen Schwarzen Hundertschaften durchgeführt wurden, die vor der Revolution in Russland jüdische Viertel angriffen, oder von rassistischen Lynchmobs im Jim-Crow-Süden in den USA. Mindestens drei verschiedene faschistische Organisationen² sind daran beteiligt; einige von ihnen sind Ableger von Meir Kahanes (verbotener) Kach-Partei. Kahane war der Gründer der ultra-rechten terroristischen Jewish Defense League in New York.

Netanjahu beabsichtigt eine Koalition mit diesen Faschisten, die im April wiederholt Araber in Ost-Jerusalem angegriffen haben. In Lydda waren der Vorwand „Unruhen“ von arabischen Jugendlichen, die über den Angriff auf al Aqsa wütend waren, und das Abfackeln von Synagogen, die provokativ in arabischen Vierteln aufgestellt wurden. Netanjahu behauptete,

² Diese schließen Otzma Yehudit (Jüdische Macht), Lehava (Flamme) und die religiöse zionistische Tkuma Bewegungen ein.



Demonstranten marschieren in Ramallah, im israelisch besetzten Westjordanland, während des palästinensischen Generalstreiks am 18. Mai 2021.

Aviv entfernt, ist der Standort von Israels internationalem Flughafen und liegt direkt an der Landstraße nach Jerusalem.

Es ist also möglich, dass es einen Vorstoß geben wird, die Araber aus Lod/Lydda zu vertreiben, aber wenn dies so kommen sollte, dann hätte das katastrophale Folgen. Es würde sicherlich Hand in Hand gehen mit dem Versuch, die arabischen Bewohner des Viertels von Sheikh Jarrah in Ost-Jerusalem zu vertreiben. Eine solche rassistische Säuberung wäre nicht nur eine Aktion des faschistischen Lynchmobs: „ethnische Säuberung“ erfordert fast immer die Unterstützung durch die Waffen einer Staatsmacht. Und sie würde mit Sicherheit auf erbitterten Widerstand stoßen. Jeder erinnert sich daran, dass die Araber, die von den Zionisten 1948 vertrieben wurden, um den Staat Israel zu gründen, nie wieder zurückkehrten.⁴ Wenn sie also heute einen ernsthaften Versuch unternehmen würden, die Araber zu vertreiben, würde es wahrscheinlich ein Blutbad massiven Ausmaßes geben, das eine explosive Reaktion im gesamten Nahen Osten und in der Welt hervorrufen würde. Man kann sich die Auswirkungen in Brooklyn vorstellen, wo Palästinenser und ultra-orthodoxe Juden in den benachbarten Gebieten von Bay Ridge und Borough Park leben.

Die Natur der zionistischen Unterdrückung

Revolutionäre Marxisten lehnen sogar das Bestehen eines „jüdischen Staates“ ab, genauso wie wir die „Islamische Republik“ Iran oder selbsternannte christliche Staaten wie Francos Spanien ablehnen, die alle von Natur aus undemokratisch sind. Wir verteidigen das unterdrückte palästinensische Volk gegen die zionistischen Unterdrücker. Aber was soll aus den beiden Völkern werden, die jetzt das historische Palästina besiedeln? Palästinensische Nationalisten skandieren: „Vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein!“ Verschiedene linke Gruppen haben, nachdem sie lange Zeit Jasir Arafats Palästinensischer Befreiungsorganisation und deren Unterstützung für eine „Zwei-Staaten-Lösung“ hinterherliefen, in letzter Zeit den Ruf nach einer „Ein-Staaten-Lösung“ in einem „demokratischen säkularen Palästina“ aufgegriffen.

Liberalen und Linke verbreiten mit diesen Losungen demokratische Illusionen, während viele palästinensische Nationalisten und Islamisten, die jahrzehntelange zionistische Folter und Mord durchlitten haben, davon träumen, die israelischen Juden einfach rauszuschmeißen. Heute gibt es etwa 6,8 Millionen Juden und 6,8 Millionen Araber im historischen Palästina (plus Millionen weiterer palästinensischer Flüchtlinge, die in andere Länder, darunter Jordanien, Libanon und anderswo, vertrieben wurden). Aber im Kapitalismus wird sich die stärkere Macht durchsetzen, und heute ist diese Macht die der Zionisten, so dass die palästinensischen Araber, ob ein Staat oder zwei, verlieren werden.

Viele Linke bezeichnen Israel als „kolonialen Siedlerstaat“, als ob es eine Art Kolonie eines Landes wäre, in das die israelischen Juden zurückgehen könnten, wenn die Sache schief geht, wie die algerischen Kolonisten, die nach Frankreich gingen, oder die Weißen Rhodesier, die nach der Unabhängigkeit nach Großbritannien heimkehrten. Man beachte, dass in Algerien die französischen Kolonisten, bekannt als *piets noirs*, 10 % der Bevölkerung ausmachten; in Britisch Rhodesien (heute Simbabwe) stellten die weißen Siedler etwa 8 % der Bevölkerung dar. Im Vergleich dazu macht die hebräisch sprechende jüdische Bevölkerung etwa drei Viertel der Bevölkerung Israels aus.⁵

⁴ Siehe „1948: The Year of the Nakba (Catastrophe)“ in *The Internationalist* Nr. 9 (Sonderausgabe über Palästina), Januar-Februar 2001.

⁵ Im Gegensatz zu der zionistischen Behauptung, Israel sei „der Staat des jüdischen Volkes“, verwenden revolutionäre Trotzisten den Begriff „hebräischsprachiges Volk“, um sich auf die Bevölkerung zu beziehen, die mit der Gründung des zionistischen Staates zur dominierenden Nation in Israel wurde.



Grupo Internacionalista, mexikanische Sektion der LVI, protestiert in Mexiko-Stadt gegen den israelischen Krieg gegen die Palästinenser, 15. Mai 2021.

Obwohl die Gründung Israels ein koloniales Projekt war, das vom britischen Imperialismus nach der Balfour-Deklaration von 1917 ermöglicht wurde, ist Israel keine Kolonie – es ist eine Regionalmacht und ein kriegerischer imperialistischer Klient, insbesondere des US-Imperialismus. Sollte ein umfassender Krieg ausbrechen, könnten vielleicht viele nach Südfloida fliehen, doch im Großen und Ganzen wird die jüdische Bevölkerung Israels nirgendwo hingehen. Kein realistisches Programm zur Bezwingung des Zionismus kann auf solcherart Illusionen beruhen. Die hebräischsprachige Bevölkerung muss gespalten werden, entlang von Klassenlinien.

Israel ist auch kein „Apartheidstaat“ wie Südafrika, ein weiterer beliebter Vergleich. Liberale und Reformisten interpretieren „Apartheid“ so, dass es sehr repressiv oder sehr rassistisch bedeutet, wie in dem jüngsten Bericht (vom 27. April) von Human Rights Watch, „A Threshold Crossed: Israeli Authorities and the Crimes of Apartheid and Persecution“.⁶ Es ist verständlich, dass die Empörung über die schrecklichen Verbrechen Israels gegen das palästinensische Volk einige Aktivisten dazu veranlasst, nach einem eindrucksvollen Vergleich zu greifen. Aber anstatt die materielle Realität des zionistischen Staates zu beschreiben, ist dieser Begriff ein Ausdruck liberaler Verweigerung.

Es ist auch mit einem Programm verbunden, im Fall von Israel, wie Südafrika, von „BDS“ – das heißt, „Boycott, Desinvestition und Sanktionen“. Aber sich zu weigern, Hummus der Marke Sabra zu kaufen, wird den Krieg gegen die palästinensischen Araber nicht beenden, genauso wenig wie der Boykott von Krüger-Münzen zum Fall der südafrikanischen Apartheid führte. Und wer genau soll denn nun devestieren und sanktionieren?

⁶ HRW ist eine imperialistische Agentur, die typischerweise Kriegspropaganda über Menschenrechtsverletzungen durch Regime oder Bewegungen produziert, die die US-Herrscher ablehnen oder stützen wollen, obwohl sie gelegentlich (wie jetzt) mit den Machthabern in Washington nicht Gleichschritt gehen mag.

Dies ist ein Aufruf an kapitalistische multinationale Unternehmen und den US-Imperialismus, der sich weit größerer Verbrechen gegen unterdrückte Völker schuldig gemacht hat als selbst die mordwütigen Zionisten. Und jeder, der glaubt, das Pentagon würde aufhören, israelische Software für seine Computer zu kaufen oder israelische Söldner anzuheuern, die seine paramilitärischen Todesschwadronen in Lateinamerika trainieren, träumt.

Aber abgesehen von seinen programmatischen Implikationen ist der Begriff historisch ungenau. Als Marxisten verstehen wir, dass das Apartheidregime nicht nur aus rechtlichen Maßnahmen wie Passierscheinen bestand, sondern eine besondere Form der kapitalistischen Lohnsklaverei ist, die auf der Superausbeutung schwarzer afrikanischer Arbeiter basiert, die in Townships und „Bantustans“ zwangssegregiert wurden. Und in Apartheid-Südafrika betrug der Anteil der Weißen an der Bevölkerung etwa 15 %. Man kann sagen, dass das von Israel besetzte Westjordanland einer Apartheid-ähnlichen Herrschaft unterliegt, wo die palästinensisch-arabische Bevölkerung in kleine Kantone aufgeteilt ist und einige israelische Unternehmer Super-Profiten aus der super-ausgebeuteten Arbeit ihrer arabischen Arbeiter herauspressen. Aber in Israel selbst ist die arabische und hebräischsprachige Bevölkerung immer noch geographisch vermischt, und die Hardliner unter den Zionisten sind nicht in erster Linie an der Superausbeutung palästinensischer Arbeitskräfte interessiert, sondern würden die Araber am liebsten ganz vertreiben.

Deshalb haben wir von der Gefahr einer zionistischen „Endlösung“ geschrieben und den Gazastreifen und die Enklaven im Westjordanland, die in den Annexionsplänen vorgesehen sind, als riesige Konzentrationslager für Palästinenser bezeichnet. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Zionisten – sowohl die „Labor“-Zionisten wie David Ben Gurion als auch die von Ze'ev Jabotinsky angeführten „revisionistischen“ Zionisten – mit dem Hitler-Regime zusammenarbeiteten und sich gegen den Aufstand



Internationalist Group beim Protest in Los Angeles gegen den israelischen Krieg gegen die Palästinenser, 15. Mai 2021.



Internationalistische Gruppe, deutsche Sektion der LVI, protestiert in Berlin gegen den israelischen Krieg gegen die Palästinenser, 15. Mai 2021.

im Warschauer Ghetto von 1943 stellten.⁷ Die „Lösung“, nach der sich Netanjahus und Kahanes Erben sehnen, ist Nazideutschland viel näher als dem Apartheid-Südafrika und könnte letztlich, im wahrsten Sinne des Wortes, völkermörderisch sein. Wie wir im Jahr 2014 schrieben:

„Indem wir die Charakterisierung Israels per se als ‚kolonialer Siedlerstaat‘ oder ‚Apartheidstaat‘ zurückweisen, schmälern wir in keiner Weise die monströse Natur der zionistischen Verbrechen. Im Gegenteil, was die israelischen Machthaber bereit sind, den Palästinensern anzutun, ist potentiell viel schlimmer als das, was die rhesischen oder südafrikanischen Rassisten getan haben.“

–,Defend Gaza and the Palestinian People, For Arab-Hebrew Workers Revolution!“ (Juli 2014), in *The Internationalist* Nr. 38, Oktober-November 2014.

Was wird das Ergebnis des derzeitigen barbarischen Krieges gegen die Palästinenser sein? Noch ein weiterer Waffenstillstand? Die Palästinenser werden immer noch in einem zionistischen Schraubstock gefangen sein. Regionaler Krieg, Massen-„Bevölkerungstransfer“, wie die zionistischen Gründer es euphemistisch nannten? Auf all diese schrecklichen Szenarien muss die Antwort sein, für eine **arabisch-hebräische Arbeiterrevolution** zu kämpfen. Dieser Weg ist schwierig, aber er ist der einzig wahre Ausweg.

Zerschlagt Zionismus und Imperialismus durch internationale sozialistische Revolution

Die unaufhörlichen Angriffe auf die palästinensische Bevölkerung werden schließlich zu einer Explosion führen. Es ist lebenswichtig, dass die zionistische Festung von innen heraus durchbrochen wird. Israel hat schließlich Hunderte von Atomwaffen und eine Führung, die so verrückt ist, sie einzusetzen, gegen den Iran oder jeden anderen. Bis vor ein paar Jahren wurden die Rekruten des israelischen Panzerkorps auf die Spitze des Masada-Steilhangs in der jüdischen Wüste gebracht, um dort ihren Treueeid zu schwören. Dort sollen fast 1.000 Zeloten Massenselbstmord begangen haben, als sie im Jahr 74 von römischen Legionen umzingelt wurden. Das war das Ende der Zeloten, aber heute haben ihre selbsternannten Erben den Finger am nuklearen Abzug. Es gibt eine ganze Ebene der israelischen Führungsschicht von einigen Tausend pathologischen Mördern, die keine humane Gesellschaft tolerieren könnte. Aber es ist wichtig, dass sie von der hebräischsprachigen Arbeiterklasse und Revolutionären zur Rechenschaft gezogen werden, als Teil der Beendigung des endlosen Zyklus nationalistischer Gemetzel.

Die Situation, mit der das bedrängte pa-

lästinensische arabische Volk heute konfrontiert ist, ist düster, so wie sie es seit einem Dreivierteljahrhundert des zionistischen Aufstiegs und davor des britischen Kolonialismus und des Osmanischen Reiches war. Aber nicht alle israelischen Juden wollen für immer in einem Garnisonsstaat leben, und viele sind gegen die faschistischen Siedler und ultra-rechten religiösen Fanatiker, die jetzt auf den Straßen marodieren. Leon Trotzki warnte schon vor langer Zeit, dass das zionistische Unternehmen eine Todesfalle für Juden sein würde. Es gibt Bruchlinien in der israelischen Gesellschaft, aber es wird einen gewaltigen Schock brauchen, um den zionistischen Würgegriff zu sprengen. Der *einzig* Weg zur Befreiung liegt im vereinten *Klassenkampf* der Arbeiter und Unterdrückten, sowohl in Palästina als auch in der gesamten Region und international. **Arbeiteraktionen gegen die israelischen Militaristen** können den Weg weisen. **Revolutionäre Arbeiterkämpfe zum Sturz der anderen bürgerlichen Herrscher**, besonders in Ägypten und der Türkei, würden das zionistische Gebilde erschüttern.

In Europa, wo die Herrschenden lügnerrisch jeglichen und allen Widerstand gegen Israel als antisemitisch bezeichnen, muss der Kampf gegen den zionistischen Militarismus notwendigerweise gegen die Bourgeoisien und Sozialdemokraten gerichtet sein. In den Vereinigten Staaten gehen selbst die am weitesten links stehenden Demokraten nicht weiter, als die *bedingungslose* US-Hilfe für die zionistischen Schlichter zu kritisieren (und Bernie Sanders hat regelmäßig dafür gestimmt, Millionen zur Finanzierung des Iron-Dome-Raketenabwehrsystems und anderer Teile der israelischen Kriegsmaschinerie zu schicken).⁸ Deshalb würde ein Kampf zur **Beendigung aller US-Hilfe für Israel** und zum **Bruch mit den Demokraten und allen kapitalistischen Parteien** eine Wirkung haben. Ohne die Rückendeckung seiner imperialistischen Oberherren ist Israel ein sehr kleines Land in einem arabischen Meer. Aber letztendlich kann der Sieg über den Zionismus und Imperialismus (und die anderen imperialistischen Klienten und bürgerlichen Satrapen in der ganzen Region) nur durch eine **internationale sozialistische Revolution** erzielt werden. Die Liga für die Vierte Internationale strebt danach, den Kern der leninistisch-trozkistischen kommunistischen Partei zu schmieden, die zur Durchführung dieser Revolution unerlässlich ist. ■

⁸ Der Senator von Vermont und demokratische Vorwahlkandidat für das Präsidentenamt, der sich selbst als „demokratischer Sozialist“ bezeichnet, sagt, er sei „pro-israelisch“ und schloss sich im letzten Jahr seinen Senatskollegen an, als sie einstimmig – zweimal! – der Bewilligung von 3,3 Milliarden Dollar für Israel im Rahmen des „Foreign Military Financing Program“ zustimmten. Heute fordert Sanders nur, dass Biden einen „strengen Blick“ auf Israels Nutzung der US-Militärhilfe wirft, dass Biden „erwägen“ soll, sie zu reduzieren und sie an gutes Benehmen zu knüpfen. Dies steht im krassen Gegensatz zu der Forderung, dass alle Hilfe sofort gestoppt werden soll.

⁷ Siehe „Zionismus, Imperialismus und Antisemitismus“ und „Zionistische Komplizenschaft bei der Vernichtung des ungarischen Judentums“ und andere Artikel in *The Internationalist* Nr. 9, Januar-Februar 2001.

Alle Truppen, Militärs, Sicherheitskräfte, Dienste und Söldner der USA, raus aus dem Nahen Osten, sofort!

Afghanistan: Demütigende Niederlage für den mörderischen US-Imperialismus

Marionettenregierung bricht zusammen, US-Personal flieht, die Taliban übernehmen die Macht

26. AUGUST 2021 – Am 15. August fand die zwei Jahrzehnte währende Besetzung Afghanistans durch westliche Imperialisten unter Führung der Vereinigten Staaten ein unrühmliches und vorhersehbares Ende. Angesichts des raschen Vormarsches der reaktionären islamisch-fundamentalistischen Taliban brach die zutiefst korrupte Marionettenregierung zusammen und ihr Präsident Ashraf Ghani floh aus dem Land. Polizisten zogen ihre Uniformen aus. Tausende von Kollaborateuren – aber auch viele Angehörige der Mittelschicht – strömten panisch zum Flughafen, um zu fliehen. Vom Gelände der US-Botschaft hoben Hubschrauber ab und brachten Mitarbeiter zu einem Sammelplatz in der Nähe des Flughafens. Am nächsten Tag kletterten Menschenmassen auf Passagierflugzeuge und klammerten sich an Militärflugzeuge, als diese auf die Startbahn rollten, und stürzten nach deren Start in den Tod. Das Chaos bildete ein schmachvolles Ende des gescheiterten imperialistischen Terrorkrieges.

Die Invasion und Besetzung Afghanistans durch die USA wurde als Krieg gegen den Terrorismus und als Vergeltung für die Anschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon dargestellt. In Wirklichkeit waren diese Invasion und die anschließende Invasion und Besetzung des Irak im Jahr 2003 Teil eines Krieges für die globale Vorherrschaft des US-Imperialismus. Sie waren ein Versuch, die von George Bush I zur Zeit der Konterrevolution von 1991/92, die die Sowjetunion zerstörte, ausgerufenen „Neue Weltordnung“ zu etablieren. Noch bevor die ersten US-Bomben fielen, als George Bush II in Afghanistan einmarschierte, riefen wir inmitten der von den Medien geschürten hyperpatriotischen Raserei sofort dazu auf, den US-Imperialismus zu zerschlagen und Afghanistan und den Irak zu verteidigen. In einem Artikel, der drei Tage nach den Anschlägen vom 11. September veröffentlicht wurde, erklärten wir:



Kabul, 15. August 2021: Ein Chinook-Hubschrauber evakuiert Personal der US-Botschaft in der afghanischen Hauptstadt, während die Taliban Stadt und Land erobern.

„Die Internationalist Group, Sektion der Liga für die Vierte Internationale, ruft die Arbeiterklasse in der ganzen Welt auf zu kämpfen, um den imperialistischen Drang zu Krieg und Unterdrückung zu besiegen. Während sich die USA auf die Invasion Afghanistans vorbereiten, verteidigen Revolutionäre dieses Land, den Irak und alle anderen Länder, die von den Mächtigen-Globalbulen der Neuen Weltordnung unter der Führung von Bush & Co. angegriffen werden, die bei weitem die größten Massenmörder von allen sind....“

„Die afghanische Hölle wurde in den USA erschaffen. Wir fordern: USA raus.“ [Herzvorhebung im Original]

–„U.S. Whips Up Imperialist War Frenzy, Drives Toward Police State“ (14. September 2001), nachgedruckt in *The Internationalist* Nr. 12, Herbst 2001.

Die imperialistischen Besatzer haben ein Gemetzel entfesselt, das zwischen 2001 und 2021 in Afghanistan und jenseits der Grenze

in Pakistan eine Viertelmillion Menschenleben gefordert hat. Darunter sind schätzungsweise 47.000 Zivilisten in Afghanistan und 24.000 in Pakistan, sowie 66.000 Mitglieder der afghanischen Armee und Polizei und 51.000 „Oppositionskämpfer“. Darüber hinaus starben 3.600 US-amerikanische und verbündete Soldaten sowie über 3.800 Auftragskräfte (Söldner). Waren in Vietnam die Hauptmethoden des US-Massenmords das Eindecken von Dörfern mit Napalm und die B-52-Flächenbombardements, so waren es in Afghanistan die „punktgenauen“ Drohnenangriffe, die regelmäßig Hochzeitsgesellschaften, Beerdigungen, Bauern auf den Feldern, Buspassagiere, Ladenbesitzer und Kinder auf Basaren trafen. Und von 2009 bis 2017 wurden alle Angriffe von Barack Obama persönlich genehmigt.

Im Laufe der Jahre änderten sich die vorgeblichen Ziele der US-Machthaber bei der Besetzung Afghanistans immer wieder.

Anfangs ging es angeblich nur um Osama bin Laden, den saudiarabischen Gründer von Al-Qaida, der zum Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001 erklärt wurde. Bin Laden wurde im Mai 2011 von einem Killerkommando ermordet, das der demokratische Präsident Barack Obama entsandt hatte. Daraufhin verlagerte sich der Schwerpunkt auf einen „humanitären“ Imperialismus, ein demokratisches „Nation-Building“ mit Schwerpunkt auf der „Ermächtigung der Frauen“. Als der „Islamische Staat im Irak und in Syrien“ 2014 ein Kalifat ausrief, dehnten die USA den imperialistischen Terrorkrieg auf Syrien aus und verstärkten die Bombardierungen gegen die Taliban in Afghanistan. Da die afghanische Marionettenarmee jedoch nicht in der Lage war, die Islamisten zu besiegen, nahmen die USA, zunächst unter Obama und dann unter Trump, Gespräche mit den Taliban auf, um eine Verhandlungslösung zu finden.

Der eigentliche Grund für die Besetzung Afghanistans war das Streben des US-Imperialismus nach globaler militärischer Vorherrschaft, um seine schwindende Wirtschaftskraft zu kompensieren. Der Nahe Osten war und ist ein wesentlicher Bestandteil dieser geopolitischen Strategie. Auch wenn das Weiße Haus und das Pentagon unter Obama, Trump und Biden versucht haben, sich nach Asien zu orientieren, d. h. China ins Visier zu nehmen, hat sich die strategische Bedeutung des Nahen Ostens nicht geändert. Derzeit sind 45.000 US-Soldaten auf Stützpunkten und Flugzeugträgern im Nahen Osten stationiert. Darüber hinaus haben die USA eine große Zahl von Söldnern in Afghanistan eingesetzt, etwa 22.500 im letzten Jahr (im Vergleich zu 4.000 US-Soldaten), von denen zwei Drittel keine US-Bürger sind. In den neun Jahren von 2011 bis 2019 wurden fast 97 Milliarden Dollar an „Auftragnehmer“ in Afghanistan gezahlt, sogar mehr als an die afghanische Nationalarmee.

Rahmat Gul / AP

Parviz / Reuters



Männer tragen den Sarg von einem von 30 Bauern, die im September 2019 durch einen US-Drohnenangriff im Distrikt Khogyani, Provinz Nangarhar, Afghanistan, getötet wurden. Weitere 40 wurden verwundet. Sie hatten sich nach der Arbeit am Lagerfeuer ausgeruht.



Taliban-Kämpfer dringen am 15. August 2021 auf einem von Regierungstruppen erbeuteten Humvee in Kabul ein. Der Zusammenbruch der Marionettenarmee vor der Taliban-Offensive überraschte die USA.

Jim Huybreck for The New York Times

Wir fordern: alle US-Truppen, Militärs, Sicherheitskräfte, Dienste (CIA, DEA, USAID, etc.) und Söldner raus aus dem Nahen Osten, sofort!

Die Flucht der afghanischen Marionettenregierung und der Abzug der US- und NATO-Truppen ist eine große Niederlage für die imperialistischen Machthaber, die sich für die Herren der Welt halten. Dies sollte von den Gegnern des Imperialismus überall begrüßt werden. Die Tatsache, dass diese Niederlage spektakulär chaotisch verlaufen ist, ist nur gut so. Republikanische Sprecher im US-Kongress haben beklagt, dass dies China ermutigen wird, den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat, der das Hauptziel der imperialistischen Kriegstreiberei der beiden Parteien (der Demokraten und Republikaner) ist. Noch besser. Das gepflegte Image der imperialistischen Unbesiegbare hat einen gewaltigen Schlag erlitten.

Taliban an der Macht: Reaktionäre Bedrohung für die Unterdrückten

Der Sieg der reaktionären islamistischen Taliban ist jedoch kein Sieg für die Unterdrückten. Bilder von Hubschraubern, die beim Fall von Saigon 1975 und dem Fall von Kabul 2021 vom Gelände der US-Botschaften abhoben, ließen eine oberflächliche Parallele zwischen diesen beiden Niederlagen des Imperialismus entstehen. In Bezug auf Vietnam jedoch begrüßten revolutionäre Trotzisten den Sieg der Demokratischen Republik Vietnam und der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams. Wie wir damals schrieben:

„Er bedeutet den Sturz der kapitalistischen Herrschaft in Südvietnam, eine historische Errungenschaft für die Werktätigen der ganzen Welt, die von klassenbewussten Arbeitern bedingungslos gegen imperialistische Angriffe verteidigt werden muss.“¹

Der Aufruf der Trotzisten lautete: *Ganz Indochina muss kommunistisch werden!* Gleichzeitig warnten wir, „obwohl eine siegreiche soziale Revolution stattgefunden hat, ist der Kampf zur Errichtung revolutionärer und internationalistischer Arbeiterstaaten in der Region noch lange nicht vorbei“, da die neuen stalinistischen Machthaber „der verräterischen Politik der ‚friedlichen Koexistenz‘ mit dem Imperialismus verpflichtet sind“.

In Afghanistan hingegen sehen sich die Werktätigen und die unterdrückten Bevölkerungsgruppen nun einem neuen reaktionären Regime gegenüber, unter dem selbst die grundlegendsten demokratischen Rechte verweigert werden. Die Taliban sind ein von den USA geschaffenes Frankenstein-

¹ *Workers Vanguard* (9. Mai 1975), Zeitung der Spartacist League, damals die Stimme des authentischen Trotzismus, der heute von der Liga für die Vierte Internationale (LVI) vertreten wird.



Taliban-Beamter setzt Peitschen gegen Frauen in Burkas ein, 2001.

stein-Monster. Sie sind aus den *Mudschaheddin* hervorgegangen, die von der CIA finanziert und bewaffnet wurden, um die von der Sowjetunion unterstützte Regierung zu bekämpfen, die in den 80er Jahren die Rechte der Frauen vorangebracht hat. Und als die Taliban 1996 die Macht übernahmen, geschah dies mit der stillschweigenden Billigung Washingtons. Im Islamischen Emirat Afghanistan erklärten Sprecher der Taliban vor der US-Invasion 2001, dass Demokratie und politische Parteien im Widerspruch zum islamischen Recht (Scharia) stünden. Kommunisten wurden hingerichtet, Beamte aus dem tadschikischen Norden wurden durch Paschtunen (die Stammes-/ethnische Basis der Taliban) aus dem Süden ersetzt, während die schiitischen muslimischen Hazaras in Zentral- und Westafghanistan massakriert wurden. Frauen und Mädchen wurde der Besuch von Schulen und Universitäten untersagt und sie durften nicht mehr arbeiten. Sie waren weitgehend auf das Haus beschränkt und unterlagen der *Purdah* (weibliche Isolation), es sei denn, sie wurden von einem männlichen Verwandten begleitet und in eine *Burka* gehüllt, den erstickenden Ganzkörperschleier.

In den letzten Monaten haben medienwirksame Vertreter das Bild eines „Taliban 2.0“ entworfen. Am Tag nach der Einnahme von Kabul wurde ein Vertreter der Taliban von einer weiblichen Nachrichtensprecherin im Fernsehen interviewt. Der oberste Taliban-Sprecher Zabihullah Mudshahid erklärte auf einer Pressekonferenz, dass es „keine Gewalt gegen Frauen“ geben werde und dass es Frauen erlaubt sei, „im Rahmen des islamischen Rechts“ zu arbeiten. Aber dasselbe haben sie auch schon beim letzten Mal gesagt. Die Bekenntnisse zur „Mäßigung“ werden durch den Bombenanschlag vom 8. Mai auf eine Hochschule in Kabul Lügen gestraft, bei dem 90 Menschen getötet wurden, viele von ihnen Mädchen im

Teenageralter, die gerade den Unterricht verließen, in einem Gebiet mit einer großen Bevölkerung von Hazara.

Die Frage der Unterdrückung der Frauen wird im Vordergrund der Ereignisse in Afghanistan stehen, wenn die Taliban ihre Herrschaft festigen. Doch wengleich die US-Besatzung das Wachstum einer Schicht berufstätiger Frauen aus der Mittelschicht gefördert hat, die das feministische Ziel der „Vielfalt“ propagieren, war dies weit davon entfernt, auch nur den Anschein von Gleichheit zu erreichen. Sowohl unter der imperialistischen Marionettenregierung der Islamischen Republik Afghanistan als auch unter dem Islamischen Emirat der Taliban sind Frauen mit einer zutiefst patriarchalischen Gesellschaft konfrontiert, in der ihnen die grundlegendsten Rechte verweigert werden.² Auch wenn das Ausmaß variieren mag, trifft dies auf jedes islamistische Regime zu, in dem die Scharia herrscht.³ Auch in bürgerlich-demokratischen Ländern ist die Unterdrückung der Frauen ein fester Bestandteil des Kapitalismus. Umso mehr ist in Gesellschaften, in denen Gleichberechtigung schlichtweg verweigert wird, eine sozialistische Revolution erforderlich, um Frauen zu befreien.

Imperialisten sponserten frauenfeindliche Mudshaheddin

In den westlichen Medien wird die 20-jährige Invasion und Besetzung Afghanistans immer wieder als „Amerikas längster Krieg“ bezeichnet. Doch das afghanische Volk ist seit mehr als 40 Jahren mit einem ununterbrochenen Krieg konfrontiert, der vom US-Imperialismus angezettelt wurde. Die Kriege begannen mit dem Start der „Operation Zyklon“ im Jahr 1979, der verdeckten Kampagne der CIA, die islamistische *Mudshaheddin* (wörtlich, Kämpfer des Islam) finanzierte, bewaffnete, ausbildete und beriet, um die linksgerich-

² Im Jahr 2012 billigte der afghanische Marionettenpräsident Hamid Karzai einen „Verhaltenskodex“ des Ulema-Rates, des obersten klerikalen Gremiums in Afghanistan, der die Gleichstellung von Frauen und Männern ausdrücklich ablehnte und Frauen für „zweitrangig“ erklärte, während er gleichzeitig verfügte, dass muslimische Frauen Burkas tragen mussten, das Haus nicht ohne männliche Begleitung verlassen durften und sich in Schulen, auf Märkten oder in Büros nicht mit Männern treffen durften. Siehe: „Hamid Karzai backs clerics’ move to limit Afghan women’s rights (Hamid Karzai unterstützt den Vorstoß der Geistlichen, die Rechte der afghanischen Frauen einzuschränken)“, *Guardian*, 6. März 2012.

³ Entgegen Behauptungen von muslimhassenden Fanatikern wie Donald Trump ist die islamische Religion nicht unvereinbar mit bürgerlich-demokratischen Rechten für die Gesellschaft als Ganzes. Hingegen ist der Islamismus oder politische Islam eine Doktrin, die besagt, dass das islamische Recht (Scharia) die Gesellschaft regieren soll. Daher gibt es für Islamisten keine Trennung von Moschee und Staat. Es gibt zwar verschiedene islamistische Strömungen und deutliche Unterschiede zwischen Islamisten der sunnitischen und der schiitischen Richtung des Islam, aber alle fordern ein theokratisches Regime, in dem religiöse Lehren und Autorität an erster Stelle stehen, und sind daher von Natur aus antidemokratisch.

tete Regierung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (PDPA) zu bekämpfen. Obwohl sie keineswegs „kommunistisch“ waren, wie sie in der westlichen Presse bezeichnet wurden, waren die kleinbürgerlichen Modernisierer der PDPA mit der Sowjetunion verbündet. Ihr Programm einer bescheidenen Landreform und eines säkularen Bildungswesens verärgerte die Khans (Stammesführer), Mullahs und *Zamindari* (Landbesitzer), insbesondere in den paschtunischen Gebieten des Südens.

Kurz nachdem die von der PDPA geführte Demokratische Republik Afghanistan mit diesen Reformen begonnen hatte, erließ US-Präsident Jimmy Carter Mitte 1979 eine verdeckte Verfügung zur Finanzierung der reaktionären religiösen Banden. Nach einer kurzen Phase der „Entspannung“ nach der Niederlage der USA in Vietnam war dies der Beginn des Zweiten Kalten Krieges. Carters nationaler Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski sagte später, dies habe „wissentlich die Wahrscheinlichkeit erhöht“, dass die sowjetische Führung gezwungen sein würde, einzugreifen, um die gefährdete afghanische Regierung zu stützen. Während des darauf folgenden Krieges, der von 1980 bis zum Abzug der sowjetischen Streitkräfte im Jahr 1989 dauerte, erschossen von den USA unterstützte islamische Fundamentalisten wiederholt „kommunistische Lehrer“ auf dem Lande wegen des „Verbrechens“, junge Mädchen zu unterrichten. Es war die größte, längste und teuerste (6 Milliarden Dollar) verdeckte Operation der CIA in der Geschichte, bei der sie (über den pakistanischen Geheimdienst) mit Osama bin Laden zusammenarbeitete, um Lager für die antikommunistischen *Mudshaheddin* zu errichten.

Unter der PDPA wurden die Rechte der Frauen erheblich erweitert. Es wurde eine Obergrenze für den Brautpreis eingeführt,⁴ Zwangsheirat und die Verheiratung von Mädchen unter 16 Jahren wurden verboten. Angesichts einer Analphabetenrate von 99 % bei den Frauen wurde eine Massenalphabetisierungskampagne gestartet und die Schulbildung für Jungen und Mädchen zur Pflicht erklärt. In der Verfassung der Demokratischen Republik Afghanistan von 1987 hieß es: „Männer und Frauen haben vor dem Gesetz gleiche Rechte und Pflichten.“ Unverschleierte Frauen arbeiteten in Fabriken, besuchten Universitäten und technische Institute, wurden Lehrerinnen und leiteten Milizen der Revolutionären Verteidigungsgruppe. Nach Angaben des Afghanischen Frauenrats gab es 1989 über 7.000 Frauen in der Hochschulbildung, 233.000 Mädchen in der Schule und 22.000 Lehrerinnen.⁵ Als das PDPA-Regime 1992 von den von den USA unterstützten islamischen Fundamentalisten gestürzt wurde, wurde dies alles zunichte gemacht. Natürlich gab es weder in den westlichen Medien noch von den opportunistischen Linken einen Pieps des Protests darüber.

Jetzt, wo Zehntausende von Afghanen versuchen, der Taliban-Herrschaft zu entkommen, steht die Frage der afghanischen Flüchtlinge im Vordergrund. Flüchtlingsorganisationen schätzen, dass „mindestens 300.000 Afghanen in unmittelbarer Gefahr sind, von den Taliban ins Visier genommen zu werden, weil sie mit Amerikanern und den US-Bemühungen zur Stabilisierung Afghanistans in Verbindung stehen“ (*New York Times*, 25. August). Das Internet-Medienportal *Left Voice* rief in einem Facebook-Post (18. August) dazu auf, „die Grenzen zu öffnen und jedem, der Zuflucht sucht, einen würdigen Empfang zu berei-

⁴ Die islamische *Mahr*, d. h. der Betrag, den der Bräutigam bei der Heirat an die Braut zahlt.

⁵ Valentine Moghadam, „Fundamentalism and the Woman Question in Afghanistan“, in Lawrence Kaplan, Hrsg., *Fundamentalism in Comparative Perspective* (University of Massachusetts Press, 1992).



Evakuierte werden aus den US-Botschaften in Saigon (1975) und Kabul (2021) geflogen. Beide waren Niederlagen für den Imperialismus, aber der Sturz des Kapitalismus in Vietnam war ein Sieg für die Unterdrückten, die Übernahme durch die Taliban bedeutet mehr Repression.



Sowjetische Ausbilderin mit afghanischen Studenten im Polytechnischen Institut in Kabul, 1981.

ten“. Jedem? Das Foto mit dem Post ist eine inzwischen berühmte Aufnahme des Inneren eines C-17 Globemaster-Frachtflugzeugs mit etwa „640 Afghanen“ an Bord, plus Kinder. Aber alle diese „afghanischen Zivilisten“ wurden von den USA vorab genehmigt, was bedeutet, dass sie Kollaborateure waren, die mit den US-Besatzern zusammenarbeiteten. Und wie man auf dem Foto sehen kann, sind es überwiegend Männer.

Sicherlich gibt es Zehntausende von Afghanen, die in irgendeiner Weise mit der Marionettenregierung, den USA oder anderen internationalen Organisationen in Verbindung standen. So gut wie jede Frau, die mit einer Nichtregierungsorganisation (NGO) zusammenarbeitete, stand zumindest indirekt auf der Lohnliste der USA, ob sie sich dessen bewusst war oder nicht. Die meisten waren eindeutig keine Unterdrücker der afghanischen Völker. Auf der anderen Seite gibt es Tausende von „Übersetzern“. Für wen haben sie übersetzt? Für die Suchtrupps, die nachts in afghanische Häuser eindringen und die verängstigten Bewohner über den Verbleib mutmaßlicher Taliban verhörten, die, wenn sie gefasst würden, ermordet würden? Was ist mit den Übersetzern im berühmten Bagram-Gefängnis, wo Insassen gefoltert wurden? Oder die über 20.000 Söldner, die für das Pentagon in Afghanistan arbeiten? Sie sind imperialistische Kollaborateure mit Blut an ihren Händen.

Die Parole der „offenen Grenzen“ ist utopischer liberaler Unsinn: Grenzen wird es auch nach einer sozialistischen Revolution unter einem Arbeiterstaat geben.



„Offene Grenzen.“ Asyl für „alle“? Jeder Erwachsene auf diesem Flug war ein Kollaborateur der US-Besatzung Afghanistans. Kein Asyl für Agenten des imperialistischen Krieges/der imperialistischen Besatzung!

Die Klassenfrage ist entscheidend. Nach dem Sturz des südvietnamesischen Regimes 1975, als Washington 125.000 seiner Lakaien in die USA brachte, riefen wir keineswegs dazu auf, alle Flüchtlinge hereinzulassen, sondern erklärten: „Kein Asyl für indochinesische Reaktionäre!“ Stattdessen forderten wir Asyl für chilenische Flüchtlinge der blutigen Pinochet-Diktatur.⁶ Revolutionäre Marxisten schlagen keine allgemeine Einwanderungspolitik für imperialistische Länder vor, die immer rassistisch und ausgrenzend sein wird. In besonderen Krisen haben wir dazu aufgerufen, denjenigen Zuflucht zu gewähren, die vor den Verwüstungen des Imperialismus fliehen, wie im Fall der syrischen, haitianischen und mittelamerikanischen Flüchtlinge. Hier, wo ein Unterdrückerregime durch ein anderes ersetzt wird, rufen Marxisten nicht zur Zuflucht für die Vertreter der imperialistischen Besatzung auf, die wir zu besiegen aufgerufen haben.

Afghanistan und der Kampf für die internationale sozialistische Revolution

Afghanistan ist fast seit seiner Gründung im Jahr 1700 von Konflikten zerrissen. Dies liegt zum Teil daran, dass es an der Grenze zwischen Zentral- und Südasien liegt und von den dominierenden Mächten in jeder Region umkämpft wurde. Zum anderen ist es ein künstlicher Staat: Es gibt keine historisch gefestigte afghanische Nation, ja nicht einmal ein einheitliches afghanisches Volk. Die paschtunische Mehrheit im Süden (etwa 50 % der Gesamtbevölkerung) betrachtet sich seit jeher als die rechtmäßigen Herrscher des Landes, eine Ansicht, die von den zentralasiatischen Völkern der Tadschiken und Usbeken im Norden und den schiitischen Hazaras im Zentrum und Westen nicht geteilt wird. Die Paschtunen (früher Pathans genannt) sind mit 63 Millionen Menschen, von denen drei Viertel in Pakistan leben, das größte stammesmäßig organisierte Volk der Welt. Die Taliban sind fast ausschließlich Paschtunen, und ihre anhaltende Macht spiegelt diese regionale Basis wider.

Wie es in Afghanistan weitergehen wird, ist derzeit nicht absehbar. Ahmed Rashid, Autor von *Taliban: Militant Islam, Oil and Fundamentalism in Central Asia* (2001), hat angemerkt, dass der offensichtliche Widerspruch zwischen dem Gerede der historischen Taliban-Führer von Mäßigung und Integration und den Handlungen der Kämpfer eine interne soziale Spaltung widerspiegelt. Die Älteren haben in Pakistan gelebt, sind gebildeter geworden, haben dort Familien und Geschäfte, während die jüngeren Befehlshaber im Feld als „viel verbissener islamisch und radikal“ beschrieben werden. Viele dieser Kommandeure waren in Guantanamo oder haben Jahre in amerikanischen Gefängnissen verbracht.⁷ Anders als Ende der 1990er Jahre, als es kaum eine Taliban-Regierung

⁶ *Workers Vanguard*, 9. Mai 1975.

⁷ National Public Radio, 15. August 2021.

gab, werden sie jetzt jedoch über ein Land mit einer stark gewachsenen städtischen Bevölkerung mit Bildung und modernen Kommunikationsmitteln herrschen.

Nachdem der US-Imperialismus den Krieg verloren hat, wird er mit ziemlicher Sicherheit versuchen, sich mit den neuen afghanischen Machthabern zu arrangieren, und sei es nur, um den Einfluss Russlands und Chinas zu begrenzen. Die Generäle, die Pakistan regieren, werden weiterhin die Taliban unterstützen, um aus ihrem Einfluss auf ihre Klientel Kapital zu schlagen und um jeden Impuls zur Bildung eines „Paschtunistan“ abzuwehren, der ihr Land spalten könnte. Es könnte zu lokalen Rebellionen kommen, aber es wird schwer sein, mächtige Sponsoren oder sichere Nachschubwege zu finden. Proteste könnten in städtischen Gebieten ausbrechen, wie es bereits sporadisch in Kabul und Dschalalabad geschehen ist. Aber Afghanistan ist immer noch ein überwiegend ländliches Land, in dem drei Viertel oder mehr der Bevölkerung in bitterer Armut leben. Mit dem Wegfall der Milliarden von Dollar, die die USA jährlich nach Afghanistan gepumpt haben, ist eine schwere Wirtschaftskrise praktisch unvermeidlich.

Wie wir zum Zeitpunkt der US-Invasion im Jahr 2001 schrieben:

„Afghanistan ist ein verarmtes Hinterland, in dem in weiten Teilen des Landes feudale oder sogar vorfeudale Verhältnisse herrschen.... Aufgrund seiner extremen wirtschaftlichen Rückständigkeit sind die sozialen Kräfte in Afghanistan zu schwach, um eine Arbeiterrevolution von innen heraus zu führen. Das ist ein Hauptgrund, warum die sowjetische Intervention in den 1980er Jahren notwendig war, um den Sieg der islamischen Reaktion zu verhindern, und warum Trotzlisten sie nachdrücklich unterstützten. Aber Afghanistan kann nicht isoliert von der umliegenden Region betrachtet werden.“

– „Besiegt den US-Imperialismus! Verteidigt Afghanistan und den Irak!“ *The Internationalist* Nr. 12, Herbst 2001.

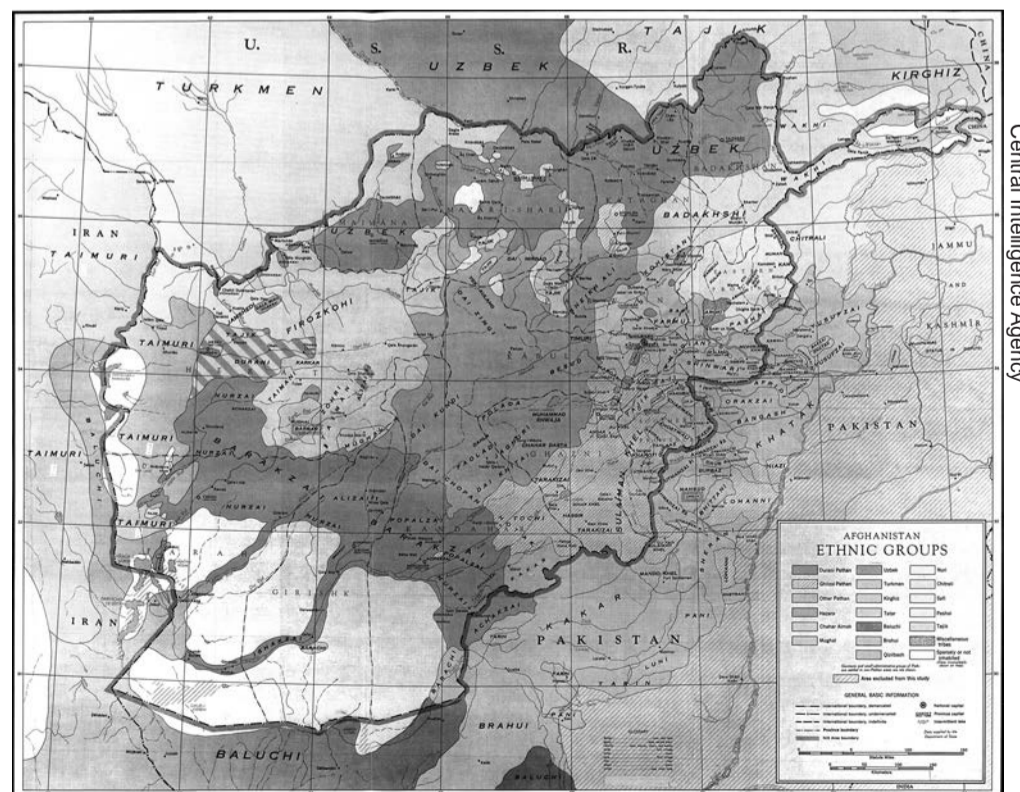
An dieser Gesamtsituation hat sich seither wenig geändert. Die Zukunft der Frauenrechte und der demokratischen Rechte allgemein in Afghanistan wird in hohem Maße davon abhängen, was anderswo in der Region geschieht. Die imperialistische Teilung des Subkontinents nach dem Zweiten Weltkrieg brachte vier verfeindete bürgerliche Staaten hervor, die alle von rechtsgerichteten, militärischen und religiös-kommunistischen Parteien beherrscht werden. In Pakistan kann die populistische Regierung kaum verbergen, dass sie von der Armee und dem Geheimdienst Inter-Services Intelligence Agency beherrscht wird, die eng mit islamistischen Gruppen und den wahabistischen is-

lamischen Madrasas (von Saudi-Arabien gesponserte religiöse Schulen) verbündet sind, die den Nährboden für die Taliban (deren Name „Studenten“ bedeutet) bildeten, und die seit der Unabhängigkeit 1947 die eigentliche Macht im Staat darstellen.

Indien, Bangladesch und Sri Lanka haben alle eine beträchtliche Arbeiterklasse und eine Geschichte der linken politischen Agitation. Doch die organisierte Arbeiterbewegung ist in der Defensive, und jedes dieser Länder ist von kommunalen Konflikten zerrissen (Singhalesen gegen Tamilen in Sri Lanka, Hindus gegen Muslime in Indien) und/oder mit ethnischen Gruppen, die durch künstliche Grenzen getrennt sind (Bengalen, die zwischen Indien und Bangladesch geteilt sind, Kaschmir, das zwischen Indien und Pakistan aufgeteilt ist). In Indien, Pakistans Erzfeind, hat die hinduchauvinistische Bharatiya Janata Party von Premierminister Narendra Modi, die mit der faschistischen RSS verbündet ist, antimuslimische Provokationen und regelrechte Pogrome zunehmend eskalieren lassen. Trotzlisten haben seit der Teilung 1947 eine freiwillige sozialistische Föderation von Arbeiterrepubliken in Süd-asien gefordert.

Weltweit markiert der spektakuläre Zusammenbruch der imperialistischen Besatzung Afghanistans das Ende der unipolaren „neuen Weltordnung“ unter der Hegemonie der USA. Der vom ehemaligen Vizepräsidenten Dick Cheney ausgerufenen „Krieg ohne Ende“ ist gerade mit einer spektakulären Niederlage für die USA zu Ende gegangen. Entgegen der Behauptung von Präsident Biden, „Amerika ist zurück“, hat Washington nicht mehr die Mittel, um allein als Weltgendarm zu agieren. Aber die USA bleiben die führende imperialistische Macht mit dem stärksten Militär in der Geschichte. Von diesem Schlag geschwächt, könnten sie nun versuchen, ihre Muskeln zu zeigen, vielleicht durch eine neue Provokation gegen China. Während der Großteil der Linken sich dem China-Bashing angeschlossen hat, ruft die Liga für die Vierte Internationale zur Verteidigung Chinas und der anderen deformierten Arbeiterstaaten – Kuba, Nordkorea und Vietnam – gegen Imperialismus und Konterrevolution auf.

Der „Globale Krieg gegen den Terror“ der US-Herrscher hat von Afghanistan über den Irak und Syrien bis hin zur „Heimatfront“ einen hohen Tribut gefordert. Er ist eine Fortsetzung des imperialistischen Gemetzels des Koreakrieges (2 Millionen Tote) und des Vietnamkrieges (3 Millionen Tote), zusätzlich zu dem Gemetzel des imperialistischen Ersten Weltkrieges (über 21 Millionen Tote) und des Zweiten Weltkrieges (mehr als 73 Millionen). Heute werfen die Verwüstungen der COVID-19-Pandemie und das Chaos, das sie in der gesamten kapitalistischen



CIA-Karte der ethnischen Gruppen in Afghanistan.

Während Trotzlisten 1980 sagten: Hoch die Rote Armee in Afghanistan – und 2001: Verteidigt Afghanistan, Besiegt den US-Imperialismus

Afghanistan: Opportunisten im Schlepptau des Imperialismus



tion echter Trotzlisten war dem diametral entgegengesetzt: Wir prangerten den Rückzug des Kreml als „kaltblütigen Verrat an den afghanischen und sowjetischen Völkern“ an, warnten, dass „das Recht von Frauen, lesen zu lernen, die Freiheit vom Schleier, Freiheit von der Tyrannei der Mullahs und Landbesitzer“ in Gefahr sei, und machten der afghanischen Regierung ein „dringliches Angebot“, dass wir bereit seien, „eine internationale Brigade zu organisieren, um bis auf den Tod für die Verteidigung dieser Rechte in Afghanistan zu kämpfen“.²

Es folgten im Jahre 1992 der Sturz des PDPA-Regimes durch die von den USA unterstützten Mudschaheddin, die Einführung

der Scharia und die Rücknahme von Frauenrechten, Landreformen und anderen demokratischen Errungenschaften inmitten eines blutigen Bürgerkriegs zwischen den verschiedenen islamistischen Gruppierungen; dann 1966, der Sieg der Taliban, die versprochen, dem Chaos und der Korruption ein Ende zu setzen; und 2001, die von den USA angeführte imperialistische Invasion als Vergeltung für die Anschläge vom 11. September in den USA. Die Internationalistische Gruppe und die Liga für die Vierte Internationale erklärten: „Proletarische Revolutionäre lehnen den wahllosen Terror, der von den Flugzeugentführern verübt wurde, kategorisch ab, der groteskerweise das Leben mehrerer Tausend normaler arbeitender Menschen vernichtet“, und riefen in einer Erklärung vom 14. September 2001 gleichzeitig dazu auf: „Besiegt den Imperialismus!“ und „Verteidigt Afghanistan und den Irak!“

Die Reaktion der opportunistischen Linken bestand stattdessen überwiegend darin, sich dem Aufschrei gegen den Terrorismus anzuschließen und eine offene Verurteilung des imperialistischen Krieges zu vermeiden. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (Committee for a Workers International, CWI) schrieb in einer Erklärung vom 14. September 2001, dass „die US-„Sicherheits“-Dienste in die falsche Richtung blicken und immer noch eine Version des „Kalten Krieges“ weiterführen“; es beschwerte sich über die „unfähige Führung“ der Bush-II-Regierung und sprach nicht vom imperialistischen Terror, sondern von der „Sinnlosigkeit des Terrorismus“. Soci-

² Siehe „Schlacht um Afghanistan“ und „Für internationale militärische Unterstützung der afghanischen Regierung!“ *Spartakist* Nr. 61, April/Mai 1989. Die afghanische Regierung lehnte aus Besorgnis, Washington nicht zu verärgern, unser Angebot ab.

alist Alternative (SALT), der US-Ableger des CWI, überschrieb seine Erklärung (18. September 2001) mit „End the Cycle of Terrorism“ (Beendet den Kreislauf des Terrorismus) und erklärte: „Die Amerikaner sind zu Recht und verständlicherweise wütend und fordern eine Art von Gerechtigkeit. Aber was werden militärische Vergeltungsmaßnahmen und eine Invasion eines anderen Landes tatsächlich bewirken?“

Diese und andere opportunistische linke Tendenzen forderten die Imperialisten auf, eine andere Politik zu verfolgen, anstatt den Imperialismus rundheraus abzulehnen. Die inzwischen ex-trotzkistische Spartacist League und ihre Internationale Kommunistische Liga (SL/IKL) betonte in ihrer Erklärung vom 14. September 2001 zu den Anschlägen vom 11. September 2001 ebenfalls ihre Ablehnung des „Terrorismus“, rief aber demonstrativ *nicht* zur Verteidigung des Irak oder zur Niederlage des Imperialismus auf. Als sie einen Monat später dazu kam, zur Verteidigung Afghanistans aufzurufen, griff die zentristische (und heute scheinbar moribunde und zunehmend gestörte) SL/IKL wütend die von langjährigen führenden ex-Spartacist-Mitgliedern gegründete Internationalist Group an, weil sie den leninistischen Aufruf zur Niederwerfung des Imperialismus unterstützte.

In einer ungeheuerlichen Lüge beschuldigte *Workers Vanguard*, Zeitung der SL, (26. Oktober 2001) die IG, „die falsche Karte des Antiamerikanismus zu spielen“ und an „Dritte-Welt“-Nationalisten zu appellieren, für die der „einzig gute Amerikaner ein toter Amerikaner ist“ (siehe unseren Artikel „ICL Refuses to Call for Defeat of U.S. Imperialism, „Anti-American“ Baits the Internationalist Group“, in *The Internationalist* Nr. 12, Herbst 2001). Besonders in der damaligen Kriegshysterie kam diese groteske Verleumdung einer Einladung zu gewaltsamen Angriffen und/oder staatlichen Repressionen gegen uns gleich. Es war auch ein Vorgeschmack auf den Verrat der SL/IKL, als sie die US-Invasion von Haiti nach dem Erdbeben 2010 unterstützte und behauptete, die Besatzungstruppen würden nur Katastrophenhilfe leisten. Nachdem sie die IG/LVI monatelang geißelt hatte, gab sie zu, dass ihre Linie tatsächlich sozialpatriotisch war.

Wie wir im September 2001 zu Beginn des US-Krieges gegen Afghanistan schrieben, „Inmitten der Hysterie ruft die Internationalist Group und die Liga für die Vierte Internationale dazu auf, auf der Seite der Opfer des Imperialismus zu stehen.“ (*The Internationalist* Nr. 12). Und wie wir betont haben, als der Demokrat Barack Obama den US-Terrorkrieg von Afghanistan und Irak

Barbarei vor unseren Augen sehen. Die Antwort muss darin bestehen, revolutionäre Arbeiterparteien aufzubauen, die dafür kämpfen, eine wahrhaft trotzkistische Vierte Internationale wieder zu schmieden. Afghanistan, an der Schnittstelle Asiens gelegen, war in den letzten 40 Jahren ein entscheidender Prüfstein für den revolutionären

auf Syrien ausdehnte, nachdem dieser Krieg den Islamischen Staat hervorgebracht hatte:

„Als Leninisten und Trotzlisten stehen wir an der Seite der Unterdrückten, im Kampf um die Befreiung ihrer Länder von kolonialer und imperialer Herrschaft. Dazu gehört auch, dass wir uns auf die Seite der Kämpfe selbst reaktionär geführter Kräfte stellen, wenn sie gegen den Imperialismus kämpfen, wie es Marx und Engels beim Sepoy-Aufstand von 1857 gegen die britische Herrschaft in Indien taten (siehe unseren Artikel „Marx on the Sepoy Revolt“, *The Internationalist* Nr. 21, Sommer 2005); sowie es Marx' Anhänger William Morris beim Mahdi-Aufstand gegen die Briten im Sudan in den 1880er Jahren tat; und wie es Lenin beim Boxeraufstand von 1900 in China tat (siehe „Lenin on the „Boxer Rebellion“, *The Internationalist* Nr. 21).“

– „For Workers Action to Defeat Barack Obama's Iraq/Syria War“, *The Internationalist* Nr. 38, Oktober 2014

Wir wiesen auch auf Leo Trotzki's Aufruf von 1936 hin, das feudale Äthiopien, selbst unter dem Sklavenhalterkaiser Haile Selassie, gegen den italienischen Imperialismus zu verteidigen.

Gleichzeitig betonten wir, dass unser Kampf gegen den Imperialismus mit proletarischen Mitteln geführt werden muss, und riefen auf zu „Aktionen der Arbeiterklasse gegen die Kriegstreiberei und ihre Folgen für die Werktätigen“, wie wir 2001 schrieben. Im darauf folgenden Jahr riefen wir die Hafentarbeiter an der US-Westküste in der International Longshore and Warehouse Union (ILWU) dazu auf, Kriegsmaterial, das in den Nahen Osten verschifft werden sollte, „als heiße Ware“ zu behandeln (sich zu weigern, es umzuschlagen). Bei der Invasion des Irak riefen wir zu Arbeiterstreiks gegen den Krieg auf. Als sich die Besetzung des Irak und Afghanistans hinzog, riefen wir Jahr für Jahr dazu auf, bis die ILWU 2008 zu einem Streik am ersten Mai unter dem Motto „Stoppt den Krieg im Irak und in Afghanistan“ aufrief, der alle Häfen an der Pazifikküste stilllegte. Am Aufbau des Streiks war die IG maßgeblich beteiligt.³ ■

³ Siehe „May Day Strike Against the War Shuts Down All U.S. West Coast Ports“, *The Internationalist* Nr. 27, Mai-Juni 2008.

Welt angerichtet hat, ein grelles Licht auf die Unfähigkeit dieses verfaulenden imperialistischen Systems, Leben zu erhalten und die grundlegendsten Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Wie die deutsch-polnische kommunistische Revolutionärin Rosa Luxemburg über das Gemetzel des Ersten Weltkriegs

schrrieb, lautet die Alternative in dieser imperialistischen Epoche: *Sozialismus oder Barbarei*. Von den Killing Fields der „ewigen Kriege“ der USA im Nahen Osten und in Zentralasien bis zu den mit Leichen gefüllten Containern vor den US-Krankenhäusern und den Massengräbern in Brasilien können wir das hässliche Gesicht der

onären Marxismus im Gegensatz zur sozialdemokratischen, pro-imperialistischen Politik. An jedem Scheideweg haben wir dafür gekämpft, das bolschewistische Programm von Lenin und Trotzki aufrechtzuerhalten und eine Weltpartei der sozialistischen Revolution aufzubauen, die die Hoffnung der Menschheit ist. ■

Linkspartei und Afghanistan – noch eine Kapitulation

NOVEMBER 2021 – Als willige Komplizen der US-Besetzung Afghanistans wurden auch die deutschen Imperialisten in die Niederlage hineingezogen. Ihre Alibis für dieses Abenteuer wurden durch die berüchtigte Erklärung von Peter Struck (SPD-Kriegsminister in der „rot-grünen“ Regierung von Hartz IV und imperialistischem Krieg) vom März 2004, verkörpert: „Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt.“

Am Rande des Krieges zwischen dem US-Imperialismus und dem Taliban konnten sich die Bundeswehrsoldaten eine Zeit lang als Schulbaumeister und Brunnenbauer ausgeben. Das Massaker von 2009 an über hundert afghanischen Zivilisten, die sich in der Nähe von Kundus versammelt hatten, um Treibstoff von einem liegengelassenen Tankwagen abzuzapfen, hat dieses Märchen weggeblasen.¹ Oberst Jung, der diesen tödlichen Luftangriff veranlasst hat, ist heute General.

Mit Fotos auf den Titelseiten fast aller bürgerlichen Tageszeitungen von imperialistischen Soldaten (vorzugsweise Frauen), die afghanische Frauen und Kinder in Sicherheit bringen, wurde die reformistische Linkspartei erneut unter Druck gesetzt, eine weitere Version der imperialistischen „humanitären“ Intervention nun endlich vollständig zu akzeptieren.

Am 25. August stimmte der Bundestag rückwirkend über die vorübergehende Verstärkung der deutschen Streitkräfte in Afghanistan ab, um den endgültigen Abzug aller Streitkräfte zu beschleunigen. Diesmal enthielt sich der Großteil der Linkspartei-Fraktion auf Empfehlung der Fraktionsführung der Stimme, anstatt mit Nein zu stimmen. Dieses besondere Zugeständnis diente ihrer eher kläglichen Hoffnung, sich in einer hypothetischen Zukunft mit SPD und bürgerlichen Grünen einige Regierungssitze zu sichern. Diese Kapitulation bedeutete jedoch keine neue qualitative Entartung dieser sozialpatriotischen Partei: wie wir 2009 feststellten, bestanden die Parteispitzen wie Dietmar Bartsch und Oskar Lafontaine bereits damals alle darauf, dass ein deutscher Rückzug nicht „Flucht wie damals aus Vietnam“ (Bodo Ramelow), nicht „Übermorgen“ (Bartsch) oder sogar „kopflös“

¹ Siehe „Afghan Massacre Blows Apart German Occupiers' Lies“, *The Internationalist* Nr. 30, November-Dezember 2009.



Dorfbewohner nahe Kundus, Afghanistan, beerdigen ihre Toten nach einem NATO-Luftangriff September 2009, der zumindest 140 Personen tötete.

(Lafontaine) sein dürfe.

Vor einem Jahrzehnt war die Linkspartei auch voll von Ideen, deutsche Soldaten durch . . . deutsche Polizisten zu ersetzen, einschließlich paramilitärischer Einheiten wie

KSK und GSG-9, um eine afghanische Polizei auszubilden. In der Tat sind es genau einige Afghanistan-Veteranen dieser Sondereinheiten gewesen, die sich in Neonazi-Strukturen innerhalb der Bundeswehr hervorgetan haben. Da



Obszöner Spektakel: Großer Zapfenstreich mit Fackelzug würdigt vor dem Reichstags-Gebäude den mörderischen 20-jährigen Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan.

Anti-Vax demos...

weiter von Seite 34

schaftlich geführte Komitees von Lehrern, Schülern, Eltern und Arbeitern ein, die die Wiedereröffnung von Schulen kontrollieren und für angemessene Hygiene und Belüftung sorgen, wobei sie betonten, dass die bei weitem wirksamste Maßnahme zur Gewährleistung der Sicherheit von Schülern und Lehrern eine *drastische Reduzierung der Klassengrößen* ist.

Um es noch einmal zu wiederholen: Wir sind für eine Impfpflicht „soweit dies praktikabel ist“. Für die kapitalistischen Machthaber besteht das Ziel ihrer Impfpässe und Green Pass darin, die Autorität des Staates aufrechtzuerhalten und durchzusetzen, und wer sich nicht daran hält, muss bestraft werden. (So haben sich in Italien die Bosse und die regierende „Mitte-Links“-Koalition gegen kostenlose Tests ausgesprochen.) Für die Verteidiger der öffentlichen Gesundheit hingegen besteht das Ziel darin, eine möglichst flächendeckende Versorgung zu erreichen. Dazu ist es erforderlich, dass man eine echte Impfszurückhaltung – im Gegensatz zu einer ideologisch motivierten Impferweigerung – berücksichtigt und zu überwinden versucht. In den Vereinigten Staaten haben Afroamerikaner, Latinos und andere unterdrückte

Gruppen aus historischen Gründen gezögert, sich impfen zu lassen. Zu diesen Gründen gehört auch die Erinnerung an das abscheuliche Tuskegee-Experiment, bei dem Hunderte von schwarzen Farmpächtern mit Syphilis infiziert und nicht behandelt wurden, oder die Zwangssterilisation eines Drittels aller puertoricanischen Frauen.

Es müssen besondere Anstrengungen unternommen werden, um die Unentschlossenen in diesen Bevölkerungsgruppen zu überzeugen, während gleichzeitig darauf bestanden werden muss, dass in Schlüsselberufen mit engem Kontakt zu potenziell gefährdeten Menschen keine Ausnahmen gemacht werden. In Italien ist ein wichtiger Faktor für die zweideutigen und widersprüchlichen Positionen zu den Impfvorschriften unter den „Basisgewerkschaften“ die Tatsache, dass eingewanderte Arbeiter, in denen die kämpferischen, syndikalistisch geführten Gewerkschaften eine Basis haben, nicht für die Impfung zugelassen sind, weil sie keine Papiere haben. Die Tatsache, dass sie unter ungesunden Bedingungen untergebracht sind, in Arbeitskolonnen, die von faschistischen Schlägertrupps kontrolliert werden, Misshandlungen ausgesetzt sind und keinerlei Rechte haben, erzeugt oft eine Angst vor allem Offiziellen, einschließlich Impfkampagnen, die diesen Arbeitern sogar mehr als ihren lokal geborenen Klassengeschwistern zugute kommen würden.

Anstatt Vorurteilen nachzugeben, die auf berechtigten Ängsten beruhen, sollten klassenbewusste Arbeiter Impfungen für alle, unabhängig von ihrem Status, fordern, *und wo erforderlich durchsetzen*, dass Impfungen von den Gewerkschaften selbst durchgeführt werden.

Andererseits sollten sich dort, wo von ultrarechten Kräften angeführte Anti-Impf-Mobilisierungen eine unmittelbare Bedrohung nicht nur für die öffentliche Gesundheit, sondern auch für die demokratischen Rechte darstellen, *Arbeiterselbstverteidigungsgruppen* zur Wehr setzen und jene auseinander treiben. Solche Bedrohungen wurden wiederholt in den Vereinigten Staaten dargestellt, wo von Rassisten und Neonazis angeführte Anti-Impf-Proteste darauf abzielten, Schulbehörden und Beamte für die öffentliche Gesundheit einzuschüchtern. Es bedarf einer wirksamen Mobilisierung der Arbeiterbewegung, um solchen Provokationen Einhalt zu gebieten, genauso wie in anderen Fällen, in denen dieselben Kräfte versuchen, Immigranten, Demonstrationen für die Rechte der Schwarzen und Schwule, Lesben und Transgender anzugreifen. Die Tatsache, dass nicht jeder, der an solchen reaktionären Protesten teilnimmt, ein organisierter Faschist ist, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Mob einen eindeutigen politischen Charakter hat und eine klare und unmittelbare Gefahr für uns alle darstellt.

die Linkspartei also *nicht grundsätzlich* gegen die Besetzung war, ist es kein Wunder, dass sie im Juni dieses Jahres ihren eigenen Plan zur Rettung der afghanischen Hilfstruppen des deutschen Imperialismus vorstellte.

Zu den Oppositionellen in der Partei, die durch die Enthaltung der Linkspartei im Bundestag beunruhigt waren, gehörte die Sozialistische Alternative (SAV), die mit der Internationalen Sozialistischen Alternative verbunden ist. In einem Artikel vom 4. September stellt die SAV fest, dass die deutsche Bourgeoisie den „Humanitarismus“ als Propagandatricks einsetzt, widmet dann aber mehrere Absätze einer Erklärung, warum mehr deutsche Soldaten auf dem Flughafen von Kabul bloß nutzlos gewesen wären.

Diese Organisation ist der Meinung, dass der Imperialismus lediglich eine schlechte Politik ist. Ein führender Vertreter der ISA verkündete in einer Erklärung vom 18. August (und das war keineswegs ironisch gemeint): „Hätte der Imperialismus stattdessen bei der Entwicklung einer ordentlichen Wirtschaft geholfen, könnten viele derjenigen, die im Drogenhandel oder Schmuggel tätig sind (Afghanistans Hauptquellen für den Außenhandel) oder die Taliban aus wirtschaftlichen Gründen unterstützen, jetzt einer gesellschaftlich nützlichen Arbeit nachgehen, und dem Fundamentalismus wäre die Grundlage entzogen worden.“

Die Linkspartei hat nun deutlich gemacht, dass auch ihre verbale Opposition gegen die NATO nicht ernst genommen werden sollte. Die verschiedenen pazifistischen Bewegungen in der jüngeren deutschen Geschichte, vom Widerstand gegen die Wiederbewaffnung in den 50er Jahren bis zu den Massenaufmärschen in den 80er Jahren – immer verbunden mit deutschem Nationalismus – haben schließlich zur Entstehung der Grünen beigetragen, die, gerade an der Regierung, den Angriff auf Serbien 1999 gemeinsam mit der SPD durchführten. Wie Leo Trotzki schon vor langer Zeit feststellte, ist der Pazifist von gestern der Kriegspropagandist von morgen, der seine frühere Gesinnung als Druckmittel einsetzt. Die Imperialisten haben in Afghanistan eine Niederlage erlitten, aber es wird eine internationale sozialistische Revolution brauchen, um das für den Krieg verantwortliche imperialistische System zu beseitigen. ■

Es sind die kapitalistischen Machthaber, die mit ihren Kahlschlagkürzungen und ihrer chaotischen Politik Millionen von Menschenleben dieser Pandemie geopfert, eine Hysterie ausgelöst und eine erschütternde soziale und wirtschaftliche Krise verursacht haben. Dies geschah nach einem Jahrzehnt wirtschaftlicher Depression und Austerität, in dem den Arbeitern, aber auch kleinbürgerlichen Sektoren die Lebensgrundlage entzogen wurde, um die Gewinne der wankenden Banken zu stützen. Ultrarechte nähren sich von der Panik, indem sie Unwissenheit und Feindseligkeit gegenüber arroganten Regierungsbürokraten und liberalen Eliten ausnutzen, um die Wut gegen falsche Feinde zu richten, ob Immigranten oder öffentliche Gesundheitsmaßnahmen. Gewerkschaftsbürokraten und Sozialdemokraten haben ihrerseits einen Schulterchluss mit dem Staat vollzogen. Die Lektion, die aus dem COVID-Gemetzel hätte gezogen werden sollen und gelernt werden muss, ist, dass es *der Kapitalismus* ist, *der uns tötet*, der eine tödliche Krankheit in eine monströse soziale und wirtschaftliche Katastrophe verwandelt, und dass zur Rettung der Werktätigen vor dem Ruin eine *sozialistische Revolution* notwendig ist, um dieses System der unerbittlichen Ausbeutung und systemischen Unterdrückung zu stürzen. ■

Konterrevolutionäre Anstifter nutzen die Frustration über die Wirtschaftskrise aus Die Wahrheit über die Proteste in Kuba Verteidigt die Revolution gegen US- Imperialismus und seine Frontmänner

Kämpft für internationale sozialistische Revolution

Brecht die Blockade – Nieder mit der Pandemie-Erpressung!

USA, Gusano Mafia von Miami: Hände weg von Kuba und Haiti!

Mobilisiert Arbeiterräte, um die Errungenschaften der kubanischen Revolution zu verteidigen!

23. JULI 2021 – Die Proteste, die am 11. Juli in mehreren Dutzend Städten und Ortschaften Kubas sowie in und um die Hauptstadt stattfanden, waren die größten Anti-Regierungs-Mobilisierungen seit Beginn der Revolution. Obwohl durch Verzweiflung über die Lebensmittelknappheit, den Mangel an Medikamenten und Stromausfälle, die die Insel im Gefolge der Coronavirus-Pandemie heimgesucht haben, angetrieben, wurden die Märsche von Kräften angezettelt, manipuliert und ausgenutzt, die versuchen, die kubanische Revolution zu stürzen. Mit seinem beispielhaften öffentlichen Gesundheitssystem war Kuba in der Lage, das Virus weitaus besser einzudämmen als fast überall sonst auf dem Planeten außerhalb Chinas. Dennoch versuchen die US-Machthaber, aus dem wirtschaftlichen Schaden durch die Pandemie und der Überdrüssigkeit von 60 Jahren imperialistischer Blockade Kapital zu schlagen. In dieser schwierigen Situation ist es **die erste Pflicht revolutionärer Kommunisten, in Kuba und weltweit, die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution aktiv zu bekämpfen.**

Die imperialistischen Medien bestaunen den „scheinbar spontanen Ausbruch“ in einem, wie sie es nannten, „Polizeistaat“ gegen das „Versagen der kubanischen Regierung, die Bevölkerung vor der verfallenden Wirtschaft, der Energieknappheit und der Verwüstung durch das Coronavirus zu schützen“.¹ Das bösartige Exil-Milieu in Florida schwadronierte jedoch in den sozialen Medien, dass es bei den Protesten nicht um ein Virus oder Knappheit gehe, sondern um einen Aufstand gegen „kommunistische

¹ „Cubans, broken by pandemic and fueled by social media, confront their police state,” *Washington Post*, 13. Juli.



Havanna, 11. Juli: Die regierungsfeindlichen Proteste wurden durch die wirtschaftliche Not aufgrund der Coronavirus-Pandemie und der 60 Jahre währenden Wirtschaftsblockade angetrieben, wurden aber von Konterrevolutionären angezettelt, propagiert und ausgenutzt (wie man an den von Demonstranten getragenen Slogans erkennen kann).

Herrschaft“. Für diese *Gusanos* (konterrevolutionäre Würmer), wie der Senator von Florida, Marco Rubio, twitterte, „protestieren die Menschen in #Cuba gegen 62 Jahre Sozialismus, Lügen, Tyrannei & Elend und nicht, um ihre Besorgnis über steigende COVID-Fälle/Todesfälle auszudrücken.“ Es ist absurd, so zu tun, als würden sich die Menschen in Kuba nach der „Freiheit“ der Diktatur von Fulgencio Batista aus den 1950er Jahren sehnen, die am 1. Januar 1959 von der Rebellenarmee unter Führung von Fidel Castro gestürzt wurde. Aber solche Schwärmerieen zeigen, worauf die Gusano-Anstifter der Proteste abzielen.

Kuba befindet sich heute in der tiefsten Wirtschaftskrise seit der Sonderperiode in den 1990er Jahren, nachdem die vom Imperialismus angeführte Konterrevolution in der UdSSR die Lebensader der sowjetischen Hilfe abgeschnitten hatte. Die gegenwärtigen Engpässe sind zwar nicht so gravierend wie damals, aber sie haben das tägliche Leben auf der Insel zur Qual gemacht, und jetzt hat die Bevölkerung Internet und Smartphones, so dass interessierte Parteien „Nachrichten“, echte oder gefälschte, in Windeseile verbreiten können.

Außerdem juckt es das konterrevolutionäre Exil-Milieu im nahen Florida in den Fingern, nach der Niederlage „ihres“ Präsidenten Donald Trump im letzten November Unruhe in der Region zu stiften. (In Miami ansässige kubanische und venezolanische *Gusanos* scheinen auch in die Ermordung des haitianischen Präsidenten Jovenel Moïse am 7. Juli verwickelt zu sein.) Die Dinge könnten eskalieren, da rechtsgerichtete kubanische Amerikaner in Florida jetzt von der Entsendung einer provokativen „Freiheitsflottille“ sprechen, um Havanna zu belagern.

Die Teilnehmerzahl an den Protesten vom 11. Juli war relativ begrenzt, 3.000-5.000 in Havanna, jeweils ein paar Hundert oder ein paar Dutzend in kleineren Städten und Orten in vier der acht Provinzen Kubas. Nicht gerade ein Aufstand. Aber die Tatsache, dass sie an einer Reihe von Orten gleichzeitig stattfanden, ist ominös – während die Tatsache, dass sie an diesen Orten und nicht anderswo stattfanden, auf eine grundlegende Tatsache hinweist. Dies war nicht spontan. Für viele Teilnehmer war es zweifellos ein Schrei von Ermüdung über die Knappheit, über das endlose Schlangestehen und all die anderen Härten, die Kubaner seit Jahren aufgrund der brutalen Wirtschaftsblockade ertragen müssen. Aber die Proteste waren ein

politischer Akt, und nach Online-Videos zu urteilen, wurden sie von Gruppen von Provokateuren angeführt, die den Ton angaben; sie wurden durch eine ausgeklügelte Internet-Operation mit Tausenden von automatisierten Tweets verbreitet, und sie wurden von Sprechern des US-Imperialismus, vom Republikaner Rubio bis zum Demokraten Joe Biden, hinausposaunt.

Wenn der vorgebliche „Führer der freien Welt“ – der Freiheit zur kapitalistischen Ausbeutung, versteht sich – schwört, „dem kubanischen Volk in seinem lautstarken Ruf nach Freiheit beizustehen“, dann ist das eine Drohung mit imperialistischen Aktionen. Die in Miami ansässige #SOSCuba-Kampagne hat einen „humanitären Korridor“ gefordert, um Hilfe auf die Insel zu bringen. Was sie im Sinn hat, ist etwas wie die (gescheiterte) Belagerung Venezuelas im Februar 2019, orchestriert von der Regierung Donald Trumps, die unter dem Deckmantel Hilfsgüter zu bringen, versuchte, auf dem See- und Landweg in das Land einzudringen. Die Proteste vom 11. Juli waren Teil der Operation #SOSCuba, doch anstatt diesen zynischen Trick anzuprangern, stellte sich ein Großteil der reformistischen Linken in den Vereinigten Staaten (und einige in Lateinamerika) hinter Biden und begrüßte die manipulierten Proteste. Verschiedene sozialdemokratische Tendenzen, die sich manchmal als Trotzkisten ausgeben – was sie absolut nicht sind –, gehörten zu den schlimmsten dieser imperialistischen Speichellecker.

Im Gegensatz dazu rufen die Internationalistische Gruppe und die Liga für die Vierte Internationale (LVI) angesichts der konterrevolutionären Mobilisierung dazu auf, **die kubanische Revolution gegen den US-Imperialismus und seine Frontmänner zu verteidigen**, was die Dringlichkeit des Kampfes für die **internationale sozialistische Revolution** unterstreicht. Gegen das giftige Gerede von einem „humanitären Korridor“ als Deckmantel für eine imperialistische Intervention rufen wir auf, **brecht die Blockade – nieder mit der Pandemie-Erpressung**. Und da Kubas sozialisierte Wirtschaft von Antikommunisten belagert wird und durch die Privatisierungspolitik der herrschenden Bürokratie gefährdet ist, ruft die trotzkistische LVI auf, **mobilisiert Arbeiterräte, um die Errungenschaften der kubanischen Revolution zu verteidigen!**

I. Proteste „Made in Miami“

Zweifellos befeuerten die unglaublichen Entbehrungen, mit denen die Bevölkerung in den letzten Monaten konfrontiert war, die Demonstrationen. Die Lebensmittelknappheit ist äußerst ernstzunehmen, und eine direkte Folge der Unmöglichkeit, aufgrund der Wirtschaftsblockade, dass Kuba durch Exporte ausreichende harte (konvertierbare) Währung verdienen kann, sowie des Zusammenbruchs des Tourismus im Zuge der Pandemie. Die Stromausfälle waren darauf zurückzuführen, dass die Elektrizitätswerke ihre Anlagen für aufgeschobene Reparaturen abschalteten, wofür sie seit geraumer Zeit keine Ersatzteile importieren konnten. Der erste Protest fand in San Antonio de los Baños statt, gleich im Westen von Havanna, ausgelöst durch einen Stromaus-

fall in der Sommerhitze. Der staatliche Radiosender Radio Artemisa gab einen detaillierten Zeitplan heraus, wann der Strom in den einzelnen Stadtvierteln für sechs Stunden am Tag ausfallen würde, doch dann verlängerten sich die Stromausfälle auf 12 Stunden. Am Montag, dem 12. Juli, erklärte der Energieminister im Fernsehen, dass die Anlagen bald wieder in Betrieb genommen würden (was am Mittwoch der Fall war), warnte aber gleichzeitig davor, dass dies wieder passieren könnte.

Bei der Demonstration, an der mehrere hundert Menschen in San Antonio teilnahmen, zeigen Videos, wie die Demonstranten Impfstoffe fordern und antikommunistische Slogans wie „libertad“ (Freiheit), „abajo la dictadura“ (nieder mit der Diktatur) und



Havanna, 11. Juli: Westliche Medien berichteten nicht, dass Hunderte von Regierungsanhängern (oben) auf die Straße gingen, um sich den konterrevolutionären Protesten entgegenzustellen, oder beschrifteten Fotos fälschlicherweise so, als würden sie angeblich Anti-Regierungs-Demonstranten zeigen.



Von Antikommunisten angestifteter Marsch in San Antonio de los Baños, 11. Juli.

„patria y vida“ (Vaterland und Leben) skandieren – ein Kontrapunkt zu der Parole *patria o muerte* (Vaterland oder Tod), die eng mit der kubanischen Revolution verbunden ist. Dabei hat Kuba bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie bemerkenswerte Erfolge erzielt, indem es infizierte Personen in Krankenhäuser einlieferte, Kontaktpersonen isolierte und das in Kuba entwickelte Interferon Alpha 2B zur Behandlung von COVID-19-Patienten einsetzte. Obwohl die Zahl der Fälle und Todesfälle mit dem Auftreten des Delta-Stammes zunimmt, ist die COVID-Sterblichkeitsrate in Kuba (160 pro Million Einwohner) weniger als ein Zehntel derjenigen der Vereinigten Staaten und ein Sechzehntel derjenigen Brasiliens. Kuba hat mehrere Impfstoffe entwickelt und verabreicht bereits zwei Impfstoffe mit einer Wirksamkeit von über 90 % gegen COVID-19, Soberana 2 und Abdala, die seit dem 9. Juli massenhaft verteilt werden.

Videos von den antikommunistischen Protesten in San Antonio wurden im Internet immer wieder gezeigt. Was sie nicht zeigen, ist, dass ein paar Stunden später ein zweiter Marsch in San Antonio stattfand, an dem mehrere hundert Anhänger der Regierung teilnahmen, darunter auch Arbeiter der örtlichen Tabakfabrik. Der kubanische Präsident und Generalsekretär der Kommunistischen Partei (PCC), Miguel Díaz-Canel, sprach mit den Einwohnern in ihren Häusern und wandte sich an die Presse auf dem Marktplatz der Stadt. Anschließend sprach er im Fernsehen, Radio und Internet über die Lebensmittel- und Medikamentenknappheit, die Stromausfälle und die Medikampagne zur Diskreditierung Kubas. Er endete mit einem Aufruf an „alle Revolutionäre, auf die Straße zu gehen, um die Revolution überall zu verteidigen“.² Während er „Konterrevolutionäre“ anprangerte, die den Protest anführten, sagte der kubanische Staatschef, dass sich unter den Demonstranten auch „Menschen in schwierigen Verhältnissen“ und sogar „verwirrte Revolutionäre“ befänden, die „ihre Unzufriedenheit

² „La orden de combate está dada, a la calle los revolucionarios.“ CubaDebate, 11. Juli.

zum Ausdruck brächten“.

Die Tatsache, dass diese Demonstrationen Teil einer internationalen Operation waren, wird durch die zeitliche Abfolge der Ereignisse belegt. Um 12:37 Uhr am 11. Juli kündigt ein Tweet von Yoani Sánchez, der antikommunistischen Internet-Berühmtheit, an, dass die Menschen in San Antonio demonstrieren. Um 12:45 Uhr zeigt ein Video einen Redner in San Antonio, der „Nieder mit der Diktatur“ ruft und den KP-Vorsitzenden Díaz-Canel als „singao“ (etwa: Arschloch) bezeichnet. Um 12:56 Uhr ein Aufruf des Movimiento San Isidro (MSI)³, „angesichts der Ereignisse in San Antonio de los Baños“ sich auf dem Laufenden zu halten. Um 13:11 Uhr erklärt die MSI, dass „das kubanische Volk auf der Straße ist“. Um 13:20 ein Aufruf von #SOSCuba in Miami zu einer Kundgebung um 14:00 Uhr. Um 13:22 ein weiteres antikommunistisches Video aus San Antonio. Um 13:37 Uhr ruft die MSI „die Organisationen der Zivilgesellschaft auf, auf die Straße zu gehen“. Um 13:41 Uhr ruft der MSI-Gründer Luis Manuel Otero Alcántara die Menschen in Havanna auf, zur Uferpromenade Malecón zu gehen. Um 13:57 Uhr ein Video von einem Protest in der Stadt Palma Soriano. Um 13:59 Uhr ein Video aus der Stadt Matanzas, das eine marschierende Menge zeigt.

Nein, dies war kein „spontaner Ausbruch“, wie die Medien es darstellen. US-Behörden haben jahrelang viel Geld ausgegeben, um das Internet zu nutzen, um die Konterrevolution in Kuba anzustacheln und anzuzetteln. Im Jahr 2010 richtete die berüchtigte U.S. Agency for International Development (USAID) die misslungene Messaging-App ZunZuneo ein, in der Hoffnung, dass die Betreiber, sobald sie eine kritische Masse erreicht, „politische Inhalte einfügen würden, die darauf abzielen, die Kubaner zur Organisation von ‚Smart Mobs‘ zu inspirieren – Massenversammlungen, die von einem Moment auf den anderen ausgerufen werden und einen kubanischen Frühling auslösen

³ Eine Analyse dieser pro-kapitalistischen und pro-imperialistischen Künstlergruppe ist unten zu finden.



An der Demonstration der Regierungsanhänger am 11. Juli in San Antonio de los Baños nahmen auch Arbeiter der Tabakfabrik Lázaro Peña teil, die nach einem historischen kubanischen Gewerkschaftsführer benannt ist.

Bei Redaktionsschluss erschien in der digitalen Gusano-Zeitschrift El Estornudo (22. Juli) ein Artikel mit dem Titel „11. Juli in San Antonio de los Baños: Was man sieht/was man nicht sieht“ (auf Spanisch), in dem äußerst detailliert und mit Screenshots beschrieben wird, wie der erste Protest organisiert wurde. Es stellt sich heraus, dass dies die Arbeit einer Facebook-Gruppe, „La Villa del Humor“, war, die seit 2017 in der Stadt – dem Standort des wichtigsten Militärflughafens Kubas – aktiv ist. Der Hauptorganisator, der das Pseudonym Danilo Roque verwendet, erklärte später: „Ich und mein Team haben beschlossen, dass die Zeit gekommen ist, zum Schlag auszuholen, weil sich die Regierung auf COVID konzentrierte.“ Am 10. Juli riefen sie in der Facebook-Gruppe unter dem Vorwand der Stromausfälle zu einem Protest am nächsten Tag auf: „Seid ihr es leid, keinen Strom zu haben? ... Zeit, auf die Straße zu gehen und Forderungen zu stellen.“ Dieser „spontane Protest“ war das Werk konterrevolutionärer Provokateure.

könnten“.⁴ Was am 11. Juli geschah, war die Verwirklichung dieses Projekts unter Verwendung von Facebook und Twitter. Aber das erfordert immer noch „Aktivposten“ vor Ort. Was auch immer der Ursprung des ersten Ereignisses in San Antonio de los Baños gewesen sein mag, der zweite Ausbruch in Palma Soriano im Osten Kubas war eindeutig das Werk von konterrevolutionären Gruppen. Diese Stadt ist seit langem ein Zentrum der katholischen Reaktion im Zusammenhang mit dem Kult der Jungfrau del Rosario. Es ist das Revier von José Daniel Ferrer, dem öffentlichen Gesicht der konterrevolutionären Patriotischen Union Kubas (UNPACU) und einem bezahlten Agenten der USA. Diese Organisation erhielt 2016 99.431 Dollar von der rechtsgerichteten Cuban American National Foundation (CANF) mit Sitz in Miami.⁵

Als am 11. Juli Videos und Tweets online gingen, wurden sie in den sozialen Medien in Tausenden von Nachrichten verbreitet, die „intensiven Gebrauch von Robots, Algorithmen und Konten machten, die erst kürzlich für diesen Anlass eingerichtet worden waren“.⁶ Die kubanische Website CubaDebate (12. Juli) berichtete, wie ein spanischer Internetanalyst, Julián Macías Tovar, dokumentierte, dass das erste Twitter-Konto, das den Hashtag #SOSCuba verwendete und von einem spanischen Nutzer stammte, allein am 11. Juli 1.291 Tweets und über 1.000 am Tag zuvor veröffentlichte. Diese wurden dann von anderen Konten weiter gepostet, so dass es am 11. Juli „Hunderttausende von Tweets, viele davon von Konten von Künstlern“ über Proteste in Kuba gab. Ein Posting eines Fernsehreporters in Florida über San Antonio de los Baños wurde tausende Male retweetet. Außerdem wurden am 10. und 11. Juli „mehr als 1.500 Konten mit dem Hashtag #SOSCuba eingerichtet, die sich an der Aktion beteiligten“.

Eine zweite Analyse von Mint Press (16. Juli) zitiert „NBCs Direktorin für Lateinamerika, Mary Murray, [die] feststellte, dass die Ereignisse erst dann ‚Feuer fangen‘, als die Live-Streams von der Expat-Gemeinde in Miami aufgegriffen und verstärkt wurden“. Sie wies auf „Hunderte von Konten hin, die genau dieselben Sätze auf Spanisch twitterten, komplett mit denselben kleinen Tippfehlern.“ In einem hieß es (auf Spanisch): „Wir Kubaner wollen nicht das Ende des Embargos, wenn das bedeutet, dass das Regime und die Diktatur bleiben, wir wollen sie weg haben, keinen Kommunismus mehr.“ Der Artikel wies auch auf die häufige Verwendung von Fotos großer *Gusano*-Demonstrationen in den USA in Artikeln über die (viel kleineren) Proteste in Kuba hin sowie auf mehrere Fotos, die als Demonstranten in Havanna ausgegeben waren, in Wirklichkeit aber Hunderte von Regierungsanhängern zeigten, wie etwa am Denkmal des kubanischen Unabhängigkeitskämpfers

⁴ „US secretly created ‘Cuban Twitter’ to stir unrest.“ AP, 3. April 2014.

⁵ „Dissident’s arrest triggers debate over funding.“ Cuba Money Project, 7. Dezember 2019.

⁶ „Investigación confirma la perversa operación de redes sociales contra Cuba.“ CubaDebate, 12. Juli.

Máximo Gómez, wo Demonstranten die Fahne von Fidel Castros Bewegung des 26. Juli hielten.

Der Mint Press-Artikel von Alan MacLeod trug den Titel „The Bay of Tweets: Documents Point to US Hand in Cuba Protests“, eine Anspielung auf die desaströse Invasion in der Schweinebucht (Bay of Pigs) unter dem demokratischen Präsidenten John F. Kennedy im April 1961, als Fidel Castro Arbeitermilizen und Truppen der Revolutionären Streitkräfte anführte, die 1.500 von den USA bewaffnete Söldner zerschlugen. Als Reaktion auf die Invasion verkündete Castro, dass „wir eine sozialistische Revolution direkt vor der Nase der Vereinigten Staaten durchgeführt haben“. Der Artikel verwies auch auf die Explosion der USS *Maine* im Hafen von Havanna im Jahr 1898, die von der Boulevardpresse zum Vorwand für den US-Krieg gemacht wurde, um den Sieg der kubanischen Unabhängigkeitskräfte zu verhindern und die Kolonie Spanien zu entreißen. Diesmal hat eine Petition auf change.org, die eine „humanitäre“ Militärintervention der USA in Kuba fordert, über 430.000 Unterschriften.

Heute läuft die imperialistische Propagandamaschine der großen Lüge auf Hochtour, um die Proteste vom 11. Juli als Volksaufstand gegen den Kommunismus



Tweet von #SOSCuba, in dem zu einer „humanitären Intervention“ in Kuba aufgerufen wird. Eine Petition mit 430.000 Unterschriften forderte eine US-Invasion. Der Bürgermeister von Miami rief zum Luftkrieg auf.

darzustellen. Das ultra-rechte kubanische Exil-Milieu möchte sie als Vorwand für eine US-Invasion nutzen, und der Bürgermeister von Miami hat zum „Luftkrieg“ gegen Kuba aufgerufen. Wie der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez auf einer Pressekonzferenz am 13. Juli feststellte, „ist der Ruf nach einer humanitären Intervention in Kuba gleichbedeutend mit dem Ruf nach einer militärischen Intervention der USA. Eine ‚humanitäre Intervention‘ ist das, was 1999 in Jugoslawien stattfand“, unter dem demokratischen Präsidenten Bill Clinton.⁷

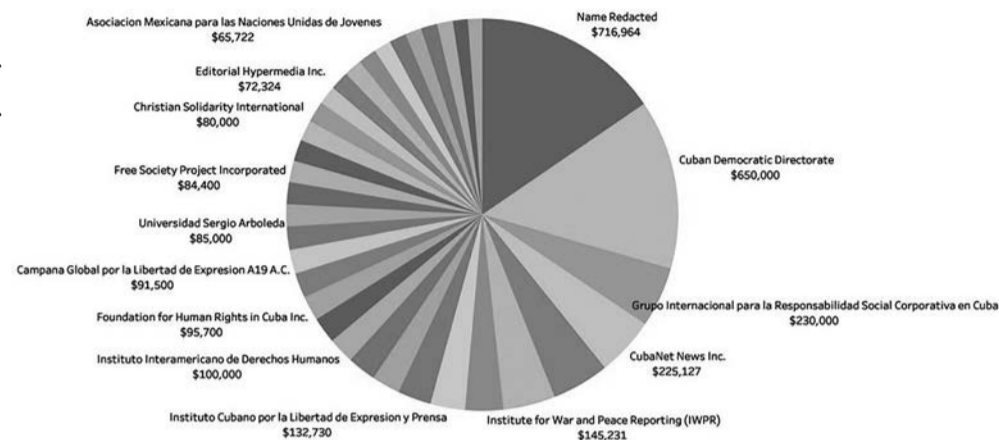
⁷ Siehe „Defend Yugoslavia – Defeat the Imperialist Attack!“ *The Internationalist* Nr. 7, April-Mai 1999. Die „humanitäre Intervention“ der USA und der NATO führte zur gewaltsamen Vertreibung von fast 200.000 Serben und Roma aus ihrer Heimat im Kosovo, zur Zerstückelung Jugoslawiens und schließlich zum Sturz der serbisch-nationalistischen Regierung von Slobodan Milošević in der ersten der von den USA inszenierten „Farbrevolutionen“.

Das ist es, was einige heute für Kuba im Sinn haben. Aber im Gegensatz zum kapitalistischen Jugoslawien von 1999 ist Kuba ein (bürokratisch deformierter) Arbeiterstaat. Wenn KP-Führer Díaz-Canel schwört, dass „sie, wenn sie die Revolution stürzen wollen,

über unsere Leichen gehen müssen“, ist das kaum abstrakt. Jedes Mitglied der Kommunistischen Partei ist sich darüber im Klaren, dass eine Konterrevolution in Kuba und die Rückkehr der *Gusano*-Mörderbanden zu einem Blutbad führen würde.

II. Kubanische „Dissidenten“ auf der Gehaltsliste der USA

Cuba Money Project



National Endowment for Democracy's Kuba-Zuschüsse im Jahr 2018. NED = CIA.

Die oben erwähnte Lobby der Cuban American National Foundation ist ein Hauptkanal für die Finanzierung kubanischer „Demokraten“ durch die USA. Im Jahr 2011 gab die US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) der Stiftung für Menschenrechte in Kuba, einer Schöpfung der CANF, 2 Millionen Dollar, um die „Ermächtigung“ in Kuba zu fördern. Dieser Betrag wurde 2013 um weitere 1,44 Millionen Dollar aufgestockt, um „für die Bedürfnisse der Gemeinschaft einzutreten und dadurch die Erwartungen und die Verantwortlichkeit für eine bessere Regierungsführung“ in Kuba zu erhöhen. „Steuerunterlagen zeigen, dass die Organisation von 2014 bis 2018 mindestens 3.324.741 US-Dollar an kubanische Dissidenten weitergeleitet hat“, so das Cuba Money Project, das von Tracey Eaton, der ehemaligen Kuba-Korrespondentin der *Dallas Morning News*, geleitet wird. Tatsächlich geben die CIA, NSA, USAID, NED (National Endowment for Democracy), das Außenministerium und andere US-Behörden jedes Jahr riesige Summen für die Finanzierung antikommunistischer Subversion in Kuba aus.

Was das Movimiento San Isidro betrifft, so interviewte der Journalist Ed Augustin im Londoner *Guardian* (6. Dezember 2020) ein MSI-Mitglied, Esteban Rodríguez, der sich selbst als „Social Media Influencer“ bezeichnete. Der Artikel berichtete, dass „die staatlichen Medien die San Isidro-Bewegung als US-Söldner

dargestellt haben“. In der Tat, heißt es weiter: „Es gibt klare Beweise dafür, dass einige Mitglieder der San Isidro-Bewegung Verbindungen zur US-Regierung haben. Esteban Rodríguez arbeitet für ADN Cuba, eine in Florida ansässige Online-Nachrichtenagentur, die im September einen Zuschuss in Höhe von 410.710 Dollar von der US-Regierungsbehörde USAID erhalten hat. Die USA geben jährlich 20 Millionen Dollar für regierungsfeindliche Medien und „Demokratieförderungs“-Programme aus (die nach Ansicht von Kritikern besser als „Regimewechsel“-Programme zu bezeichnen sind).“ Augustin zitiert weiter, dass Rodríguez Trumps verschärfte Sanktionen, einschließlich der Sperrung von Familienüberweisungen, gutheißt und sagt: „Wenn ich in den USA wäre, hätte ich für Trump gestimmt.“

Er ist nicht der einzige Trump-Anhänger in der MSI. Als ein kubanischer Polizist am 7. November letzten Jahres zum Haus von Denis Solís González kam, um eine Vorladung vor Gericht zuzustellen, filmte der afrokubanische Rapper die Begegnung, in der er neben homophoben Beleidigungen „Donald Trump 2020. Er ist mein Präsident“ schreit. Solís postete das Video anschließend auf Facebook. Als er wegen Missachtung des Gerichts inhaftiert wurde, fand am 27. November ein Protest-Sit-in vor dem kubanischen Kulturministerium statt. Es gab keine Verhaftungen, stattdessen führte der stellvertretende Minister einen vierstündigen Dialog mit den Demonstranten, der mit einer Vereinbarung über ein weiteres Treffen endete.

Doch dann schickte eine neulich gegründete „Bewegung 27. November“ (N27) eine E-Mail, in der sie forderte, dass an diesem Treffen auch berüchtigte Konterrevolutionäre teilnehmen sollten. Das Ministerium antwortete, es werde sich „nicht mit Personen treffen, die direkten Kontakt zur Regierung der Vereinigten Staaten und ihren Beamten haben und von diesen finanziert, logistisch unterstützt und propagandistisch begleitet werden“.

Der wichtigste Anführer des MSI ist Luis Manuel Otero Alcántara, der in den Medien als „Performance-Künstler“ bezeichnet wird. Im April, als er eine „Kunstaussstellung“ für Kinder vorbereitete, die aus Bildern von Bonbonpa-

pier bestand,⁸ strahlte das kubanische Fernsehen (Canal Caribe) eine Sendung aus, in der ein Vertrag zwischen dem Nationalen Demokratischen Institut (NDI) und Otero Alcántara über ein monatliches Stipendium von „bis zu 1.000 USD“ im Gegenzug für einen „monatlichen Bericht über die Verwendung dieser Mittel“ gezeigt wurde. Das Cuba Money Project (4. April) berichtete: „Das NDI hat von 2002 bis 2021 mindestens 6.615.674 Dollar für Kuba-Programme erhalten, wie Aufzeichnungen zeigen.“ Das NDI ist eine Tochtergesellschaft der NED, die seit Mitte der 1970er Jahre die CIA bei der Finanzierung antikommunistischer „Dissidenten“ abgelöst hat, und beschreibt seine Arbeit in Kuba als „Aufbau von Kapazitäten unabhängiger kubanischer zivilgesellschaftlicher Akteure.“

Ein weiterer afrokubanischer Rapper, der für die San Isidro-Bewegung spricht, ist Maykel Osorbo. In einem Social-Media-Post, das am 11. Dezember im kubanischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, forderte Osorbo Trump auf, in Kuba einzumarschieren. Er beginnt damit, dass er dazu aufruft, die Blockade gegen Kuba zu verschärfen, indem er sagt, dass es „ein echtes Embargo geben sollte, das die Küsten blockiert, so dass nichts hereinkommt und nichts hinausgeht“. Schließlich erklärt er: „Ich würde sogar eine Invasion unterstützen.... Kommt schon, wir warten.“ Osorbo und ein weiteres MSI-Mitglied haben den Song „Patria y Vida“ – der zur antikommunistischen Hymne geworden ist – zusammen mit dem millionenschweren Hip-Hop-Künstler Yotuel Romero und einigen schwarzen *Reggaetoneros* (Reggaetón-Musikern) in Miami produziert. Der Text, der angeblich von Romero geschrieben wurde, ist eine Rezitation von *Gusano*-Slogans („keine Lügen mehr“, „62 Jahre, eure Zeit ist vorbei“). Das Lied wurde dann von der mächtigen Medienmaschine des Yankee-Imperialismus, die die CIA als „Mighty Wurlitzer“ (Jukebox) bezeichnete, über das Internet popularisiert.⁹

Wie Tracey Eaton vom Cuba Money Project gegenüber der *Mint Press* über die US-Finanzierung von Künstlern in Kuba erklärte, „Es ist unmöglich zu sagen, wie viele US-Steuer-gelder im Laufe der Jahre in diese Programme geflossen sind, da die Einzelheiten vieler Projekte geheim gehalten werden.“ Er wies darauf hin, dass das Außenministerium, USAID und die U.S. Agency for Global Media allesamt solche Programme durchführen. Die NED listet ihrerseits aktuelle Projekte auf, darunter „Empowering Cuban Hip-Hop Artists as Leaders in Society“ (um „das Bewusstsein für die Rolle von Hip-Hop-Künstlern bei der Stärkung der Demokratie in der Region zu erhöhen“) und „Promoting Freedom of Expression in Cuba through the Arts.“ Seit 2017 hat die USAID Zuschüsse in Höhe von 16.569.889 Dollar zur „Förderung der Demokratie“ in Kuba verteilt, darunter 4,7 Millionen Dollar an die Bacardí Family Foundation allein in den letzten zwei Jahren und 20 Millionen Dollar an die Grupo de Apoyo a la Democracia, eine Dachorganisation der *Gusanos* in Miami, die die Gelder dann



MSI auf der Gehaltsliste der USA: Vertrag zwischen dem Nationalen Demokratischen Institut und Luis Manuel Otero Alcántara, gezeigt im kubanischen Fernsehen am 2. April.

an Unterempfänger weiterleitet.¹⁰

Es ist klar, dass die Finanzierung der Konterrevolution in Kuba ein großes Geschäft ist. Die San-Isidro-Bewegung ist der aktuelle „Dissidenten“-Liebling für Liberale sowie für Konservative in den USA, insbesondere weil sie die Proteste vom 11. Juli ausgelöst hat. Vor einigen Jahren waren es die Damas en Blanco (Damen in Weiß), die von der CANF finanziert wurden. Die MSI ist eine hauptsächlich afrokubanische Künstlergruppe mit Sitz in dem heruntergekommenen Viertel von Alt-Havanna, nach dem sie benannt ist. Sie wurde 2018 gegründet, um sich der Umsetzung des Dekrets 349 der kubanischen Regierung zu widersetzen, das künstlerische und kulturelle Aktivitäten regelt. Doch die MSI und ihre Unterstützer in der überwiegend weißen Bewegung des 27. November sind eine politische Bewegung, deren Ziele weit über die Forderung nach künstlerischer Freiheit hinausgehen. Im Manifest der N27 wird dies deutlich gemacht:

„2. Wirtschaftliche Freiheiten. Wir bekräftigen das Recht jedes Bürgers, sich in verschiedenen Formen der wirtschaftlichen Tätigkeit, des Eigentums und der Verwaltung zu engagieren. Wir schätzen die Rolle des privaten Unternehmertums und die Ausübung wirtschaftlicher Freiheiten, die die Förderung produktiver Kapazitäten und die Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen, die für die Entwicklung der Nation wesentlich sind.“

Kein Wort über Kubas sozialisierte Wirtschaft, die Grundlage für seine großen Errungenschaften in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Medizin, einschließlich der Entwicklung von COVID-Impfstoffen. Die Verteidigung der Privatwirtschaft und des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch MSI/N27 ist ein Aufruf zur kapitalistischen Konterrevolution.

Eine weitere Anmerkung zur San Isidro-Bewegung: Der kubanisch-amerikanische Akademiker Javier Corrales schrieb im NED's *Democracy Digest* (15. Dezember 2020), dass die Bewegung „einen Angriff auf das System startet, indem sie die Frage der Rassengerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt“. In Wirklichkeit hat die MSI sehr wenig über Rassengleichheit oder Diskriminierung gesagt, und das ist kein Zufall. Auf der Website AfroCubaWeb wird darauf hingewiesen, dass sie sich dazu mit der virulenten weißen Vorherrschaft ihrer Unterstützer in Miami auseinandersetzen müsste. Auf der Website wird auch darauf hingewiesen, dass der für Trump und das Embargo eintretende Rapper Solís auch sehr „für die Proud Boys ist, deren Anführer ein Afrokubaner ist“.¹¹ In der Tat ist Enrique Tarrío,

¹⁰ Tracey Eaton, „The democracy business in Cuba is bustling“, *Cuba Money Project*, 9. Dezember 2021. Eaton merkte auch an, dass das Außenministerium zeitgleich mit dem Auftauchen der San Isidro-Bewegung Zuschüsse von bis zu 1 Million Dollar für Projekte zur Förderung von „bürgerlichen, politischen, religiösen und Arbeitsrechten [sic] in Kuba“ anbot. Und jetzt, da #SOSCuba aufgetaucht ist, bietet USAID 2 Millionen Dollar für Projekte zur „Förderung der Effektivität unabhängiger zivilgesellschaftlicher Gruppen“ in Kuba an („\$2 million up for grabs for democracy projects in Cuba“, *Cuba Money Project*, 3. Juli). Siehe auch „Democracy, Inc.“, *Cuba Money Project*, 4. Juni, für eine Übersicht über einige der wichtigsten „Demokratie“-Geldmühlen.

¹¹ „Movimiento San Isidro – N27“, AfroCubaWeb.



MSI-Anführer Denis Solís schreit „Donald Trump 2020“, als ein kubanischer Polizist am 7. November 2020 eine Vorladung überbringt, direkt nach den US-Wahlen, die Trump verloren hat.

der Vorsitzende dieser faschistischen Organisation (und ein ehemaliger FBI-Informant), ein Produkt des kubanischen Milieus in Miami. Bei der *Gusano*-Demonstration am 11. Juli sprach Tarrío zur Menge, während er ein Transparent mit der Aufschrift: „Proud Boys, San Isidro Chapter, Nieder mit Díaz-Canel

und den Kommunisten“ hielt. Diese unheilvollen Tatsachen machen einmal deutlicher, dass die Förderung der vom Imperialismus unterstützten Konterrevolution gegen die kubanische Revolution mit rassistischem und antikommunistischem Terror hier, in Kuba und international Hand in Hand geht.

III. Demonstranten entfesseln Gewalt, Verteidiger der Revolution machen mobil

Im Laufe des 11. Juli schlugen die antikomunistischen Proteste in Kuba an einigen Orten in Gewalt um. In Cárdenas wurde ein Polizeifahrzeug umgeworfen und ein MLC-Laden (konvertierbare Währung) geplündert. Cárdenas, eine mehrheitlich schwarze Stadt in der Provinz Matanzas, ist von dem jüngsten COVID-19-Ausbruch besonders stark betroffen, da viele ihrer Bewohner in der Tourismusbranche im Badeort Varadero arbeiten. In der Hauptstadt wurden an zwei Orten (beide im Stadtteil 10 de Octubre von Havanna) Polizeiautos umgeworfen und in einem Fall wurde ein MLC-Laden angegriffen. Dies waren nicht dieselben Gruppen, die in der Innenstadt marschierten, und die Gewalt schien auch nicht organisiert zu sein; stattdessen handelte es sich, den Videos nach zu urteilen, offenbar um „marginalisierte“ Jugendliche aus armen Stadtvierteln, die auf Symbole der Autorität losgingen. Die Polizei traf erst nach der Tat in großer Zahl ein. Imperialistische Wortführer begrüßten diese Aktionen als ein Zeichen von Anti-Regime-Eifer, während sie ähnliches in den USA natürlich verurteilen würden.

In der Folge gab es in den westlichen Medien einen Aufschrei über eine angebliche polizeiliche Unterdrückung der Proteste vom 11. Juli. Zu denen, die sich dieser zynischen imperialistischen Propaganda anschlossen, gehörten die „progressiven“ Demokraten Alexandria Ocasio-Cortez („wir solidarisieren uns mit [den Protesten] und verurteilen die antidemokratischen Aktionen von Präsident Díaz-Canel“) und Bernie Sanders. Aber die Polizei ließ die Proteste größtenteils gewähren, bis sie gewalttätig wurden. Die Associated Press berichtete, dass in Havanna: „Etwa zweieinhalb Stunden nach Beginn des Marsches rissen einige Demonstranten Pflastersteine heraus und warfen sie auf die Polizei, woraufhin die Beamten begannen, Personen zu verhaften und die Demonstranten sich zerstreuten.“ An diesem Punkt war es auch, dass die Kommunistische Partei ihre Mitglieder und Unterstützer dazu aufrief, „auf die Straße zu gehen, um die Revolution zu verteidigen“. Das taten sie auch, wobei viele „*patria o muerte*“ skandierten. Die AP berichtete: „Etwa 300 regierungnahe Personen kamen dann mit einer großen kubanischen Flagge an und riefen Slogans zugunsten des verstorbenen Präsidenten Fidel Castro und der kubanischen Revolution.“

Zunächst besetzten mehr als 100 regierungsfreundliche Demonstranten das Denkmal für Máximo Gómez, den dominikanischen General im kubanischen Unabhängigkeitskrieg, der die Sklaven befreite. Fotos davon wurden in den westlichen Medien weithin als Beweis für das Ausmaß der regierungsfeindlichen Proteste verwendet, obwohl sie tatsächlich die Gegenseite zeigten. Fotos zeigen dann mehrere hundert Demonstranten vor dem nahe gelegenen Revolutionsmuseum. Doch als sich eine antikommunistische Menge von inzwischen etwa 2.000 Personen auf die Plaza de la Revolución zubewegte, eilten Mitglieder der Kommunistischen Jugend und andere herbei, um sie abzuwehren. Viele hatten vernünftigerweise Stöcke dabei – gut so! Fotos davon wurden als Beweis für die „Repression“ angeführt. Was diese Berichte nicht zeigen, ist, dass die Verteidiger der Revolution von den Regierungsgegnern gewaltsam angegriffen wurden. Hier ist ein Bericht einer Frau, die

beim kubanischen Radio/TV arbeitet:

„Die [regierungsfeindlichen] Demonstranten griffen nach Steinen und warfen sie auf zwei meiner Freunde.... Ein Auto kam auf uns zu und versuchte, uns zu überfahren, dann zog einer von ihnen ein Messer und alle fing an zu rennen.... Eine Nachbarin musste uns im wahrsten Sinne des Wortes retten. Sie öffnete die Tür zu ihrem Haus, sie warfen Steine und Flaschen.“¹²

Ein anderer Bericht, „von einem Genossen, der an einer der Kundgebungen zur Verteidigung der Revolution teilnahm“, wird von der International Marxist Tendency zitiert:

„Ich wurde angegriffen.... Sie hätten mich fast gelyncht, sie bewarfen mich mit Wasser, Rum und warfen zwei Steine nach mir, aber sie trafen mich nicht.“

Während, wie gesagt, viele, wenn nicht sogar die meisten der Regierungsgegner ihre Frustration und Wut über Engpässe, Stromausfälle und eine Pandemie, die ihnen das Leben schwer macht, zum Ausdruck brachten, verfolgten die Menschen in vorderster Front ein bestimmtes Ziel. Diejenigen, die mit Daumen und Zeigefinger den Buchstaben „L“ (für Libertad) formten, als sie versuchten, Unterstützer der Revolution zu überfahren – wie es Rassisten in den USA gegen antirassistische Demonstranten getan haben –, forderten die kapitalistische „Freiheit“, die Insel auszubeuten, zu unterdrücken und zu rekolonialisieren. Als sie „Nieder mit der Diktatur“ skandierten, riefen sie dazu auf, den Arbeiterstaat (die Diktatur des Proletariats) durch die Diktatur des Kapitals zu ersetzen. Als sich die Proteste intensivierten und ihre konterrevolutionäre Stoßrichtung von Minute zu Minute deutlicher wurde, war dies ein entscheidender Moment: Wo stehst du? Trotzlisten hätten sich der regierungsfreundlichen Mobilisierung angeschlossen und sich entsprechend ausgerüstet, um diejenigen zu stoppen, die die Yankee-Imperialisten und *Gusanos* zurückbringen würden.

In der Folge entfesselte eine massive antikommunistische Medienmaschinerie – diejenigen, die direkt von Washington bezahlt werden (Cubamet, ADN Cuba, Diario de Cuba, TV und Radio Martí) und diejenigen, die behaupten, privat finanziert zu werden (CiberCuba 14yMedio), sowie liberale und rechtsgerichtete Medien in den USA – eine Flut von Lügen über brutale Unterdrückung. Yoani Sánchez' 14yMedio war voll von Gerüchten über Tote und „Verschwundene“ überall. (Die einzige Person, die starb, starb nicht während der Proteste am 11. Juli, sondern am nächsten Tag bei einem provokativen Versuch, in Richtung einer Polizeistation in Arroyo Naranjo zu marschieren. Wie man auf Fotos sehen kann, trug die Polizei keine Schusswaffen, anders als in den USA, wo Tausende schwer bewaffneter Polizisten auf Black-Lives-Matter-Demonstranten losgingen.) Insgesamt gab es etwa 200 Verhaftungen. Im Fall von Otero Alcántara von der MSI, der auf dem Weg zum Malecón verhaftet wurde, war dies sicherlich gerechtfertigt, für seine Rolle bei der Anstiftung zu konterrevolutionären Protesten.

Einer der am 11. Juli Verhafteten war Frank García Hernández, der Hauptorganisator der Trotzki-Konferenz 2019 in Havanna.¹³ In einem Artikel mit dem Titel

¹² „Augenzeugenberichte vom 11. Juli: Wann die Gewalt entfesselt wurde“ (auf Spanisch), Cuba-Debate, 15. Juli 2021.

¹³ Siehe „The Havana Trotsky Conference: Notes of a Participant“, *The Internationalist* Nr. 57, September-Oktober 2019.



Yanil Lage / AFP

Von Regierungsgegnern umgeworfene Polizeiautos in Havanna, 11. Juli.

„Über die Proteste vom 11. Juli in Kuba“ (auf Spanisch) in dem von ihm gegründeten Blog *Comunistas* (17. Juli) wird erklärt, dass er zufällig an einem Ort ankam, an dem es in der Nähe der Plaza de la Revolución zu gewaltsamen Zusammenstößen gekommen war. In dem Artikel heißt es, als ein Polizeibeamter Maykel González, den Herausgeber der Zeitschrift *Tremenda Nota* für die Rechte der Homosexuellen, fälschlicherweise beschuldigte, Steine auf die Polizei geworfen zu haben, habe Frank García als Mitglied der Kommunistischen Partei zu intervenieren versucht, woraufhin beide festgenommen wurden. Nach etwas mehr als 24 Stunden Haft wurden beide wieder freigelassen, nachdem die Behörden die Vorfälle aufgeklärt hatten, bei denen keiner der beiden an gewalttätigen Aktionen beteiligt gewesen war. „Frank gibt an, dass er NICHT körperlich misshandelt oder gefoltert wurde“, heißt es in dem Artikel, und er fügt hinzu, dass „Frank García derzeit nicht unter Hausarrest steht“, sondern mit einer einstweiligen Verfügung belegt ist, die seine Bewegungsfreiheit einschränkt – ein dort übliches Verfahren, bis die ursprünglichen Anklagen formell erledigt sind.

Bei all der Medienberichterstattung über die Proteste in Kuba am Montag, dem 11. Juli, wurde die regierungsfreundliche „Kundgebung der Revolutionären Neubestätigung“ vom Samstag, dem 17. Juli, kaum erwähnt, die, wie Fotos deutlich zeigen, Zehntausende in Havanna und Tausende mehr im ganzen Land versammelte, weit mehr als die vielbeachteten regierungsfeindlichen Märsche fünf Tage zuvor. Die Kundgebung am Samstag beendete der kubanische Präsident und PCC-Vorsitzende Díaz-Canel mit einem Aufruf: „Es lebe Kuba, souverän, unabhängig, sozialistisch!“ Doch während er von „notwendiger Selbstkritik, ausstehender Richtigstellung, tiefgreifender Revision unserer Methoden“, von „Bürokratie“ und „Unsensibilität“ und der Notwendigkeit sprach, „den verletzlichen Sektoren mehr Aufmerksamkeit zu schenken“, lautete seine Hauptbotschaft, dass die kubanische Revolution „die Saat des Bösen, des Hasses, der Schande und des Verbrechens für immer ausgelöscht hat“. Doch abstrakte Appelle an die Liebe und zivile Tugenden sind weit entfernt von dem revolutionären kommunistischen Programm, das notwendig ist, um einen kaltblütigen Feind zu besiegen.

IV. Die Bürokratie untergräbt die Errungenschaften der Revolution

Wie wir an anderer Stelle ausführlich darlegen (siehe „U.S. Blockade of Cuba: ‚Bring About Hunger, Desperation, Overthrow‘“, *The Internationalist*, Juli 2021), liegen die grundlegenden und unmittelbaren Ursachen der akuten wirtschaftlichen und medizinischen Krise, mit der Kuba heute konfrontiert ist, in der Tatsache, dass es eine kleine Insel ist, die vom Imperialismus unerbittlich belagert wird und dem brutalen Diktat des kapitalistischen Weltmarktes unterworfen ist. Es ist grotesk, die kubanische Regierung zu beschuldigen, sie habe es versäumt, die Bevölkerung vor den verheerenden Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zu schützen, obwohl sie es in Wirklichkeit viel besser gemacht hat als jedes andere kapitalistische Land in der Hemisphäre. Die Entwicklung mehrerer COVID-19-Impfstoffe durch Kuba ist eine erstaunliche Leistung, vor allem angesichts der wirtschaftlichen Erpressung, der das Land ausgesetzt war und ist. Und solche Anschuldigungen sind besonders niederträchtig, wenn sie von imperialistischen Regierungen kommen, die buchstäblich Impfstoffe horten, um sicherzustellen, dass in Afrika, das sich jetzt im tödlichsten Stadium der Pandemie befindet, keine zur Verfügung stehen.

Bis Ende August werden die G7-Länder auf 1,9 Milliarden Impfdosen sitzen, mehr als sie für die Impfung ihrer Bevölkerung benötigen, und „genug, um die gesamte erwachsene Bevölkerung Afrikas zu impfen“, so die ONE-Kampagne.¹⁴ Das

Covax-Programm der Weltgesundheitsorganisation (WHO) versprach Impfstoffe für arme Länder, aber die Lieferungen wurden einfach gestoppt, als Indien nach dem Wiederaufflammen der Pandemie mit dem Delta-Stamm Anfang dieses Jahres die Ausfuhr des Impfstoffs von Astra-Zeneca verbot. Ein Grund dafür, dass sich Kuba nicht am Covax-Programm beteiligte (neben der Tatsache, dass es seine eigenen Impfstoffe entwickelte), war die Sorge, dass es angesichts der Blockade jederzeit abgeschnitten werden könnte, wie es jetzt ganz Afrika widerfahren ist. Trotz all ihrer zynischen Bekenntnisse zur Sorge um die afrokubanische Bevölkerung, die mehr als alle anderen unter den Auswirkungen der Blockade gelitten hat, sollten die Befürworter der Blockade, die jetzt nach einer „humanitären Intervention“ der USA rufen, sich für die Tatsache verantworten, dass die vermeintlichen imperialistischen „Retter“ *Impfstoffe für Schwarzafrika blockieren*.

Unterdessen ist es bittere Realität, dass die Auswirkungen der Blockade auch durch die Politik der Führung der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) verschärft wurden, die im letzten Jahrzehnt versucht hat, die sozialisierte Wirtschaft für einen „Privatsektor“ zu öffnen. Dies begann mit den „Wirtschafts- und sozialpolitischen Leitlinien“, die auf dem Sechsten Kongress der PCC im Jahr 2011 verabschiedet wurden. Diese *Lineamientos* wurden insbesondere von Raúl Castro vorangetrieben, nachdem er drei Jahre zuvor das Amt des kubanischen Präsidenten von Fidel Castro übernommen hatte. Diese unterschiedliche Mischung an



Während Kuba zwei COVID-Impfstoffe (Soberana 2 und Abdala) entwickelt hat, die nachweislich zu über 90 % wirksam sind, horten die Imperialisten „ihre“ Impfstoffe und weigern sich, sie nach Afrika zu schicken, wo die Pandemie in ihre tödlichste Phase eintritt.

Maßnahmen, von denen einige unterstützenswert, andere eindeutig gefährlich, umfasste die Verpachtung von staatlichem Agrarland an private Landwirte, die Einführung privater Großhandelsmärkte, die Förderung von Genossenschaften von Werktätigen, die Entlassung von Arbeitern aus Staatsbetrieben, die Öffnung eines Immobilienmarktes, die Zulassung von Mobiltelefonen, die Lockerung der Vorschriften für ausländische Direktinvestitionen, die Ausweitung der Selbstständigkeit (wie z. B. Taxis) und kleiner Unternehmen (z. B. Familienrestaurants) sowie die Abschaffung des dualen Währungssystems mit konvertierbaren und nicht konvertierbaren Pesos.¹⁵

Der Hintergrund dieser Politik geht auf die Ursprünge des deformierten kubanischen Arbeiterstaates zurück. Schon in 1959/60, als die bäuerlichen Guerillas der Bewegung des 26. Juli nach ihrem Sieg versuchten, eine weitreichende Agrarreform durchzuführen, wurden sie durch die wirtschaftliche Erpressung Washingtons dazu gedrängt, Unternehmen in ausländischem Besitz zu verstaatlichen, die die kubanische Wirtschaft dominierten. Als die Eisenhower-Regierung den Verkauf von Erdöl an Kuba verbot und Esso sich weigerte, das von der Sowjetunion gelieferte Rohöl zu raffinieren, hatte das kleinbürgerliche Castro-Regime keine andere Wahl, als die Raffinerie und andere in US-Besitz befindliche Unternehmen zu beschlagnahmen. Nachdem die kubanische Führung in die Arme der UdSSR getrieben worden war, begann sie mit dem Aufbau eines (bürokratisch deformierten) Arbeiterstaates nach dem Vorbild der damaligen Sowjetunion. Drei Jahrzehnte lang subventionierte die UdSSR Kuba und kaufte Zucker über dem Weltmarktpreis, im Tausch gegen Öl unter dem Weltmarktpreis.

Neben dem Aufbau einer Bürokratie von Grund auf (in den ersten Jahren bestand die kubanische Führung aus denjenigen, die in

¹⁵ Für eine detaillierte Diskussion siehe Vegard Bye, *Cuba, From Fidel to Raúl and Beyond* (Springer, 2020).

Fidel Castros Jeep saßen), bedeutete dies auch, dass man sich das nationalistische Programm des bürokratischen Regimes von Stalin und seinen Erben zu eigen machte.¹⁶ Als Stalin nach dem Tod von W. I. Lenin, der zusammen mit Leo Trotzki die bolschewistische Oktoberrevolution von 1917 angeführt hatte, die politische Macht an sich riss, verwarf er das Programm des Roten Oktobers der *internationalen sozialistischen Revolution*, auf dem die Kommunistische Internationale gegründet worden war. Stattdessen setzte er sich an die Spitze einer privilegierten bürokratischen Schicht und vertrat das antimarxistische Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“. Die Castros machten sich dieses zu eigen, indem sie eine kubanisch-nationalistische Sichtweise betonten. Gleichzeitig haben sie sich zunehmend an die Linie der konservativen sowjetischen Bürokraten angepasst und sich in den 1970er Jahren von der pro-kubanischen Guerilla in Lateinamerika abgewandt, nachdem sie diese eine Zeit lang ermutigt hatten. Doch mit der vom Imperialismus angeführten Konterrevolution in der UdSSR und dem osteuropäischen Sowjetblock 1989-92 war Kuba auf sich allein gestellt.

Da – im stalinistischen Rahmen – eine internationale sozialistische Revolution ausgeschlossen war, bestand die Alternative zur bürokratischen Misswirtschaft in Privatisierungsmaßnahmen, was die Gefahr einer kapitalistischen Restauration erhöhte. Dies war der gemeinsame Nenner der stalinistischen „Reformer“ von Chruschtschow bis Gorbatschow in der Sowjetunion und Deng in China. Als Kuba von der sowjetischen Hilfe abgeschnitten wurde, nachdem es die dunklen Tage der Sonderperiode 1990-93¹⁷ durchlebt hatte, in denen die

¹⁶ Siehe die Internationalist Group Class Readings, *Cuba: A Bureaucratically Deformed Workers State* (August 2010).

¹⁷ Siehe unseren Artikel „Cuba in Peril,“ veröffentlicht in *Workers Vanguard* Nr. 585, 8. Oktober 1993, als sie noch die Stimme des revolutionären Trotzismus war. Er ist nachgedruckt in *Cuba: A Bureaucratically Deformed Workers State*.



Der ehemalige kubanische Präsident Raúl Castro trat auf dem Achten Kongress der Kommunistischen Partei im April 2021 als Generalsekretär zurück und übergab das Amt an Miguel Díaz-Canel (rechts). Castro hat darauf gedrängt, die kubanische Wirtschaft für den „Privatsektor“ zu öffnen.

Wirtschaft um ganze 35 % einbrach, wurde als Alternative zur bürokratischen Stagnation die von Raúl Castro vorangetriebene Politik der zunehmenden Privatisierung vorgeschlagen. Doch obwohl sie 2011 angekündigt wurde, wurde sie nur stückweise umgesetzt, und nach 2016 gab es Rückzieher. So setzten Raúl Castro und Díaz-Canel 2018/19 eine neue Verfassung durch, deren Artikel XXII neben dem Staatseigentum an den „grundlegenden Produktionsmitteln“ (definiert als Hauptform) auch „das Privateigentum, das natürliche oder juristische Personen, kubanische oder ausländische, über bestimmte Produktionsmittel ausüben“, formell anerkennt.¹⁸

Seit 2019 hat das Privateigentum an einigen Produktionsmitteln in Kuba also eine verfassungsrechtliche Grundlage, die allerdings noch in Gesetze umgesetzt werden muss. Wie die kubanischen *Gusanos* und die Yankee-Imperialisten sicherlich erkennen, ist dies kaum die Wiederherstellung der kapitalistischen Klassenherrschaft – aber es ist ein unheilvoller Schritt, der das Wachstum des kapitalistischen Einflusses und der pro-kapitalistischen Kräfte in Kuba fördern wird und von allen revolutionären Kommunisten bekämpft werden sollte. Jetzt, inmitten der Pandemie, drängt PCC-Chef Díaz-Canel darauf, diese prokapitalistischen Reformen umzusetzen. Im August 2020 wurde die Eröffnung von Fremdwährungskonten (bei staatlichen Banken) genehmigt. Gleichzeitig wurden 72 Geschäfte für konvertierbare Währung (MLC) eröffnet, in denen diejenigen, die eine MLC-Debitkarte für ihre Bankguthaben in Dollar oder Euro besitzen, Waren kaufen können, die für diejenigen, die nur kubanische Pesos besitzen, nicht erhältlich sind. Die Regierung behauptet, dies sei notwendig, um harte Währung aufzusaugen, aber es hat die MLC-Läden zu einem weithin verhassten Symbol der Privilegien gemacht.

Im Oktober wurde ein Maßnahmenkomplex zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit beschlossen, die so genannte Ordnungsaufgabe (*Tarea Ordenamiento*), die unter anderem „übermäßige Subventionen“ und „unangemessene Gratiswaren“ abschaffen und „Gleichmacherei vermeiden“ (!) soll, anstatt „Menschen zu subventionieren“.¹⁹ Dies ist in Wirklichkeit eine „neoliberale“ Reform, bei der sozialpolitische Maßnahmen, die allen zugute kommen, durch Wohlfahrtsmaßnahmen für die Armen ersetzt werden. Darüber hinaus sollen die Preise für verschiedene Produkte wie z. B. Milch freigegeben werden (außer für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie z. B. Kinder). Die wichtigste Maßnahme des *Tarea Ordenamiento* war die Abschaffung des dualen Währungssystems, so dass es nur noch einen einzigen kubanischen Peso geben sollte, der zum Kurs von 24 zum Dollar umgetauscht werden sollte. Für diejenigen, die ihr Einkommen zuvor in konvertierbaren kubanischen Pesos hatten, die im Verhältnis 1:1 zum Dollar umgetauscht wurden, bedeutete dies eine Abwertung um 96 %. Der Mindestlohn für Arbeiter wurde verfünffacht, aber die Ersparnisse des Kleinbürgertums wurden praktisch vernichtet.²⁰

Kurz gesagt, die *Tarea Ordenamiento*, die am 1. Januar 2021 in Kraft trat, setzte viele der privatisierenden „Reformen“ um, die Raúl Castros *Lineamientos* 2011 gefordert hatten, aber nie oder nur teilweise um-

¹⁸ Siehe *Nueva Constitución de la República de Cuba* (2019).

¹⁹ „Was ist neu für Werktätige im Tarea Ordenamiento?“ (auf Spanisch), *Opciones* (13. Dezember 2020).

²⁰ Díaz-Canel übernahm praktisch das Programm des bürgerlichen Ökonomen Carmelo Mesa-Lago in seiner Monographie *The Cuban Economy: The Current Crisis, Its Causes, and Policies for the Future* (2020), dessen Rezept für Wirtschaftsreformen mit „Carry out monetary and exchange-rate unification“ und „Carry out a comprehensive price reform“ begann.

gesetzt wurden. Darüber hinaus ersetzte die Regierung Mitte Januar die Liste der 127 Wirtschaftssektoren, in denen privates Unternehmertum *erlaubt* war, durch eine neue Liste von 124 Wirtschaftssektoren, in denen es *ausgeschlossen* ist, während *alle anderen für private Unternehmer offen* sind. Dies könnte zu einer beträchtlichen Ausweitung des Privatsektors führen. Die Abwertung der Währung und die Ausweitung der konvertierbaren Währungen in einer Zeit extremer Warenknappheit haben jedoch nicht zu einem Aufblühen kleiner Unternehmen geführt, sondern zu einem enormen Anstieg der Inflation. Diejenigen, die Dollar oder Euro auf ihrer *tarjeta MLC*-Debitkarte haben, treiben die Preise für knappe Produkte, die früher mit der *libreta de canasta básica* (Lebensmittelkarte) ausgegeben wurden, in die Höhe.

Und es geht weiter: Drei Tage nach den Protesten vom 11. Juli kündigte Díaz-Canel an, dass die Löhne im staatlichen Sektor nicht mehr nach der offiziellen Lohntabelle gezahlt werden müssten. Dies würde „dem Management der staatlichen Unternehmen Autonomie geben“, so dass „diejenigen, die mehr Wohlstand schaffen, effizienter sind und mehr für den Staat produzieren, mehr verdienen werden“. Der PCC-Führer begrüßte diese „kühne Umgestaltung“ und sagte: „Der nicht-staatliche Sektor hat eine gewisse Freiheit, um zu bestimmen, wie viel den Arbeitnehmern gezahlt wird, die wir jetzt in die Funktionsweise und das Management der sozialistischen Staatsbetriebe einbeziehen.“ Die Abschaffung einheitlicher Lohnsätze ist ein *Angriff auf die Einheit der Arbeiterklasse* und sollte von allen klassenbewussten Arbeitern als Teil der Verteidigung der sozialisierten Wirtschaft gegen das Vordringen des Kapitalismus und der kapitalistischen Methoden bekämpft werden.

In der Vergangenheit blickten Raúl Castro und einige kubanische Ökonomen auf das „vietnamesische Modell“, aber wie Díaz-Canel letztes Jahr feststellte, war Vietnam nicht „seit sechs Jahrzehnten einem Embargo unterworfen“.²¹ Obwohl die USA den Vietnamkrieg verloren haben und obwohl es eine beträchtliche vietnamesische antikommunistische Exilgemeinde in den USA gibt, hat Washington amerikanischen Unternehmen erlaubt, sich dort niederzulassen, während der politische Apparat und der staatliche Sektor des deformierten Arbeiterstaates intakt bleiben. Es geht um Geopolitik. Das Interesse der US-Macht haben an Vietnam beruht auf dem Bestreben, China abzuschotten, während Kuba mitten im Einflussbereich der USA liegt, nur 90 Meilen von Florida entfernt im Karibischen Meer, das die US-Machthaber seit dem 19. Jahrhundert als amerikanischen See betrachtet haben.

Mit ihrer angeblich „sozialistischen“ *Schocktherapie aus gefährlich prokapitalistischen „Reformen“* fördert die bürokratische Führung des deformierten kubanischen Arbeiterstaates Maßnahmen, die das Wachstum konterrevolutionärer Kräfte begünstigen. Zwar behauptet sie, die Vorrangstellung des so genannten sozialistischen Sektors (d. h. der staatlichen Unternehmen) zu verteidigen und das staatliche Außenhandelsmonopol zu verteidigen, wie Raúl Castro auf dem Achten Kongress der PCC im April sagte, wo er als Generalsekretär zurücktrat und die Zügel an Díaz-Canel übergab. Doch indem die Bürokratie versucht, das Kleinbürgertum zu beschwichtigen, während sie gegen die Arbeiter und Armen vorgeht, indem sie „übermäßige“ Subventionen, „Gleichmacherei“ und einheitliche Lohnskalen abschafft, treibt sie einige von denen, die die solide Basis für die Unterstützung des Arbeiterstaates sein sollten, in die Arme der kapitalistischen Reaktion. Und die konterrevolutionären Kräfte

²¹ „Monetary Unification Will Help Stabilize the Economy,“ EFE, 25. Januar.

sind jederzeit bereit, dies auszunutzen, wie sie am 11. Juli gezeigt haben.

Die Werktätigen und notleidende Bevölkerungsteile Kubas müssen sich allen Maßnahmen widersetzen, die die revolutionären Errungenschaften untergraben oder sabotieren, und gleichzeitig die kubanische Revolution unnachgiebig gegen die Imperialisten, ihre Strohmannen, PR-Agenturen und Apologeten verteidigen, die sie in Armut ertränken wollen, während sie honigsüße Phrasen über „Freiheit“ dreschen. Die großartigen Errungenschaften des kubanischen Schulsystems, das das Analphabetentum beseitigt und Generationen von Fach-

leuten ausgebildet hat; das unvergleichliche System der medizinischen Versorgung, um das ganz Lateinamerika Kuba beneidet; die Entwicklung einer biomedizinischen und pharmazeutischen Industrie, die trotz der imperialistischen Blockade in der Lage war, fünf COVID-Impfstoffe zu entwickeln – all das wäre im Kapitalismus nicht möglich. Dieses System, das auf der Produktion für den Profit und nicht für die Bedürfnisse der Menschen basiert, garantiert, dass diejenigen, die ganz unten sind, auch ganz unten bleiben, wo mörderische Polizeigewalt entfesselt wird, um die Diktatur des rassistischen Kapitalismus zu sichern.

V. Verteidigt die Errungenschaften der kubanischen Revolution – Zerschlagt die Konterrevolution!

Ein Programm zur Bekämpfung der drohenden kapitalistischen Restauration sollte mit dem Aufruf zur **Bildung von Arbeiterräten** beginnen, um die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen, nicht nur gegen die Yankee-Imperialisten und ihre kubanischen Kollaborateure, sondern auch gegen die Gefahren, die von einer Bürokratie ausgehen, die diese Errungenschaften sabotiert. Anstatt die Macht der Manager zu vergrößern oder die Unternehmen in einzelne Betriebe aufzuteilen, sollte die **Leitung der staatlichen Unternehmen** in den Händen von **einer aus Werks-/Betriebskomitees bestehenden landesweiten Versammlung der Arbeiter in der sozialisierten Wirtschaft** liegen. Dies könnte Innovation und Effizienz fördern, nicht durch bürokratisches Diktat oder Marktwettbewerb, sondern durch die Aktivierung der kreativen Fähigkeiten der Arbeiter, die die Probleme besser kennen als jeder andere und sie mit ihrer kollektiven Macht lösen können. Ein Anfang könnte in der Elektrizitätsindustrie gemacht werden, wo die Arbeiter in den Kraftwerken der Unión Eléctrica und den dezentralen (lokalen) Stromerzeugern mit lokalen Betriebsräten zusammenarbeiten könnten, um Stromengpässe zu bewältigen und erneuerbare Energien zu fördern.²²

Ein Programm zur Verteidigung der kubanischen Revolution durch die Arbeiter sollte auch die **Ersetzung der MLC-Läden** beinhalten, die, welchen begrenzten Nutzen sie auch immer haben mögen, indem sie Dollar und Euro aufsaugen (um Waren zu verkaufen, die ihrerseits mit Dollar und Euro gekauft werden müssen), die Armen wütend gemacht haben, indem sie die Konsumgüter zur Schau stellten, die sie nicht bekommen können. Anders als in den 1990er Jahren, als nur diejenigen, die Dollarüberweisungen von Exilkubanern erhielten, dort einkaufen konnten, sehen heute viele (angestachelt von Konterrevolutionären) die Läden als Symbole für bürokratische Vorrechte. Einige Demonstranten schrien den PCC-Mitgliedern am 11. Juli entgegen: „Ihr seid die Privilegierten, ihr habt sicher MLC-Karten, ihr habt Essen in euren Häusern“. In der DDR, wo die Trotzkisten 1989/90 mit allen Mitteln gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpften, erzürnten die Intershops mit harter Währung und die hochpreisigen Exquisit- und Delikat-Läden die Werktätigen, die es sich nicht leisten konnten, dort einzukaufen, ein Zorn, der von der Konterrevolution ausgenutzt wurde.

Tatsächlich, es herrscht ein schrecklicher **Mangel an Konsumgütern**. Die Arbeiterbewegung sollte **China und Vietnam auffordern**, als deformierte Arbeiterstaaten, für die ein Sturz der kubanischen Revolution eine unmittelbare Bedrohung darstellen würde, in großem Umfang hochwertige Sportschuhe, Unterhaltungselekt-

ronik und Kinderspielzeug zu schicken (sowie, angesichts der derzeitigen Knappheit in Kuba, Schiffsladungen Reis aus Vietnam). Dies wäre ein greifbares Beispiel internationaler Solidarität, das die bedrängte kubanische Arbeiterschaft dazu ermutigen könnte, den Widerstand gegen den imperialistischen Ansturm fortzusetzen. Aufrufe **lateinamerikanischer Arbeiter, die von ihren Regierungen verlangen, den höchsten Preis für Kubas COVID-Impfstoffe zu zahlen**, könnten auf eine Quelle dringend benötigter konvertierbarer Währung hinweisen, mit der Kubas katastrophale Nahrungsmittelknappheit bezahlt und gleichzeitig Hunderttausende von Menschenleben vor der auf dem Kontinent wütenden Seuche gerettet werden könnten. Um die drohende Katastrophe in Afrika abzuwenden, sollten antiimperialistische Demonstrationen fordern, dass die WHO Kuba Milliarden von Dollar und Euro schickt, damit es die Impfstoffe liefern kann, die die Imperialisten nicht bereitstellen.

Außerdem: Während die Revolution von 1959 den Afrokubanern zusammen mit dem Rest der arbeitenden Bevölkerung enorme Errungenschaften brachte, ist es Tatsache, dass die Schwächen der Revolution in Bezug auf die schwarze Bevölkerung durch die gegenwärtige Krise hervorgehoben wurden und von der weiß-suprematistischen *Gusanera* zynisch ausgenutzt werden. Der Sturz des Kapitalismus war ein enormer Fortschritt für die Afrokubanern, aber die Beteiligung verarmter Schwarzer an den gewalttätigen Aktionen des 11. Juli ist unbestreitbar. Die Repression gegen die führenden Anstifter der konterrevolutionären Aktionen ist völlig gerechtfertigt. Gleichzeitig ist es von entscheidender Bedeutung, **Arbeiterbrigaden zu gründen, um die heruntergekommenen Viertel in Havanna, Cárdenas und anderswo instand zu setzen**. Es sollten arbeitslose Jugendliche aus der Region eingestellt werden, die einen angemessenen Lohn erhalten und mit den Bewohnern zusammenarbeiten, um diese seit langem vernachlässigten Viertel wieder instand zu setzen. Der Aufbau lebendiger Viertel, die Künstlern die Möglichkeit geben, Wände mit bunten Wandmalereien zu verschönern, würde die Menschen inspirieren und die MSI-Söldner untergraben, die Kinder mit Visionen von M&Ms und Chiclets und mit Bling-Bling beladenen Videofantasien nach US-Vorbild verführen wollen. Der Staat muss auch **die notorische Diskriminierung von schwarzen Kubanern in der Tourismusbranche aggressiv strafrechtlich verfolgen**.²³

Der Kampf, um die Anstifter, Manipulatoren und Ausbeuter der Proteste vom

²³ Siehe „...A powder keg about to explode: Long marginalized Afro Cubans at forefront of island's unrest“, *Washington Post*, 19. Juli. Auch: „Blacks and the Cuban Revolution“, *Workers Vanguard* Nr. 585, 8. Oktober 1993, erneut abgedruckt in *Cuba: A Bureaucratically Deformed Workers State*.



Foto: Leticia Martínez Hernández

Zehntausende kamen am 17. Juli heraus zu einer Kundgebung am Meer in Havanna, um ihre Unterstützung für die kubanische Revolution zu zeigen. Die Säule im Hintergrund ist der Rest des ehemaligen Denkmals „Remember the Maine“, das errichtet wurde, als Kuba eine US-Neokolonie war. Im Jahr 1959 stürzten kubanische Revolutionäre das Denkmal, das von einem Adler gekrönt war. Der Adler darf nicht zurückkehren.

11. Juli zu besiegen, muss politisch, strategisch und vor allem international geführt werden. Die Verteidigung der Kubanischen Revolution ist die Aufgabe der Arbeiterklasse weltweit, von Lateinamerika bis China und den imperialistischen Kernländern in den USA, Europa und Japan. Angesichts der gewaltigen Macht des Imperialismus muss diese Verteidigung in der Lage sein, die Massen zu inspirieren. Die derzeitige bürokratische Führung ist dazu nicht in der Lage. Diejenigen, die Kuba mit der Behauptung abschreiben wollen, der Kapitalismus habe bereits gesiegt, und sich damit auf die Seite der Konterrevolution stellen; und diejenigen, die in den Fußstapfen alter antisowjetischer Theoretiker erklären, die brüchige, widersprüchliche Bürokratie sei selbst die „führende Kraft der Konterrevolution“ und der Restauration – solche Pseudolinken kehren dem dringenden Kampf gegen die sehr realen, vom Imperialismus orchestrierten konterrevolutionären Kräfte, die das Leiden der kubanischen Massen am 11. Juli ausgenutzt haben, den Rücken und verraten ihn.

Die US-Machthaber haben schon immer einen besonderen Hass auf die kubanische Revolution gehegt. Unter 13 demokratischen und republikanischen Präsidenten haben sie sich nach Rache geseht, wegen dem Sturz ihrer mafiösen Kolonialherrschaft, wegen ihrer demütigenden Niederlage in der Schweinebucht, wegen Kubas Rolle bei der Verteidigung des schwarzen Angola gegen imperialistischen Angriff, und für das bloße Überleben der trotzig rebellierenden Insel, die sie vor langer Zeit zum Untergang verurteilt hatten. Während Trump Kuba auf die Liste der angeblichen staatlichen Sponsoren des Terrorismus setzte, war es die CIA, die den Terroristen Luis Posada Carriles finan-

zierte, der 1976 den Bombenanschlag auf den Cubana-Airlines-Flug 455 organisierte, bei dem 73 Menschen getötet wurden. Die wiederholten Attentatsversuche der USA werden in dem britischen Dokumentarfilm „638 Ways to Kill Castro“ anschaulich geschildert. Im März 2003 versuchten Terroristen, die US-Invasion im Irak auszunutzen, um einen Aufstand auf Kuba zu entfachen, indem sie zwei kubanische Flugzeuge und dann eine Fähre entführten.²⁴ Die Ereignisse des 11. Juli zeigen, dass die antikommunistischen Kalten Krieger in Washington jede Gelegenheit nutzen werden, einschließlich der Schwierigkeiten, die durch eine Seuche verursacht werden, die Hunderttausende in den USA getötet hat, in ihrem unerbittlichen Krieg zur Zerstörung des „ersten freien Territoriums Amerikas“.

Kuba darf nicht allein stehen! Die Liga für die Vierte Internationale ruft dazu auf, **eine leninistisch-trozkistische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen**, die mit einem Programm bewaffnet ist, um **die kubanische Revolution** unnachgiebig gegen Imperialismus und interne Konterrevolution zu **verteidigen; die lähmende Bürokratie** (deren pro-kapitalistische Politik die Revolution zunehmend gefährdet) zu **ersetzen** durch die **Sowjetdemokratie der Arbeiterräte** - das heißt, eine proletarisch-politische Revolution, um die historischen Errungenschaften, die in Kuba durch die internationale sozialistische Revolution gewonnen wurden, zu verteidigen und auszuweiten. Der 11. Juli war ein Weckruf für diejenigen, die entschlossen sind, den imperialistischen Angriff zu zerschlagen. **Arbeiter der Welt vereinigt euch, um Kuba zu verteidigen!** ■

²⁴ Siehe unseren Artikel „For Revolutionary Internationalist Defense of Cuba!“ *The Internationalist* Nr. 16, Mai-Juni 2003. Auch „Decades of U.S. Bio-warfare Against Cuba,“ in derselben Ausgabe.



Foto: Internationalist

Internationalist Group und Revolutionary Internationalist Youth bei Solidaritätskundgebung für Kuba am 15. Juli in New York City.

US-Blockade Kubas: „Hunger, Verzweiflung, Umsturz herbeiführen“

Es wäre schwer, die Härten zu übertreiben, die durch das US-„Embargo“ gegen den Handel mit Kuba verursacht wurden, das seit über sechs Jahrzehnten versucht, die Insel zu erwürgen. Diese Maßnahme der Wirtschaftskriegsführung wurde am 23. Juni von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilt, wie sie es seit 1992 jedes Jahr (und davor mehrmals) getan hat. In diesem Jahr waren es 184 zu 2 Stimmen, nur die USA und Israel stimmten dagegen. Vor allem seit der Konterrevolution 1991/92 in der UdSSR der sowjetischen Hilfe ein Ende setzte, hat die Blockade dazu geführt, dass Waren des täglichen Bedarfs wie Zahnpasta für die arbeitende Bevölkerung oft nicht verfügbar waren. Doch seit die USA 2017 und ab März 2020 das Embargo weiter verschärft haben, hat die auf den Ausbruch der COVID-Pandemie folgende Unterbrechung des Tourismus Kubas Quellen für harte Währung, die gebraucht wird, um die die Wirtschaft und die Grundversorgung am Funktionieren zu halten, radikal beschnitten. Das bedeutete endlose Stunden Schlange stehen unter brütender Sonne und strömenden Regengüssen, um Lebensmittel, Medikamente und Brot zu besorgen.

Die US-Wirtschaftssanktionen gegen Kuba waren von Anfang an als Strafe für die Revolution beabsichtigt. Ziel war es, das Regime zu stürzen, indem man der Bevölkerung entsetzliche wirtschaftliche Schmerzen zufügte. Dies wurde in einem internen Memorandum des stellvertretenden Staatssekretärs für interamerikanische Angelegenheiten vom 6. April 1960 dargelegt, in dem gefordert wurde, „Kuba Geld und Lieferungen zu verweigern, um Geld- und Reallöhne zu senken, Hunger, Verzweiflung und den Umsturz der Regierung herbeizuführen“.¹

Dies geschah nur wenige Wochen, nachdem die republikanische Regierung von Dwight Eisenhower mit den Planungen für die Invasion in der Schweinebucht begann. Diese söldnerische *Gusano*-Invasion wurde vom demokratischen Präsidenten John F. Kennedy durchgeführt und spektakulär besiegt, als Castro Arbeitermilizen in die Schlacht am Playa Girón führte. Nachdem es JFK nicht gelungen war, die Revolution mit Waffengewalt niederzuschlagen, ordnete er ein Handelsembargo gegen Kuba an und wandte sich zunehmend Terroranschlägen auf die Insel zu.²

Die Blockade (es war mehr als nur ein Handelsembargo) wurde auf Anordnung der aufeinanderfolgenden US-Präsidenten fortgesetzt, bis der Demokrat Bill Clinton sie in ein Gesetz umwandelte und mit dem Cuban Democracy Act von 1992 sowie dem Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act von 1996 (Helms-Burton) noch intensivierete. Während einige Reisebeschränkungen gelockert wurden, als der Demokrat Obama 2015 wieder diplomatische Beziehungen aufnahm, verhängte der Republikaner Trump 2017 und 2019 eine Reihe neuer Sanktionen (in Kuba bekannt als die berichtigten „243-Maßnahmen“), die die Blockade verschärften. Dies umfasst eine Obergrenze für Überweisungen von Exilkubanern an Verwandte, Klagen vor US-Gerichten über konfisziertes Eigentum in Kuba gemäß Titel III des Helms-Burton-Act, und das Verfolgen von venezolanischen Öllieferungen nach Kuba durch die Verhängung von Sanktionen gegen Verfrachter. Zusammen mit dem US-Angriff



Auswirkungen der Blockade: Bäckerei in Havanna im Mai 2021. Heute gibt es Brot. Und morgen?

auf die Maduro-Regierung in Venezuela hat dies dazu geführt, dass die kubanischen Ölimporte von Venezuela von 90.000 Barrel pro Tag im Jahr 2015 auf 51.000 Barrel nach 2017 auf knapp 25.000 Barrel pro Tag im Juni eingebrochen sind, was zu enormen Engpässen in allen Bereichen geführt hat.³

Der US-Imperialismus hat seit langem wirtschaftliche Erpressung als Teil seines Arsenal eingesetzt. Richard Nixon und Henry Kissinger gingen in die Offensive gegen die Unidad Popular-Regierung von Salvador Allende in Chile und beschlossen, auf dem Weg zum blutigen Pinochet-Putsch 1973 „die Wirtschaft zum Schreien zu bringen“. Jimmy Carter setzte die „Nahrungsmittelwaffe“ – einen Getreideboykott gegen die UdSSR – als Reaktion auf die sowjetische Intervention im Jahr 1980 ein, als die UdSSR eine Reformregierung in Afghanistan verteidigte, die von durch die USA unterstützten *Mudschaheddin* (heilige Krieger) angegriffen wurde. Trump versuchte, Kuba mit verschärften Sanktionen und dem wirtschaftlichen Tribut der COVID-19-Pandemie, insbesondere dem Verlust von Touristendollars, unter Druck zu setzen, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu provozieren. Die Biden-Administration hat Trumps Politik kein bisschen geändert. Als

³ „¿Qué está causando la aguda escasez de combustible en Cuba?“ *Notimérica*, 24. September 2019; „What the Protests in Cuba Have to Do With Venezuela“, *Caracas Chronicles*, 13. Juli 2021; „How Venezuela’s Oil Crisis Triggered Mass Protests in Cuba“, *OilPrice.com*, 14 Juli 2021.

die kubanische Wirtschaft im vergangenen Jahr um 11 % schrumpfte, brachen die kubanischen Importe in den ersten acht Monaten um 34 % ein, was zu einer ernsthaften Verknappung von Milch, Butter, Hühnchen, Speiseöl, Reis, Mais und Bohnen führte.⁴

Hinzu kommt das Funktionieren des kapitalistischen Weltmarktes. Kuba importiert normalerweise etwa 70 % seiner Lebensmittel. Weizen zur Herstellung von Brot und Teigwaren wächst nicht in Kubas tropischem Klima, die produktivsten Milchkühe benötigen importiertes Futter und die Produktion von Kubas leistungsschwacher Landwirtschaft ist seit 2017 rückläufig. Zusätzlich zum drastischen Rückgang der Hartwährungseinnahmen und -reserven Kubas sind die Lebensmittelpreise laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen im letzten Jahr um mehr als 30 % gestiegen. Weizen wurde im April 2021 für 280 US-Dollar pro Tonne verkauft, gegenüber 220 US-Dollar ein Jahr zuvor; der Preis für Hähnchenschenkel hat sich von Januar bis April verdoppelt.⁵ Das Ergebnis: „Kuba steht vor der schlimmsten Nahrungsmittelknappheit seit den 1990er Jahren“ (*Economist*, 3. Juli 2021).

Als Reaktion auf die Proteste vom 11. Juli erklärte der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador: „Wenn man Kuba hel-

⁴ Siehe „Cuba Is Running Out of Food“, *Institute for War & Peace Reporting*, 7. Januar 2021.

⁵ „Steigende internationale Preise verschlimmern die kubanische Lebensmittelkrise“, *Reuters*, 20. Mai 2021.



Mitglieder der Arbeitermiliz feiern den Sieg über die Söldnerinvasoren der Schweinebucht, die im April 1961 an ihrem Brückenkopf in Playa Girón festgenagelt wurden.

fen möchte, sollte man als erstes die Blockade Kubas aussetzen.“ Heute haben viele liberale Demokraten und sogar einige konservative Republikaner dazu aufgerufen, das Embargo zu beenden. Im März forderten 80 demokratische Kongressabgeordnete die Aufhebung der „grausamen“ Sanktionen. Aber dank des Demokraten Clinton sind die Sanktionen Gesetz und die Chancen einer Aufhebung durch den US-Kongress – wo *Gusano*-Republikaner (Marco Rubio, Ted Cruz, Ileana Ros-Lehtinen, Mario Diaz-Balart) und Demokraten (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Robert Menendez) die Kuba-Politik im Würgegriff haben – sind genau null. Im Wahlkampf gegen Trump sagte Joe Biden, er werde die Politik rückgängig machen, die „dem kubanischen Volk Schaden zugefügt hat“, aber nach den jüngsten Protesten weigerte sich der demokratische US-Präsident, irgendwelche von Trumps Maßnahmen aufzuheben.

Wie wir gewarnt haben, obwohl viele Linke ihn ins Weiße Haus bringen wollten, ist Biden ein eingefleischter antikommunistischer Kriegsfalke.⁶ Seit seinem Amtsantritt hat er daran gearbeitet, die Spannungen mit Russland zu verstärken und insbesondere den Kriegskurs gegen China, den größten der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten, zu eskalieren. Außerdem ist er besorgt, Florida bei den Zwischenwahlen 2022 an die Republikaner zu verlieren. Es sollte daher keine Überraschung sein, dass seine Reaktion auf die Kuba-Proteste darin bestand, die Wirtschaftsblockade zu verstärken, Kuba als „gescheiterten Staat“ und den Kommunismus als „gescheitertes System“ anzuprangern und jetzt neue Sanktionen vorzubereiten. Bidens Weigerung, auch nur die Beschränkungen für Überweisungen an Familienmitglieder in Kuba (die hauptsächlich an Regierungsgegner gehen) aufzuheben, ist ein klares Zeichen dafür, dass die US-Politik weiterhin darin besteht, Kuba wirtschaftlich zu würgen, in der Hoffnung, „Hunger, Verzweiflung und den Umsturz der Regierung herbeizuführen“.

Die kubanische Regierung hat immer eine „friedliche Koexistenz“ mit dem US-Imperialismus angestrebt, ein stalinistischer Wunschtraum, der nicht eintreten wird. Die Liga für die Vierte Internationale ruft dazu auf, die Blockade zu durchbrechen und sich der „Pandemie-Erpressung“ durch die USA zu widersetzen, die darauf abzielt, die kubanische Bevölkerung weiter zu verarmen. Aber wie die explodierenden Kosten für Lebensmittel, Treibstoff und Transport unterstreichen, ist der Würgegriff des Imperialismus nicht auf eine einzelne Maßnahme oder eine Reihe von Politiken beschränkt, sondern ist auch das Ergebnis des Diktats des kapitalistischen Weltmarktes. Kuba kann dieser unerbittlichen Belagerung nicht entkommen, indem es vergeblich versucht, die Yankee-Oberherren zu beschwichtigen, die mit ihren kubanischen Handlangern die Insel wieder in die Neokolonie verwandeln würden, die sie von der US-Invasion 1898 bis zur Kubanischen Revolution 1959 war. Um sich aus den imperialistischen Fängen zu lösen, bedarf es der Hilfe der anderen Arbeiterstaaten (Vietnam und insbesondere China) und vor allem der *Ausweitung der sozialistischen Revolution auf die ganze Hemisphäre*. ■

⁶ Siehe „Repression Elections 2020“, *The Internationalist* Nr. 61, September-Oktober 2020; und „Das Regime des Demokraten Biden: Kalter Krieg und rassistische Repression“, *The Internationalist* Nr. 62, Januar-März 2021)

¹ Siehe <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1958-60v06/d499>

² Siehe Salim Lamrani, *The Economic War Against Cuba* (Monthly Review, 2013).

Nach Gerichtsbeschluss zur teilweisen Legalisierung Mexikanische Trotzlisten fordern Kostenlose Abtreibung auf Verlangen

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Der folgende Artikel ist eine Übersetzung aus *Revolución Permanente* Nr. 11, Oktober-Dezember 2021, herausgegeben von der *Grupo Internacionalista*, der mexikanischen Sektion der Liga für die Vierte Internationale.

Am vergangenen 7. September [2021] erklärte der Oberste Gerichtshof Mexikos die „absolute Kriminalisierung“ der Abtreibung im ganzen Land für verfassungswidrig. Das oberste Gericht erklärte Artikel 196 des Strafgesetzbuches des Bundesstaates Coahuila für ungültig, der vorsieht, dass eine Frau, die eine Abtreibung freiwillig vornehmen lässt, und alle an dem Eingriff Beteiligten mit einer Gefängnisstrafe belegt werden. Das Gericht erklärte auch einen Teil von Artikel 198 desselben Gesetzes für ungültig, der es dem medizinischen Personal untersagt, Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen wollen, zu helfen, sowie von Artikel 199, der die Abtreibung zu einem Verbrechen macht und die Grenze für einen Schwangerschaftsabbruch im Falle einer Vergewaltigung auf 12 Wochen festlegt. Mit dem einstimmigen Votum der Richter gilt dieses Urteil überall in Mexiko.

Zwei Wochen später, am 20. September, erklärte der Oberste Gerichtshof Artikel 10B des Allgemeinen Gesundheitsgesetzes der Mexikanischen Republik für verfassungswidrig, der es dem medizinischen und Pflegepersonal des Nationalen Gesundheitssystems erlaubte, sich auf die „Verweigerung aus Gewissensgründen“ zu berufen, um die Verweigerung von gesetzlich zulässigen medizinischen Eingriffen zu rechtfertigen. Der Präsident des Obersten Gerichtshofs, Minister Arturo Zaldívar, wies darauf hin, dass die Klausel der „Verweigerung aus Gewissensgründen“ kein „Blankoscheck“ sein dürfe, „mit dem man Gesundheitsdienstleistungen verweigern kann, insbesondere das Recht auf Abtreibung“ (*El País*, 21. September 2021). Obwohl das Gericht den Gesetzgeber aufgefordert hat, eine andere Klausel zu formulieren, die die Abtreibung unangetastet lässt, bestehen wir darauf, dass jede Bestimmung über die „Verweigerung aus Gewissensgrün-

den“ eine religiöse Einmischung darstellt, die die Verpflichtung zur Betreuung der Patienten untergräbt.

Die erste dieser gerichtlichen Entscheidungen bedeutet eine *teilweise* Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, der in öffentlichen Krankenhäusern kostenlos durchgeführt werden sollte. Dies ist ein wichtiger Schritt, der für viele Frauen, die eine ungewollte Schwangerschaft abbrechen wollen, eine große Erleichterung darstellen wird. Die zweite Entscheidung beseitigt durch die Abschaffung der „Verweigerung aus Gewissensgründen“ ein sehr reales Hindernis für die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen. Allerdings handelt es sich hierbei um begrenzte Maßnahmen: Die freiwillige Abtreibung wird nur in den ersten 12 Schwangerschaftswochen erlaubt sein, während sie im zweiten und dritten Schwangerschaftsdrittel weiterhin eine Straftat bleibt. Im Gegensatz zu den Behauptungen vieler Feministinnen bedeuten die Urteile keine „Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs“ an sich. Die Möglichkeit, eine Abtreibung unter sicheren hygienischen Bedingungen vorzunehmen, ohne unmögliche Summen zahlen zu müssen, wird für Tausende von Frauen angesichts des maroden öffentlichen Gesundheitssystems in Mexiko ein Traum bleiben.

Bis zu diesem Jahr galt der Schwangerschaftsabbruch in Mexiko als Straftat, außer in Mexiko-Stadt (seit 2007) und seit kurzem in den Bundesstaaten Oaxaca und Colima. Nach Schätzungen der Beobachtungsstelle für Müttersterblichkeit in Mexiko gibt es jedoch jedes Jahr zwischen 750.000 und einer Million heimlicher Schwangerschaftsabbrüche im ganzen Land. Die überwiegende Mehrheit wird unter katastrophalen hygienischen Bedingungen durchgeführt, was die Armut und den Mangel an Unterstützung für die betroffenen Frauen widerspiegelt. Überdies starben laut offiziellen Statistiken, die von IPAS Mexiko zitiert werden, zwischen 2010 und 2018 90.562 Frauen und Mädchen im Alter zwischen 10 und 40 Jahren – mehr als 10.000 pro Jahr – „an Ursachen, die mit einer unter unsicheren Bedingungen durchgeführten Abtreibung zusammenhängen.“ Doch in den legalen Abtreibungsdiensten von Mexiko-Stadt gab es in den letzten 14 Jahren keinen einzigen Todesfall unter Schwangeren durch Abtreibung. *Abtreibungsrechte retten Leben.*

Trotz ihres begrenzten Charakters waren die jüngsten Urteile des Obersten Gerichtshofs das Ziel von Angriffen reaktionärer frauenfeindlicher Gruppen, von denen einige offen faschistoide sind. In mehreren Städten

des Landes marschierten sie mit großen Bildern der Jungfrau von Guadalupe und dem Slogan „Es lebe Christus der König“, dem Schlachtruf der Cristeros, die in den 1920er und 30er Jahren kommunistische Lehrer aufspießten und verstümmelten. Unter den Rufen „Ja zum Leben, Nein zur Abtreibung“ versuchten reaktionäre Aufmärsche, Frauen mit grünen Bandanas¹ einzuschüchtern, die vor dem Obersten Gerichtshof für die Entkriminalisierung der Abtreibung demonstrierten. Die klerikal-reaktionäre Partei der Nationalen Aktion (PAN) verkündete ihre „Verteidigung des Lebens ab der Empfängnis“, und die Mexikanische Bischofskonferenz (der katholischen Bischöfe des Landes) rief dazu auf, die Kriminalisierung der Abtreibung beizubehalten.

Man fragt sich, was sie meinen, wenn sie von der „Bewahrung des Lebens“ sprechen. Ein Sinnbild für die Perspektive der „Pro-Life“-Reaktionäre kam von einem Priester in Monclova, Lázaro Hernández, der in seiner Predigt am 12. September erklärte, dass Frauen, die abtreiben, „zu nichts gut sind“. Dann stellte er die folgende Frage: „Warum töten wir nicht die Mutter, die auch zu sonst nichts taugen wird?“ (*La Jornada*, 13. September 2021). Es ist beileibe nicht das erste Mal, dass die katholische Kirche und ihre Handlanger offen die Todesstrafe für Frauen fordern, die abtreiben.

Wir kommunistischen Internationalisten kämpfen für das uneingeschränkte Recht auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch, der ausschließlich auf der Entscheidung der Frau oder sonstigen schwangeren Person beruht, zu jedem Zeitpunkt der Schwangerschaft und mit Zugang zu medizinischer und gesundheitlicher Versorgung auf höchstem Niveau. Wir fordern auch den uneingeschränkten kostenlosen Zugang zu empfängnisverhütenden Maßnahmen, einschließlich solcher, die eine beginnende Schwangerschaft beenden können. Diese Perspektive steht nicht nur im Gegensatz zu der von frauenfeindlichen Reaktionären, sondern auch zu der von verzagten bürgerlichen Reformern. Letztlich ist die Unterdrückung der Frau im Privateigentum und der Klassengesellschaft verwurzelt. Die Befreiung der Frauen von der Last ihrer jahrhundertalten Unterdrückung kann nur durch die Überwindung des Kapitalismus und die Vergesellschaftung der Hausarbeit erreicht werden. Dies ist eine notwendige Voraussetzung für die Befreiung der Frauen aus der häuslichen Sklaverei, zu der die bür-

¹ Das grüne Kopftuch wurde zum Symbol der argentinischen Frauenbewegung von 2018, die bis zur teilweisen Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs am 30. Dezember 2020 führte, was in ganz Lateinamerika große Auswirkungen hatte.



Grupo Internacionalista, mexikanische Sektion der Liga für die Vierte Internationale, beim Demonstrationzug am 1. Mai 2021 in Mexiko-Stadt. „Für kostenlose Abtreibung auf Verlangen, ohne Einschränkungen“.

Foto: Revolución Permanente



Mexikanische Trotzlisten fordern die Sozialisierung der Hausarbeit, gleichen Lohn für gleiche Arbeit. „Bürgerlicher Feminismus = Verbündeter der Frauenunterdrückung. Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution.“

gerliche Familie sie verdammt, und für ihre volle und gleichberechtigte Integration in die gesellschaftliche Arbeit außerhalb des Hauses. *Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!*

Kapitalismus tötet

Mit dem Urteil des mexikanischen Obersten Gerichtshofs ist die Angelegenheit nicht erledigt. Nach der Verabschiedung des Gesetzes zur teilweisen Legalisierung der Abtreibung in Mexiko-Stadt im Jahr 2007 gab es im ganzen Land ein reaktionäres Sperrfeuer gegen Abtreibungsrechte. Zwischen 2008 und 2017 haben 17 der 32 Gesetzgeber der Bundesstaaten unter dem Deckmantel des „Schutzes des Lebens von der Empfängnis an“ mit reaktionären Gegenreformen reagiert, die den Schwangerschaftsabbruch in fast allen Fällen verbieten (außer in begrenztem Umfang in Fällen von Vergewaltigung oder Todesgefahr für die Mutter). Das jüngste Urteil des Gerichtshofs könnte zur Abschaffung dieser Maßnahmen führen, aber dieser Kampf wird von Bundesstaat zu Bundesstaat geführt werden. Da es sich in erster Linie um Entscheidungen der erlauchten Richter handelt, ist es durchaus möglich, dass sie von künftigen Bundesgesetzgebern oder von neuen, reaktionäreren Richtern des Obersten Gerichtshofs gekippt werden.

Es ist auffällig, dass die teilweise Liberalisierung der Abtreibung in Mexiko *nicht* von der bürgerlich-populistischen Regierung von Andrés Manuel López Obrador und seiner Nationalen Bewegung der Erneuerung (MORENA) kommt. AMLO hat sich zu diesem Thema nicht geäußert und bei mehreren Gelegenheiten seine Meinung geäußert, dass das Recht auf Abtreibung einer Volksabstimmung unterzogen werden sollte. In einem hochreligiösen Land ist dies eine Art, sich gegen dieses elementare demokratische

Foto: Revolución Permanente



Internationalistisches Kontingent beim Protest gegen das texanische Abtreibungsgesetz am 12. September 2021 in New York City. Plakate rufen dazu auf, Abtreibungskliniken zu verteidigen, für kostenlose Abtreibung auf Verlangen und „Eine Arbeiterrevolution würde Süd- und Westtexas an ein rotes Mexiko zurückgeben, wo Frauen eine Abtreibung bekommen können“.

Recht der Frauen zu stellen, in diesem Fall im Einklang mit den evangelikal-christlichen Ansichten des Präsidenten.

Dies ist keine irrelevante oder anekdotenhafte Angelegenheit. Die bürgerliche feministische Bewegung in Mexiko ist in Bezug auf den bürgerlichen populistischen Präsidenten gespalten. Etliche Feministen, die seine Regierung unterstützen, wiederholen den Slogan, dass „die Vierte Transformation (wie sich AMLOs Regierung selbst nennt) feministisch sein wird oder gar nicht“. Es gibt jedoch auch bürgerliche Politiker, darunter Mitglieder der PAN, die sich als Feministen bezeichnen und sich für das Recht auf legalen Schwangerschaftsabbruch aussprechen, wenn auch nur aus wahltaktischen Gründen; und es gibt eine beträchtliche Anzahl „fortschrittlicher“ bürgerlicher Feministen, die López Obrador verachten und deshalb die oppositionelle PRD-PAN-Koalition oder die reaktionäre Movimiento Ciudadano unterstützen.

Wie alle bürgerlichen Politiker hält AMLO an der Familie als grundlegende Keimzelle der Gesellschaft fest. So bekräftigt er die traditionelle Rolle der Frau als „Fürsorgerin“ im Rahmen der traditionellen Familie: „Wir kümmern uns also aus Tradition, aus Gewohnheit, weil die mexikanische Familie die wichtigste Institution der sozialen Sicherheit ist, die es gibt“, und dass es „in Mexiko Tradition ist, dass die Töchter für die Eltern sorgen“ (*Animal Político*, 25. Juni 2020).

Wie fragil die neuen gesetzlichen Bestimmungen in Mexiko sind, offenbart sich im Spiegel der Situation jenseits der Grenze. In Texas hat der Gesetzgeber des Bundesstaates eine neue Abtreibungsregelung eingeführt, die es Frauen praktisch unmöglich macht, eine Schwangerschaft abzubringen. Der Oberste Gerichtshof der USA, der inzwischen über eine unüberwindbare Mehrheit reaktionärer und ultrareaktionärer Richter verfügt, weigerte sich, die Umsetzung des texanischen Gesetzes zu blockieren, das fast alle Abtreibungen nach der sechsten Schwangerschaftswoche verbietet, dem Zeitpunkt, an dem die meisten Frauen erstmals erfahren, dass sie schwanger sind. Nach Angaben texanischer Kliniken werden 85 bis 90 Prozent der von ihnen durchgeführten Abtreibungen nach der sechsten Woche vorgenommen.

Darüber hinaus ermutigt das neue Gesetz Dritte dazu, medizinisches und Pflegepersonal, das Abtreibungen vornimmt, zu verklagen, indem es ihnen 10.000 Dollar und die volle Rückerstattung der Anwaltskosten verspricht, wenn sie ihre Klage gewinnen. Es wird befürchtet, dass das texanische Gesetz und ein weiteres Gesetz aus Mississippi den Weg für die Aufhebung des Urteils *Roe v. Wade* ebnen könnten, mit dem 1973 die Abtreibung in den Vereinigten Staaten effektiv legalisiert wurde. [Inzwischen hat der Ober-

sten Gerichtshof im Juni 2022 tatsächlich das verfassungsmäßige Recht auf Abtreibung abgeschafft.] Bei einer New Yorker Demonstration gegen das texanische Gesetz, die am 12. September kurz nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs von Mexiko stattfand, trugen unsere Genossen der Internationalist Group/U.S. ein Schild mit dem Slogan: „Arbeiterrevolution wird Süd- und Westtexas an ein Rotes Mexiko zurückgeben, in dem Frauen eine Abtreibung bekommen können“. Dies, so erklärten sie, würde auch die Rückgabe des Alamo beinhalten.

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Der Kampf für ein effektives Recht auf Abtreibung kann sich nicht auf Gesetzesreformen beschränken, noch weniger kann er von Entscheidungen der hohen und mächtigen Minister eines reaktionären Gerichts abhängen, das als unanfechtbarer Schiedsrichter dessen eingesetzt wurde, was im Rahmen der bürgerlichen „Rechtsstaatlichkeit“ zulässig ist. Insbesondere die Möglichkeit, eine ungewollte Schwangerschaft abzubringen oder unter sicheren Bedingungen zu gebären, wird durch den Zusammenbruch des öffentlichen Gesundheitssystems in Mexiko beeinträchtigt. Verwüstet und zerstört durch den Privatisierungsprozess des *Seguro Popular*,² der bis heute unter der Führung der AMLO-Regierung andauert, wurde die Unfähigkeit dieses Systems, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, durch die COVID-Pandemie deutlich, an der etwa 300.000 Menschen gestorben sind.

Feministische Gruppen reagierten auf die teilweise Entkriminalisierung der Abtreibung durch den Obersten Gerichtshof mit begeisterten Erklärungen und übersahen dabei die schwerwiegenden Einschränkungen der Bestimmungen. Die Grupo de Información en Reproducción Elegida (Informationsgruppe für reproduktive Wahlfreiheit) erklärte: „Das höchste Gericht des Landes hat die reproduktive Autonomie bekräftigt“, und „Wir von GIRE feiern dieses Urteil, das den historischen Kampf der feministischen Bewegung dafür eine legale, sichere und kostenlose Abtreibung widerspiegelt.“ Marea Verde (Grüne

² Volksversicherung. In Mexiko ist die kostenlose Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung angeblich durch Artikel 4 der Verfassung garantiert. Dies wurde jahrzehntelang durch die Ausbreitung von Privatkliniken, Krankenhäusern und Krankenversicherungen für wohlhabendere Bevölkerungsschichten ausgehöhlt. Im Jahr 2003 führte die Regierung der rechtsgerichteten PAN im Rahmen ihres Privatisierungsprogramms die *Seguro Popular* ein, angeblich um Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung zu beseitigen. Das neue Programm der Privatversicherung breitete sich schnell aus, war jedoch von Korruption geprägt und schränkte die Gesundheitsversorgung vieler armer Familien tatsächlich ein. Ab 2020 ersetzte die jetzige Regierung die *Seguro Popular* durch das Institut für Gesundheit und Wohlfahrt.

Flut) zitiert überschwänglich die Worte des Obersten Richters Zaldívar, der seine Entscheidung als „einen Wendepunkt im Kampf für die Rechte der Frauen“ bezeichnet.

Aufseiten der Linken schreibt das Movimiento de Trabajadores Socialistas (MTS, Sozialistische Arbeiterbewegung), das international mit der Strömung Fracción Trotskista verbunden ist: „Legaler Schwangerschaftsabbruch in Mexiko: Unsere Rechte werden auf der Straße erkämpft“ (*Izquierda Diario*, 27. September 2021). Darin wird bekräftigt, dass das Urteil des Obersten Gerichtshofs „ein starker Punkt sein kann, auf den sich die Frauenbewegung stützen und weiter voranschreiten kann“. Sie fügen ein Sammelsurium weiterer Forderungen hinzu, wie z. B. kostenlose Verhütungsmittel, „integrale, nicht-sexistische und nicht-heteronormative Sexualkunde“, Kindertagesstätten, Lohnerhöhungen, Kantinen, Wäschereien, usw. Aber all das, ohne auch nur beiläufig die sozialistische Revolution zu erwähnen oder das heikle Thema der Familie zu berühren. So wird ihr Programm als eine Reihe von Reformen im Kapitalismus dargestellt.

Die Tatsache, dass Frauen nicht selbst entscheiden können, ob sie ein Kind bekommen oder nicht, ist nur einer der abscheulichsten Aspekte der Unterdrückung, unter der sie in Klassengesellschaften leiden. Es ist ein Spiegelbild der Rolle, die den Frauen in der bürgerlichen Familie zugewiesen wird. Letztlich ist die Befreiung der Frau durch Reform des Kapitalismus unmöglich, weil sie mit der Erhaltung der Familie und der häuslichen Sklaverei unvereinbar ist. Die Familie hat die Funktion, eine neue Generation von Ausgebeuteten zu reproduzieren und die ideologischen Gifte des Nationalismus, des Machismo und der Werte der Unterwerfung und Disziplin, die für die Aufrechterhaltung der Lohnsklaverei notwendig sind, weiterzugeben. Die Arbeiterin ist zusätzlich zu ihrer Unterdrückung als Frau mit Ausbeutung, anti-indigenem und anti-schwarzem Rassismus, Homophobie, usw., konfrontiert.

Die Internationalistische Gruppe kämpft für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung, kostenlos und auf Verlangen, als ein integraler Bestandteil des Kampfes für eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Enteignung der Bourgeoisie und den Aufbau einer vergesellschafteten Wirtschaft die materielle Grundlage (24-Stunden-Kindertagesstätten, Volksrestaurants und hochwertiger Wohnraum, ein wirklich für alle offenes Bildungssystem) für die Überwindung der reaktionären Institution der Familie schaffen würde. Wie wir bereits 2007 zur teilweisen Entkriminalisierung der Abtreibung im ehemaligen Bundesdistrikt [Mexiko-Stadt] geschrieben haben:

„Die Befreiung der Frau erfordert die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch eine sozialistische Revolution, die ihrerseits die materiellen Voraussetzungen für eine echte Emanzipation schaffen wird.“

– „Mexiko: Für kostenlose Abtreibung auf Verlangen!“ *The Internationalist* Nr. 26, Juli 2007

Während Feministinnen und Reformisten aller Couleur im Sumpf des Sektoralismus versinken, kämpfen wir Kommunisten dafür, eine revolutionäre Arbeiterpartei als Vorkämpferin für alle Unterdrückten zu schmieden. Eine bolschewistische Avantgardepartei muss ein wahrer „Volkstribun“ sein, wie W.I. Lenin betonte, bewaffnet mit Leo Trotzki's Programm und Perspektive der permanenten Revolution. In dieser Zeit, in der die Rechte der Frauen im Herzen des US-Imperialismus frontal angegriffen werden, kann der Kampf für das volle Recht auf Abtreibung in Mexiko und überall in Lateinamerika ein Funke sein, der einen revolutionären Flächenbrand in ganz Amerika auslöst.

Diesem Ziel widmet die Grupo Internacionalista, die mexikanische Sektion der Liga für die Vierte Internationale, ihre Bemühungen. Schließt euch diesem Kampf an! ■

Arbeiter stoppen die Abschiebung von einer Roma-Familie

MAI 2021 – Couragierte Aktion von Flugzeugbesatzung stoppte die Abschiebung der Roma-Familie Toska, einer Frau und vier ihrer Kinder im Alter von 8 bis 17 Jahren, nach Kosovo. Ein Polizei-Sondereinsatzkommando brach Ende April mitten in der Nacht gewalttätig in die Wohnung der Familie Toska aus Northem in Niedersachsen ein und entführte sie zum Flughafen Düsseldorf, um sie mit einem Linienflug in den Kosovo abzuschicken.

Die Mutter und die Kinder erlitten durch den nächtlichen Überfall und die Entführung schockartige Zustände. Die Besatzung des Fluges, den die Polizei für die Abschiebung vorgesehen hatte, weigerte sich, die Familie in dem Zustand zu transportieren. Die Abschiebung wurde erfolgreich verhindert.

Wie die *Hessische/Niedersächsische Allgemeine* (28. April 2021) berichtete, lebte die Mutter seit 20 Jahren in Deutschland, während ihre Kinder in Deutschland geboren sind und sie selbst aus Slowenien stammt. Der schon zuvor getrennt lebende Vater der Kinder war bereits ein halbes Jahr vorher in den Kosovo abgeschoben worden und wurde nach seiner illegalen Wiedereinreise nach Deutschland hier inhaftiert.

Sowohl Mutter wie Kinder waren durch die ständige Abschiebedrohung, die versuchte Abschiebung sowie die vorangegangene Abschiebung des Vaters traumatisiert und zeitweise in psychiatrischer Behandlung. Auch ein bereits volljähriger Sohn der Familie wird von den deutschen Behörden drangsaliert und schikaniert, erhält keine Arbeitserlaubnis, und es läuft ein Abschiebungsverfahren gegen ihn, weil er seine Geburt auf der Flucht seiner Eltern durch Italien nicht nachweisen kann, ohne dafür nach Italien auszureisen. Dafür fehlt ihm aber einerseits das Geld und andererseits eine Wiedereinreiseerlaubnis nach Deutschland für danach.

Die deutschen Behörden verweigern ihm beides und halten ihn so in ihrer Abschiebemaschinerie gefangen: kein Nachweis, keine Wiedereinreiseerlaubnis. Dazu kommen Schikanen wie z. B. Leistungskürzungen zur Erzwingung von gleichzeitigem Erscheinen aller Familienmitglieder bei den Behörden, offenbar um eine Sammelabschiebung aller Familienmitglieder auf einmal durchführen zu können. Die Familie wurde einer regelrechten, systematischen Verfolgung ausgesetzt.

Die Aktion der Flugzeugbesatzung war nur ein Beispiel für die Art von Arbeiteraktionen, zu der wir von der Internationalistischen Gruppe aufrufen und für die wir kämpfen. Tatsächlich fanden in Deutschland in den letzten drei Jahren Hunderte ähnlicher Fälle von Verweigerung von Flugpersonal oder Fluglinien statt, Abschiebungen durchzuführen. 2018 waren es z. B. über 500 Abschiebungen, die durch Piloten verhindert wurden (*Die Welt*, 5. Mai 2021). 2020 wurden laut Meldedienst-Integration 136 solcher Fälle gemeldet.

Stoppt rassistische Abschiebungen durch Arbeiteraktionen! Für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und ihre Familien! Klassenbewusste Arbeiter müssen dafür kämpfen, dass Transportarbeiter im Personenverkehr generell keine Abschiebungen durchführen. Jeder Arbeiter muss das Recht haben, sich zu weigern, Abschiebungen durchzuführen, und er muss dabei die volle Unterstützung der Gewerkschaft haben. Die Transport-Gewerkschaften könnten die couragierten Aktionen Einzelner systematisieren und müssen ihre Mitglieder gegen Repressalien verteidigen. Um die rassistischen Abschiebungen ein für alle Mal zu beenden, ist es letztendlich notwendig, die von Deutschland und Frankreich angeführte rassistische Festung Europa durch internationale Arbeiterrevolution zu zerschlagen. ■

Nicht „Ein Land, zwei Systeme“

Für die revolutionäre Wiedervereinigung Chinas!

Die Wiedervereinigung Taiwans mit der Volksrepublik China ist nicht nur ein gegenwärtig brisantes Thema, sondern die Krönung des Bestrebens, die imperialistische Zerstückelung Chinas aufzuheben, die bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreicht. Aus dieser nationalen Unterdrückung entstand 1919 die Bewegung des 4. Mai, die sich vor allem gegen die kolonialen Übergriffe Japans, einschließlich Taiwans (und deren Billigung durch die „demokratischen“ imperialistischen Sieger des Ersten Weltkriegs im Versailler Vertrag) richtete, aber auch ganz allgemein gegen die imperialistische Vorherrschaft über das bevölkerungsreichste Land der Erde. Diese Bewegung ging schnell über den patriotischen Nationalismus hinaus und verband sich bei der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im Jahr 1921 mit dem revolutionären antiimperialistischen Kampf der Arbeiter.

Ein Jahrhundert später haben die Internationalistische Gruppe und die Liga für die Vierte Internationale wiederholt dazu aufgerufen, die imperialistische Kriegstreiberei gegen China zu zerschlagen, deren Ziel es ist, die kapitalistische Konterrevolution zu schüren. So hat Leo Trotzki für die Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus gekämpft, trotz des Verrats des Stalinismus. Gleichzeitig warnen wir davor, dass die nationalistische stalinistische Bürokratie mit ihrer Politik der Versöhnung mit Kapitalismus und Imperialismus diese Verteidigung untergräbt und behindert. In Bezug auf Taiwan fordern die Kommunistische Partei Chinas und ihr Führer, der chinesische Präsident Xi Jinping, die Wiedervereinigung Chinas auf der nationalistischen, explizit nichtsozialistischen Grundlage von „ein Land, zwei Systeme“. Was dies konkret bedeutet, wurde im Weißbuch des Büros für Taiwan-Angelegenheiten und des Informationsbüros des chinesischen Staatsrats aus dem Jahr 2000 deutlich gemacht:

„Nach der Wiedervereinigung wird die Politik ‚ein Land, zwei Systeme‘ praktiziert werden, wobei der Hauptteil Chinas (das chinesische Festland) sein sozialistisches System beibehält und Taiwan sein kapitalistisches System für eine lange Zeit beibehält.“

Im Weißbuch wird darauf hingewiesen, dass diese Taiwan-Politik erstmals 1979 von Deng Xiaoping vorgeschlagen wurde. Das war genau zu der Zeit, als die chinesische stalinistische Bürokratie ihr verräterisches Bündnis mit dem US-Imperialismus gegen die Sowjetunion weiter vertiefte, das von dem 1976 verstorbenen Mao Zedong begründet worden war. Es war auch die Zeit, als Deng seine Politik der „Reform und Öffnung“ der chinesischen Wirtschaft für Privatunternehmen und ausländische kapitalistische Investitionen entwickelte. Während (im Gegensatz zu dem, was die meisten bürgerlichen Ökonomen und reformistischen Pseudosozialisten behaupten) der staatliche Sektor in China immer noch vorherrschend ist, hat diese Politik einen großen kapitalistischen Sektor gefördert, der letztendlich die wesentlichen Grundlagen des Arbeiterstaates gefährdet.

Xi erläuterte seinen Standpunkt zu Taiwan in einer „Rede zum 40. Jahrestag der ‚Botschaft an die Landsleute in Taiwan‘“ am 1. Januar 2019. Darin erklärte der chinesische Präsident und Generalsekretär der KPCh, „die taiwanesischen Landsleute haben einen bedeu-

tenden Beitrag zur Reform und Öffnung des Festlandes geleistet und auch die Entwicklungsmöglichkeiten des Festlandes geteilt“. Er versprach, „taiwanesischen Landsleuten und taiwanesischen Unternehmen die gleiche Behandlung zukommen zu lassen“ wie Unternehmen auf dem Festland, und während er versprach, taiwanesischen Separatisten kein Pardon zu geben und nicht auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten, erklärte Xi, „nach

der friedlichen Wiedervereinigung werden das soziale System und die Lebensweise der taiwanesischen Landsleute vollständig respektiert und das Privateigentum, der religiöse Glaube sowie die legitimen Rechte und Interessen der taiwanesischen Landsleute werden vollständig garantiert“.

Die stalinistische Bürokratie, von Deng bis Xi, hat darauf gesetzt, dass sie einen Sektor der bürgerlichen herrschenden Klasse Taiwans schaffen würde, der eine Wiedervereinigung mit China befürwortet, indem sie es vielen taiwanesischen Kapitalisten ermöglicht, mit der Ausbeutung der Arbeit chinesischer Arbeiter viel Geld zu verdienen. Den Beijinger Bürokraten ist es gelungen, einen solchen Sektor zu fördern, aber ob die Eigentümer der wichtigen Halbleiterindustrie, in der Taiwan weltweit führend ist, einer ernsthaften Drohung standhalten würden, vom übrigen kapitalistischen Weltmarkt abgeschnitten zu werden, ist fraglich. Schon jetzt verlagern viele taiwanesischen Unternehmen ihre Betriebe nach Vietnam, Indien oder Mexiko und in die USA. Aber was ist mit dem Rest der taiwanesischen Bevölkerung, einschließlich derjenigen, die dazu gebracht wurden, für die separatistische Demokratische Fortschrittspartei Taiwans zu stimmen (die seit 2016 die Präsidentschaft und die Mehrheit in der Legislative der Insel innehat)?

In einem kürzlich erschienenen Beitrag von Professoren der Rechtsfakultät der Universität Wuhan mit dem Titel „Eine Übersicht über die nationale Vereinigung Chinas“ (<http://www.aisixiang.com>, 20. Juli 2022 [auf Chinesisch]) wird festgestellt:

„Es ist absehbar, dass es ohne ausreichende politische Führung und institutionelle Garantien für die taiwanesischen Landsleute, die lange Zeit von den taiwanesischen Behörden eine ‚antikommunistische‘ Erziehung erhalten haben und von der ‚Entsinifizierungs‘-Politik betroffen waren, schwierig sein wird, ihre Identität nach der Wiedervereinigung der Staatsmacht spontan zu verändern.“

Wie also soll das erreicht werden? Die Juraprofessoren aus Wuhan fordern „ein institutionelles System mit einer kohärenten und einheitlichen narrativen Struktur, um die Umwandlung der historischen, kollektiven und individuellen Identitäten der taiwanesischen Landsleute zu verwirklichen“, das „die Umwandlung der Identitäten der taiwanesischen Landsleute fördert“, um „die taiwanesischen Landsleute zur Bildung einer korrekten kollektiven Identität anzuleiten“ und um „eine korrekte individuelle Identität zu bilden“. Dies ist ein Aufruf zu einer gigantischen bürokratischen Umerziehungskampa-



Die Wiedervereinigung Taiwans mit der Volksrepublik China ist die Krönung der Bestrebungen, die imperialistische Zerstückelung Chinas aufzuheben. Diese Bestrebungen gehen zurück auf die Bewegung des 4. Mai 1919 (siehe oben), die Studenten und Arbeiter im antiimperialistischen Kampf zusammenbrachte und 1921 zur Gründung der Kommunistischen Partei Chinas führte.

gne im Stil des Mao-Stalinismus, nach der Wiedervereinigung.

Um die Massen der Werktätigen in Taiwan für die Wiedervereinigung zu gewinnen, ist es in der Tat notwendig, die giftige antikommunistische taiwanesischen nationalistische/separatistische Ideologie zu bekämpfen, die von den Imperialisten und ihren Handlangern in der US-neokolonialen Regierung von Taiwan gefördert wird. Die Politik der Bürokratie besteht jedoch darin, mit Zwang chinesischen Nationalismus einzufößen. Nirgendwo im Wuhan-Dokument oder in Xis Rede von 2019 wird von Sozialismus oder dem Aufbau von *Klassenbewusstsein* gesprochen. Und die einzige Erwähnung der Autonomie eines wiedervereinigten Taiwans bezieht sich auf die Beibehaltung seiner *kapitalistischen* sozialen Beziehungen und seiner „Lebensweise“. Dennoch gibt es eine reale Grundlage für den Aufbau eines *internationalistischen kommunistischen Bewusstseins* unter den taiwanesischen und festlandchinesischen Arbeitern, um den Klassenkampf gegen die Kapitalisten zu führen und deren Verteidiger abzusetzen, deren Politik die Grundlagen und Errungenschaften der chinesischen Revolution gefährdet. Diese internationalistische Orientierung steht natürlich in diametralem Gegensatz zur nationalistischen Weltanschauung und dem Programm des Stalinismus, das auf das antimarxistische Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ zurückgeht, das von Stalin vertreten und von Mao und seinen Nachfolgern übernommen wurde.

Nicht Nationalismus oder Patriotismus, sondern das *revolutionäre Bewusstsein* muss geweckt werden, dass die Arbeiter in Taiwan zusammen mit ihren Genossen auf dem chinesischen Festland die Macht haben, den Kapitalismus zu enteignen, alle Fabriken und Industrien auf der Insel zu übernehmen und sie in die zentralisierte Planwirtschaft Chinas einzugliedern. In vielen Fällen stehen taiwanesischen und festlandchinesischen Arbeiter denselben kapitalistischen Bossen gegenüber. Einer Erhebung zufolge beschäftigten taiwanesischen Unternehmen 2019 mehr als 3,2 Millionen Arbeiter in Festlandchina.¹ Derzeit gibt es in Taiwan etwa 4 Millionen Industriearbeiter (35 % der insgesamt 11,5 Millionen Beschäftigten).² Darüber hinaus

¹ „The Time is Up: Taiwanese Businessmen in China Facing the Centennial of the Chinese Communist Party“ [Die Zeit ist um: Taiwanesischen Geschäftsleute in China angesichts der Hundertjahrfeier der Kommunistischen Partei Chinas], *Taiwan Gazette*, 21. Januar 2022.

² „Share of Taiwanese workforce employed in the industrial sector from 2011 to 2021“ [Anteil der taiwanesischen Arbeitskräfte, die im Industriesektor beschäftigt sind, von 2011 bis 2021], Statista.com.

gibt es in Taiwan mehr als 700.000 eingewanderte Arbeiter, vor allem von den Philippinen, aus Indonesien, Vietnam und Thailand, die „8 % der Arbeitskräfte des Landes ausmachen und von denen mehr als 60 % im Industriesektor arbeiten, einschließlich in der Mikrochip-Industrie“.³ Diese Arbeiter werden durch ein Arbeitsvermittlungssystem praktisch in Knechtschaft gehalten. Südasiatische Arbeiter erledigen die Arbeiten, die Einheimische nicht machen wollen. So sind sie z. B. gezwungen, ohne angemessene Sicherheitsvorkehrungen mit gefährlichen Chemikalien umzugehen und in Sammelunterkünften innerhalb der Fabriken in der Nähe von brennbaren Chemikalien zu wohnen, was absehbar zu tödlichen Bränden geführt hat.

Eine authentische kommunistische Führung würde sich der Sache dieser Arbeiter annehmen und sie mit den Kämpfen der Arbeiter auf dem chinesischen Festland gegen ihre brutalen taiwanesischen Bosse verbinden. Im Jahr 2018 protestierten Arbeiter in Taichung, Taiwan, gegen den Tod von drei vietnamesischen Migrantinnen, die in einem Wohnheim lebten, das sich gefährlich über einer Leiterplattenfabrik der Chin Poon Industrial Company befand, in der ein Feuer ausbrach. Chin Poon hat auch ein Werk in Jiangsu, China. Die Selbstmorde von Arbeitern im Jahr 2010, die gegen niedrige Löhne und erzwungene Überstunden im riesigen Foxconn-Werk in Longhua, Shenzhen, protestierten, wo iPhones und Apple-Computer hergestellt werden, erregten weltweit Aufmerksamkeit. China reagierte mit einer drastischen Anhebung der Löhne. Hon Hai Precision Manufacturing, die taiwanesischen Muttergesellschaft von Foxconn, hat ebenfalls Werke in Taiwan sowie in Brasilien, Indien, Mexiko und einer Reihe anderer Länder. Die Imperialisten versuchen, Kämpfe gegen taiwanesischen und imperialistischen Unternehmen zu antikommunistischen Zwecken umzulenken, indem sie Instrumente wie das von der NED finanzierte *China Labour Bulletin* und China Labor Watch einsetzen. Um diese Arbeiter im *Klassenkampf* gegen ihre kapitalistischen Bosse zu vereinen, ist ein *revolutionäres internationalistisches* Programm erforderlich.

Echte Trotzlisten treten für die *revolutionäre Wiedervereinigung Chinas* ein, die einen bedeutenden Schlag gegen die imperialistische Vorherrschaft in der Welt darstellen würde. Das bedeutet, für eine *sozialistische Revolution in Taiwan* zu kämpfen, um die Kapitalisten auf der Insel und in ganz China zu enteignen, und für eine *proletarische politische Revolution*, um die Bürokratie, die die Volksrepublik China regiert, durch die Sowjetdemokratie von Arbeiterräten unter wirklich kommunistischer Führung zu ersetzen und die Revolution international auszuweiten. Die Wiedereingliederung Taiwans könnte ein gewisses Maß an Autonomie beinhalten, solange dies kein Deckmantel für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus oder irgendeine Andeutung von „Unabhängigkeit“ Taiwans ist, die nur Unterordnung unter den Imperialismus bedeuten kann. Um die Drohungen und Aggressionen der Imperialisten ein für alle Mal zu besiegen, die Errungenschaften der chinesischen Revolution zu verteidigen und den Weg für eine sozialistische Entwicklung in ganz Asien und darüber hinaus zu öffnen, ist eine internationale sozialistische Revolution erforderlich. ■

³ *Equal Times*, 30. Juli 2021.



„Zerschlagt den Kriegskurs der USA/NATO – Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!“ Internationalisten-Block in New York City beim Marsch zum 1. Mai 2022.

China-Taiwan...

fortgesetzt von Seite 56

und unverantwortlich“⁴, während er gleichzeitig dazu aufrief, Taiwan bis zum Äußersten aufzurüsten.

Um zu unterstreichen, dass Pelosis Reise Teil eines „Eskalationszyklus“ ist, mit dem China provoziert werden soll, besuchten im August drei weitere Gruppen von US-Beamten die Insel, darunter eine Kongressdelegation am 14. August unter der Leitung des demokratischen Senators von Massachusetts, Ed Markey, sowie eine Schar japanischer Abgeordneter der regierenden Liberaldemokratischen Partei. Ende des Monats schickten die USA zwei Lenkwaffenkreuzer in die chinesischen Hoheitsgewässer, um – wie es hieß – „routinemäßig die Straße von Taiwan zu passieren“. Nach einer ähnlichen Übung in „Kanonenbootdiplomatie“ im April wurde berichtet, dass die Marine in den letzten zwei Jahren etwa einmal im Monat Schiffe auf solche „Routinedurchfahrten“ geschickt hat.⁵ Und am 3. September genehmigte die Regierung Biden einen Milliarden Dollar schweren Waffenverkauf an Taiwan, einschließlich Luft-Luft- und Schiffsabwehrraketen, wie sie kürzlich an die Ukraine geliefert wurden.

Seit die chinesische Revolution von 1949 die Volksrepublik China begründet hat, wird sie als ein wesentliches Hindernis für die Vorherrschaft der USA angesehen, weil sie dem Würgegriff der kapitalistischen Herrschaft entronnen ist. Nach der konterrevolutionären Welle von 1989-92, die die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas zerstörte, ist China das Ziel Nr. 1 auf der Abschussliste der US-Imperialisten. **Im Falle eines Krieges mit den USA – über Taiwan, Tibet, Xinjiang, das Südchinesische Meer oder was auch immer – steht die Liga für die Vierte Internationale voll und ganz auf der Seite von China.** Während der größte Teil der Linken sich beim China-Bashing auf die Seite der imperialistischen Kriegstreiber stellt, rufen wir alle klassenbewussten Arbeiter auf, **China gegen imperialistische Provokationen zu verteidigen** und die Lügen und Verleumdungen zu entlarven, die darauf abzielen, die kapitalistische Konterrevolution im größten verbliebenen Arbeiterstaat der Welt zu fördern.

Taiwan als Sprungbrett für imperialistische Antichina-Operationen

Taiwan gehört seit dem späten 16. Jahrhundert unter der Qing-Dynastie zu China, und heute besteht die Bevölkerung zu 97 % aus Han-Chinesen.⁶ Seit den Opiumkriegen Großbritanniens in den Jahren 1839-42 und

⁴ New York Times, 2. August 2022.

⁵ „China protests another ‘routine’ US Navy transit through Taiwan Strait,“ Stars and Stripes, 27. April.

⁶ Das Volk der Han, heimisch in China, bildet die größte ethnische Gruppe der Welt.

1856-60 versuchten die Imperialisten, China in Einflussphären aufzuteilen. 1884 marschierte Frankreich in Taiwan ein, musste sich aber zurückziehen, und 1895 eroberte Japan Taiwan im Ersten Chinesisch-Japanischen Krieg und machte es zu einer Kolonie. Seitdem war die Insel eine Plattform für imperialistische Angriffe auf China. Dazu gehörten Japans Übernahme der Mandschurei 1931 und seine mörderische Invasion Ostchinas im Zweiten Chinesisch-Japanischen Krieg seit Anfang 1937, einschließlich des berüchtigten Massakers von Nanjing, bei dem schätzungsweise 200.000 Menschen abgeschlachtet wurden.

Im Jahr 1949 besiegte die Kommunistische Partei Chinas unter der Führung von Mao Zedong an der Spitze einer Bauernarmee die Nationalistische Partei Chinas (GMD, für Guomindang)⁷ des von den USA unterstützten Diktators Chiang Kai-shek, was den Sieg der Chinesischen Revolution bedeutete. Die Reste von Chiangs Armee flohen nach Taiwan, wo die „Republik China“ (ROC) als Neokolonie der USA gegen die siegreiche Volksrepublik agierte. Auf dem Festland wurde der Kapitalismus durch eine kollektivierte Planwirtschaft ersetzt, die trotz stalinistischer bürokratischer Misswirtschaft enorme Vorteile für Arbeiter, Bauern, Frauen und ethnische Minderheiten brachte. Auf Taiwan hielten reaktionäre antikommunistische Kräfte ein brutales und repressives kapitalistisches System aufrecht, das von seinen US-Sponsoren fälschlicherweise als

⁷ Die GMD ist in der Pinyin-Lautumschrift des Chinesischen als KMT (für Kuomintang) auf Taiwan bekannt, wo die ältere Wade-Giles-Transkription verwendet wird, nach der z. B. die chinesische Hauptstadt Beijing als Peking wiedergegeben wurde.



Menschenmenge in Beijing begrüßt die Ankunft der Volksbefreiungsarmee anlässlich des Sieges der Chinesischen Revolution, 1. Oktober 1949.

„demokratisch“ gepriesen wurde.

Washington versucht seit langem, Taiwan als Dreh- und Angelpunkt für die imperialistische militärische Einkreisung der Volksrepublik China und als Sprungbrett für die konterrevolutionären Pläne der USA zur „Rückeroberung“ Chinas zu nutzen – d. h. zur erneuten Versklavung der chinesischen Massen unter dem Stiefel des Imperialismus und der „freien“ kapitalistischen Ausbeutung. Im Koreakrieg (1950-53) bezeichnete der US-Befehlshaber, General Douglas MacArthur, Taiwan als seinen „unsinkbaren Flugzeugträger“. Doch trotz der technologischen Überlegenheit des US-Imperialismus, der systematischen Bombardierung nordkoreanischer Städte und des massiven Einsatzes chemischer (Napalm) und biologischer Waffen wurden die US/UN-Truppen durch den Kriegseintritt Chinas im November 1950 bis in die südliche Hälfte der koreanischen Halbinsel zurückgedrängt. Dies sicherte die Existenz des deformierten nordkoreanischen Arbeiterstaates und fügte dem US-Imperialismus eine Niederlage zu, unter der er seither schwer gelitten hat.

1954 unterzeichneten die USA einen gegenseitigen Verteidigungspakt mit der „ROC“, der ein United States Taiwan Defense Command einrichtete und bis zu 30.000 US-Truppen bis 1979 in Taiwan stationierte. Als China 1958 versuchte, die von der ROC besetzten Inseln Kinmen (Quemoy) und Matsu im Hafen von Xiamen einzunehmen, vertrat der US-Generalstabschef die Ansicht, dass zu ihrer Verteidigung „letztlich der Einsatz von Atomwaffen notwendig sein würde“.⁸ Doch 1972 haben US-Präsident Richard Nixon und sein nationaler Sicherheitsberater Kissinger den Kurs geändert, um die chinesisch-sowjetische Spaltung auszunutzen und die chinesische stalinistische Bürokratie in ein antisowjetisches Bündnis einzubinden. Als Gegenleistung erklärten die USA offiziell, dass „alle Chinesen auf beiden Seiten der Straße von Taiwan daran festhalten, dass es nur ein China gibt und dass Taiwan ein Teil Chinas ist“, und dass die USA „diese Position nicht in Frage stellen“.⁹

Maos verräterisches Bündnis mit dem US-Imperialismus war sehr real und trug zur konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion bei. 1979 überfiel China (mit Unterstützung der USA) den Verbündeten der Sowjetunion, Vietnam, und ab 1980 arbeitete Beijing mit der CIA-Operation Cyclone zusammen gegen die sowjetische Intervention zur Unterstützung einer Reformregierung in Afghanistan. China lieferte Waffen an die antisowjetischen *Mudschaheddin* (Gotteskrieger) und finanzierte (zusammen mit Saudi-Arabien) deren Ausbildung in von Pakistan betriebenen Lagern. Der sowjetische Rückzug aus Afghanistan im Jahr 1989 war ein wichtiger Faktor, der die

⁸ M.I. Halperin, *The 1958 Taiwan Straits Crisis* (Rand Corporation Memo, 1966).

⁹ 1972 Joint PRC-U.S. communiqué.



Ordengeschmückter Westentaschen-Diktator Chiang Kai-shek, Führer der Guomindang (Chinesische Nationalistische Partei) und Schlächter des Arbeiteraufstandes von 1927 in Shanghai, floh 1949 nach Taiwan.

Voraussetzungen für den Zusammenbruch der deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks und die Zerstörung der UdSSR schuf, die bald darauf begann. *Authentische Trotzlisten verteidigten Vietnam und begrüßten energisch die sowjetische Intervention in Afghanistan gegen die von den USA unterstützten Reaktionäre, die von Chinas stalinistischen Machthabern im Rahmen ihrer verräterischen Allianz mit Washington unterstützt wurden.*

Doch drei Jahrzehnte später, in der zerfallenden postsowjetischen, von den USA dominierten „Neuen Weltordnung“, sind die Illusionen der Beijinger Stalinisten, den „Sozialismus (mit chinesischen Merkmalen) in einem Land“ durch „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus aufzubauen, in eine Sackgasse geraten. Insbesondere seit dem Ausbruch der COVID-Pandemie im Jahr 2020 haben sich alle Flügel der US-Bourgeoisie der Verleumdung Chinas angeschlossen. Washington ist nun von der Unterstützung der GMD/KMT dazu übergegangen, den taiwanesischen Separatismus durch die regierende Demokratische Fortschrittspartei (DPP) zu schüren. Während ihres Besuchs umarmte Pelosi überschwänglich Taiwans DPP-Präsidentin Tsai Ing-wen und erklärte, Taiwan habe die „niedrigste Zahl von Todesfällen durch COVID. Ein echtes Vorbild für die Welt“. In Wirklichkeit ist die COVID-Todesrate auf der Insel um 3748 % höher als auf dem chinesischen Festland (39,35 gegenüber 1,05 pro 100.000).¹⁰

Im Geiste des imperialistischen Feminismus der Demokratischen Partei deutete Pelosi an, dass China nur deshalb über ihren Besuch verärgert sei, weil sie eine Frau ist. Tatsächlich ist die Sprecherin des Repräsentantenhauses berühmt für ihren rabiaten Antikommunismus und ihre Unterstützung jeder von der CIA geförderten konterrevolutionären „Bewegung“ gegen China, von der jahrzehntelangen Schwärmerei für „Seine Heiligkeit“, den von der CIA finanzierten, nazistisch erzogenen Dalai Lama, über die Begleitung der Anführer der faschistisch verseuchten, imperialistisch fahnschwenkenden Hongkong-„Demokratie“-Aufnahme durch Washington im Jahr 2019 bis hin zur Förderung des von der CIA finanzierten „World Uyghur Congress“ (WUC). Im Jahr 2020 berief Pelosi einen Berater des separatistischen WUC in die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit. Während Pelosis Besuch verlieh ihr Taiwans Präsidentin Tsai als „treue Freundin“ Taiwans den „Order of Propitious Clouds with special Grand Cordons“ [Orden der Glück verheißenden Wolken

¹⁰ <https://coronavirus.jhu.edu/data/mortality>. Für einen Bericht darüber, wie China zentral geplante Ressourcen mobilisierte, um seine Bevölkerung effektiv vor der tödlichen Seuche zu schützen, im krassen Gegensatz zu den profitorientierten kapitalistischen Herrschern, die es zuließen, dass COVID einen Großteil der übrigen Welt verwüstete, siehe unseren Artikel „A Tale Of Two Cities: Wuhan - New York“, *The Internationalist* Nr. 59, März-April 2020.



Mao Zedong und US-Präsident Richard Nixon schlossen 1972 ein verräterisches antisowjetisches Bündnis.

mit speziell Prachtvollem Band].

Pelosis erbitterter Hass auf China steht keineswegs im Widerspruch zu US-Präsident Biden, der im Wahlkampf als noch größerer China-Hasser auftrat als Trump, der den chinesischen Präsidenten Xi Jinping in seinem Luxusresort Mar-a-Lago gefeiert hatte. Die Sprecherin des Repräsentantenhauses reiste an Bord eines US-Militärflugzeugs nach Taiwan, was dies zu einer bewussten *offiziellen* Provokation der USA machte. Was in den US-Medienberichten nicht erwähnt wird, ist die Tatsache, dass unmittelbar vor und während Pelosis Taiwan-Abenteuer, vom 29. Juni bis zum 4. August, das US-Kommando für den Indopazifik eine gigantische Militärübung, RIMPAC (Rim of the Pacific), abhielt, an der 26 Nationen, 38 Überwasserschiffe, vier U-Boote, neun Landstreitkräfte, etwa 170 Flugzeuge, mehr als 30 unbemannte Systeme und 25.000 Menschen teilnahmen. „Alles, was bei dieser Übung geschieht, hat China im Visier, ob die militärischen Führer das nun sagen dürfen oder nicht“, hieß es auf einer Militärseite.¹¹

Unterdessen wurde die Siebte Flotte der US-Marine mit dem Flugzeugträger USS *Ronald Reagan*, Lenkwaffenzerstörern, Atom-U-Booten und anderen US-Kriegsschiffen und Flugzeugen für Pelosis Besuch in Position gebracht. Und während die republikanischen China-Falken auf ein „Gesetz zur Bewaffnung Taiwans“ drängen, hat Biden in seinen ein und zwei drittel Jahren Amtszeit bereits sechs Waffenverkäufe an Taiwan im Gesamtwert von 2,3 Milliarden Dollar genehmigt.¹² Bei drei verschiedenen

¹¹ „At Reborn RIMPAC, A Clear Mission: Deter China, Defend Taiwan“, *Defense One*, 20. Juli.

¹² Wikipedia, „List of US arms sales to Taiwan.“ Seit der Aufkündigung des Verteidigungspakts zwischen den USA und Taiwan im Jahr 1979 haben die USA Waffen im Wert von über 90 Milliarden Dollar auf die Insel geliefert.

Gelegenheiten hat Biden gesagt, die USA würden Taiwan im Falle einer „Invasion“ durch China mit militärischer Gewalt „verteidigen“.¹³ Und in der „Nationalen Verteidigungsstrategie 2022“ der USA heißt es, dass China der „wichtigste strategische Konkurrent“ der USA sei, und dass die Priorität Nr. 1 der USA darin bestehe, „das Heimatland zu verteidigen, um der wachsenden multidimensionalen Bedrohung durch die VR China zu begegnen“.

Während Washington sich immer offener auf einen imperialistischen Krieg gegen China vorbereitet, hat es gleichzeitig eine wichtige Verschiebung in der US-Strategie für Taiwan gegeben. Während der chinesische Präsident Xi weiterhin die seit langem verfolgte Politik der friedlichen Wiedervereinigung der VR China mit Taiwan betont, haben die Regierungen Trump und Biden ihre Bemühungen verstärkt, dies zu verhindern und somit militärische Maßnahmen zur einzigen Option zu machen. Anstatt Taiwan mit hochentwickelter (und teurer) Hardware wie F-16-Kampffjets (33 Millionen Dollar *pro Stück*) zu bewaffnen, die einem Frontalangriff nicht standhalten können, setzt das Pentagon auf eine „Stachelschwein-Verteidigung“, um Taiwan mit großen Mengen an kostengünstigen Hightech-Waffen (Flugabwehr- und Panzerabwehrwaffen, Drohnen) zu bewaffnen, die eine chinesische „Invasionsmacht“ zermürben und eine Übernahme so kostspielig wie möglich machen sollen.

Ein Artikel in der liberalen *Foreign Policy* (8. November 2021) stellt fest, dass Biden die „so genannte Stachelschweinstrategie“ von Trumps nationalen Sicherheitsberatern fortsetzt, „die darauf abzielt, Taiwan zu einem stacheligeren Ziel zu machen“. Dies

¹³ CNBC, 20. August 2021; CNN, 22. Oktober 2021; *Washington Post*, 23. Mai.



Anlässlich ihres kriegshetzerischen Besuchs wurde Nancy Pelosi vom taiwanesischen Präsidenten Tsai Ing-wen (rechts) mit dem „Order of Propitious Clouds with special Grand Cordon“ ausgezeichnet.

geht zurück auf einen Artikel von William S. Murray, Professor am U.S. Naval War College, aus dem Jahr 2008 mit dem Titel „Revisiting Taiwan’s Defense Strategy“.¹⁴ Die „Stachelschwein-Strategie“, so schrieb er, „würde Taiwan eine Möglichkeit bieten, sich wochen- oder monatelang dem militärischen Zwang der VR China zu widersetzen, ohne ein sofortiges Eingreifen der USA voraussetzen.“ Dies ist eine Parallele zur Politik des „Zermürbungskriegs“ des US-Imperialismus in der heutigen Ukraine, die als „Kampf bis zum letzten Ukrainer“ zusammengefasst wurde. Angesichts der Zehntausenden von ukrainischen Opfern, die diese ausweglose Strategie gefordert hat, und angesichts der Tatsache, dass die Bevölkerung Taiwans (23 Millionen) nur halb so groß ist wie die der Ukraine, könnten nüchtern denkende Elemente in Taipeh – die mit weitaus größeren Kräften der Volksbefreiungsarmee konfrontiert sind – darüber nachdenken, ob die Biden-Trump-Strategie des „Kampfes bis zum letzten Taiwanesen“ der richtige Weg für sie ist.

Vorbereitungen für den Wirtschaftskrieg gegen China

Neben den militärischen Drohungen gegen China setzen die USA ihre Vorbereitungen für einen Wirtschaftskrieg gegen China fort. Dieser Tage ist China so ziemlich das einzige Thema, bei dem es möglich ist, eine parteiübergreifende Mehrheit aus Demokraten und Republikanern in Washington zu finden. Letztes Jahr verabschiedete der Kongress „die expansivste Industriepolitik in der Geschichte der USA“, um einen Produktions- und Technologievorsprung der USA aufzubauen.¹⁵ Und im August 2022 unterzeichnete Biden den CHIPS and Science Act, der Milliarden von Dollar für die Herstellung von Mikroprozessorchips in den Vereinigten Staaten bereitstellt, auch für Firmen mit Sitz in Taiwan. Dies macht Taiwans lokale Kapitalisten noch abhängiger von den USA, insbesondere da das Gesetz Subventionen für Unternehmen zur Herstellung von Chips *unter der Bedingung vorsieht, dass sie ihre wirtschaftlichen Beziehungen zum chinesischen Festland abbrechen*.

Wang Peng, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Beijinger Akademie für Sozialwissenschaften, erklärte dazu:

„Die USA nutzen das CHIPS-Gesetz, um Unternehmen in Ländern und Regionen, die in der globalen Chipliefer- und -industrie eine Schlüsselstellung einnehmen, zu zwingen, nach den Regeln der USA zu spielen, und um die Chipindustrie in Schwellenländern einzukreisen und zu unterdrücken.“¹⁶

Dies mag ein Glücksfall für riesige US-Firmen wie Intel sein, aber die Zeiten, in denen der US-Imperialismus die Welt mit seiner wirtschaftlichen Macht leicht einschüchtern konnte, sind längst vorbei, und diese und andere Maßnahmen dieser Art werden sich letztlich als nutzlos erweisen. Das Problem für Washington besteht darin, dass die wirtschaftliche Macht des deformierten chinesischen Arbeiterstaates ständig zugenommen hat, während die der USA und anderer imperialistischer Mächte immer mehr abnimmt. Gleichzeitig wird Taiwan wirtschaftlich immer stärker mit dem Festland verbunden. Derzeit gehen 42 % der von der Insel verschickten Waren in die VR China, während nur 15 % der Exporte in die USA gehen.¹⁷ Versuche, Taiwan wirtschaftlich vom Festland abzuspalten, wären mit hohen Kosten verbunden.

Für den US-Imperialismus ist Taiwan lediglich ein Spielball, mit dem er eine Krise auslösen kann. Er versucht, ein ähnliches

¹⁴ *Naval War College Review*, Vol. 61, Nr. 3, Sommer 2008.

¹⁵ *New York Times*, 8. Juni 2021.

¹⁶ „US pushes chip bill to encircle China, but unable to lure firms to decouple with mainland“ [USA drängen auf Chip-Gesetz zur Einkreisung Chinas, können aber keine Firmen zur Abkopplung vom Festland bewegen], *Global Times*, 27. Juli.

¹⁷ „Taiwan’s trade with China is far bigger than its trade with the U.S.“ [Taiwans Handel mit China ist weit größer als sein Handel mit den USA], CNBC, 4. August.

Drehbuch wie in der Ukraine zu spielen, wo die USA und die NATO einen Krieg angezettelt haben, unter anderem, um Europa zu zwingen, sich von Russland abzukoppeln. Aber China, dessen BIP (Bruttoinlandsprodukt) etwa zehnmal so groß ist wie das Russlands, ist eine ganz andere Sache. Auf dem NATO-Gipfel im Juni gelang es den USA, ihre europäischen Verbündeten unter Druck zu setzen, die chinesischen Aktionen als „böswillig“ anzuprangern und zu erklären, dass die „erklärten Ambitionen und die Zwangspolitik der VR China unsere Interessen, unsere Sicherheit und unsere Werte in Frage stellen“. Aber jede praktische Anwendung des „strategischen Konzepts“ der NATO wird für die europäischen Imperialisten schwer zu schlucken sein. Zum Beispiel kommt in jedem Jahr die Hälfte oder mehr des Nettogewinns von Volkswagen aus China, seinem größten Markt.

Wirtschaftliche Erpressung, die darauf abzielt, Unternehmen und Länder zu zwingen, ihre Beziehungen zu China abzubrechen, wie es die Sanktionen der NATO und der Europäischen Union (EU) gegenüber Russland getan haben, könnte misslingen. Der US-Imperialismus braucht eine schärferen Waffe – eine militärische. Letztes Jahr haben die USA, Großbritannien und Australien die AUKUS-Allianz gegründet, um den militärischen Druck auf China zu erhöhen. Jetzt haben sie sich mit der NATO zusammengetan, um ihren Kriegszug von Russland nach China auszuweiten. Doch ein Krieg um Taiwan, den Biden & Co. offenbar unbedingt vorbereiten wollen, wäre eine direkte Konfrontation mit China und würde das Gespenst eines thermonuklearen Krieges heraufbeschwören. In der Zwischenzeit machen Chinas dramatische Fortschritte bei der Entwicklung seiner Verteidigungsfähigkeiten einen „Sieg“ der USA in einem konventionellen Krieg immer zweifelhafter. Seit dem Stapellauf seines dritten Flugzeugträgers im Juni verfügt China nun über die größte Marine der Welt.

Während die USA ihre Kriegsprovokationen und Wirtschaftssanktionen durchführen, läuft ihre Propagandamaschine auf Hochtouren und verbreitet Lügen über China. Die vielleicht ungeheuerlichste dieser Lügen, die von allen Demokraten und Republikanern sowie von vielen falschen Linken verbreitet wird, ist die, dass China in Xinjiang einen „Völkermord“ verübt oder verübt hat. Eigentlich legte die Revolution von 1949 die Grundlage für anhaltende enorme Fortschritte für das Volk von Xinjiang, und obwohl der Han-Chauvinismus in der nationalistischen stalinistischen Ideologie der Bürokratie verankert ist – und Ausdrücke davon in der chinesischen Politik in der Autonomen Region Xinjiang im Nordwesten Chinas vorgekommen sind – gibt es nicht den geringsten Beweis für Massentötungen oder irgendeinen Versuch, das muslimische Volk der Uiguren auszurotten, aus einem einfachen Grund, weil es keine gegeben hat. Und in dieser Kriegspropaganda-Erfindung wird unter anderem verschwiegen, dass die offiziellen Maßnahmen Chinas ergriffen wurden als Reaktion auf eine Reihe mörderischer Angriffe – darunter eine Welle im Jahr 2016, bei der 183 Menschen getötet wurden – von islamistischen Banden, die mit der Islamischen Bewegung Ostturkestan in Verbindung stehen, die selbst von der EU, den Vereinten Nationen und den USA als terroristische Organisation eingestuft wurde.

Die Lüge vom „Völkermord an den Uiguren“ ist ein Schlachtruf der imperialistischen Antichina-Kriegsführung. Sie ist auch ein Vorwand, um den Separatismus in Xinjiang zu schüren und der Region wirtschaftlichen Schaden zuzufügen, indem beispielsweise Sanktionen gegen die dort angebaute Baumwolle verhängt werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat über die CIA Geldwäscher der National Endowment for Democracy (NED) Millionen von Dollar an den antikommunistischen

schen World Uyghur Congress¹⁸ gezahlt, der auch von der australischen Version der NED, dem Australian Strategic Policy Institute, mit weiteren Millionenbeträgen unterstützt wird. Jetzt bereitet sich die NED darauf vor, Ende Oktober eine „11. Globale Versammlung“ eines anderen ihrer Projekte, der „Weltbewegung für Demokratie“ (die bei der NED-Zentrale in Washington ihren Sitz hat), abzuhalten. Und in einer weiteren bewussten Provokation soll dieses Konvent für Konterrevolution auf dem chinesischen Territorium von Taiwan stattfinden.

Diese „Weltbewegung für Demokratie“ (engl.: WMD) ist die Idee von Carl Gershman, dem ehemaligen Leiter des NED von seiner Gründung durch Ronald Reagan im Jahr 1984 bis zum vergangenen Jahr. (Davor leitete er die Hardliner der Kalten Krieger der Social Democrats U.S.A., Anhänger des Anti-Trotzkisten Max Shachtman). Jedes Jahr vergibt die „WMD“ „Mut-Ehrungen“ an Washingtons bevorzugte, von den USA unterstützte, pro-imperialistische „Bewegungen“. Im Jahr 2021 umfasste die Liste die San-Isidro-Bewegung in Kuba, die die antikommunistischen Proteste in jenem Juli auslöste;¹⁹ die Studenten für ein freies Tibet, die von der NED-finanzierten International Campaign for Tibet gegründet wurde und die theokratische Herrschaft des Dalai Lama wiederherstellen will; und die Kampagne für Uiguren, deren Geschäftsführerin sich in ihrer Biografie mit „umfangreichen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit US-Regierungsbehörden, einschließlich des Heimatschutzes, des Verteidigungsministeriums, des Außenministeriums, des Justizministeriums und verschiedener US-Geheimdienste“ rühmt. Etc.

Pseudo-sozialistische „Laufhunde des US-Imperialismus“

Inzwischen wiederholen verschiedene linke Gruppen, die fälschlicherweise behaupten, den Trotzkismus zu vertreten, die imperialistischen Lügen. Die Strömung International Socialist Alternative (ISA), zu der Socialist Alternative (SAlt) in den Vereinigten Staaten und Socialist Action in Hongkong gehören, verleumdet groteskerweise den chinesischen Arbeiterstaat als „imperialistisch“. Diese Anti-Trotzkisten unterstützten lautstark die antikommunistischen Unruhen in Hongkong 2019, einschließlich der Forderung nach „Unabhängigkeit“ für die kapitalistische Enklave und ehemalige britische Kolonie. In der aktuellen Krise ruft die ISA/SAlt dazu auf, sich „aktiv am Kampf“ für die Unabhängigkeit Taiwans zu beteiligen, „wenn das taiwanische Volk die Unabhängigkeit will, was heute eindeutig der Fall ist“.²⁰ Eigentlich zeigen die von ihr zitierten Umfragen, dass 82 % den Status quo befürworten, während nur 5 % „die Unabhängigkeit so bald wie möglich“ wollen,²¹ und sie gibt zu, dass „Unabhängigkeit“ für die taiwanesischen Nationalisten bedeutet, den US-Imperialismus zu unterstützen. Die konterrevolutionäre Linie der ISA/SAlt zu Hongkong und Taiwan zeigt, dass die „sozialistischen“ Präntationen dieser Hochstapler nur ein Deckmantel für ihre wahre Rolle als Deckhelfer an Bord des „unsinkbaren Flugzeugträgers“ des Pentagon sind.

Eine weitere Gruppe, die den Namen des Trotzkismus in der Region missbraucht, ist die Internationale Marxistische Tendenz (IMT), die kürzlich einen Artikel über „Die nationale Frage Taiwans und die Aufgaben der taiwanesischen Marxisten“ (*In Defence of Marxism*, 5. August) veröffentlichte. Schon der Titel ist eine Kapitulation vor dem Imperialismus. Es gibt keine „taiwanische Nati-

on“: Wie bereits erwähnt, sind laut Statistiken der taiwanesischen Regierung 97 % der Bevölkerung der Insel ethnische Han-Chinesen,²² während die Insel zunächst als japanische Kolonie und seit 1949 als Neokolonie der USA existiert. Die IMT ist weniger überschwänglich in ihrer Umarmung der taiwanesischen Unabhängigkeit und kritisiert sogar „den reaktionären Charakter des taiwanesischen Nationalismus“. Da die IMT aber auch mit dem Mythos des „chinesischen Imperialismus“ hausieren geht, bedeutet ihre Forderung nach einem „Nein zur Vereinigung mit China auf kapitalistischer Basis“ in der Praxis, dass sie sich gegen eine Wiedervereinigung mit der VR China ausspricht. Ihr Fantasiegedicht von einem „demokratischen sozialistischen Taiwan“ würde der Linken nur einen Deckmantel geben, um sich denjenigen anzuschließen, die auf ein „unabhängiges“ kapitalistisches Taiwan drängen.

Der Großteil der Linken verleumdet China als imperialistisch, während sie sich weigern, es gegen die wahren Imperialisten zu verteidigen. Wie üblich plappern sie die kapitalistische Demokratische Partei nach, insbesondere den „demokratischen Sozialisten“ Bernie Sanders, dessen Plattform bei den Vorwahlen 2020 erklärte: „Wir müssen mit der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten, um ausländische Unterstützung für Chinas militärische Aufrüstung zu verhindern.“²³

Heute und in den letzten zehn Jahren – seit Barack Obamas „strategischem Schwenk nach Asien“ von 2011 – hat der US-Imperialismus den wirtschaftlichen Druck auf China erhöht. Zu welchem Zweck? Es besteht keinerlei Aussicht, dass Beijing seine historische Forderung nach nationaler Wiedervereinigung aufgibt, die auf die Bewegung des 4. Mai 1919 gegen die imperialistische Vorherrschaft in China zurückgeht.²⁴ Auch hätten die taiwanesischen Nationalisten keine Chance auf einen erfolgreichen militärischen Widerstand gegen eine entschlossene chinesische Machtübernahme. Aber durch die verstärkte Aufrüstung Taiwans durch die USA, um die Insel „wie ein Stachelschwein“ zu machen, in Verbindung mit eskalierenden Provokationen wie Pelosis Reise und Bidens „Patzer“, macht Washington deutlich, dass es alles tun wird, um die Wiedervereinigung Chinas zu verhindern. Der scheinbar umgekehrte Effekt besteht darin, Beijing zu ermutigen, eher früher als später militärisch vorzugehen.

Diese imperialistische „Strategie“ – die von Demokraten und Republikanern gleichermaßen geteilt wird – steht in direktem Zusammenhang mit der Anstiftung Russlands zum Einmarsch in die Ukraine durch die USA. Durch die Weigerung, Moskau irgendwelche Sicherheitsgarantien zu geben oder die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO auszuschließen, und durch ständige antirussische „Kriegsspiele“ machten die Kalten Krieger in Washington deutlich, dass Russland früher oder später der NATO und ihren Stellvertretern militärisch entgegentreten müsste. In ähnlicher Weise macht die Biden-Administration durch die Eskalation ihrer Provokationen in Bezug auf Taiwan deutlich, dass sie alle Register ziehen wird, um die Wiedervereinigung mit China zu blockieren, und beschleunigt damit den Vorstoß in Richtung eines Krieges, dessen ultimatives Ziel die blutige Konterrevolution in China und die Wiederherstellung der Unterwerfung des Landes unter den westlichen Imperialismus ist. Die LVI ruft dazu auf, **den Kriegskurs**



Anti-Kommunistische Sozialdemokraten in Aktion. Socialist Action (Hongkong) vor einem Transparent mit der Losung „Zerschlagt die Diktatur der Kommunistischen Partei Chinas“ neben der Fahne der taiwanesischen „Republik China“.

kurs der USA/NATO gegen Russland und China zu zerschlagen und die Wiedervereinigung Taiwans mit China zu unterstützen, wenn nötig auch mit militärischen Mitteln.

Für internationale sozialistische Revolution!

Die Möchtegern-Weltherrscher in Washington und an der Wall Street sehen China mit seiner sozialisierten Wirtschaft (trotz enormer kapitalistischer Einbrüche) zu Recht als Bedrohung an, weil es das neoliberale Mantra widerlegt, dass es „keine Alternative“ zur „freien Marktwirtschaft“ des Kapitalismus gibt. Grundsätzlicher ist die Weltherrschaft der USA durch die bloße Existenz des deformierten chinesischen Arbeiterstaates bedroht, insbesondere durch seine wachsende militärische und wirtschaftliche Macht. Wie wir geschrieben haben:

„Trotz bürokratischen Missmanagements hat die chinesische Planwirtschaft außerordentliche Erfolge bei der Verbesserung des Lebens der Werktätigen erzielt, die zuvor durch imperialistische Ausplünderung schrecklich unterdrückt worden waren. Seit der Revolution hat die Bevölkerung Chinas einen beispiellosen Anstieg der Lebenserwartung erlebt, von 35 Jahren im Jahr 1949 auf 77 Jahre im Jahr 2018, und erfreut sich nun einer höheren gesunden Lebenserwartung als die Bevölkerung der USA. Darüber hinaus sind die Löhne der Arbeiter von 1998 bis 2018 um das Zehnfache (1000 %) gestiegen, wobei sie sich im letzten Jahrzehnt verdreifacht haben, und sind nun höher als die der jüngsten Mitgliedstaaten der Europäischen Union. (Die Reallöhne der Arbeiter in den USA haben in den letzten 40 Jahren stagniert.) Und entgegen den Erwartungen bürgerlicher Ökonomen und falscher Linker, die behaupten, China sei kapitalistisch, ist der staatliche Sektor seit der weltweiten Krise des Kapitalismus 2007-2009 stark gewachsen.“²⁵

Die Realität, dass der *Kapitalismus tötet*, wurde durch die COVID-19-Pandemie anschaulich vor Augen geführt, bei der sich die Leichen in Anhängern stapelten, um in den USA in Massengräbern entsorgt zu werden, während China mit seiner sozialisierten Wirtschaft das tödliche Virus effektiv eindämmen konnte. In den letzten zwei Jahren gab es in China wenig mehr als 5.000 Todesfälle im Vergleich zu über einer Million in den Vereinigten Staaten: eine kumulative COVID-Todesrate von 314 pro 100.000 in den USA im Gegensatz zu nur 1 pro 100.000

²⁵ „Hong Kong ‚Democracy‘ Riots: Pro-Imperialist, Anti-Communist, Fascist-Infested“, *The Internationalist* Nr. 58, Winter 2020.

in China.²⁶ Währenddessen geißeln die imperialistischen Medien Chinas erfolgreiche „Null-COVID“-Politik, wobei die neueste Variante darin besteht, sich über Lockdowns in Xinjiang und Tibet zu beschweren.²⁷

Während der Kapitalismus verfault, wenden sich die imperialistischen Herrscher zunehmend der militärischen Macht zu, um ihre brüchige Hegemonie aufrecht zu erhalten. Die IG und die LVI verteidigen die deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam und warnen gleichzeitig davor, dass die Provokationen des US-Imperialismus den Planeten immer näher an einen (thermonuklearen) Dritten Weltkrieg heranzuführen. Siehe zum Beispiel: „U.S. Response to Coronavirus: China-Bashing and War Moves“ (*The Internationalist* Nr. 59, März-April 2020), „Biden Escalates Anti-China War Plans“ (*The Internationalist* Nr. 64, Juli-September 2021); und „Hinter dem Krieg: USA/NATO Kriegskurs gegen Russland, China“, auf Seite 14 dieser Zeitung. Während sich die Kämpfe in der Ukraine hinziehen, wird der nächste vom Imperialismus angezettelte Krieg in der Straße von Taiwan ausbrechen? Oder im Südchinesischen Meer? Oder?

Die Politik von Stalin und Mao, des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“, war ein nationalistischer Verrat am internationalistischen Programm der Oktoberrevolution 1917 unter der Führung von Lenin und Trotzki und führte letztlich zur Zerstörung des ersten Arbeiterstaates der Geschichte. Die Forderung der heutigen chinesischen stalinistischen Bürokratie, von Deng bis Xi, nach einem „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ auf der Grundlage von „ein Land, zwei Systeme“, gefährdet die Grundlagen der Revolution von 1949 weiter. Trotzkisten sagen: **Zerschlagt den imperialistischen Kriegskurs, der darauf abzielt, die Konterrevolution in China zu schüren! Verteidigt die verbliebenen Errungenschaften der chinesischen Revolution durch eine proletarisch-politische Revolution zum Sturz der Bürokratie, enteignet die Kapitalisten und weitet diese Errungenschaften durch revolutionäre Wiedervereinigung auf Hongkong und Taiwan aus!** ■

²⁶ <https://coronavirus.jhu.edu/data/mortality>.

²⁷ Die neueste Forderung der Kampagne für Uiguren lautet: „Das chinesische Regime muss die extremen Lockdowns in Ostturkestan beenden“ (9. September). Diese angeblichen Verfechter der „Menschenrechte“ fordern also den Tod der Uiguren, denn genau das würde die Beendigung der „Null-COVID“-Maßnahmen bedeuten!

Liga für die Vierte Internationale

LVI, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, U.S.A. Email: internationalistgroup@msn.com
Website: www.internationalist.org

Liga Quarta-Internacionalista do Brasil

Caixa Postal 084027, CEP 27251-740, Volta Redonda, RJ, Brasilien; Caixa Postal 3982, CEP 20001-974, Rio de Janeiro, RJ, Brasilien; Email: lqb1996@yahoo.com.br

Internationalistische Gruppe/Deutschland

LVI, Postfach 809721, 21007 Hamburg;
Email: permanenterrevolution@posteo.de

Nucleo Internazionalista d'Italia

Anna Chiaraluce, C.P. N. 78, Ufficio Postale San Sisto, 06132 Perugia (PG), Italien; Email: it_internazionalista@yahoo.com

Grupo Internacionalista/México

Aptdo. Postal 12-201, Admón. Postal Obrero Mundial, CP 03001, Ciudad de México, Mexiko; mx; Cd. de México: 55-3154-7361; Guadalajara: 33-1752-6643; Oaxaca: 951-129-2086; Email: grupointernacionalista@yahoo.com.mx

Internationalist Group/U.S.

Internationalist Group, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, U.S.A.;
New York (212) 460-0983, Fax (212) 614-8711;
New England (617) 213-5010; Portland (503) 683-1894;
Los Angeles (323) 984-8590
Email: internationalistgroup@msn.com

¹⁸ Im Jahr 2019, budgetierte das NED \$1.2 Millionen für Xinjiang und andere die Uiguren betreffende Projekte. Siehe unseren Artikel, „Washington's Hand Behind Anti-China Riots in Hong Kong“, in *The Internationalist* Nr. 58, Winter 2020.

¹⁹ Siehe unseren Artikel, „Die Wahrheit über die Proteste in Kuba, Verteidigt die Revolution gegen US-Imperialismus und seine Frontmänner“, auf Seite 43 dieser Zeitung.

²⁰ International Socialist Alliance, „What's Behind the Taiwan Strait Crisis?“ (1. September).

²¹ *Newsweek*, 14. Juli 2022.

Taiwan und Hongkong sind Bestandteil Chinas – Imperialisten: Hände weg!

MH3010 Video



Anti-China Kriegsprovokationen der USA über Taiwan

**Verteidigt China gegen den imperialistischen Drang zur Konterrevolution!
Für die revolutionäre Wiedervereinigung Chinas – Enteignet die Kapitalisten!**

Zielscheibe: China. US-amerikanische, japanische und australische Kriegsschiffe nehmen am 29. Juni an den Kriegsspielen „Rim of the Pacific 2022“ teil. Nancy Pelosi besuchte Taiwan vom 2. bis 3. August. Die Militärübung endete am 4. August. Trotz dieses Zeitpunkts wurde RIMPAC, das weltweit größte Marinemanöver mit scharfer Munition, in den Medien kaum erwähnt. Dennoch: „Alles, was diese Übung macht, hat China im Visier“, so die liberalen Kriegstreiber von Defense One.

SEPTEMBER 2022 – In der Nacht zum 2. August 2022 flogen die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, und ihr Kongress-Gefolge mit US-Militärflugzeugen in das chinesische Territorium von Taiwan ein und setzten sich damit ausdrücklich über die zahlreichen Warnungen der chinesischen Regierung vor diesem provokativen Stunt hinweg. Obwohl Washington jahrzehntelang offiziell eine „Ein-China-Politik“ verfolgte – wonach die USA versicherte, dass die Volksrepublik China (VRC) „die einzige rechtmäßige Regierung Chinas“ sei und „anerkannte“, dass „Taiwan ein Teil Chinas“ sei – war der offizielle Besuch der dritthöchsten Amtsträgerin der US-Regierung¹ eine unverhohlene Provokation. Während ihres Aufenthalts befürwortete Pelosi geradezu die Unabhängigkeit Taiwans und bezeichnete die Insel als „Land“.

¹ Nach der offiziellen Nachfolgeregelung geht das Amt des Präsidenten im Falle des Todes, des Rücktritts, der Amtsenthebung oder der Amtsunfähigkeit eines gewählten US-Präsidenten auf den Vizepräsidenten über, und der nächste in der Reihe ist der Sprecher des Repräsentantenhauses.

Die US-Regierung ist sich voll und ganz bewusst, dass solche Äußerungen auf einen Krieg mit China hindeuten, das seit 70 Jahren darauf besteht, dass eine Wiedervereinigung mit Taiwan unumgänglich ist. Die Tatsache, dass die Insel ein vom Festland getrenntes Gebilde ist, ist das Ergebnis der Zerstückelung Chinas durch den Imperialismus, die bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück geht, und dass die Imperialisten Taiwan weiterhin als Speerspitze zur Wiederherstellung der kapitalistischen Herrschaft in China benutzen. Das ist der einzige Grund, warum Taiwan nicht schon Teil der VRC ist.

Angesichts dieser ungeheuerlichen Provokation reagierte Chinas Außenministerium mit berechtigter Wut und veröffentlichte eine Erklärung, in der es hieß, Pelosis Besuch sei eine „Verletzung des Ein-China-Prinzips“ und „eine ernsthafte Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität Chinas“. Weiter heißt es: „Diese Schritte sind wie ein Spiel mit dem Feuer und äußerst gefährlich. Diejenigen, die mit dem Feuer spielen, werden daran zugrunde gehen“. Um den Ernst

der Lage zu unterstreichen, kündigte das chinesische Außenministerium drei Tage später, am 5. August, eine Reihe von Gegenmaßnahmen an, darunter die Absage aller militärischen Gespräche zwischen China und den USA, die Aussetzung der Gespräche zwischen China und den USA über den Klimawandel und die Aussetzung der Zusammenarbeit in den Bereichen Einwanderung, Drogenbekämpfung und Strafsachen. Doch Beijing beschränkte sich nicht auf diplomatische Maßnahmen.

In den folgenden Tagen führte China eine Reihe von Militärübungen rund um Taiwan durch und demonstrierte damit, dass die Volksrepublik China bereit ist, sich gegen alles zu verteidigen, womit die Impe-

rialisten sie angreifen können. Bei den Manövern wurden 11 Raketen auf Gebiete um die Insel abgefeuert, die im Norden, Nordosten, Osten, Südosten und Südwesten landeten, darunter zwei, die Taiwan direkt überflogen. Im Westen hielten zehn Kriegsschiffe und 100 Kampfflugzeuge der Volksbefreiungsarmee (PLA) Manöver in der Straße von Taiwan zwischen der Insel und dem chinesischen Festland ab, während 22 PLA-Flugzeuge die mittlere Linie in der Meerenge überflogen.² China zeigte, dass es die Insel einkreisen kann, während die kombinierten Manöver eine Blockade simulierten und auf einen Probelauf einer solchen hinausliefen.

China, ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, reagiert völlig zu Recht mit Nachdruck auf die aggressiven Kriegsdrohungen der USA, einschließlich des groß inszenierten Besuchs von Pelosi, der eskalierenden Waffenverkäufe an Taiwan, der offiziellen US-Erklärungen, in denen China als „Bedrohung“ bezeichnet wird, und der parteiübergreifenden Gesetzgebung, die mehr als eine Billion Dollar für die Vorbereitung eines militärischen Showdowns mit China vorsieht. Während die

² „With Missiles, China Sends Warning on Taiwan“, *New York Times*, 5. August.

US-Machthaber zwei Jahrzehnte lang (1972-92) eine Allianz mit Beijing gegen die Sowjetunion bildeten und später versuchten, die Restauration des Kapitalismus durch die Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation zu erreichen, hat die chinesische Revolution immer eine Bedrohung für die von den USA dominierte Weltordnung dargestellt, egal wie sehr die Beijinger Bürokraten die Illusion einer friedlichen Koexistenz mit dem Imperialismus verfolgten.

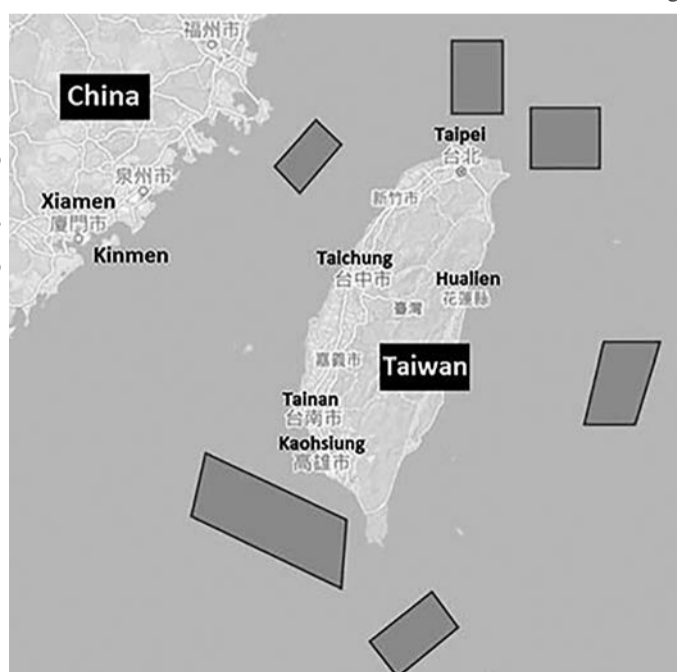
Heute, während die USA und ihre NATO-Verbündeten ihren Kriegszug gegen Russland eskalieren, u. a. indem sie den reaktionären nationalistischen Russland-Ukraine-Krieg anzettelten, haben die Imperialisten ostentativ und ausdrücklich auch China im Visier. (Dieser entscheidende Punkt, von der Liga für die Vierte Internationale und ihrer US-Sektion, der Internationalist Group, hervorgehoben, wird von den meisten „Linken“ geflissentlich ignoriert). Auf dem NATO-Gipfel im Juni wurde erstmals ein „Strategisches Konzept“ verabschiedet, in dem die VR China als „strategische Herausforderung“, „Konkurrent“ und „potenzieller Gegner“ bezeichnet wurde, der versuche, „die auf Regeln basierende internationale Ordnung zu untergraben“ – d. h. die unipolare, von den USA dominierte „Neue Weltordnung“, die nach den Regeln Washingtons spielt. Das Konklave erklärte auch den „Indopazifik“ als wichtig für die NATO und lud zum ersten Mal die Staats- und Regierungschefs von Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea zum Gipfel ein.

Im Vorfeld von Pelosis Taiwan-Abenteuer wurde viel über angebliche Differenzen berichtet innerhalb der demokratischen Regierung von Joe Biden, der anmerkte, dass das Pentagon die Reise für „keine gute Idee“ halte. Dies ist Augenwischerei und Teil der „strategischen Mehrdeutigkeit“ der USA in Bezug auf Taiwan, die von den Kalten Kriegen in Washington als Deckmantel für ihre Kriegsvorbereitungen benutzt wird. Die Rücksichtslosigkeit von Biden, Pelosi & Co. hat selbst prominente Sprachrohre der Bourgeoisie alarmiert. Der berüchtigte Massenmörder Henry Kissinger stellte fest, dass „wir [die USA] am Rande eines Krieges mit Russland und China stehen, und zwar in Fragen, die wir zum Teil selbst geschaffen haben, ohne eine Vorstellung davon zu haben, wie das Ganze enden wird oder wozu es führen soll“.³ Und der Kolumnist der *New York Times*, Thomas Friedman, bezeichnete Pelosis Reise als „völlig rücksichtslos, gefährlich

weiter auf Seite 53

³ „Henry Kissinger Is Worried About ‚Disequilibrium‘“, *Wall Street Journal*, 12. Juli.

Quellen: Xinhua News Agency, Google Maps



Vom 4. bis 7. August führte die chinesische Volksbefreiungsarmee als Reaktion auf den provokativen Besuch von Nancy Pelosi in Taiwan Raketenübungen in sechs Gebieten rund um die Insel (schraffierte Blöcke) sowie Marineübungen mit scharfer Munition in der Straße von Taiwan durch.



Ein Demonstrant zerreißt die US-Fahne bei einem Protest in Taipeh, Taiwan, gegen den Provokationsbesuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi.

Reuters